



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 3/2013

7. Jahrgang

ISSN 1869-1684

CHINAS SEEGRENZEN
Tauziehen in trüben Gewässern

DEUTSCHES UN-ENGAGEMENT
Unauffällige Premiere

SCHWERPUNKT

MARITIME SICHERHEIT

EDITORIAL

Die Deutschen lieben das Meer: Umfragen von Tourismusverbänden zufolge verbringen knapp 63 Prozent ihren Urlaub am liebsten an der Küste. Leider endet der maritime Horizont mindestens ebenso vieler Landsleute am bewachten Badestrand. Für ein Land, dessen Reedereien die weltweit größte Container- und drittgrößte Handelsflotte kontrollieren, ist das ein schwacher Befund.

Grund genug, mit dieser *ADLAS*-Ausgabe etwas Nachhilfe zu leisten. Einen Crashkurs »maritime Sicherheit« hat Sebastian Bruns für uns zusammengestellt (**Seite 31**). Sein Fazit: Lesen lohnt, aber noch gibt es mehr empfehlenswerte Literatur auf Englisch als auf Deutsch.

Fern der heimischen Küsten erinnert eine sich abzeichnende maritime Rüstungsspirale im Westpazifik daran, dass in Ostasien die Uhren anders ticken: Großmachtpolitik wie im Europa des frühen 20. Jahrhunderts scheint hier an der Tagesordnung. Besonders die Territorialkonflikte zwischen China und Taiwan sowie der Volksrepublik mit einer ganzen Reihe von maritimen Nachbarn – allen voran Japan – um kleinste Inseln betonen, wie sehr es in der Region um Sicherheitspolitik in einem engeren Sinn geht. Unsere Autoren Tobias Burgers (**Seite 14**), Franziska Plümmer (**Seite 24**), Christoph Unrast (**Seite 20**) und Tore Wethling (**Seite 7**) nähern sich diesem Aspekt aus unterschiedlichen Richtungen. Damit wird zugleich klar, dass wir mit dem Schwerpunkt »Maritime Sicherheit« keine scharfe Trennlinie zu unserer Reihe »Konfliktzone Ostasien« ziehen können.

Natürlich fällt unter das Hauptthema mehr als Flottenrüstungen und Gebietsstreitigkeiten. Sicherheit zur See im erweiterten Sinne umfasst Phänomene wie organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus, die häufig genug als Piraterie auftreten, aber auch die Sensibilität des Seehandels für alle Störungen in der Logistikkette oder die Folgen des Klimawandels. Auf letztere weist Vanessa Tiede hin: Am Beispiel von – im wahrsten Sinne des Wortes – untergehenden Staaten gibt sie uns einen Vorgeschmack auf die Probleme, die uns bei steigenden Wasserpegeln künftig erwarten (**Seite 72**). Knapp die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in der Nähe von Küsten – Tendenz steigend.

Die deutsche Politik indes ist in diesen Zeiten mit dem Wahlkämpfen beschäftigt. *ADLAS* blickt in die nächste Legislaturperiode: Fünf Abgeordnete

haben wir befragt, welche Aufgaben in Sachen Verteidigungspolitik denn auf der Agenda des 18. Bundestags stehen. (**Seite 98**)

Ergänzend dazu haben wir die »Piratin« Carolin Mahn-Gauseweg interviewt (**Seite 107**). Auch wenn zu Redaktionsschluss noch nicht klar ist, ob ihre Partei die Fünf-Prozent-Hürde überwindet – die Piratenpartei Deutschlands erlebt gerade einen Diskussionsprozess zur sicherheitspolitischen Positionsbestimmung, der vielleicht exemplarisch sein kann für das, was außerhalb der etablierten »strategic community« geschieht. <<<<

Ihre ADLAS-Redaktion

»Maritime Sicherheit« hat wenig mit bewachten Badestränden zu tun.



SCHWERPUNKT: MARITIME SICHERHEIT

- 7 TECHNOLOGIE I: **Aus heiterem Himmel**
China geht mit ballistischen Raketen auf Flugzeugträgerjagd.
- 14 TECHNOLOGIE II: **Drohnen über dem Pazifik**
Steht der Stille Ozean vor einem Rüstungswettlauf zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik?
- 20 AUFRÜSTUNG: **Stille Konkurrenz**
China macht die Schlagzeilen, aber Japan macht mehr richtig.
Beide bauen ihre Seestreitkräfte aus, noch aber aneinander vorbei.
- 24 SEEGRENZEN I: **Tauziehen in trüben Gewässern**
Pekings maritime Gebietsansprüche im westlichen Pazifik stecken im Dilemma zwischen erstarktem Nationalbewusstsein und der wirtschaftlichen Verflechtung mit den Nachbarn.
- 31 FACHLITERATUR I: **Mahan war gestern**
Maritime Lyrik, Prosa und Bildbände gibt es zuhauf – nützliche wissenschaftliche Werke sind in Deutschland eher selten.
- 37 FACHLITERATUR II: **Lückenfüller**
Ein Sammelband lässt Fragen offen, belebt aber endlich die Debatte.
- 39 DEUTSCHLAND: **Vorhut des Sparzwangs**
Im Zeitgeist von »smart defence« vertieft die Deutsche Marine ihre multilaterale Interoperabilität.
- 45 EUROPA: **Seebeine für Brüssel**
Trotz vergleichbarer Probleme fehlt es den maritimen Akteuren der EU an einer echten gemeinsamen seebezogenen Agenda.
- 48 NOTIZ / ASYMMETRISCHE KRIEGFÜHRUNG: **Freibeuter**



INHALT

- 50 PIRATERIE: **Die falsche Lektion**
Vor Nigerias boomt die Piraterie – und die lokalen Elite verdienen kräftig mit. Wird hier das Beispiel »Atalanta« helfen können?
- 56 PIRATENABWEHR: **Tödlicher Irrtum**
Eine indisch-italienische Justizaffäre zeigt, welche Kollateralschäden bewaffneter Schutz vor Piraten nach sich ziehen kann.
- 62 LOGISTIK: **»Ein guter Hafen ist schnell und sicher«**
Frank Martin Heise, Leiter der Hamburger Wasserschutzpolizei, und seine Mitarbeiter müssen täglich den Kompromiss suchen.
- 67 SEEGRENZEN II: **Meer ohne Menschenrechte**
Frontex soll Europas Außengrenzen sicherer machen – und steht in der Kritik wegen mangelnder Transparenz und problematischer Praktiken.
- 72 OZEANIEN: **Leben ohne Land**
Ihr prognostizierter Untergang mag fern sein, aber ein Paradies sind die Inselstaaten des Pazifik für ihre Bevölkerung längst nicht mehr.

REIHE: KONFLIKTZONE OSTASIEN

- 78 TRANSNATIONALE BEDROHUNGEN: **Janus über Fernost**
Japan, Südkorea und China gewinnen eine Perspektive auf transnationale Sicherheitsbedrohungen.
- 84 NOTIZ / MINDERHEITENPOLITIK: **Fasten verboten**
- 86 MENSCHENRECHTE: **Deportation in die Flucht**
Humanitären Verpflichtungen zum Trotz ignoriert China die Misere der Flüchtlinge aus der Nachbarvolksrepublik.



INHALT

DIE WELT UND DEUTSCHLAND

- 91 UN-ENGAGEMENT: **Unauffällige Premiere**
Der »Tag des Peacekeepers 2013« war eine historische Besonderheit für die Bundesrepublik – und blieb von den Medien nahezu komplett ignoriert. Ein Gastbeitrag von Winfried Nachtwei
- 97 NOTIZ / UN-EINSATZ: **Kein zweites Ruanda**
- 98 PARLAMENTS VORBEHALT: **Parteien zur Bundestagswahl**
ADLAS blickt auf vier Jahre voraus und hat fünf Abgeordnete nach der sicherheitspolitischen Agenda für die nächste Legislatur befragt.
- 107 MEINUNGSBILDUNG: **»Kein Gründungsthema«**
»Klarmachen zum Ändern« auch in der Sicherheitspolitik? Carolin Mahn-Gauseweg von der Piratenpartei Deutschland im Gespräch
- 111 POLIZEIMETHODEN: **Insel der Vergessenen**
Zweieinhalb Jahre nach den Protesten des »Arabischen Frühlings« in Bahrain ist die Bilanz einer Polizeireform mager.
- 117 DATENANALYSE: **Schwache Signale**
Big Data wird zum Frühwarnsystem für Diplomaten und Investoren.

2 EDITORIAL

3 INHALT

59 WELTADLAS

121 LITERATUR

122 IMPRESSUM UND AUSBLICK



BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen <<<< oder einen Autorennamen. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!



Im 21. Jahrhundert reicht die Palette der Bedrohungen für die Sicherheit auf den Weltmeeren vom Menschensmuggel über Piraterie bis hin zu Flutkatastrophen. Und schlimmster anzunehmender Fall wäre der Kollaps der Globalisierung, die von den Lebensadern der Weltwirtschaft auf See und in Häfen abhängt. Können Marinen und Küstenwachen da noch mithalten?

UNKLARE VERHÄLTNISSE

Auslaufzeremonie der USS »Nimitz« im Nordostpazifik, März 2013. Foto: US Navy / Kole E. Carpenter

AUS HEITEREM HIMMEL

von Tore Wethling

Um die maritime Vorherrschaft der USA in der chinesischen Interessenssphäre zu überwinden, entwickelt Peking Waffensysteme und Strategien, mit denen es das Kernstück amerikanischer Machtprojektion, die Flugzeugträger der US-Marine, bedrohen kann.

Besonders die neuen ballistischen Anti-Schiff-Raketen sollen das militärische Gleichgewicht im Pazifik verändern. Wie prekär ist die Lage wirklich für die schwimmenden Luftstützpunkte?

>> »Es wäre schlimmer als Pearl Harbour und Nine-Eleven zusammen«, stellte John Pike 2011 laut *Japan Times* fest, »wenn China [...] einen US-Träger versenken würde.« Der Gründer des Washingtoner Think Tanks »Global Security« beschreibt die schlimmste anzunehmende Wende, die der neue Wettstreit der USA und Chinas im Westpazifik einschlagen könnte. Dieser begann quasi offiziell, spätestens als die Obama-Administration in der Gestalt von Außenministerin Hillary Clinton 2011 erstmals die strategische Neuausrichtung Amerikas auf den pazifischen Raum verkündet hatte.

>>

Die Schwerpunktverlagerung der US-Geopolitik ist dem Wachsen chinesischer Stärke gedankt: Die Interessensphäre des Reichs der Mitte im Pazifik hat sich seit Mitte der 1990er Jahre enorm vergrößert und umfasst nicht mehr nur das Küstenvorfeld und Taiwan, sondern erstreckt sich inzwischen über das gesamte Süd- und Ostchinesische Meer mehrere tausend Kilometer in den Stillen Ozean hinein. Peking baut eine vollwertige Hochseeflotte auf und ist bestrebt, die Amerikaner aus seinem erweiterten Interessenbereich herauszuhalten. Diese wiederum sehen ihre Vormachtstellung gefährdet und müssen der Herausforderung in Zeiten einer schweren Haushaltskrise begegnen.

Ein verstärktes Engagement der USA wird zu einem guten Teil auf dem Einsatz ihrer Flugzeugträger ruhen. Ob diese aber immer noch das unangefochtene Mittel maritimer Machtprojektion sind, ist fraglich. China unternimmt große Anstrengungen, den amerikanischen Trägerkampfgruppen etwas entgegenzusetzen. Das in diesem Zusammenhang am intensivsten diskutierte Waffensystem sind ballistische Anti-Schiffsraketen, im Englischen »anti ship ballistic missiles«, kurz ASBM. Die Entwicklung solcher Waffen durch China ist eine Reaktion auf die Entsendung von US-Flugzeugträgern während der letzten großen Taiwankrise 1996, als die relative Unangreifbarkeit der Flugzeugträger durch die eigenen Kräfte für die Führung in Peking deutlich wurde. Mit der Mittelstreckenrakete DF-21D verfügen die Streitkräfte der Volksrepublik seit etwa 2009 über die weltweit erste ballistische Rakete, um einen Flugzeugträgerverband angreifen zu können.

Unter Marineexperten ist es durchaus umstritten, wie wirksam die ASBM eingesetzt werden könnten. Sehr wahrscheinlich würde ein Träger durch einen direkten Treffer zumindest kampfunfähig gemacht und womöglich sogar versenkt werden. Aber ob die chinesischen Streitkräfte tatsächlich in der Lage sind, einen Flugzeugträger auf See mit einer ASBM zu treffen, muss derzeit angezweifelt werden.

DIE ENTWICKLUNG DER BALLISTISCHEN ANTI-SCHIFF-RAKETEN IST CHINAS REAKTION AUF DIE LETZTE GROSSE TAIWANKRISE 1996.

Das Einsatzprinzip ähnelt ganz dem nuklear bestückter Raketen: Die ASBM fliegen nach dem Start auf einer weitgehend un gelenkten Bahn zunächst aus der Erdatmosphäre. In der absteigenden Phase setzten sie einen – oder bei möglichen Fortentwicklungen der DF-21D mehrere – manövrierfähigen Wiedereintrittskörper (»maneuverable reentry vehicle«, kurz MaRV) frei. Dieser kann dann in einem Zielgebiet, dessen Lage und Ausmaß durch die ballistische Flugbahn vorgegeben ist, auf ein Ziel zusteuern.

Neben der nötigen Raketen- und Steuerungstechnologie sind die Zielerfassung und Zielverfolgung die größten Hürden bei ballistischen Anti-Schiffsraketen. Zunächst muss ein Trägerverband gefunden werden. Das geeignetste Mittel dafür sind Satelliten, die einen Flugzeugträger entweder

per Radar, über optische Erfassung oder mittels elektromagnetischer Ortung lokalisieren könnten. Nach der ersten exakten Ortsbestimmung muss das System einen Träger weiterhin verfolgen, bis es die Raketen auf das Zielgebiet programmiert hat; während des Fluges sind dann nur minimale Kurskorrekturen möglich. Eine permanente Verfolgung erfordert auch ein dichtes Satellitennetz – ergänzt etwa durch hochflie-

gende Aufklärungsdrohnen –, das das gewünschte Zielgebiet laufend überwachen kann.

Ein solches System, RORSAT, wurde von der Sowjetunion im Kalten Krieg aufgebaut, um Langstreckenbomberverbände zu Angriffen auf Konvois und Kampfgruppen der Nato im Atlantik lenken zu können. Diese Waffenträger hatten im Vergleich mit ASBM den Vorteil, dass sie die ganze Anflugzeit über Kursänderungen vornehmen konnten.

Neben den hohen Anforderungen, die die Zielverfolgung an die Verwendung von ASBM stellt, ergeben sich noch zwei weitere Probleme: Erstens sind keine Warnschüsse möglich, da diese als gescheiterter Beschuss angesehen werden könnten – oder, bei der relativen Ungenauigkeit von ASBM, könnten sie fehlgeleitet wer- >>

TECHNOLOGIE I

den, also paradoxerweise treffen. Zweitens ließe sich ein Angriff mit ASBM, in einer Anzahl, die zur Überwindung von Abwehrmaßnahmen ausreicht, beim Start als umfassender Angriff mit, auch nuklear bestückten, ballistischen Raketen gegen Landziele interpretieren. Das könnte eine entsprechende Reaktion hervorrufen, solange die Flugbahnen nicht genau ermittelt sind.

Der beste Schutz gegen ASBM besteht für einen Flugzeugträger in seiner Beweglichkeit: ASBM

sile Defence Program« der USA basiert zum Teil auf landgestützten Abfangraketen und Radaranlagen, weitestgehend aber auf Kreuzern und Zerstörern mit Aegis-Radarsystem und den von diesen Schiffen gestarteten Abfangraketen. Obwohl diese Kombination bereits mehrfach erfolgreich getestet wurde, bestehen noch Zweifel an der Zuverlässigkeit des Systems. Das Abfangen ballistischer Anti-Schiffsraketen ist technisch sehr anspruchsvoll und noch nie im Ernstfall erprobt

DER NACHTEIL DES AUFWENDIGEN SYSTEMS: WARNSCHÜSSE SIND UNMÖGLICH.

müssen erst auf ein Zielgebiet eingestellt werden, während das anvisierte Schiff dieses eventuell wieder verlassen hat, nachdem jene gestartet wurden. Die amerikanischen Träger haben allerdings keine Möglichkeit, ASBM aktiv zu bekämpfen, ohne sich in deren Reichweite zu begeben. Die weitgehend gefahrlose Bekämpfung der Startanlagen wäre wahrscheinlich nur mit von U-Booten gestarteten Cruise Missiles möglich, sofern es sich nicht um mobile Systeme handelt. Bei beweglichen Startrampen wäre entscheidend, wie lange diese brauchen, um die Feuerbereitschaft herzustellen.

Die USA verfügen zudem über ein umfassendes Netz von Aufklärungssatelliten zum Erfassen und Verfolgen ballistischer Raketen. Daher ist es eher unwahrscheinlich, dass ein Überraschungsangriff mit ASBM gegen eine Trägerkampfgruppe möglich ist. Das daran gekoppelte »Ballistic Mis-

worden. Allerdings haben die USA während der Koreakrise im Frühjahr dieses Jahres erstmals eine Batterie der landgestützten »Terminal High Altitude Air Defense« (THAAD) nach Guam verlegt. Mit dieser könnten im Falle eines Falles in einem Umkreis von 200 Kilometern um die amerikanische Inselbasis auch ballistische Raketen aus China abgefangen werden.

ASBM sind aber nur eine Komponente in den chinesischen Plänen, um der wahrgenommenen Bedrohung durch amerikanische Trägerkampfgruppen Herr zu werden. In einem Konflikt mit China wären die USA mit einem Gegner konfrontiert, der zum einen in der Lage ist, sie auf offenem Ozean anzugreifen, zum anderen aber auch über eine starke Küstenverteidigung verfügt. Beides basiert auf technisch relativ fortgeschrittenen Mitteln, die zudem in großen Stückzahlen vorhan- >>



Mobile Startrampen der DF-21C bei einer Parade 2010. Diese Mittelstreckenrakete ist der nächste bekannte Verwandte der DF-21D, dem »carrier killer«. Der ballistische Anti-Schiff-Flugkörper hat eine Reichweite von knapp 3.000 Kilometern, also rund 1.600 Seemeilen.

Bildquelle: www.ausairpower.net (letzter Abruf: 5.9.2013)

den sind: Mit Schnellbooten sowie landgestützten Seeziellraketen könnten die chinesischen Streitkräfte Sättigungsangriffe gegen Flugzeugträger führen, bei denen die Verteidigung der Kampfgruppe überwunden wird, indem mehr Flugkörper angreifen, als bekämpft werden können.

Mit vielen der Waffensysteme, über die China heute verfügt, sah sich die amerikanische Marine schon im Kalten Krieg mit der Sowjetunion konfrontiert. Zu großen Teilen besitzen die Volksbefreiungsarmee und ihre Marine leicht modernisierte Formen bekannter Waffen, gegen die es erprobte Abwehrmittel und -taktiken gibt. Trotzdem: Die US Navy könnte ihre Seevorherrschaft im Operationsgebiet Westpazifik nicht als gegeben ansehen, sondern müsste sie zumindest verteidigen, wenn nicht erst erobern.

Für die Verteidigung seiner Küsten hat China zwei Seebereiche definiert, für die es die Fähigkeit des so genannten »anti access/area denial«, militärfachlich kurz A2/AD, anstrebt – die Fähigkeit, einem Gegner den Zugang und die Bewegungsfreiheit in bestimmten Räumen zu verweigern. Für die Volksrepublik sind das die Seegebiete, die durch die »Erste« und die »Zweite Inselkette« begrenzt werden. Die »Erste Inselkette« verläuft von Japan über Taiwan, entlang der westlichen Philippinen und der Nordküste Borneos bis zur Südküste Vietnams. Die »Zweite« erstreckt sich weit in den Pazifik hinein und reicht von Südost-Japan über die Bonin-Inseln, die Marianen und die westlichen Karolinen zur Nord-West Spitze Neuguineas.

Die Verteidigung von Chinas selbstdeklariertes »Zweiten Inselkette« stützt sich vor allem auf ASBM und mit Lenkflugkörpern ausgerüstete

Langstreckenbomber. Mit diesen Waffen könnte die Volksbefreiungsarmee die Kampffernung weitestgehend selbst bestimmen, um die US-Trägergruppen auf Distanz zu halten. Die Volksrepublik wäre auch in der Lage, innerhalb der »Zweiten Inselkette« alle US-Luftstützpunkte zu zerstören oder durch politischen Druck auf die Stationierungsländer Japan und die Philippinen deren Nut-

CHINAS AUFBAU EINER »BLUE-WATER NAVY« IST DIE ERSTE HERAUSFORDERUNG DER AMERIKANISCHEN SEEHERRSCHAFT SEIT ENDE DES KALTEN KRIEGES.

zung zu verhindern. In dieser Seezone, zwischen der ersten und der zweiten »Inselkette«, könnte ein Flugzeugträger wahrscheinlich alle feindlichen Angriffe abwehren – vielleicht mit Ausnahme von ASBM-Angriffen – und die Seeherrschaft der USA gewährleisten. Innerhalb der »Ersten Inselkette« bestünde durchaus die Gefahr erfolgreicher Sättigungsangriffe.

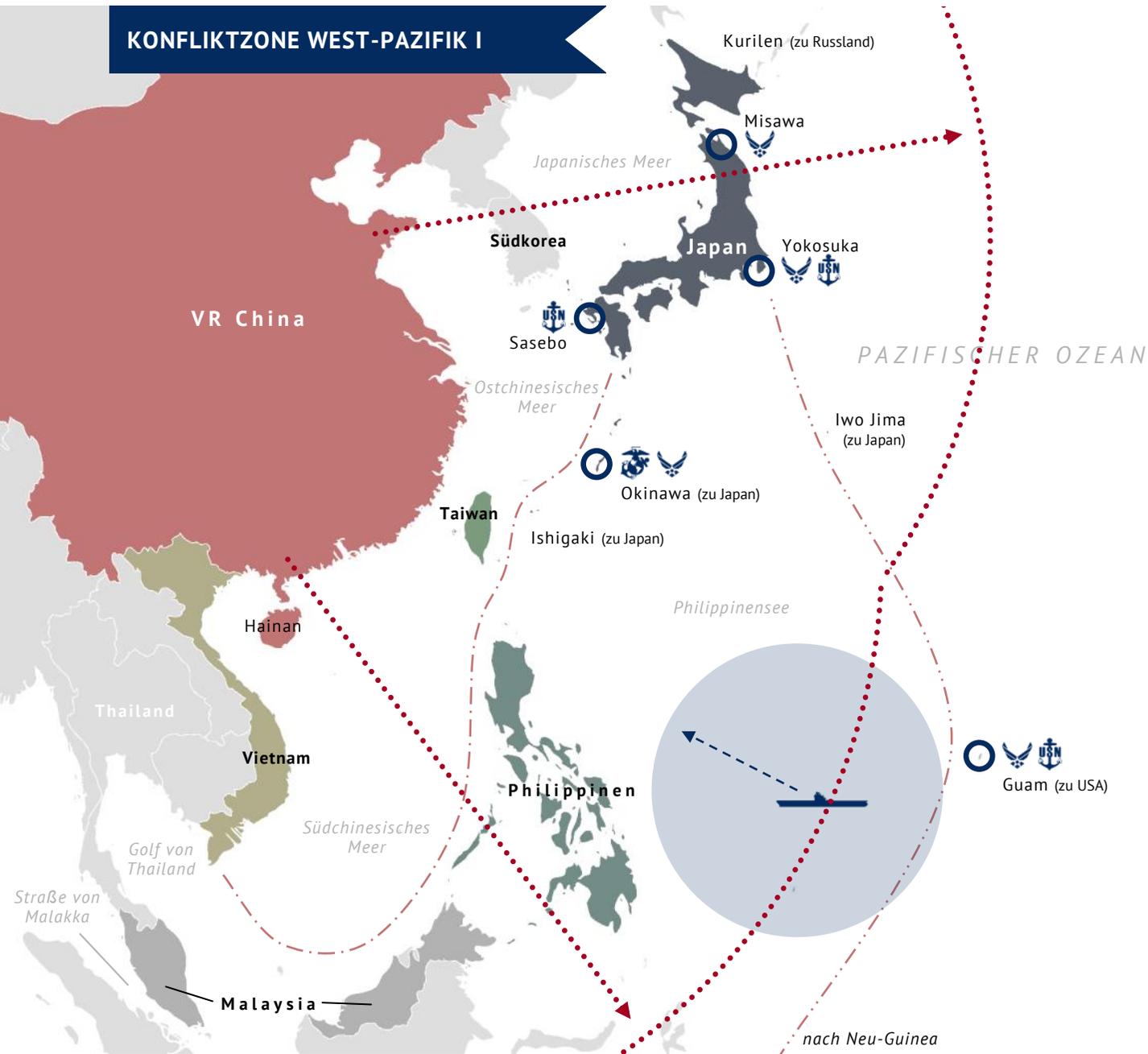
Parallel zum Aufbau dieses Abwehrnetzes betreibt Peking den massiven Ausbau und die strategische Neuausrichtung seiner Flotte. Dazu zählt auch die Schaffung einer Flugzeugträgerkomponente. Bis das erste Schiff dieses strategischen Neubauprogramms, die »Liaoning«, voll einsatzbereit ist – also ein entsprechender Stamm an ausgebildeter Besatzung und Piloten

zur Verfügung steht –, dürften allerdings noch etwa zwei Jahre vergehen. Um dann wirklich von einer funktionierenden, allzeit einsatzbereiten Trägerwaffe sprechen zu können, benötigt die Marine der Volksbefreiungsarmee noch mindestens zwei weitere Träger. Chinas Aufbau einer hochseefähigen »blue-water navy« ist die erste Herausforderung der amerikanischen Seeherr-

schaft seit Ende des Kalten Krieges – und im Pazifik seit Ende des Zweiten Weltkriegs –, wenn auch zunächst nur in einem begrenzten Seegebiet und dort auch nur in der Kombination mit den A2/AD-Fähigkeiten Chinas.

Die Genese einer chinesischen »blue-water navy« und die Errichtung der A2/AD-Zone sind eng miteinander verknüpft: Sie bilden gemeinsam den Hintergrund der maritimen Expansion der Volksrepublik. Wäre der Einsatz von Flugzeugträgern innerhalb der »Zweiten Inselkette« nicht mehr möglich, weil zu riskant, wären die USA in diesem Bereich mit ihren anderen Kriegsschiffen nicht mehr die dominierende Seemacht, sondern einer chinesischen Flotte, die selbst Flugzeugträger einsetzen kann, unterlegen. Dann könnte Chi- >>

KONFLIKTZONE WEST-PAZIFIK I



na die Rolle einer hegemonialen Seemacht übernehmen, erhielte also die Fähigkeit zur direkten Machtprojektion und könnte diese anwenden, ohne ein Eingreifen der USA fürchten zu müssen.

Unter diesem Gesichtspunkt wäre der Aufbau eines weitreichenden ASBM-Schildes nicht defensiv, um eine amerikanische Einmischung in chinesische Angelegenheiten zu verhindern, sondern aggressiv, um der Volksrepublik die direkte Einflussnahme auf die Anrainer des Seegebiets innerhalb der »Zweiten Inselkette« zu ermöglichen. »Hätte China eine solche Waffe«, kommentierte Michael Richardson, Forscher am Institut für Südostasien-Studien in Singapur, 2011 in der >>

- Kampfreichweite einer US-Trägergruppe
(Kampfreichweite der FA-18E/F »Superhornet«)
- Reichweite der chinesischen ASBM DF-21D
- chinesische Verteidigungslinien:**
 - »Erste Inselkette«
 - »Zweite Inselkette«
- US-Militärstützpunkte:**
 - Luftwaffe
 - Marine
 - Marineinfanterie
- 1.000 Seemeilen (entspricht 1.852 Kilometer)

Karte: mmo

TECHNOLOGIE I

Japan Times spekulierend über die Einsatzfähigkeit der DF-21D, »würde sie es Washington erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen, Flugzeugträgerkampfgruppen zu schicken, um Japan, Südkorea, Taiwan oder jede andere verbündete oder befreundete Nation im westlichen Pazifik zu verteidigen, die von chinesischen Kräften bedroht oder angegriffen wird.«

Noch haben die chinesischen Fähigkeiten zwar nicht das Niveau erreicht, um den US-Flugzeugträgerverbänden den Zugang zum Ostchinesischen und Südchinesischen Meer zu verwehren, aber dies wird wohl nicht von Dauer sein. Und wenn China die Fähigkeit wirklich erwirbt und tatsächlich einsetzt? »Amerika würde Rache verlangen«, ist Geopolitik-Experte John Pike überzeugt. »Würde Peking das riskieren?« <<<<

Tore Wethling hat an der *Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Politikwissenschaft studiert und war als freier Mitarbeiter am Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel tätig.*



Auslaufmodelle? Flugzeugträger der »Nimitz«-Klasse im US-Marinestützpunkt Norfolk, Virginia. Die Zukunft der »Super Carriers« der US Navy, der größten Waffensysteme der Welt, scheint zur Zeit auch aus finanziellen Gründen unsicher: Während der Bau der letzten »Nimitz«, der USS »George H.W. Bush«, von 2006 bis 2009 rund 6 Milliarden US-Dollar kostete, liegt die Rechnung für das erste Schiff der Nachfolgeklasse, der seit 2009 im Bau befindlichen USS »Gerald R. Ford«, mittlerweile schon bei über 13 Milliarden Dollar. Foto: US Navy / Kevin J. Steinberg

Quellen und Links:

[Kommentar »Could a maritime conflict start a Sino-American war?« von Mark Valencia in der *Japan Times* vom 2. September 2013](#)

[Bericht »US Navy's carriers costly relics of the past?« der *Japan Times* vom 2. April 2013](#)

[Robert Haddick: »Shipping Out. Are aircraft carriers becoming obsolete?« in der *Foreign Policy* vom 31. August 2012](#)

[Hillary Clinton: »America's Pacific Century« in der *Foreign Policy* vom 10. November 2011](#)

[Henry J. Hendrix und J. Noel Williams: »Twilight of the \\$UPERfluouous Carrier« in der *Proceedings* des United States Naval Institute vom Mai 2011](#)

[Craig Hooper und David M. Slayton: »The Real Game-Changers of the Pacific Basin« in der *Proceedings* vom April 2011](#)

[Kommentar »China targeting US deterrence« von Michael Richardson in der *Japan Times* vom 5. Januar 2011](#)

[Bericht »China's Carrier Killer Ballistic Missiles are Operational« der US-Website *Defense Tech* vom 28. Dezember 2010](#)

[Andrew S. Erickson und David D. Yang: »Using the Land to Control the Sea? Chinese Analysts Consider the Antiship Ballistic Missile« im *Naval War College Review*, Ausgabe Herbst 2009](#)

FARBENLEHRE

Um den Einsatzbereich von Seestreitkräften und ihre Fähigkeiten zu beschreiben, existieren im anglo-amerikanischen Sprachraum drei spezifische Begriffe, um Marinen weltweit zu qualifizieren. Es gibt keine einzelne allgemein akzeptierte Definition, generell orientieren sich die Bezeichnungen an die Farberscheinung von Wassertiefen und -oberflächen.

>> Eine »blue-water navy«, zu Deutsch ungefähr Hochseemarine, ist eine maritime Streitmacht, die in der Lage ist, monatelang unterwegs zu bleiben und über Ozeane hinweg zu wirken: ihre Waffensysteme zum Einsatz zu bringen und Expeditionstreitkräfte an Küsten fern ihrer Heimatstützpunkte anzulanden. Auch wenn international einige Marinen diesen Status anstreben, können noch nur sehr wenige als echte »blue-water navy« gelten. Allen voran die US Navy, die vor allem seit dem Krieg im Pazifik von 1941 bis 1945 ein äußerst komplexes System von seegestützten Streitkräften aufgebaut hat.

Bausteine sind Flugzeugträger, Hubschrauberträger, Docklandungsschiffe sowie Kreuzer und Zerstörer zur Luft- und U-Boot-Abwehr. Hinzu kommen Marineinfanterieeinheiten, seegestützte Luftstreitkräfte, Transport- und Versorgungsschiffe, Tanker sowie eine Vielzahl von kleineren Hilfsschiffen und -booten. Diese komplexe Armada stützt sich auf ein weltweites Netzwerk von Marinebasen – ja, in internationalen Gewässern vor einer fremden Küste werden die Trägerverbände und »Amphibious Readiness Groups« mit ihren Flugzeugen und Marines selbst zu schwimmenden Stützpunkten.

Die politische Bedeutung dieser Streitmacht hat US-Präsident Bill Clinton einmal zusammengefasst:

»Wenn Washington von einer Krise irgendwo hört, ist es kein Wunder, dass die erste Frage ist, die jeder stellt: »Wo ist der nächste Träger?« Politisch-militärische Machtprojektion mit Flugzeugträgern und anschließend die Drohung mit Landtruppen – der Hauptzweck einer »blue-water navy« ist es, weltweit als *ultima ratio* der Diplomatie benutzt zu werden.

In deutlich geringerem Maße, mit entsprechender »Breite vor Tiefe« in ihren Fähigkeiten, besitzen Großbritannien und Frankreich eine solche Hochsee-Expeditionstreitmacht. Mit dem Bau von Flugzeugträgern steht eine Anzahl von weiteren Staaten an der Schwelle zu einer »blue-water navy«, allen voran die Volksrepublik China und Indien.

Im Gegensatz dazu ist eine »green-water navy« dafür gedacht, heimatnahe Seegebiete und die eigene Küste vor Eindringlingen wie feindlichen Schiffen, Flugzeugen und U-Booten zu schützen. Prinzipiell können alle Marinen so klassifiziert werden, die zwar hochseefähige Schiffe wie Kreuzer, Zerstörer und Fregatten besitzen, aber über keine echten Fähigkeiten zur expeditionären »power projection« verfügen.

In diese »grüne« Kategorie fallen Seestreitkräfte wie etwa die Deutsche Marine, aber auch noch die wesentlich größeren Japanischen Maritimen Selbstverteidigungskräfte.

Alle übrigen, »brown-water navies« sind nur in der Lage, wenig mehr als die eigenen Binnengewässer zu schützen. Boote einer solchen Streitmacht sind praktisch ausschließlich zum Einsatz auf Flüssen, Seen und in einer schmalen Küstenzone geeignet. Hierunter fällt etwa die kleine finnische Marine, aber auch die »Seestreitkräfte« vieler Entwicklungsländer. Kurioses Beispiel ist wohl die Marine Boliviens: Ihre Boote

befahren hauptsächlich den Titicaca-See und halten die Tradition einer seegehenden Streitmacht aufrecht, seit das südamerikanische Binnenland 1884 seinen Zugang zum Pazifik an Chile verloren hat.



Foto: US Navy / Sean Furey

Zu berücksichtigen ist, dass die höhere Klassifizierung in der Regel die niedrigere mit einschließt. Während die US-Marine die weltgrößte Expeditionstreitmacht ist, entwickelt sie ebenfalls eigene »green-water«-Fähigkeiten weiter, wie etwa mit den so genannten »Littoral Combat Ships«, wörtlich »Küstenkampfschiffen« (oben die USS »Freedom«). Auch verfügt Amerika mit der US Coast Guard über eine große, spezialisierte »green-water navy«. **mmo**

Quellen und Links:

[Webpräsenz der US Navy](#)

[Flugzeugträger-Credo der US Navy](#)

[Webpräsenz der Royal Navy](#)

[Webpräsenz der Marine Nationale](#)

[Website der Japan Maritime Self Defense Force](#)

[Bericht des Blogs *China Realtime Report* des *Wall Street Journal* vom 25. Februar 2011](#)



DROHNEN ÜBER DEM PAZIFIK

von Tobias Burgers



Chinas Aufstieg zur Weltmacht begleitet eine Ausdehnung seiner Marineoperationen in den ostasiatischen Meeren. Die USA, die diese Region seit dem Zweiten Weltkrieg militärisch dominiert haben, reagieren indes mit ihrem »pivot to Asia«.

Im Wettstreit um die maritime Kontrolle im Westpazifik werden unbemannte militärische Systeme zukünftig eine große Rolle spielen. Könnte das in ein High-Tech-Wettrüsten zwischen Peking und Washington münden?

>> Der strategische Schwerpunktwechsel Washingtons in Richtung Asien – ursprünglich eine Reaktion auf das wachsende diplomatische und militärische Gewicht Pekings – wird den geopolitischen Fokus der internationalen Sicherheitspolitik grundlegend in die Region Pazifik verlagern. Obwohl dieser »pivot to Asia« vor allem politisch-diplomatischer Natur ist, stellen Vertreter der Obama-Administration auch klar, dass er ebenfalls eine militärische Reaktion beinhaltet. So ist an erster Stelle mit einer deutlichen Verstärkung amerikanischer Seestreitkräfte in der Region zu rechnen. US-Verteidigungsminister Leon Panetta kündigte im Sommer 2012 auf einer Sicherheitskonferenz in Singapur an, dass um das Jahr 2020 die US Navy 60 Prozent ihrer Stärke im pazifischen Raum stationiert haben wird, darunter sechs von zehn Flugzeugträgern. Dass das auf eine Konfrontation mit der Volksrepublik hinauslaufen könnte, stritt Panetta ab: »Our effort to renew and intensify our involvement in Asia is fully compatible [...] with the development and growth of China.«

Zugleich sind die USA bemüht, ihre Sicherheitskooperationen mit den langjährigen regionalen Verbündeten Australien, Japan, Südkorea und Singapur auszubauen sowie ihre Beziehungen zu den Philippinen und Vietnam zu intensivieren. Das Pentagon entwickelt zudem Pläne zum umfangreichen Ausbau regionaler Stützpunkte. Diese sollen sich von den australischen Kokosinseln rund 600 Seemeilen südwestlich von Sumatra über die philippinische Insel Palawan nördlich von Borneo bis zum US-Inselterritorium Guam 1.200 Seemeilen östlich der Philippinen erstrecken. Doktri- >>

när spiegeln sich diese Maßnahmen im 2010 übernommenen Konzept der »Air-Sea Battle« wider – ein strategischer Ansatz, der die effektive Kooperation von amerikanischer Marine und Luftwaffe in den Weiten des Pazifiks zum Ziel hat.

Währenddessen ist der Ausbau der chinesischen Seestreitkräfte in vollem Gange. So hat die Volksbefreiungsarmee ihrer bislang nur »brown-water«-fähigen Teilstreitkraft mittlerweile zu »green-water«-Fähigkeiten verholfen. Der große Sprung vorwärts zu einer »blue-water«-Marine, die weit über chinesisches Seegebiet hinaus zu umfassenden globalen Einsätzen in der Lage wäre, scheint damit nicht mehr fern.

Den strategischen Überbau dieser Entwicklung bildet »yuanhai zuozhan«, was als »Konzept zur See-Fernverteidigung« übersetzt werden kann. Es



EINE MÖGLICHE KONFRONTATION MIT CHINA STRITT PENTAGON-CHEF PANETTA AB.

sieht unter anderem vor, dass die Volksbefreiungsarmee-Marine (»People's Liberation Army Navy«, kurz PLAN) innerhalb der nächsten sieben Jahre ihre Operationsreichweite in die von China so genannte »Zweite Inselkette« und möglicherweise darüber hinaus in die Weite des Pazifiks ausdehnt. Das US-Überseeterritorium Guam ist Teil dieser Inselkette, welche zwischen Japan und Neuguinea verläuft. Washington stuft dieses Konzept als eine »anti-access/area denial«-

Strategie (A2/AD) ein, also das Bemühen, den ausgewählten Seeraum selbst nach Belieben kontrollieren und anderen den Zugang versagen zu können; speziell als Reaktion hierauf haben US Navy und Air Force die »Air-Sea Battle«-Doktrin entwickelt.

Experten sehen die Volksrepublik auf einem guten Weg, dieses Ziel zu erreichen. So bestätigt der RAND-Analytiker David Gompert in einem jüngst erschienenen Bericht, dass sich die PLAN

In einem Test landet die X-47B im Mai 2013 auf einem US-Flugzeugträger, um gleich wieder durchzustarten. Die Drohne wird als Demonstrator genutzt; die Entwicklung eines einsatzfähigen »unmanned combat aerial vehicle« (UCAV), das auf ihr basiert, steht noch aus.

Foto: US Navy / Tony D. Curtis Foto vorige Seite: US Navy / Timothy Walter

auf bestem Wege dahin befände. Die Seefläche innerhalb der »Ersten Inselkette«, welche zwischen Japan und Vietnam entlang Okinawa, Taiwan, den Philippinen und Borneo verläuft, betrachtet China hingegen schon lange als seine Kernsicherheitszone.

Angesichts des Washingtoner »pivot« und Pekings Herausforderung des Status quo erscheint somit ein regionaler Rüstungswettlauf vorprogrammiert – zumindest theoretisch sind >>



Der unbemannte Hubschrauber RQ-8A »Fire Scout« setzt hier im Jahr 2006 zu seiner ersten autonomen Landung auf einem Schiff der US-Marine an. Mittlerweile wird diese taktische Drohne als MQ-8B in Serie gefertigt.

Foto: US Navy / Kurt M. Lengfield

Vorbedingungen vorhanden. Üblicherweise entwickelt sich ein Wetttrüsten entlang von Schlüsseltechnologien, wie etwa im Falle des konkurrierenden britischen und deutschen Schlachtschiffbaus vor dem Ersten Weltkrieg, der Entwicklung von Panzern und Flugzeugen in der Zwischenkriegszeit und zuletzt im Kalten Krieg im Bereich der Atomtechnologie und der Raketenrüstung. Was gegenwärtige Technologien betrifft, fällt der Blick zwangsläufig auf die Evolution im Bereich der digitalen und robotischen Kriegführung, mittlerweile mit dem Begriff »Digital and Robotic Revolution in Military Affairs« (DRRMA) belegt. Gegenwärtig streben über 70 Staaten nach entsprechenden Systemen.

Die Vereinigten Staaten sind als Pionier und Technologieführer der DRRMA mit der Integration ihrer Systeme in Taktik und Strategie in den

vorgesehene Dislozierung deutet denn auch wieder die strategische Schwerpunktsetzung der USA an: Vier der sieben eingeplanten Basen für die große Langstrecken- und Hochleistungsdrohne liegen im Pazifik.

Geradezu ikonisch für die Fokussierung der USA auf den Pazifikraum ist die Flugerprobung ihrer jüngsten Drohnenkonstruktion, der *Boeing X-47B*, die über Stealthtechnologie und rund zwei Tonnen Ladekapazität für Waffen verfügt. Im Mai 2013 startete und im Juli 2013 landete der Nurflügler erstmals von beziehungsweise auf dem Deck eines Flugzeugträgers, der USS »George H.W. Bush«, und bot so einen Ausblick auf künftige Einsatzverfahren. Der wesentlich kleinere unbemannte Helikopter MQ-8B »Fire Scout« hingegen findet bereits an Bord einer zunehmenden Zahl amerikanischer Schiffe zu Auf-

NOCH SIND DIE USA DER QUANTITATIVE UND QUALITATIVE TECHNOLOGIEFÜHRER, ...

vergangenen Jahren weit vorangeschritten. So stützt sich auch das Air-Sea Battle-Konzept entscheidend auf die Fähigkeiten unbemannter Systeme, insbesondere aufgrund deren Fähigkeit zur Überwachung ausgedehnter Seegebiete wie eben im Pazifik. Ein Paradebeispiel hierfür ist die jüngst zu ihrem Jungfernflug gestartete MQ-4C »Triton« der Navy, die auf dem System »Global Hawk« der Air Force basiert. Die für die »Triton«

klärungszwecken Verwendung. Das Forschungsunternehmen des Pentagons DARPA arbeitet wiederum bereits an einem völlig neuen Hochleistungsdrohnen-typ, der von allen größeren US-Schiffen aus einsetzbar sein soll – was potentiell die meisten amerikanischen Überwassereinheiten zu Drohnen-trägern machen könnte.

Die US Navy der Zukunft wird somit eine Seestreitkraft sein, die sich in ihren Operationen im >>

TECHNOLOGIE II

Pazifik stark auf Drohnen stützen wird. Und das gilt keineswegs nur für Luftfahrzeuge, denn die USA arbeiten ebenso an unbemannten Unterwasserfahrzeugen (»unmanned underwater vehicles«, UUV; auch »autonomous underwater vehicles«, AUV), deren Einsatzspektrien von der Aufklärung bis zum torpedoartigen Kamikazeeinsatz reichen. Auch unter Wasser kommt den Drohnen vor allem im Bereich Aufklärung eine große Bedeutung zu, da sie ohne die Einschränkungen menschlicher Physis beispielsweise wochen- oder monatelange Patrouillen durchführen können.

Der Blick in den US-Verteidigungshaushalt bestätigt die wachsende Bedeutung von Robotersystemen für die Navy, da Ausgaben speziell für sie relativ stabil bleiben, während die geplanten Budgets für übrige UAVs bis 2017 stark schrumpfen. Das Pentagon scheint somit selbst in Zeiten

haushalt für die Entwicklung unbemannter Systeme leicht den Betrag einholen, den die USA dafür ausgeben. Noch verfügt die Volksrepublik im Gegensatz zum vierstelligen US-Arsenal gegenwärtig zwar nur über rund 280 einsatzfähige Drohnen, doch ihre Absicht aufzuholen ist ebenso deutlich.

Eine Reihe gegenwärtig in Entwicklung befindlicher chinesischer Systeme wird innerhalb dieses Jahrzehnts einsetzbar sein. Zunächst einmal entwickelt die Volksrepublik UAVs, die ihre weitreichenden Raketen unterstützen sollen. Solche Drohnen würden sehr wahrscheinlich in Kombination mit der Mittelstreckenrakete DF-21D eingesetzt, ein Typ auch bekannt als »anti-ship ballistic missile«, oder prägnanter »carrier killer«, mit einer Reichweite von rund 3.000 Kilometern. Die UAVs würden diesen Anti-Schiff-Raketen, die ein sehr genaues Visieren erfordern, als Zielaufklärer die-

Das amerikanische AUV »Seahorse« sieht, wie viele der in Entwicklung befindlichen Unterwasserdrohnen, aus wie ein Torpedo. In der bewährten Form steckt allerdings ein programmierbarer Roboter, der für Aufklärungszwecke eingesetzt werden kann. Viele ähnliche UUVs stehen bereits heute schon zum Beispiel zur sicheren Minenerkundung und -bekämpfung zur Verfügung – darunter der »SeaFox« der deutschen *Atlas Elektronik*.

Foto: US Navy / John F. Williams

... ABER DIE VOLKSREPUBLIK HAT DIE NÖTIGEN RESSOURCEN UM AUFZUHOLEN.

drastischer Kürzungen im Militäretat bemüht, den amerikanischen Vorsprung unbemannter Systeme in den Weiten des Pazifiks nicht nur zu halten, sondern auszubauen.

Auch Anzeichen auf der östlichen Seite des Stillen Ozeans lassen einen Rüstungswettlauf im Robotikbereich möglich erscheinen. So könnte laut Angaben des »Defense Science Board« im Pentagon das anteilige Budget im chinesischen Militär-

nen. Ein solches System würde Operationen im bislang US-dominierten Luftraum weit über die amerikanischen Basen in Südkorea und Japan hinaus ermöglichen. Trotzdem sind diese Drohnen nur für Aufklärungszwecke gedacht und damit keine Offensivwaffen; die USA werden sie daher weniger als signifikante Bedrohung ansehen.

Aus Sicht des Pentagons weitaus bedenklich nimmt sich dagegen die Entwicklung chinesischer >>





Chinas Drohnenprogramme sind in der Regel von einem Schleier der Geheimhaltung umgeben. Militärpolitisch gezielte Neuigkeiten lanciert die Volksrepublik jedoch von Zeit zu Zeit. Am 4. Juni 2013 etwa meldete das Staatsorgan *People's Daily*, das Transportministerium habe ein unbemanntes Boot entwickelt. Dieses autonom fahrende, »unmanned surface vehicle« (USV) soll angeblich hydrografischen Forschungszwecken im Südchinesischen Meer dienen.

Bildquelle: www.naval-drones.com (letzter Abruf: 5.9.2013)

Drohnen zu direkten Angriffszwecken aus. Im Gegensatz zur technologielastrigen US-Philosophie sollen diese Fluggeräte jedoch einmal so kostengünstig sein, dass sie in »Sättigungsangriffen« in so großer Zahl eingesetzt werden könnten, dass Luftabwehr und elektronische Gegenmaßnahmen mit ihrer Bekämpfung überfordert wären. Diese Idee erfährt nach Ansicht des Washingtoner Think

zwei Jahrzehnten drastisch aufzustocken. Zweitens verfügen Peking und Washington über relativ große finanzielle Ressourcen zur Entwicklung und Fertigung solcher Systeme. Drittens führen die Streitkräfte beider Staaten regelmäßig Operationen im westlichen Pazifik durch, was das ständige Risiko einer Eskalation vor Ort mit sich bringt. Viertens existiert zwischen beiden Seiten

KLEIN, UNBEMANNT UND KOSTENGÜNSTIG – FÜR EINE »SCHWARMTAKTIK« WÄREN DROHNEN IDEAL GEEIGNET.

Tank »Project 2049 Institute« oder der US National Defense University zunehmende Unterstützung in der Volksrepublik, da sich so eine Möglichkeit böte, der technologischen Überlegenheit Amerikas Paroli zu bieten. Drohnen scheinen für die so genannte »Schwarmtaktik« ideal geeignet, da sie vergleichsweise sehr günstig herstellbar sind, keine eigenen Piloten in Gefahr bringen und für ausgedehnte Zeitspannen im Einsatz bleiben können.

Nicht zuletzt scheint China auch auf den Fortschritt der USA mit der trägergestützten Drohne X-47B zu reagieren. Die Medien der Volksrepublik denken bereits laut darüber nach, den Flugzeugträger »Liaoning« ebenfalls mit UCAVs auszurüsten.

Können alle diese Faktoren in einem Rüstungswettlauf münden? Mehrere Faktoren sprechen tatsächlich dafür. Erstens planen beide Seiten ihre Roboter-Fähigkeiten in den kommenden

ein hohes Maß an Misstrauen. Wenngleich die gegenwärtigen sino-amerikanischen Beziehungen nicht mit den Verhältnissen des Kalten Krieges zu vergleichen sind, erscheint es dennoch unwahrscheinlich, dass sich in naher Zukunft das nötige gegenseitige Vertrauen aufbaut, das einen Rüstungswettlauf auf jeden Fall ausschließen würde.

Für den RAND-Experten Gompert laufen diese Faktoren potentiell auf eine Konfrontation mit historischem Präzedenzfall hinaus: »For China and the United States today, the Anglo-German dreadnought race is a cautionary tale«, warnt er. Gleichwohl gibt es keinen militärischen Determinismus, beiderseits des Pazifiks stehen politische Entscheidungen hinter den Entwicklungen. Mehrere Argumente sprechen daher für eine »détente«.

>>

TECHNOLOGIE II

Allein angesichts der ausgeprägten amerikanisch-chinesischen Handelsbeziehungen wäre eine militärische Konfrontation für beide Seiten desaströs, von einem ausgewachsenen Krieg ganz zu schweigen. Die chinesische Führung setzt ohnehin trotz aller Expansionsbestrebungen im Westpazifik zuvorderst auf die Stabilisierung der nationalen Ökonomie. Mit deutlich vergrößertem Zugang zu Bildung, internationalen Medien und wachsendem Wohlstand in der chinesischen Bevölkerung dürfte dies für die politische Führung eine größere Herausforderung sein als ein »Durchbrechen« der »Zweiten Inselkette«.

Mit Blick auf Chinas wirtschaftlichen Aufstieg gerade in den vergangenen Jahren erscheint es logisch, dass Peking seine Streitkräfte vor allem ausbaut, um seine erweiterten ökonomischen Interessen zu schützen. Diese Perspektive, so der Journalist und Strategieexperte Robert Kaplan schon 2005, gleiche im Grunde der Amerikas.

Zu bedenken bleibt letztlich auch, dass die Volksbefreiungsarmee einschließlich ihrer Marine nur über begrenzte Kampf- beziehungsweise Einsatzerfahrung verfügt. Der letzte Krieg, den China 1979 gegen Vietnam führte, endete für die Volksrepublik unrühmlich. Die chinesischen Seestreitkräfte selbst sind erst seit wenigen Jahren jenseits ihrer Heimatgewässer präsent – ganz im Unterschied zur über 200-jährigen Tradition der US Navy, die auch auf jüngste Analysen und Technologieauswertungen aus den eigenen Operationen zurückgreifen kann wie zuletzt aus der Libyen-Intervention 2011.

Die chinesische Führung räumt diese militärische Unterlegenheit gegenüber den USA offen

ein: General Yao Yunzhu, von der Militärwissenschaftlichen Akademie in Peking, sprach von einem Nachholbedarf von »mindestens 30, vielleicht 50 Jahren«. Eingedenk dessen ist kaum damit zu rechnen, Peking würde die US-Streitkräfte mithilfe der Volksbefreiungsarmee direkt provozieren. Mit verstärkten Bemühungen, den amerikanischen Vorsprung in manchem Feld zu verkleinern, hingegen umso mehr.

Ein Rüstungswettlauf in Ostasien und dem Pazifik erscheint somit immer noch möglich, wobei gegenwärtig mit mancher Parallele zum Kalten Krieg zu rechnen ist. Die USA und China könnten dauerhaft nach einem militärischen Vorteil streben und zugleich stets bemüht sein, einen tatsächlichen Waffengang auszuschließen. Die Entscheidung, in punkto Roboterwaffen aufzurüsten, ist zudem keine Determinante, sondern bleibt stets eine politische Entscheidung. Wenn also eine Lehre der vergangenen Konfrontation von USA und UdSSR sein mag, dass Rüstungswettläufe friedlich enden können, aber nicht müssen, sollten die politischen Entscheidungsträger sich bemühen, eine solche gefahrvolle Konkurrenz zu vermeiden. Die 13 Tage der Kubakrise 1962 verbleiben als eine Erinnerung daran, wie schnell sie andernfalls außer Kontrolle geraten können. <<<<

Tobias Burgers promoviert am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der FU Berlin mit Schwerpunkt kybernetische und Roboter-Kriegführung. Er ist zudem Mitarbeiter des Projekts »Crisis Simulation for Peace«.

Quellen und Links:

[Bericht der *People's Daily* vom 30. August 2013](#)

[Bericht »How the US Is Encircling China with Military Bases« des Blogs *Killer Apps* der *Foreign Policy* vom 20. August 2013](#)

[Präsentation des »Air-Sea Battle«-Konzepts des US-Verteidigungsministeriums vom 12. Mai 2013](#)

[Bericht der *DefenseNews* vom 30. April 2013](#)

[Bericht der *DefenseNews* vom 9. April 2013](#)

[Ian M. Easton und L.C. Hsiao Russel: »The Chinese People's Liberation Army's Unmanned Aerial Vehicle Project«, herausgegeben vom Project 2049 Institute am 11. März 2013](#)

[Bericht des Blogs *Danger Room* Technologiema­gazines *Wired* vom 4. März 2013](#)

[David C. Gompert: »Sea Power and American Interests in the Western Pacific«, herausgegeben von der RAND Corporation, 2013](#)

[Philip C. Saunders: »The Chinese Navy«, herausgegeben von der National Defense University, 2013](#)

[Bericht des Blogs *Dangerroom* vom 18. September 2012](#)

[Bericht der *Defense Update* vom 17. September 2012](#)

[Bericht der *Washington Post* vom 1. Juni 2012](#)

[Hintergrundbericht »The dragon's new teeth« des *Economist* vom 7. April 2012](#)

STILLE KONKURRENZ

von Christoph Unrast



Chinas Flugzeugträgerprogramm sorgt seit Jahren für Schlagzeilen. Obwohl noch weit davon entfernt, für wirklich einsatzfähig zu sein, beobachten die Nachbarn der Volksrepublik schon jede Seemeile der »Liaoning« mit Argusaugen. Japan hingegen nutzt den Spielraum, den seine pazifistische Verfassung bietet, um seine Streitkräfte unauffällig zu modernisieren. Anstatt sich auf ein Wettrüsten einzulassen, setzt die japanische Marine auf Kontinuität.

>> Mehr und mehr beunruhigende Nachrichten kommen aus dem asiatisch-pazifischen Raum: Territoriale Streitigkeiten, seit Jahrzehnten ungelöst, aber bisher oft ohne negative Konsequenzen, beeinflussen den diplomatischen Alltag. Die Volksrepublik China steht dabei im Mittelpunkt, ist sie doch Partei in mehreren Konflikten. Positive Nachrichten, wie kürzlich eine Einigung zwischen Japan und Taiwan in Bezug auf Fischereirechte in bestimmten Bereichen der umstrittenen Senkaku- beziehungsweise Diaoyu-Inseln, sind die Ausnahme.

>>

Zu diesem Geflecht an Konflikten gesellt sich der Trend in der Region, dass die Akteure zunehmend in ihre maritimen Streitkräfte investieren. Zwar konnten größere Auseinandersetzungen bisher vermieden werden, aber gerade zwischen Japan und China ist ein erhebliches Potential für Missverständnisse und militärische Eskalation vorhanden. Das jüngste Weißbuch des japanischen Verteidigungsministeriums stellt die Volksrepublik China explizit als Bedrohung dar. Auch bleibt der tödliche Vorfall, bei dem ein taiwanesischer Fischer Anfang Juni bei einem Zusammenstoß mit der philippinischen Küstenwache verstarb, momentan eine Ausnahme – sie erinnert jedoch an das große Konfliktpotential in der Region.

Während bei einigen Streitkräften erheblicher Nachholbedarf herrscht, können andere auf eine schlagkräftige Marine aufbauen. Die Annahme, die großen Seestreitkräfte der Region rüsteten gegeneinander, scheint nicht weit hergeholt. Würden Japan und die USA die chinesische Marine als Gefahr ansehen, könnte dies sehr leicht zu einem Wettrüsten führen, so Yang Yi, Admiral a.D. und ehemaliger Direktor des Instituts für Strategische Studien der Nationalen Verteidigungs-Universität von Peking. Chinesische Medien bezeichnen einen Rüstungswettlauf teils sogar als »unausweichlich«. Es lohnt daher, einen genaueren Blick auf die momentanen Entwicklungen zu werfen und die Modernisierungsprozesse der beiden großen Mächte China und Japan in Kontext zu setzen, um die düstersten Prophezeiungen zu entkräften.

Chinas erster Flugzeugträger »Liaoning« steht in der Debatte im Mittelpunkt. Das, auf einem

ursprünglich sowjetischen Bau basierende und von der Ukraine erworbene, Schiff wird als Hauptbeweis angeführt, wenn es darum geht, das gestiegene Selbstbewusstsein der Volksrepublik und ihr Verlangen nach maritimer Stärke zu belegen. In Verbindung mit Chinas Verhalten in seinen territorialen Streitigkeiten – mit Japan, Vietnam, den Philippinen und nicht zuletzt Taiwan –

CHINESISCHE MEDIEN BEZEICHNEN EINEN RÜSTUNGSWETTlauf ALS »UNAUSWEICHLICH«.

wird das Reich der Mitte dadurch in der Meinung westlicher Experten zu einer »assertive power«, die gerade auf See dominant und bisweilen aggressiv auftritt. Dabei stehen diese beiden Faktoren (noch) in keinem Zusammenhang.

Die erfolgreiche Landung eines J-15-Kampfflajets auf der »Liaoning« Ende 2012 war auch außerhalb maritimer Fachkreise eine Meldung wert. Es könne nur noch eine Frage der Zeit sein, bis die Volksrepublik die neugefundenen Mittel auch einsetzen und am Status Quo der regionalen Sicherheitsarchitektur rütteln werde, so Dean Cheng von der amerikanischen, konservativen Heritage Foundation. Weniger pessimistische Beobachter sehen die »Liaoning« momentan vor allem als ein kostspieliges politisches Instrument, welches noch nicht wirklich einsatzfähig ist. Sowohl im logistischen Bereich als auch in der personellen Ausbildung hat das Schiff wohl, wie auch die gesamte die People's Liberation

Army Navy (PLAN), noch Nachholbedarf. Ein einzelner Flugzeugträger macht noch keine kampffähige Trägergruppe. Nimmt man die Meldungen über die Entwicklung neuer Zerstörerklassen hinzu, so besteht Chinas maritimes Modernisierungsprogramm aus viel PR, welches zwar viel Potential offenbart, aber noch weit vom beabsichtigten Endprodukt entfernt ist.

Anders liegt der Fall bei den Japanischen Seestreitkräften, den Japan Maritime Self-Defense Forces (JMSDF). Sie gelten als die fähigsten der Region, einzustufen direkt hinter der US Navy, wenn in reinen Zahlen betrachtet auch kleiner als die PLAN. Lange Jahre war der Vorteil der JMSDF, dass sie sich auf die Entwicklung ihrer defensiven Kapazitäten konzentrieren konnte beziehungsweise aufgrund ihrer pazifistischen Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg, auch konzentrieren musste. Zu ihrem Bestand gehörten vor allem Schiffe und Helikopter, die einen entscheidenden Vorteil im Kampf gegen U-Boote bieten sollten. Den offensiven Part übernahmen die USA. Diese strategische Aufteilung, geboren im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, gilt im Grunde genommen bis heute. Die Verteidigung der japanischen Heimatinseln und ihrer überlebenswichtigen »Sea Lines of Communication« hat Priorität vor allem anderen. Tokio >>



Chinas Prestigeprojekt: Die »Liaoning« befindet sich zur Zeit in einer ausführlichen Erprobungsphase; hier ein Test der Dekontaminationsanlage. Foto: People's Liberation Army Navy

DIE »LIAONING« IST MOMENTAN VOR ALLEM EIN KOSTSPIELIGES POLITISCHES INSTRUMENT.

kann so den begrenzten Spielraum seines von der Verfassung erlaubten Verteidigungsbudgets ausreizen, ohne in symbolische Großprojekte zu investieren oder die historisch misstrauischen Nachbarn über Gebühren aufzuschrecken.

So ist auch die für 2015 vorgesehene Anschaffung zweier neuer Hubschrauberträger für die JMSDF zu verstehen. Geplant für bis zu 14 Helikopter, ermöglicht die Größe der Schiffe auch Spekulationen über eine zukünftige Ausstattung mit F-35-Kampfflugzeugen. Die Träger sind eine Erweiterung der zwei bestehenden Einheiten der »Hyuga«-Klasse, übertrumpfen diese aber signifikant in Größe und Bewaffnung. Ähnlich wie ein offensiv ausgerichteter Flugzeugträger können sie als Kommandozentrale dienen und Aufträge weit jenseits der Heimatgewässer ausführen. Und im Vergleich mit ihren chinesischen Kameraden sind die japanischen Marinesoldaten besser geschult und durch vielfältige Operationen vertrauter im Umgang mit ihren Schiffen und Systemen.

Entscheidend ist jedoch, dass dieser – im Vergleich zu China – gemächliche Aufrüstungsprozess vor allem Kontinuität widerspiegelt, sowohl was die Strategie als auch die Kapazitäten betrifft. So gelingt es Japan, im maritimen Wettstreit die Deutungshoheit zu behalten. Die wenigen kritischen Stimmen, sowohl im In- als auch im Ausland, die im Ausbau der bestehenden Kapazitäten der JMSDF eine Verletzung der pazifistischen Verfassung Nippons sehen, stehen in keinem Verhältnis zum Misstrauen, welchem sich China mit seinen Marineambitionen ausgesetzt sieht. Diese betrachten regionale Ak- >>

AUFRÜSTUNG

teure als große Gefahr: In einem Schlagabtausch mit dem offiziellen KPCh-Organ *People's Daily* warnte der philippinische Außenminister Albert del Rosario im Juni dieses Jahres, die Militarisierung des Südchinesischen Meers durch die Volksrepublik sei eine Bedrohung für alle Anstrengungen, den »maritimen Frieden und die Stabilität in der Region zu wahren«.

Japan ist noch weit davon entfernt, die Rolle des potentiellen Bösewichtes komplett an China abzugeben. Dazu ist die Historie zu sehr im politischen und kulturellen Denken der Region verankert. Dennoch, auch dank der Allianz mit den Vereinigten Staaten, hat sich Japan eine formidable Seestreitmacht aufgebaut, die ihren Aufgaben gerecht werden kann. Selbst wenn China erfolgreich darin sein sollte, das symbolische Projekt »Liaoning« mittel- bis langfristig zu einem Programm mehrerer funktionierender Trägergruppen fortzuentwickeln – es wird dafür einen hohen finanziellen als auch politischen Preis zahlen. <<<<

Christoph Unrast *promoviert an der Christian-Albrechts-Universität Kiel über die USA im Asia-tisch-Pazifischen Raum und ist Analyst für die internationale Politikberatung Wikistrat.*

Quellen und Links:

[Bericht »Japan says faces increasing threats from China, North Korea« von Reuters am 9. Juli 2013](#)

[Bericht »Japan's Navy: Sailing Towards the Future«](#)

FLOTTENVERGLEICH



		JMSDF	PLAN	US Navy
Flugzeugträger		-	1	10
Hubschrauberträger		4	-	9
Kreuzer		4	-	22
Zerstörer		18	26	62
Fregatten, Korvetten		19	53	18
Patrouillenboote		6	131	13
Schnellboote		-	122	-
Minensucher		29	66	13
Strategische U-Boote		-	4	14
Jagd-U-Boote*		16	58	54
Landungsschiffe**		3	3	20
Flottenversorger**		5	6	19
Träger-Kampfflugzeuge		-	?	580
Seefernaufklärer		95	20	150
U-Jagd-Hubschrauber		97	52	257
Soldaten		46.000	290.000	320.000

* mit und ohne Nuklearantrieb ** nur Schiffe über 10.000 Tonnen Wasserverdrängung

Quellen: Wikimedia / Military Balance 2012

[in The Diplomat vom 21. Januar 2013](#)

[James Holmes: »The Sino-Japanese Naval War of 2012«, in der Foreign Policy vom 22. August 2012](#)

[Bericht »China's »Security Dilemma« Risks Arms Race in Asia« im Time Magazin vom 16. Mai 2012](#)

[Kommentar »Arms race will happen, but who to blame?« in der People's Daily Online vom 20. März 2012](#)

[Yoji Koda: »A New Carrier Race? Strategy, Force Planning, and JS Hyuga«, im Naval War College Review, Ausgabe 3/2011](#)

TAUZIEHEN IN TRÜBEN GEWÄSSERN

China befindet sich im Dilemma zwischen wirtschaftlicher Kooperation mit seinen Nachbarn und Durchsetzung seiner Gebietsansprüche im Ost- und im Südchinesischen Meer. Während die Volksrepublik mit wachsendem Selbstbewusstsein ihre territorialen Ansprüche durchsetzen will, steigt das Eskalationsrisiko. Multilaterale Kooperationsversuche scheitern an den komplexen Konfliktlinien.

von Franziska Plümmer



SEEGRENZEN I

>> Als Japan im September 2012 die Senkaku-Inseln erwarb, erwachte der Konflikt um territoriale Ansprüche im Ostchinesischen Meer in internationalen Medien wie aus einem Winterschlaf. Japans Regierung unter Yoshihiko Noda hatte die Inseln von ihren privaten Eigentümern gekauft, um dem rechtsnationalen Gouverneur von Tokio, Shintaro Ishihara, zuvorzukommen. Dieser hatte zuvor angekündigt, die Eilande unter die Stadtverwaltung der japanischen Hauptstadt zu stellen. Auf diesen Kauf folgte eine diplomatische Krise, die China und Japan bis heute beschäftigt.

Vor allem chinesische Medien betrieben in der Folgezeit eine hitzige Rhetorik und warfen Japan »nationalistische Interessen« und »faschistische Politik« vor. Der damalige chinesische Vizeaußenminister Zhang Zhijun schloss sich dieser Ausdrucksweise an, indem er der japanischen Regierung unterstellte, sie missbrauche den rechten Flügel des Parteienspektrums in Nippon als Trittbrett für die eigenen Interessen in der Region und betreibe eine »Politik der Provokation«. Die Volksrepublik beansprucht die Inseln ebenfalls, allerdings unter dem Namen »Diaoyu Dao«.

Diese Eskalation reiht sich in eine lange Konfliktgeschichte um territoriale Ansprüche im Ost- und im Südchinesischen Meer, die nicht nur Japan und China erheben, sondern auch Vietnam, die Philippinen, Malaysia und Taiwan betreffen. Das starke Interesse der Anrainerstaaten an den umstrittenen Seegebieten begründet sich aus dem Bedürfnis nach sicheren Schifffahrtsrouten zum Einen, aus dem Fischreichtum sowie den Erdöl- und Erdgasvorkommen der Region zum Anderen. >>



Kollisionskurs: Ein japanischer Fischer wird im Mai 2013 von einem Schiff der »China Maritime Surveillance« des chinesischen Transportministeriums blockiert. Foto: Osakabe Yasuo

**AUF DEN KAUF DER SENKAKU-INSELN FOLGTE
EINE DIPLOMATISCHE KRISE,
DIE CHINA UND JAPAN BIS HEUTE BESCHÄFTIGT.**

Die vielbefahrenen Seestraßen rund um die Insel Taiwan bilden eine strategische Verbindung zwischen dem Pazifischen und Indischen Ozean. Wichtigster Indikator ihrer Bedeutung ist der Umstand, dass rund die Hälfte des globalen Schiffsverkehrs durch sie verläuft – eine Bedeutung übrigens, die die zunehmende Piraterie in der Region nur betont. Besonders ressourcenreich sind die zwischen Vietnam, Malaysia und den Philippinen gelegenen Spratly-Inseln und weiter nördlich die Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer. Diese Inselgruppen haben keine Siedlungsgeschichte, weswegen historische Ansprüche schwer geltend zu machen sind. China aber ignoriert dieses Argument und verweist auf seine 2.000-jährige Seefahrtstradition in diesen und anderen Gewässern.

Zuletzt hat die Regierung der Volksrepublik in einem 2012 herausgegebenem Weißpapier ihre Ansprüche erneuert: Die Beweisführung darin beginnt im Jahr 1579 zu Zeiten der Ming-

mittels eines symbolischen Aktes. Zweitens ist der völkerrechtliche Status alter Karten grundsätzlich fragwürdig, da diese keine politische Realität darstellen, sondern Ausdruck einer selektiven Weltsicht oder gar Wunschenken des Kartographen sind.

Dennoch: Im Südchinesischen Meer zeigen chinesische Karten heute die so genannte »Neun-Striche-Linie«, die um die von der Volksrepublik beanspruchten Inseln verläuft und sowohl Spratly- wie Paracel-Inseln umfasst. Die Karte wurde erstmals 1947 veröffentlicht, und Peking hat sie 2009 das erste Mal offiziell verwendet, als es seine Gebietsansprüche gegenüber vietnamesischen und malaysischen Ansprüchen geltend machen wollte. Im Schulunterricht und von den Medien in der Volksrepublik verwendet, prägt diese Darstellung die Perspektive der Chinesen bis heute.

Nun ist die Frage, wo Grenzen verlaufen, eine Sache, die Durchsetzung und Kontrolle ihres Verlaufs eine ganz andere. Chinas Landesgrenzen et-

LAUSCHANGRIFFSABWEHR

Am 5. März 2009 lag die **USNS »Impeccable«**, ein Aufklärungsschiff der amerikanischen Marine, vor der chinesischen Küste – allerdings noch weit außerhalb der Hoheitsgewässer der Volksrepublik –, als sich eine Fregatte der Volksbefreiungsarmee-Marine ihr näherte und sie aufforderte, die Gewässer zu verlassen. Erst nach weiteren deutlichen Drohgebärden seitens der Chinesen entschlossen sich die Amerikaner nach einigen Tagen, ihren mutmaßlichen Auftrag, U-Boot-Bewegungen zu beobachten, zu unterbrechen und sich abdrängen zu lassen. Am 12. März schließlich stellte die US Navy den Zerstörer USS »Chung-Hoon« ab, um die »Impeccable« bei weiteren Operationen im Südchinesischen Meer zu eskortieren.

Die »Impeccable« hatte 75 Seemeilen vor der Küste Hainans geankert und sich damit innerhalb der vom internationalem Seerecht garantierten Ausschließlichen Wirtschaftszone aufgehalten, die sich 200 Seemeilen von der Küste ins Meer erstreckt. Washington beharrt darauf, dass die Ausschlusszone trotz Zuordnung zu einem Staat frei von Schiffen aller Nationen befahren werden darf. Peking bewertete die Geschehnisse als unerwünschte Einmischung in den Konflikt im Südchinesischen Meer und betonte, die USA sollten sich nicht »Steine auf die eigenen Füße werfen«.

Das sino-amerikanische Verhältnis litt unter diesem Vorfall beträchtlich. Die Spannungen konnten erst gelöst werden, nachdem Chinas Außenminister Yang Jiechi persönlich bei US-Präsident Barack Obama im Weißen Haus zu Gesprächen geladen wurde.

CHINA BEGINNT SEINE BEWEISFÜHRUNG IM JAHR 1579 ZU ZEITEN DER MING-DYNASTIE.

Dynastie. Historische Karten sollen beweisen, dass die Diaoyu-Inseln zu China gehören würden, weil es sie zuerst entdeckt habe. Zweierlei macht diese Beweisführung fragwürdig: Erstens ist »Entdeckung« nicht gleichbedeutend mit »Inbesitznahme«, zudem ein damals nur in Europa verbreitetes Konzept von Territorialgewinn

wa sind bis auf wenige Ausnahmen akzeptiert; der Territorialstreit mit Indien etwa ruht seit Jahrzehnten. Der letzte Grenzkonflikt der Volksrepublik – mit Vietnam – liegt über dreißig Jahre zurück. Chinas Staatsgebiet auf dem Festland ist auch daher prinzipiell defensiv gesichert: In der Regel sind an den Landesgrenzen hinter den Grenzposten nur >>

KONFLIKTZONE WEST-PAZIFIK II



wenige leichte Armeeeinheiten stationiert, während der Großteil der Volksbefreiungsarmee, wie etwa alle Panzerdivisionen, sich Hunderte Kilometer entfernt im Landesinnern befindet.

Bei der maritimen Grenzziehung beziehungsweise Grenzsicherung ist die Lage eine andere: Das Verhalten der Volksrepublik auf See erscheint entschieden offensiv. Von einer »Rückeroberung verlorener Gebiete« auf dem Festland spricht auf offizieller Seite in Peking niemand, die Meeresgebiete dagegen betrachten Politiker als »noch nicht aufgegeben«: Im offiziellen Sprachgebrauch berührt die Frage nach dem Verlauf der Seegrenzen Chinas »Kerninteressen«. Dieser Begriff hebt gerade den Konflikt im Ostchinesischen Meer auf eine Ebene mit den kompromisslosen Ansprüchen der Volksrepublik auf Taiwan. Hua Chunying, Sprecherin des Außenministeriums, kommentierte im April dieses Jahres, »der Konflikt um die Diaoyu-Inseln betrifft Chinas territoriale Integrität«. Eine harte Linie, die auch auf das Südchinesische Meer zutrifft.

Verwirrend scheint die Vielzahl der Beteiligten auf chinesischer Seite. Die mangelhafte Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen erschwert das Konfliktmanagement und erhöht das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation in den umstrittenen Gewässern. Zunächst ist es die politische Elite, die die eigenen Souveränitätsansprüche mit den territorialen Ansprüchen verknüpft und artikuliert – sie schätzt den Rohstoffreichtum gerade in der Südchinesee besonders hoch ein, und der wachsende Bedarf der expandierenden Wirtschaft der Volksrepublik will gedeckt sein.

>>

Diese maritimen Ambitionen unterstützt die People's Liberation Army Navy (PLAN), indem die Flotte hohe Präsenz zeigt, wobei es mit Regelmäßigkeit zu Zusammenstößen mit Schiffen kommt, die unter anderer Flagge fahren. In einigen Fällen hat die PLAN sogar U-Boote eingesetzt, um fremde Fischerboote zu überwachen – um bei Anzeichen der Verletzung chinesischer Ansprüche überraschend neben diesen aufzutauchen.

Zusätzliche Patrouillen der People's Armed Police, zuständig für die innere Sicherheit und Hafensicherheit, sollen wiederum die regulären

organisationen überwinden und diese Bündelfunktion voll übernehmen kann, wird aber wohl noch einige Zeit vergehen.

Trotzdem lässt sich schon bei dem Zwischenfall mit der USNS »Impeccable« im März 2009 eine ausgereifte Koordination unterstellen – auch wenn es nicht den Anschein hatte. Die Warnungen und Drohgebärden gegenüber dem amerikanischen Aufklärungsschiff, als sich dieses 75 Seemeilen südlich von Hainan aufhielt, kamen von verschiedensten Organen von Chinas Militär- und Polizeiapparats. Die Regierung in Peking kritisier-

nem »Code of Conduct« ein gemeinsames Vorgehen der Anrainerstaaten der westpazifischen Seegebiete festlegen soll, versprach dies einen großen Schritt hin zur friedlichen Entwicklung in der Region. Dieses Abkommen aber wurde bis heute nicht umgesetzt, obwohl alle Beteiligten ihr großes Interesse daran versichern, die Idee eines Verhaltenskodex liegt bis auf weiteres auf Eis.

Mit gestiegenem außenpolitischen Selbstbewusstsein widersetzt sich China außerdem zunehmend einer umfassenden vertraglichen Regelung der Konflikte. Westliche Beobachter be- >>

CHINAS GRENZSICHERUNG AUF SEE ERSCHEINT UNKOORDINIERT. HAT DAS METHODE?

Fischereipatrouillen unterstützen, die dem Landwirtschaftsministerium unterstehen. Die Küstenwache, die im Fall des Eindringens fremder Schiffe in Hoheitsgewässer eingreift, untersteht wiederum dem chinesischen Ministerium für Staatssicherheit. Das Handelsministerium ist schließlich für Schmugglerpatrouillen zuständig.

Allein der zwischen den Ministerien entstehende Abstimmungsbedarf erschwert eine bewusste, deeskalierende Reaktion im Konfliktfall. Die vergangenes Jahr geschaffene interministerielle »Abteilung für Grenz- und Meeresangelegenheiten« soll künftig Reaktionen auf solche Ereignisse koordinieren und potentielle Konflikte entschärfen – bis das Gremium die bestehenden Rivalitäten zwischen den Ressorts und ihren Unter-

te den »Spionageeinsatz« und Ma Zhaoxu, Sprecher des Außenministeriums, wies die amerikanischen Beschwerden gegen das Vorgehen der chinesischen Behörden mit den Worten ab, die USA würden »Schwarz und Weiß verwechseln«.

Von Seiten der internationalen Gemeinschaft und der regionalen Partner gab es mehrere Vorstöße, zwischen den konkurrierenden Gebietsansprüchen zu vermitteln. In den 1990er Jahren haben alle Anrainer des Südchinesischen Meers das internationale Seerechtsübereinkommen unterschrieben und ratifiziert – es könnte also als Grundlage einer regionalen Streitlösung dienen.

Als China, neben Indien, 2003 dem »Treaty of Amity and Cooperation« der südostasiatischen Ländergemeinschaft ASEAN beitrug, der mit ei-

DER ASEAN-KOMPLEX

Die »Association of Southeast Asian Nations« wurde 1967 zur Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit gegründet. Ihre Mitglieder sind Brunei, Indonesien, Laos, Kambodscha, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.

Mittlerweile sind weiterführende Kooperationen entstanden: ASEAN+1 (China), die 2004 ein Abkommen über eine beabsichtigte Freihandelszone unterzeichneten; ASEAN+3 (China, Japan, Südkorea); das ASEAN Regional Forum, dessen erste Sicherheitskonferenz 2004 mit 27 Ländern in Peking stattfand und Antipiraterie wie Terrorismusbekämpfung thematisierte; die »ASEAN-Dialogpartner« und der »East Asian Summit«, an dem auch die USA und Russland teilnehmen. Einer der Dialogpartner ist die Volksrepublik – und mit 11,6 Prozent Import aus den ASEAN-Staaten größter Handelspartner der Organisation.



Propagandaspiel: In dem Shooter »Glorious Mission Online«, entwickelt mit Hilfe der Volksbefreiungsarmee, dürfen die Spieler die Diaoyu-Inseln von ihren japanischen Besatzern »befreien«. Illustration: Plagame.cn

zeichnen die Volksrepublik mittlerweile als »assertive power«, als sowohl auf diplomatischer wie auf militärischer Ebene aggressiv auftretende Regionalmacht. Besonders die von China in den letzten Jahren massiv betriebene qualitative wie quantitative Aufrüstung seiner Seestreitkräfte steht einem vermeintlichen Kooperationswunsch offenkundig entgegen.

Ja, die chinesische Regierung scheint diplomatische Spannung geradezu zu inszenieren, um ihre Souveränitätsansprüche zu bestärken. Amerikanische Beteiligung – wie beim Zwischenfall

mit der »Impeccable« – bewertet Peking als unerwünschte Einmischung der USA. Diese steht aus chinesischer Sicht weiteren Verhandlungen über die regionalen Konflikte im Weg. Entsprechend erklärte der ehemalige chinesische Außenminister Yang Jiechi kürzlich auch: »China und die beteiligten Länder sind fähig und erfahren genug, angemessen mit dem Konflikt umzugehen und für Frieden und Stabilität im Südchinesischen Meer zusammenzuarbeiten.« Eine Abfuhr an die Versuche Washingtons, seine Verbündeten in der Region zu unterstützen. Die USA betonten wie-

derholt, Südostasien sei für sie eine Region »nationalen Interesses«: ein Schutzversprechen, das die vorige Außenministerin Hillary Clinton auf dem ASEAN Regional Forum im Juli 2010 in Hanoi bekräftigte.

Die Unnachgiebigkeit Pekings nach außen ist verknüpft mit einem Rechtfertigungszwang nach innen: Noch stärker als an eine »harte Linie« der Außen- und Sicherheitspolitik allerdings ist die Legitimation der Herrschaft der KPCh gebunden an wirtschaftliche Prosperität, die unter anderem eine stabile Entwicklung der Handelsbeziehungen mit den südostasiatischen Nachbarn garantieren soll – im Falle Vietnams, der Philippinen und Japans genau die Nachbarn, mit denen China im Territorialstreit liegt. Als größter Absatzmarkt für alle ASEAN-Staaten wiegt China ökonomisch schwer und beeinflusst so aktiv wie passiv die politischen und ökonomischen Abwägungen der ASEAN-Mitglieder zu seinen Gunsten. Letztere setzen viel daran, ihren besten Kunden China nicht zu verprellen.

Diese Abhängigkeiten kommen Peking entgegen, wenn es die Konfliktlinien und divergierenden Interessen zwischen den Ländern ausnutzt: ASEAN-interne Streitigkeiten, wie zum Beispiel unabhängig von China bestehende Territorialkonflikte zwischen Vietnam, Malaysia und den Philippinen, verstärkt die Volksrepublik, indem sie mittels einer »Abwerbetaktik« die teils historischen Gräben zwischen den Ländern vertieft. Peking nutzt die kulturelle und wirtschaftliche Heterogenität der ASEAN aus, indem es separat mit einzelnen Ländern bilaterale Verträge unterzeichnet. Diese »Salamitaktik« spielt >>

SEEGRENZEN I

die Staaten gegeneinander aus und erschwert deren gemeinsames Vorgehen.

Beispielsweise erreichte China 2009 einen vorläufigen Konsens über die Spratly-Inseln mit Malaysia und schloss mit ihm gleichzeitig ein bilaterales Abkommen über Kooperation im Banken- und Finanzwesen. Auch unterschrieben China, Vietnam und die Philippinen 2005 ein so genanntes »Joint Maritime Seismic Undertaking«, das eine gemeinsame Erkundung des Meeresbodens im Südchinesischen Meer beinhaltet. Obwohl das Abkommen ein Kooperationsgewinn ist, steht dem gegenüber, dass Brunei und Malaysia, ebenfalls Anrainer der Südchinese, von dieser Zusammenarbeit ausgeschlossen wurden.

Dass aus solchen Abkommen aber keine kohärente Kooperation entsteht, konnte man spätestens im Juni 2011 feststellen, als Vietnam und die Philippinen gemeinsam mit Japan erstmals offiziell Beschwerde gegen chinesisches Vordringen

Außenminister Albert del Rosario betonte dabei, die chinesische Neun-Striche-Linie sei »inkonsistent mit UNCLOS« und daher illegal.

Trotz der vielfältigen Kooperationsbemühungen innerhalb der ASEAN und ihrer Dialogpartner, trotz internationaler Rechtsabkommen und gemeinsamer Absichtserklärungen schieben die Verhandlungspartner die »Souveränitätsfrage« weiter auf. Im September 2010 verhinderten die Vertreter der ASEAN-Staaten auf einem Treffen mit US-Präsident Barack Obama sogar eine Erwähnung des Südchinese-Konflikts im gemeinsamen Abschlusscommuniqués. Was China gerne als »unstrittige Diskussion«, sprich die eigene Position, bezeichnet, erdulden die anderen betroffenen Ländern unter leisem Protest.

Das Dilemma – regionale wirtschaftliche Kooperation versus territoriale Ansprüche – lässt sich nicht lösen. Rüstungskontrollvereinbarungen und vertrauensbildende Maßnahmen zur De-

seitig vorher anzumelden, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Es fehlt an Handlungsoptionen, während das Eskalationsrisiko weiter hoch bleibt. Was bleibt, sind unklare Fronten, vielschichtige Konfliktlinien und ein verhärteter »Ressourcennationalismus« – alle Anrainer der Ostchinesischen und Südchinesischen Meere erheben den Anspruch, die Rohstoffvorkommen der strittigen Gebiete allein auszubeuten. Ob eine weitere Initiative der ASEAN wie für den ursprünglich auch mit China vereinbarten »Verhaltenskodex« von Erfolg gekrönt sein könnte, ist daher fraglich. Die Konflikte werden zur Zerreißprobe ostasiatischer Kooperation. <<<<

Franziska Plümmer *hat Politikwissenschaft und Sinologie in Tübingen und Peking studiert. Sie promoviert an der Eberhard Karls Universität Tübingen zu chinesischen Grenzkonzepten.*

DIE ASEAN-MITGLIEDER SETZEN VIEL DARAN, IHREN BESTEN KUNDEN NICHT ZU VERPRELLEN.

im Südchinesischen Meer formulierten. In Folge weiterer Vorfälle beantragten die Philippinen Anfang dieses Jahres bei den Vereinten Nationen, den Streit mit China vor einem Schlichtungsgericht des von beiden Staaten unterzeichneten internationalen Seerechtsabkommens – United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS) – zu verhandeln. Der philippinische

militarisierung in der Region scheinen unrealisierbar, da entweder auf eine chinesische Beteiligung verzichtet werden müsste oder das notwendige Grundvertrauen für solche Gespräche fehlt. Praktische Vorschläge zur Deeskalation beschränken sich auf Themen wie vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich, wie etwa den Vorschlag, U-Boot-Bewegungen gegen-

Quellen und Links:

[Meldung der *Washington Post* vom 26. Juli 2013](#)

[Pressemitteilung des chinesischen Außenministeriums vom 2. Juli 2013](#)

[Analyse im *Chinese Leadership Monitor* vom 6. Juni 2013](#)

[Bericht der *BBC* vom 22. Januar 2013](#)

[Positionspapier des Staatsratsinformationsbüros der VR China vom 25. September 2012](#)

[Bericht der *Japan Times* vom 9. September 2012](#)

[Hintergrundbericht der *Chicago Tribune* vom 24. Mai 2012](#)

MAHAN WAR GESTERN

Was der Preuße Carl von Clausewitz für den Krieg zu Lande geliefert hatte, gelang dem Amerikaner Alfred T. Mahan mit »The Influence of Sea Power upon History« für die Meere: das klassische strategische Theoriewerk zu schreiben. Die verschiedenen Perspektiven spiegeln sich bis heute in einem missverständlichen Begriff von »maritimer Sicherheit« wieder. Wer sich für das Thema interessiert, sollte allerdings zunächst zu aktuelleren Werken greifen.

von Sebastian Bruns



>> Die Geschichte der modernen Seefahrt ist voll von Missverständnissen. Kapitän Edward J. Smith unterschätzte 1912 auf der Brücke der RMS »Titanic« die Eisberggefahr im Nordatlantik und überschätzte die vorgebliche Unsinkbarkeit des ihm anvertrauten Schiffes; 100 Jahre später beurteilte Smiths Kollege Francisco Schettino Geschwindigkeit und Tiefgang der ihm anvertrauten »Costa Concordia« in einer Weise, die ein spektakuläres Kentern zum Ergebnis hatte, das 32 Menschen mit ihrem Leben bezahlten.

Nun gibt es freilich auch weniger weltbewegende Irrtümer im maritimen Bereich, einer ist allerdings durchaus für die folgende Abhandlung von Belang: Es geht um die Frage, was »maritime Sicherheit« eigentlich bedeutet. Den Begriff deuten Militär, Politik und Wissenschaft, aber auch die Medien im deutschen Sprachraum als Querschnittsaufgabe im Rahmen der so genannten »vernetzten Sicherheit«. Sie umfasst den Schutz

Das ist vor dem Hintergrund zunehmender sicherheitspolitischer Komplexität durchaus nachvollziehbar. In der Ära des Kalten Krieges waren die deutschen Seestreitkräfte nur eine »Marine mit begrenzten Aufgaben« – so beschrieb es jedenfalls Admiral Friedrich Ruge, der erste Inspekteur der Bundesmarine. Damals waren hauptsächlich die Nord- und Ostsee, später auch Teile des Nordatlantiks, sehr eng umrissene Tätigkeitsfelder einer deutschen »escort navy« gegen klar definierte Bedrohungen durch sowjetische U-Boote und Flugzeuge. Nach dem Ende der Blockkonfrontation und seit die beschleunigte Globalisierung mit allen ihren Facetten die Welt nachhaltig verändert, entwickelt sich die Deutsche Marine zu einer »expeditionären Streitkraft« mit weltweiten Aufgaben.

Zum, im wahrsten Sinne des Wortes, Missverständnis über maritime Sicherheit trägt wohl auch bei, dass der deutschen Sprache die Unter-

ziehe das Grundgesetz zu Rate – mitnichten ein verlängerter Arm der Bundespolizei See, doch genau das übersieht die Berliner Republik gerne.

Immerhin sind »maritime security operations« im englischen Sprachraum – und das ist der polizeiliche Einsatz von Marinen – für die größeren Seemächte nur eine der zahlreichen Aufgaben, die ihre Seestreitkräfte wahrnehmen müssen. Zur deren Leistungsbeschreibung gehören ferner so verschiedene Facetten wie Machtprojektion, nukleare und konventionelle Abschreckung, ballistische Raketenabwehr, Flugzeugträgeroperationen, Embargomaßnahmen, Transport von militärischem Gerät in oder aus Krisenregionen, Evakuierung von Staatsbürgern, Ausbildungsunterstützung und so weiter. Das schlägt sich daher insbesondere im anglo-amerikanischen Bereich in einem weitaus größeren wissenschaftlichen Kanon als hierzulande nieder.

Die Bundesrepublik als Mittelmacht muss sich zwar glücklicherweise nicht etwa mit Fragen maritimer Abschreckung auseinandersetzen, denn die Maßgaben der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind andere. Vor dem Hintergrund des oft beschworenen »maritimen 21. Jahrhunderts«, in dem Abhängigkeiten und Bedrohungen von und über See auch für Mittel-mächte deutlicher denn je zu Tage treten, ist das Wissen um das enorme Aufgabenspektrum von Seestreitkräften aber nicht gering zu schätzen.

Aus dem Fremdeln mit maritimen Begriffen und maritim-militärischen Notwendigkeiten erwächst bei unsauberer Übersetzung die Möglichkeit, im internationalen Bereich missverständlich zu wirken – beziehungsweise andere >>

DIE DEUTSCHE DEFINITION MARITIMER SICHERHEIT IST ZUNEHMEND VERWÄSSERT.

und die Sicherung der Seewege, berührt internationale Verträge und Vereinbarungen ebenso wie staatliche Hoheitsaufgaben und Föderalismusprobleme, schließt Freizeit- und Tourismusschiffahrt ebenso ein wie Handels- und Deutsche Marine – kurzum: Die deutsche Definition maritimer Sicherheit ist zunehmend verwässert.

scheidung zwischen »maritime security« und »maritime safety« fehlt. Das mag man noch bedauern; problematisch wird es jedoch, wenn die Aufgaben von Seestreitkräften von der deutschen Politik und Öffentlichkeit häufig zivil beziehungsweise eher polizeilich denn militärisch gedeutet werden. Die Deutsche Marine ist – man

zu missverstehen – und damit für Unmut zu sorgen. Wenn auf Deutsch also von breiter »maritimer Sicherheit« die Rede ist, denkt der Anglo-Amerikaner an nur an »maritime security operations« – und wundert sich bisweilen über die sehr eng gefasste, auf die Sicherheit der Seewege für Handelsschiffe interpretierte tatsächliche Selbstbeschränkung der Deutschen Marine.

Noch bedeutender ist die entsprechende Fortsetzung dieser Problematik in Forschung und Publizistik in Deutschland: Die Tendenz der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Seesicherheit geht zunehmend in Richtung der weichen maritimen Sicherheitsaufgaben (»soft power«) und umfasst viel zu selten auch die eigentlichen Fähigkeiten und Rollen von Seestreitkräften (»hard power«). Nicht zuletzt, weil eine moderne Marinengeschichte als akademische Teildisziplin in Deutschland völlig daniederliegt, obwohl sie wichtiges Hintergrundwissen vermitteln könnte. Obendrein mangelt es ohnehin noch immer an politikwissenschaftlichen Lehrstühlen mit Fokus auf Strategische Studien und Konfliktanalyse.

Immerhin: Langsam öffnet sich der hiesige wissenschaftliche Raum zeitgenössischen maritim-sicherheitspolitischen Fragen. Denkschriften renommierter wissenschaftlicher Einrichtungen und privater Denkfabriken werden zunehmend herausgegeben, einschließlich einer Analyse von »Herausforderungen für Nato-Marinen in Zeiten der Euro- und Wirtschaftskrise« vom Autoren dieser Sammelrezension selbst aus dem vergangenen Jahr. Darüber hinaus sind in naher Zukunft verstärkt einige operationalisierbare Doktorarbeiten zu erwarten – allein am Institut für Si-

cherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) entstehen derzeit gleich drei Dissertationen zu maritim-sicherheitspolitischen Fragen.

Nach mehreren Jahrzehnten Vakanz – die letzten Bände datieren aus den 1970er und 1980er Jahren – drängen nunmehr auch die ers-

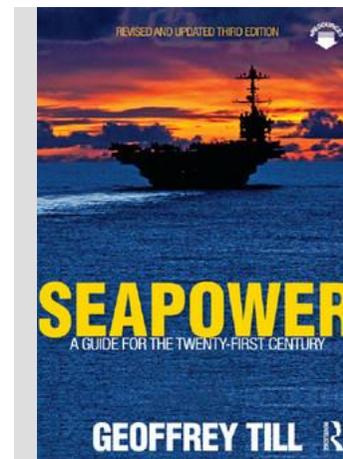
GEOFFREY TILL LIEFERT DAS BESSERE VERSTÄNDNIS FÜR MARITIME FÄHIGKEITEN UND GEFAHREN.

ten deutschsprachigen Sammelbände zum Themenkomplex »maritime Sicherheit(spolitik)« auf den Markt. So befasste sich seit Anfang 2010 der Hamburger Forschungsverbund »PiraT« strukturiert mit Piraterie und maritimem Terrorismus, im Rahmen dessen jetzt zwei Sammelbände entstanden sind. Der Autor dieser Zeilen selbst hat verantwortlich an einem 2013 im Wiesbadener VS-Verlag erschienen Sammelband unter dem Titel »Maritime Sicherheit« mitgewirkt.

Trotz dieser zunehmend regelmäßigen Publikationen in Forschungsliteratur und Fachzeitschriften fehlt es in Deutschland an echten Überblicksarbeiten und strategischen Perspektiven. Wer tieferschürfendere Erkenntnisse in Sachen »maritime security« sucht, muss immer noch den anglo-amerikanischen Kanon konsultieren. Und das ist eben längst nicht mehr Alfred T. Mahans »The Influence of Sea Power Upon History« aus dem Jahr 1890.

Die maßgebliche Publikation, vorgetragen im erfrischend nicht-akademischem Duktus, ist und bleibt seit 2004 Geoffrey Tills Glanzstück »Seapower. A Guide for the 21st Century«. Dieser »Seemachtführer« ist dieses Jahr bereits in seiner dritten Auflage erschienen. Till, Professor am

Londoner King's College und seit den 1980er Jahren einer der maßgeblichen Strategieanalytiker weltweit, beschreibt darin in verständlicher Sprache, was Seemacht eigentlich ausmacht und inwieweit das System maritimer Sicherheit mit den komplexen internationalen Beziehungen inter- >>



Geoffrey Till

**»Seapower.
A Guide for the
21st Century«**

London
(Routledge) 2013
(3. aktualisierte
Auflage),
broschiert, 432
Seiten, 32,99 GBP

agiert; und folglich Einbettung in eine strukturierte Außen- und Sicherheitspolitik bedarf.

Von dem Wesen der internationalen Beziehungen, die sich im Zeitalter der Globalisierung zu einem ganz erheblichen Teil über See entfalten, über den Wert der Theorie von Seekrieg und Strategie gelangt Till zu moderner und sogar post-moderner Seemacht: »Navies have always provi-

power ashore [...] and to expand the range of their interests, activities and responsibilities.« Diese beinhalteten eben nicht nur die klassischen Mari- neaufgaben im Bereich Macht und Herrschaft, sondern im modernen Verständnis Seemacht als Triebfeder von und gleichzeitig Garant für Res- sourcenzugang, Transport und Handel sowie den allgemeinen weltweiten Informationsaustausch.

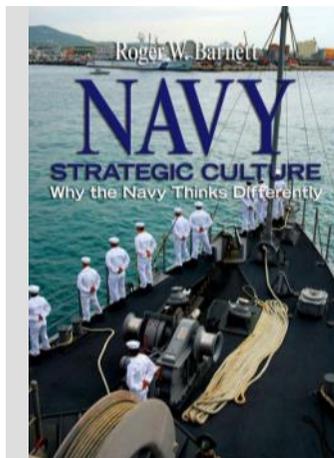
cherheit einschließlich der Rolle von Küstenwa- che und Küstenschutz handelt Till in präzisiertem Duktus ab. Nicht zuletzt sind auch maritime Diplomatie und die nukleare Abschreckung von See her Bestandteile dieses für Laien und Fach- leute gleichermaßen unverzichtbaren Hand- buches. Das bessere Verständnis maritimer Fä- higkeiten und Gefahren ermögliche, so befindet Till, eine maritime Politik aus einem Guss, die Verlässlichkeit bietet und Vertrauen schafft, um eigene Interessen durchzusetzen.

Ebenfalls von Wert mit Blick auf die mariti- me strategische Kultur, das Denken im mariti- men Raum und den damit zusammenhängenden politischen und strategischen Möglichkeiten und Einschränkungen ist Roger Barnetts »Navy Strategic Culture: Why the Navy Thinks Diffe- rently« aus dem Jahr 2009. Ihm gelingt es, die Psychologie der Seefahrt und der Seestreitkräfte hervorragend zu beschreiben: Insbesondere die Naturgewalten, die Weite der Ozeane, die relati- >>

KLEINE BOOTE, SCHWACHE STAATEN UND SCHMUTZIGES GELD

ded a way of policing, and sometimes exploiting, the [increasingly globalised world trading] system«, schreibt Till. »In contemporary conditions, navies – and other forms of maritime power – are having to adapt, in order to exert the maximum

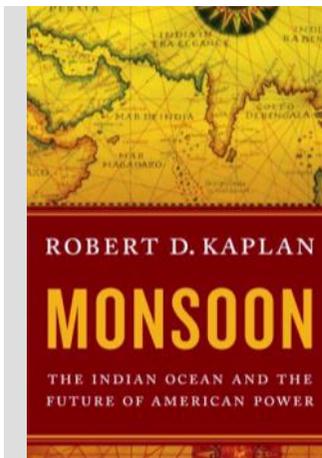
Die Zukunft von Machtprojektion, also die Rolle expeditionärer Einsätze und amphibischer Ope- rationen samt Hintergründen und politischen Zwecken, die Rolle von Logistik in der Seemacht- ausübung und die Nützlichkeit von maritimer Si-



Roger W. Barnett

»Navy Strategic Culture. Why the Navy Thinks Differently«

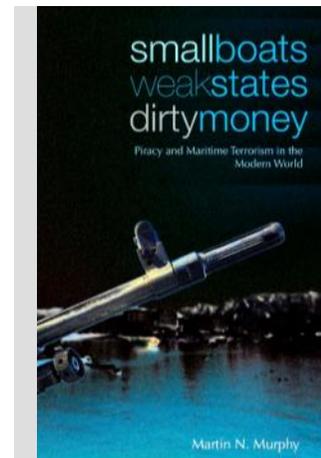
Annapolis (Naval Institute Press) 2009, 256 Seiten, 28,95 USD



Robert D. Kaplan

»Monsoon. The Indian Ocean and the Future of American Power«

New York (Random House) 2010, 384 Seiten, 17,00 USD



Martin N. Murphy

»Small Boats, Weak States, Dirty Money«

New York (Columbia University Press) 2010, 540 Seiten, 29,50 USD

FACHLITERATUR I

ve Einsamkeit und das daraus erwachsene geradezu intime Verhältnis der Seefahrer zu ihren Schiffen machen die maritime Kultur intellektuell, emotional und politisch einzigartig.

Gerade für Personen, die nicht zur See fahren und Interesse an einem vertieften Verständnis der Zusammenhänge auf See haben, ist das Buch – obschon auf die US-Marine fokussiert – durchaus wertvoll. Gnädig möge man allerdings über das reaktionäre Kapitel zur Rolle von Frauen und Homosexuellen in den Streitkräften hinwegsehen, in dem es Barnett gelingt, den Gesamteindruck seiner Auseinandersetzung zu schmälern.

Besser machen es wieder Robert D. Kaplan und Martin Murphy, deren Werke ebenfalls zur Standardliteratur für derzeitige und künftige See-Experten gehören. Der amerikanische Journalist Kaplan, der sich in anderen Publikationen unter anderem mit militärischer Kultur beschäftigte, indem er auf einem Zerstörer, einem U-Boot und bei den SEALs *embedded* war, hat 2010 ein wirk-

lich lesenswertes Buch zu einem kommenden, maritim geprägten Konfliktfeld vorgelegt: »Monsoon – The Indian Ocean and the Future of American Power« ist eine beeindruckende, geopolitisch eingeordnete Schilderung der Geschichte

Problemen wie Terrorismus auf See, Waffen- und Drogenschmuggel oder Menschenhandel.

Für angloamerikanische Seestreitkräfte sind das ausdrücklich keine zentralen Aufgaben. Doch aufgrund politischer und juristischer Gege-

WER TIEFSCHÜRFENDERE ERKENNTNISSE SUCHT, MUSS IMMER NOCH DEN ANGLO-AMERIKANISCHEN KANON KONSULTIEREN.

des Indischen Ozeans und eine Skizze der aktuellen Herausforderungen an dessen Küsten. Mit dem Wiederaufstieg Chinas zur Seemacht, vom indischen Subkontinent ausgehenden maritimen Ambitionen, den Konfliktherden Arabisches Meer und Persischer Golf sowie – last, but not least – der Piraterie vor Somalia gibt es laut Kaplan hinreichend Indizien, dass dieses Weltmeer künftig mehr denn je in den Fokus, übrigens auch in Europa, rücken wird.

Von Martin Murphy, einem britischen Analysten in Diensten einer Forschungseinrichtung in Washington, D.C., kommt das immer noch maßgebliche Buch zu den Sonderproblemen moderne Piraterie und maritimer Terrorismus. Sein »Small Boats, Weak States, Dirty Money«, 2010 vorgelegt, bietet die beste Auseinandersetzung mit dem Sujet und trifft nachvollziehbare Unterscheidungen zwischen Seeräuberei und anderen, diffuseren

benheiten haben sie durchaus eine Rolle bei der Begegnung jener Gefahren zu spielen, wie Geoffrey Till schon unterstrichen hat. Dennoch: Über moderne asymmetrische maritime Herausforderungen sollten die unterschiedlichen Missionen, für die die Schiffe, Boote und Flugzeuge dereinst beschafft wurden, nicht vergessen werden.

Genau eine solche feingliedrige Unterscheidung maritimer Gefahren und deren Begegnung – wie von Murphy angestoßen – führt zurück zur Ausgangsüberlegung: Das komplexe Feld maritime Sicherheit entfaltet sich vor dem Hintergrund einer oft in sich geschlossenen strategischen Kultur. Umso wichtiger ist das präzise und verständliche Herausarbeiten dieser unterschiedlichen Dimensionen für all jene, die nicht zur See fahren oder einen direkten Bezug zum Meer und zur Marine haben. Freilich müssen auch Anreize geschaffen werden, damit die >>

THE INFLUENCE OF SEA POWER UPON HISTORY

1660-1783

By
A. T. MAHAN, D.C.L., LL.D.
Author of "The Influence of Sea Power upon the French Revolution and Empire, 1763-1814," etc.



SEVENTH EDITION

BOSTON
LITTLE, BROWN AND COMPANY

Alfred T. Mahan

»The Influence
of Sea Power
upon History«

(1890), online bei
[Projekt Gutenberg](#),
[kostenlos](#)

FACHLITERATUR I

Probleme – insbesondere mit Blick auf Deutschlands Sicherheitspolitik – auch von »Landratten« zunehmend wissenschaftlich bearbeitet werden können. Immerhin versucht die Deutsche Marine seit 2004 mit ihrem jährlichen Jahresbericht des Flottenkommandos, einschlägige Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik der Öffentlichkeit vor Augen zu führen.

Es gibt im deutschsprachigen Wissenschaftsraum immerhin Bemühungen, dies auf eine fundierte Basis zu stellen und so der maritimen Sicherheit künftig den Stellenwert in der Debatte einzuräumen, der ihr gebührt. Das zeigt ein zunehmendes Interesse der Politik- und Friedensforschung der noch jungen »Berliner Republik« an der Beschäftigung mit maritimer Sicherheitspolitik – was sich natürlich mit der Hoffnung verbindet, dass mehr private und öffentliche Forschungsgelder in diese Bereiche investiert werden. Entscheidend ist, dass aus dieser bisherigen »Seebblindheit« keine »Scheuklappenmentalität« wird, in der maritime Sicherheitsprobleme nur nach einem diffusen Wohlfühlfaktor analysiert werden. Ein strukturierter Literaturkanon ist dagegen ein erster Schritt in die richtige Richtung. <<<<

Sebastian Bruns, *Regionalwissenschaftler Nordamerika, ist Doktorand an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und dort wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sicherheitspolitik.*

Quellen und Links:

Bericht »Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland«, jährlich herausgegeben vom Bundesministerium der Verteidigung

Carlo Masala/Konstantinos Tsetsos: »Die maritime Dimension der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und Deutschlands im 21. Jahrhundert«, herausgegeben vom International Relations and Security Network der ETH Zürich im Mai 2013

Felix Seidler: »Maritime Machtverschiebungen im Indo-Pazifischen Raum. Geopolitische und strategische Trends«, Forschungspapier des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) vom Januar 2013

Sascha Albrecht: »Seemacht Brasilien? Maritime Ambitionen einer aufstrebenden Macht im Südatlantik«. Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) vom September 2011

Stefan Mair: »Piraterie und Maritime Sicherheit. Fallstudien zu Afrika, Südostasien und Lateinamerika sowie Beiträge zu politischen, militärischen, rechtlichen und ökonomischen Aspekten«. Studie der SWP-Studien vom Juli 2010

DAS CHAOS VERSTEHEN

Dass die Erde zu drei Vierteln von Ozeanen bedeckt ist, daran erinnert nachhaltig William Langewiesche. Der amerikanische Journalist hat von 1990 bis 2006 für das renommierte Kultur- und Politikmagazin *The Atlantic Monthly* gearbeitet; und aus dieser Zeit vereint »The Outlaw Sea« sechs seiner eindrucksvollsten, ausführlichen Reportagen über Leben und Sterben in einer Welt, die von den Meeren dominiert ist: von brutalen Piratenüberfällen im indonesischen Archipel über das dramatische »Estonia«-Desaster im Golf von Finnland bis zu grausamen Arbeitsbedingungen auf Abwrackwerften an den Stränden Indiens.

Mit diesen Beispielen gelingt Langewiesche vor allem eines: den ans Land gebundenen Menschen zu demonstrieren, dass ihre Regierungen zwar versuchen, das Geschehen auf den Weltmeeren zu kontrollieren – aber immer wieder an der natürlichen, elementaren Anarchie des blauen Planeten scheitern. Ideale Ergänzung zur wissenschaftlichen Lektüre. **mmo**



William Langewiesche

»The Outlaw Sea. A World of Freedom, Chaos, and Crime«

New York
(North Point Press)
2005, 256 Seiten,
15,00 USD

LÜCKENFÜLLER

Der Sammelband »Maritime Sicherheit« stößt vielleicht eine neue politikwissenschaftliche Debatte zum einer Materie an, die in Deutschland bisher eher als Nischenthema galt.

>> »The maritime domain carries the lifeblood of a global system that links every country on earth«, heißt es in der »Cooperative Strategy for 21st Century Seapower« der USA. 90 Prozent des Welt Handels und 60 Prozent der globalen Ölversorgung werden über den Seeweg bewältigt. Daher zählt die Gewährleistung sicherer Handels- und Verkehrswege im maritimen Raum zu den Grundvoraussetzungen für das geopolitische Gleichgewicht und damit für den freien Welthandel.

Aber – man mag es kaum glauben – ausgerechnet in Deutschland, das über die weltweit größte Container- und drittgrößte Handelsflotte verfügt, galt die Maritime Sicherheit in der sicherheitspolitischen Strategiediskussion bisher eher als ein Nischenthema. Fast vierzig Jahre liegt die Veröffentlichung des letzten politikwissenschaftlichen Bands zu diesem Thema zurück: »Seemacht und Außenpolitik«, herausgegeben 1974 von Hans-Peter Schwarz und Dieter Mahnke. Jetzt endlich schließt eine neue Publikation die bestehende Forschungslücke. Den Autoren des von Sebastian Bruns, Kerstin Petretto und David Petrovic herausgegebenen Sammelbandes »Maritime Sicherheit«, unter ihnen auch der international renommierte Geoffrey Till, Direktor des »Corbett Centre for Maritime Policy Studies« am Londoner King's College, gelingt es, die Thematik auch aus der deutschen Perspektive umfassend und



Foto: Crown Copyright / Mark Connell

fundiert zu analysieren und dabei für den Diskurs interessierter Leser – mit oder ohne sicherheitspolitischen Hintergrund – eine aufschlussreiche wie anregende Lektüre zu bieten.

In sechzehn Beiträgen beleuchten die Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Perspektiven die wirtschaftlichen, rechtlichen und geostrategischen Dimensionen des maritimen Raums. Es wird deutlich, wie sehr Maritime Sicherheit ein eng miteinander verwobenes Geflecht für das Funktionieren unseres globalen Systems, den Umweltschutz oder die Ressourcenversorgung bildet. Und wie sehr diese Aspekte im Gesamtzusammenhang gesehen werden müssen. Viel zu oft wird Maritime Sicherheit im allgemeinen Sprachgebrauch lediglich mit dem Schutz globaler Handelswege gleichgesetzt. Dass maritime (Un)sicherheit weit über diese eng gefasste Definition hinausgeht, zeigen die kenntnisreichen Autoren in ihren Beiträgen zu den Themen Piraterie, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Umwelt- und Klimaveränderungen und dem Wettlauf um Ressourcen in der Tiefsee schlüssig auf.

Gerade die Vorfälle von Piraterie und maritimen Terrorismus verdeutlichen, wie sehr politische Problematiken wie fragile Staatlichkeit in den maritimen Raum hineinreichen und diesen beherrschen. Diese Themenvielfalt und fundierte Recherche zu zahlreichen Teilaspekten ist eine der großen Stärken des Sammelbands. Im Hinblick auf die aktuellen Debatten zum Grenzschutz an den Küsten und der Migration auf dem Seeweg hätte ein kurzer Beitrag dazu das Themenspektrum jedoch noch abrunden können.

VIEL ZU OFT WIRD MARITIME SICHERHEIT NUR MIT DEM SCHUTZ GLOBALER HANDELSWEGE GLEICHGESETZT.

Wie betroffene Akteure mit maritimer (Un)sicherheit umgehen, wird vor allem im Durchsetzen geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen deutlich, was auch militärische Mittel involviert. Und wie aktuell die Debatte um den Einsatz militärischer Mittel zur See ist, zeigen die gegenwärtigen Planungen zu ei-

>>

ner militärischen Intervention in Syrien, die sich mit Hilfe von größeren Flottenverbänden durchführen ließe. Eine interessante Fallstudie dazu ist Geoffrey Tills und Martin Robinsons Kapitel zur Kooperation der britischen Luft- und Seestreitkräfte bei der Durchsetzung der Flugverbotszone in Libyen 2011. Der Einsatz habe, so Till und Robinson, die Vorzüge eines maritimen Strategie-Ansatzes deutlich gezeigt.

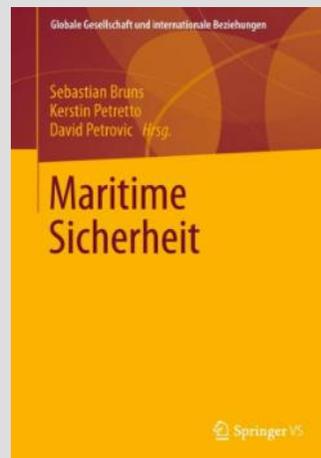
Aus dem Band geht hervor, dass insbesondere die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats den Ausbau ihrer maritimen Kapazitäten forcieren – insbesondere zum Einsatz von Expeditionsstreitkräften. Das hängt auch mit der Verschiebung des Zentrums geopolitischer Interessen nach Asien und der Sicherung des indopazifischen Raums zusammen. Dabei bleiben die USA nach wie vor auch auf See die unangefochtene Supermacht. Zugleich rüsten aber Russland und China auf. Ob Russland seine Seemacht wie geplant bis 2030 zu einer Geltung wie seinerzeit der sowjetischen wiederherstellen kann, bleibt jedoch ungewiss. China scheint eher seine geopolitische Position und seinen Einfluss in der indopazifischen Region zu stärken, als für einen militärischen Konflikt aufzurüsten. Felix Seidler schätzt, dass die Volksrepublik zudem erst 2025 über eine vollständig einsatzbereite Flotte verfügen wird.

Wie auch in vielen anderen sicherheitspolitischen Zusammenhängen, wird Deutschland für das Fehlen einer Debatte zu maritimer Sicherheit und mangelnde Kooperationsbereitschaft mit Bündnispartnern getadelt. Seinen europäischen Nachbarn hinke es klar hinterher. Das liege laut Kerstin Petretto auch daran, dass »kein Bundesministerium die [...] Federführung über den maritimen Raum und dessen Sicherheit innehat« und Deutschland daher keine klare politische Linie verfolge. Die Autorin

zeigt sich jedoch optimistisch und glaubt, dass ein Umdenken immerhin bereits eingesetzt hat. Allerdings solle die Bundesrepublik sich demnach auch innerhalb der Nato und der EU für mehr Kooperation mit seinen Bündnispartnern einsetzen.

DASS DEM BAND NOCH EINIGE ASPEKTE FEHLEN,
BESTÄTIGT NUR SEINE EIGENE WICHTIGKEIT.

Mit der Analyse der maritimen Strategien und Kapazitäten der fünf permanenten Mitglieder im UN-Sicherheitsrat China, England, Frankreich, Russland und den USA, sowie Deutschlands, der EU und der Nato decken die Autoren einen wichtigen Teil der maritimen Akteure ab. Leider beachten sie die maritimen Strategien anderer aufstrebender Mächte als Russland und China, wie zum Beispiel Indien oder Brasilien, wenig. Dabei bietet gerade Indien eine interessante Fallstudie zum Aufstieg eines BRIC-Staates und dem damit verbundenen Ausbau seiner Seestreitkräfte: Am 12. August dieses Jahres ließ Indien seinen ersten in Eigenregie gebauten Flugzeugträger, die



Sebastian Bruns,
Kerstin Petretto und
David Petrovic (Hrsg.)

»Maritime Sicherheit«

Wiesbaden
(VS-Verlag) 2013, 257
Seiten,
29,99 Euro

»Vikrant«, vom Stapel laufen und überholte damit China, welches zwar größere Streitkräfte, aber keinen Träger aus eigener Produktion besitzt.

Ein Thema, das vielleicht ebenso noch hätte beleuchtet werden sollen, ist der Umstand, dass inzwischen auch nichtstaatliche Akteure, wie die zum Schutz vor Piraterie-Angriffen angeheuerten privaten Sicherheitsunternehmen – zum Beispiel die *Bowline Defence* oder die *Gulf of Aden Group Transits* – an Bedeutung gewinnen. Dass dem Leser solches Fehlen einiger Aspekte auffallen kann, bestätigt nur die Notwendigkeit einer diversen und breiteren Debatte über maritime Sicherheit in Deutschland, die dieser Sammelband hoffentlich anstößt.

Insgesamt gibt der Sammelband einen umfassenden und vielseitigen Einblick in die Lage der internationalen maritimen Sicherheit und schafft es dabei dem Leser trotz der Themenfülle, detaillierte wissenschaftliche Expertise zu den einzelnen Teilaspekten zu vermitteln. Das macht das Buch zu einem weiteren Must-Read für alle an maritimen Themen interessierte Leserinnen und Leser. **isk**

Quellen und Links:

[Bericht der National Post aus Toronto vom 13. August 2013](#)

[»Cooperative Strategy for 21st Century Seapower« der US Navy, des US Marine Corps und der US Coast Guard vom Oktober 2007](#)

[Webpräsenz der Bowline Defence](#)

[Webpräsenz der Gulf of Aden Group Transits](#)



VORHUT DES SPARZWANGS

von Kai Peter Schönfeld

Die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik sind besonders im Bereich Marinestrategie untrennbar mit transatlantischen und europäischen Bündnisinteressen verknüpft. Im Einklang mit dem Zeitgeist von »smart defence« und »pooling and sharing« macht die Deutsche Marine dabei politisch wie militärisch deutliche Schritte in Richtung vertiefter Kooperation und Interoperabilität – während sie sich immer weiter zur Expeditionstreitmacht umformt.

>> »Steinbrück stellt Deutsche Marine infrage.« Der Aufschrei, den diese Schlagzeile ausgehend vom Berliner *Tagesspiegel* im vergangenen März in Seefahrerkreisen und der sicherheitspolitischen Community Deutschlands losgebrochen hat, klingt bis heute nach. Außen- und sicherheitspolitische Ahnungslosigkeit, Leichtsinn und Realitätsverlust warfen Politiker aus der Koalition dem SPD-Kanzlerkandidaten damals vor. Von einem »Schlag ins Gesicht für jeden Marineangehörigen« sprachen gar die CDU-Bundestagsabgeordneten und Mitglieder des Verteidigungsaus- >>

schusses Ernst-Reinhardt Beck und Ingo Gädechens.

Es ist fraglich, inwiefern diese verknappende und polemisierende Schlagzeile die Intention Peer Steinbrücks korrekt abgebildet hat. Betrachtet man den Gesamtzusammenhang jener Fachkonferenz »Europäische Sicherheit« der Arbeitsgruppe Sicherheit und Verteidigung der SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 2013 – an der im Übrigen auch Sachkenner aus Politik, Militär und Wissenschaft beteiligt waren –, so kommt man zu dem Schluss, dass Steinbrück wohl eher am Beispiel der Marine seine Ideen von Verteidigungskooperation, von »smart defence« und »pooling and sharing« in EU und Nato darbieten wollte. Der Sozialdemokrat dachte zum Beispiel laut darüber nach, warum nicht alle Nord- und Ostseerainer »am Ende eine gemeinsame Marine aufstellen« sollten, allein angesichts der Personalknappheit bei den Deutschen. Die vielleicht etwas schnodderig vorgetragene Steinbrücksche Marinevision von einem maritimen »Großen und Ganzen« im Bündnis beweist somit durchaus ein gewisses Maß an Aktualität. Sie kann als Ausgangspunkt für eine konstruktive Diskussion im maritimen Kontext über Verteidigungskooperation, »pooling and sharing«, »smart defence« und über das deutsche Prinzip der »Breite vor Tiefe« dienen.

Um es bereits zu Beginn vorweg zu nehmen: Eine europäische Marine mit einem Flottenkommando in Brüssel wird es in den nächsten Jahrzehnten nicht geben. Die nationale, Deutsche Marine wird nicht ernsthaft zur Disposition stehen. Gleichwohl weisen die aktuellen Tendenzen europäischer und transatlantischer Sicherheits- und

Verteidigungspolitik deutlich in Richtung mehr Kooperation, mehr Koordination und vertiefte wechselseitige Partnerschaft. Das Subsidiaritätsprinzip in der EU und in der Nato bleibt zwar davon zunächst unangetastet. Aber zum einen zwingen die mit wenigen Ausnahmen europaweit schrumpfenden Verteidigungsbudgets zu derartigen Maßnahmen. Zum anderen wächst allmählich die Erkenntnis, dass die Stimme Europas in der

phisch als auch ökonomisch ein zentrales Land in Europa, und damit in einem gewissen Maß auch politisch. Militärisch und marinestrategisch weist dieses Verhältnis historisch begründete Asymmetrien auf. Die Bundesrepublik ist gerade im Vergleich zu Frankreich, Großbritannien oder gar den USA keine Seemacht. Man sollte von solcherlei Ansprüchen an die deutsche Politik oder die Bundeswehr auch deutlich

WIRD EINE EUROPÄISCHE SEESTREITMACHT DER ENDPUNKT DER ENTWICKLUNG SEIN?

globalen Außen- und Sicherheitspolitik künftig nur im Gleichklang wahrgenommen werden wird.

Insbesondere auf See kommt allerdings noch eine ganz andere Komponente von Internationalität hinzu: Die maritimen Agenden der europäischen Nachbarstaaten, die gemeinsam Anrainer von Regionalgewässern wie beispielsweise der Nord- oder Ostsee sind, weisen oft Analogien auf. Mehr Zusammenarbeit verspricht stärkere Synergien. Zudem sind die Ziele des UN-Seerechtsübereinkommens von 1982, freie Seehandelswege oder die Bekämpfung von Piraterie maritime Interessen von globalem Gewicht. Marinepolitik und -strategie bieten sich aus deutscher und europäischer Sicht also sowohl traditionell als auch tagesaktuell für Kooperationsprojekte an.

Welches ist nun die Perspektive für die Deutsche Marine und welchen Kurs fährt sie in dieser Entwicklung? Deutschland ist sowohl geogra-

Abstand nehmen, wenngleich Deutschland als Exportnation natürlich zu einem hohen Grad von der Lebensader freier Handelswege über die Weltmeere abhängig ist.

Die Deutsche Marine befindet sich seit dem Ende des Kalten Krieges in einem Transformationsprozess von einer »escort navy« hin zu einer »expeditionary navy«. Strategen im In- und Ausland erwarten zu Recht von ihr, dass sie überregional beziehungsweise global Verantwortung für maritime Sicherheit mitträgt, sich international beteiligt und im Kontext von EU, Nato oder UN Kompetenzen und Fähigkeiten zur Beantwortung akuter maritimer Fragen einbringt. Das tut die Deutsche Marine. Ob sie personell und materiell in der Lage ist, diese von der Regierung und dem Parlament an sie gestellten Aufgaben in einem ausreichenden oder angemessenen Maßstab nachhaltig zu erfüllen, >>



Dank jahrzehntelanger Kooperation sind die Nato-Marinen eigentlich bestens auf »pooling and sharing« vorbereitet. Hier der britische Zerstörer »York« und das italienische Landungsschiff »San Marco«, denen der deutsche Versorger »Frankfurt am Main« während des UNIFIL-Einsatzes 2006 neuen Treibstoff liefert.

Foto: Bundeswehr / Ann-Katrin Winges

darüber lässt sich freilich streiten. Dennoch leistet sie über die Einsätze »Atalanta«, »UNIFIL« und »Active Endeavour«, über das Engagement in den »Standing Nato Maritime Groups« und »Standing Nato Mine Countermeasures Groups« sowie über die Teilnahme an verschiedensten multinationalen Manövern und Übungen, wie

zuletzt dem »Westlant Deployment« in amerikanischen Gewässern, zweifelsfrei wichtige maritimsicherheitspolitische Beiträge.

In der künftigen strategischen und operativen Ausrichtung der Deutschen Marine stand und stehen Verteidigungsministerium und Flottenkommando aber vor einer Grundsatzentschei-

dung: Hält man am Konzept der »Breite vor Tiefe« – also an einer möglichst breiten Fähigkeitspalette zu Ungunsten einer marinetaktischen Schwerpunktsetzung – fest oder ist man bereit, gewisse Fähigkeiten gänzlich aufzugeben, auf die Solidarität der Bündnispartner zu vertrauen und dafür wenige, fest umrissene Kernfähigkeiten auszubilden?

Unter den Sparzwängen der Staatsschuldenkrisen stehen die meisten europäischen Marinen ähnlichen Fragen gegenüber. Von radikalen Einschnitten war zuletzt aus Spanien zu hören gewesen, wo der Flugzeugträger »Príncipe de Asturias« bereits außer Dienst gestellt ist und das Versorgungsschiff »Cantabria« nach Australien verliehen wird. Großbritannien steht vor ähnlichen Problemen, weil bis heute unklar ist, ob der geplante zweite Flugzeugträger der »Queen Elizabeth«-Klasse jemals in Dienst gestellt wird. Frankreich hat sich bereits gegen den Bau eines Schwesterschiffs für die »Charles de Gaulle« entschieden. Belgien und die Niederlande pflegen seit Jahren eine enge Marinekooperation, die beinahe den Anschein einer gemeinsam betriebenen Flotte erweckt, nicht zuletzt weil die größten schwimmenden Einheiten der belgischen Marine ex-niederländische Fregatten sind. Ihre Kooperation erstreckt sich insgesamt über weite Teile der Ausbildung, Versorgung, Wartung und Operation, bis hin zu einem Flottenkommando für beide Marinen im niederländischen Den Helder.

Die Liste ließe sich beliebig weiterführen. Deutschland indes bleibt bislang offiziell beim Konzept »Breite vor Tiefe«. Die Bundeswehr soll als Instrumentarium deutscher Außen- und Si- >>

cherheitspolitik ein möglichst breites Angebot an militärischen Fähigkeiten zur Verfügung stellen. Auf die maritimen Fähigkeiten bezogen, handelt es sich präzise formuliert allerdings um eine eingeschränkte »Breite vor Tiefe«. Gewisse Fähigkeiten besitzt die Bundesrepublik nicht und strebt diese auch nicht an, wie beispielsweise Flugzeugträger, Einheiten mit atomarem Antrieb oder amphibische Einheiten, also hochseefähige Landungsschiffe. Andere Fähigkeiten werden momentan ergänzt, erweitert oder modernisiert, wie beispielsweise das Projekt eines oder mehrerer »joint support ships«, der Ausbau und die Aufwertung der Marineinfanterie oder das Konzept von flexibel einsetzbaren Missionsmodulen im Rahmen der geplanten »Mehrzweckkampfschiffe 180« (siehe Infoboxen diese und folgende Seite). Diese Projekte sollen die bereits bestehenden Kompetenzen, etwa der konventionellen U-Boote, der Minenabwehr, der Verwundetenversorgung auf See oder der vielseitigen Fähigkeiten der Fregatten und Korvetten, weiter abrunden.

Dieses Konzept einer »Breite vor Tiefe« mit Augenmaß und Realitätssinn soll dem deutschen Spannungsverhältnis zwischen geographischer und wirtschaftlicher Zentralität und relativem militärischem und strategischem Begrenztsein gerecht werden. Etwas salopp könnte man auch sagen, dass Deutschland als »Großer« in EU, Nato und UN militärisch vieles kann, aber sich nicht alles leisten muss.

An dieser Haltung wird jedoch auch Kritik laut: So ist von unseren Bündnispartnern gelegentlich der Einwand zu hören, Deutschland werde aufgrund der beschriebenen Eingeschränktheit seiner

militärischen Fähigkeiten seiner Verantwortung für die maritime Sicherheit nicht ausreichend gerecht. Sie fordern mehr Engagement, mehr »Breite«. Von anderer Seite wird das Festhalten an der »Breite« dagegen grundsätzlich in Frage gestellt – wie von Peer Steinbrück auf der SPD-Fachkonferenz. Nicht jeder müsse innerhalb eines Bündnisses alles können, sondern jeder gewisse militärische Kernkompetenzen einbringen. Erst in der Summe müsse das Bündnis alles können.

Eine gewisse Mindestbreite und -tiefe sollten aus deutscher Sicht nicht unterschritten werden. EU und Nato benötigen für ihre maritime Handlungsfähigkeit nationale Seestreitkräfte, die ein breites Spektrum an Kernkompetenzen in die Waagschale werfen können, Staaten, die initiativ Verantwortung übernehmen. Dazu sind größere Länder wie die USA, Großbritannien und Frankreich, aber mit einem gewissen Abstand auch Deutschland prädestiniert.

Zudem sind Planer und Gestalter notwendig, die den Fähigkeitsabbau unter den vielen europäischen und transatlantischen Marinen koordinieren. Dieses Desideratum könnten zentrale Organe wie der Nato-Rat oder die Europäische Verteidigungsagentur ausfüllen. Eine stärker subsidiär orientierte Lösung könnte am Beispiel der EU aber auch ein Netz bilateraler Kooperationsprojekte sein, bei dem maritim breit aufgestellte Länder wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland nicht nur untereinander stärker kooperieren, sondern auch kleineren Marinen mit lückenhaften Fähigkeitsprofilen mehr Anknüpfungspunkte für die eine oder andere Möglichkeit zur Zusammenarbeit böten.

EXPEDITIONSUNTERSTÜTZUNG

Ein »**joint support ship**« (JSS) ist ein vielseitig einsetzbarer Schiffstyp mit bewusst breitem Aufgabenspektrum, der sich in unterschiedlichen Varianten bereits in vielen europäischen Marinen durchgesetzt hat. Eine Anschaffung von zwei Unterstützungsschiffen ist für die Deutsche Marine für 2025 vorgesehen – auch wenn die Finanzierung laut Blog *augenge-radeaus* noch alles andere als gesichert ist.

Im Zentrum der Fähigkeiten eines JSS steht der »Joint«-Gedanke, also die Nutzung der Plattform durch alle Teilstreitkräfte, vornehmlich Marine und Heer. Die in der Deutschen Marine für eine »expeditionary navy« klaffende Fähigkeitslücke der »gesicherten militärischen Seeverlegefähigkeit« sollen die JSS schließen. JSS dienen somit der breiten logistischen und operativen Unterstützung von weltweit möglichen, streitkräftegemeinsamen Einsätzen. Sie sollen die Führungsplattform auf See für Landeinsätze bilden, Evakuierungen und Hilfsoperationen ausführen, im Einsatzgebiet Flugbetrieb ermöglichen sowie logistische und medizinische Versorgung bereitstellen – und eine besonders lange Durchhaltefähigkeit beweisen.

Die kanadische Marine hat unlängst entschieden, auf Basis eines deutschen Modells eine solche maritime Unterstützungsplattform neu zu beschaffen: die Versorgungsschiffe der »Berlin«-Klasse, gebaut von der *ThyssenKrupp Marine Systems* aus Kiel. Für die Deutsche Marine wird es allerdings wohl einen neuen Entwurf geben, der noch weiter über die Fähigkeiten der »Berlin« hinausgeht.

>>

SCHNELLBOOTERSATZ

Das »**Mehrzweckkampfschiff 180**«, kurz MKS 180, ist ein Schiffbauprojekt in der Planungs- und Konzeptionsphase für die Deutsche Marine, mit dessen Indienststellung man voraussichtlich in den 2020er Jahren rechnet. Nach jetzigem Stand sollen sechs Einheiten beschafft werden, um die Schnellboote der »Gepard«-Klasse zu ersetzen, die noch aus den frühen 1980er Jahren stammen.

Das MKS 180 soll technisch und personell durch Intensivnutzung, missionsmodulare Ausstattung und Mehrbesatzungskonzepte durchhaltetfähiger sein als bisher in der Deutschen Marine Dagewesenes. »Missionsmodularität« bedeutet in diesem Zusammenhang, standardisierte Ausrüstungssysteme an den jeweiligen Einsatz angepasst auszutauschen. Das Schiff kann damit auch personell je nach Anforderung besetzt werden. Mit dem Betrieb von MKS 180 verspricht sich die Bundeswehr den ressourceneffizienten Erhalt eines möglichst breiten Fähigkeitsspektrums; die Fachzeitschrift *MarineForum* nennt das Projekt prägnant »das Schweizer Armeemesser der Deutschen Marine«.

Die Deutsche Marine kann durch militärpolitische Kooperation an die geopolitisch zentrale Lage der Bundesrepublik, umringt von Freunden, für die Erhaltung ihrer Kernkompetenzen anknüpfen. Dabei kann sie sowohl als kleiner Partner, beispielsweise eingegliedert in Verbände der US Navy oder der französischen *Marine nationale* die-

nen. Sie kann aber auch selbst als Dreh- und Angelpunkt, als Nukleus, agieren, indem sie mit kleineren Nachbarstaaten wie mit den Niederlanden und Belgien, mit Dänemark oder Polen zusammenarbeitet. Auf diese Weise werden Fähigkeitslücken ausgeglichen, Lasten und Kosten verteilt und Erfahrungen und Know-how ausgetauscht.

Wie genau sehen diese Planspiele auf der politischen Ebene und im Alltag der Flotten aus? Wo liegen weitere Entwicklungschancen? Die Bundesregierung und die Deutsche Marine haben in den vergangenen Monaten und Jahren wichtige Weichenstellungen unternommen, die es weiter zu ergänzen gilt. Zunächst laufen die bereits erwähnten maritimen Einsätze und Manöver im Bündnisrahmen weiter. Darüber hinaus sind drei bilaterale Projekte von besonderem Interesse, nämlich die deutsch-französische, die deutsch-niederländische und die deutsch-polnische Marinekooperation. Mit der regelmäßigen Aktivierung

aktiviert. Wünschenswert wären eine zeitliche Ausdehnung oder gar eine dauerhafte Bildung eines deutsch-französischen Marineverbandes, der gemeinsam Auslandseinsätze bestreiten könnte. Deutschland könnte mit einer Fregatte oder Korvette auch zu einem Trägerverband um die »Charles de Gaulle« beitragen. So wie Anfang dieses Jahres die Fregatte »Hamburg« für vier Monate der amerikanischen Trägergruppe um die USS »Dwight D. Eisenhower« zugeteilt war.

Deutschland und die Niederlande haben am 28. Mai 2013 eine Absichtserklärung zur vertieften Verteidigungskooperation beschlossen, in der auch dezidiert maritime Projekte genannt werden. Man wolle, so der Originalwortlaut »opportunities for establishing more permanent forms of cooperation and deeper integration« ergründen. Eine Roadmap, die der Absichtserklärung beigelegt ist, schlägt konkrete Projekte unter anderem im Bereich des U-Bootdesigns und

BEI ALLER BERECHTIGTEN KRITIK – EIN MINDESTMASS AN BREITE VOR TIEFE SOLLTE DIE DEUTSCHE MARINE NICHT UNTERSCHREITEN.

der DEFRAM (siehe Infobox auf der folgenden Seite) haben Frankreich und Deutschland seit 1992 Strukturen einer auf Dauer angelegten maritimen Partnerschaft geschaffen. Leider wurde der gemeinsame Marineverband der beiden Nachbarländer bislang lediglich jedes Jahr für einige Wochen im Rahmen von Übungsfahrten

-baus, der Minenabwehr, der Nutzung von Drohnen auf See und der seebasierten Flugkörperabwehr auf der Basis des gemeinsam genutzten Weitbereichsradars SMART-L vor. Ferner sollen beide Marinen den Austausch von Personal, Know-How und Erfahrungen vertiefen und Ausbildungskapazitäten gemeinsam nutzen. >>

DEUTSCHLAND

Tags zuvor hatte Verteidigungsminister Thomas de Maizière bereits eine Absichtserklärung zur maritimen Kooperation mit seinem polnischen Amtskollegen Tomasz Siemoniak unterzeichnet. Dieses Dokument scheint in einigen Punkten noch weiter zu gehen: Neben ähnlichen Projekten wie mit den Niederländern sind grundlegend die Bildung einer deutsch-polnischen Marinearbeitsgruppe sowie die zeitlich begrenzte Aufstellung eines gemeinsamen Minenabwehrverbandes in der Ostsee im Rahmen der »Nato Mine Countermeasure Groups« angedacht. Ferner wolle man bei der Entwicklung, Beschaffung und personellen Ausstattung des »joint support ship« koope-

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE FLOTTILLE

Die »**Force navale franco-allemande**« (FNFA) beziehungsweise der »Deutsch-Französische Marinerverband« (DEFRAM) ist die maritime Variante der deutsch-französischen Verteidigungszusammenarbeit. Seit 1992 wird der Verband – anders als etwa die deutsch-französische Brigade – regelmäßig für einen begrenzten Zeitraum aus variierenden Einheiten beider Marinen zusammengestellt und normalerweise für multinationale Manöver und Ausbildungsvorhaben aktiviert.

Lediglich in den Jahren 2003 und 2004 übernahm er operative Aufgaben im Zusammenhang mit der »Operation Enduring Freedom«. Zuletzt wurde der DEFRAM im Mai dieses Jahres zum U-Jagdmanöver »Spontex 2013« vor der französischen Atlantikküste aktiviert.

rieren, gemeinsam neue Tank- und Versorgungsschiffe entwickeln, gemeinsam Missionsmodule für das Mehrzweckkampfschiff 180 bauen und im marineinfanteristischen Bereich, beispielsweise durch den Austausch von Boardingteams, enger zusammenarbeiten. Begleitet wurde das De-Maizière-Siemoniak-Papier von der Meldung, Polen prüfe den Kauf deutscher U-Boote – deutsche Ausbilder mit eingeschlossen.

Während man sich in der deutsch-französischen Marinekooperation noch auf alten Pfaden bewegt, scheint sich mit den Niederlanden und Polen eine neue Qualitätsstufe maritimer Kooperation abzuzeichnen, die richtig und wichtig ist. Wie viele Aspekte der Absichtserklärungen letztlich nationalstaatlichen Prüfungen standhalten werden, lässt sich freilich noch nicht mit Gewissheit vorhersagen.

Fest steht allerdings, dass Deutschland Initiativen in Richtung eines maritimen »pooling and sharing« mit seinen Nachbarstaaten auf den Weg gebracht hat. Zu einer europäischen Marine à la Steinbrück wird dies gewiss (noch) nicht führen. Zu mehr Kooperation, mehr Lastenteilung und mehr Effektivität in der europäischen und transatlantischen Marinestrategie und Operationsfähigkeit hingegen sehr wohl. <<<<

Kai Peter Schönfeld *ist Leutnant zur See. Er hat an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und der Université Paul-Valéry Montpellier Geschichte und Soziologie studiert.*

Quellen und Links:

Peter Hefele: »Fragile Wertschöpfungsketten. Zur Notwendigkeit eines deutschen maritimen Engagements«, Forschungspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 5. Juli 2013

Gemeinsame Absichtserklärung zur vertieften Zusammenarbeit der Deutschen und Niederländischen Streitkräfte vom 28. Mai 2013

Gemeinsame Absichtserklärung zur vertieften Zusammenarbeit der Deutschen und Polnischen Marine vom 27. Mai 2013

Auszug aus der Rede Peer Steinbrücks auf der SPD-Fachkonferenz »Europäische Sicherheit« am 13. März 2013

Studie »The maritime dimension of CSDP. Geostrategic maritime challenges and their implications for the European Union« des Generaldirektorats für Außenpolitik des Europäischen Parlaments vom Januar 2013

Sebastian Bruns: »Herausforderungen für Nato-Marinen in Zeiten der Euro- und Wirtschaftskrise«, Forschungspapier des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel vom Dezember 2012

Nato Alliance Maritime Strategy vom 18. März 2011

Parrein, Pieter-Jan: »Some Ideas for European Defence Cooperation from the Case Study of the Belgian-Dutch Navy Cooperation«, Forschungspapier des belgischen Royal High Institute for Defence Centre for Security and Defence Studies vom Dezember 2010



SEEBEINE FÜR BRÜSSEL

von Markus Harder

>> Eigentlich ist Europa sich der existentiellen wirtschaftlichen Bedeutung von Seehandel und maritimer Infrastruktur bewusst. Die Europäische Union treibt deren Förderung mit ihrer »Integrierten Meerespolitik« (IMP) sichtbar voran; sie muss jedoch der erkennbaren Verwundbarkeit der maritimen Interessen Europas, über die bereits bestehenden nationalen Schutzmechanismen hinaus, noch deutlicher Rechnung tragen. Dies ist der Union bislang – auch mittels der eher landfokussierten »Europäischen Sicherheitsstrategie« (ESS), die den maritimen Bereich einzig in Zusammenhang mit der Piraterie betrachtet – nicht gelungen.

Die EU hat ihre maritimen Interessen in der IMP in erster Linie wirtschaftlich und ökologisch definiert, jedoch versäumt, mögliche diesbezügliche Bedrohungen zu benennen und hieraus Handlungsoptionen zum Schutze besagter Interessen zu entwickeln. Eine »Europäische Maritime Sicherheitsstrategie« (EMSS), die die Union bis Jahresende 2013 anstrebt zu erstellen, ist somit – im Sinne einer gemeinsamen maritimen Interessenwahrung – mehr als überfällig. Der letzte, informelle Anstoß zu dieser EMSS ist noch von Zyperns Ratspräsidentschaft Ende 2012 ausgegangen; die Aufgabe, sie zu erarbeiten, liegt bei der

Die Inselnation Zypern scheint den richtigen Gedanken befördert zu haben: Die »Europäische Maritime Sicherheitsstrategie«, die gerade entsteht, kann die Kooperation von ziviler und militärischer Schifffahrt nur begünstigen.

Ja, sie muss dringend als Wegweiser dienen. Denn trotz vergleichbarer Probleme fehlt es den betroffenen Akteuren an einer echten gemeinsamen seebezogenen Agenda.

Kommission und Catherine Ashton's Europäischem Auswärtigen Dienst.

Eine ausführliche EMSS könnte dazu beitragen, einen europäischen Sicherheitsansatz zu konsolidieren. Mit ihr kann die EU den sicherheitspolitischen Problemen auf See stärker, weil einheitlicher, begegnen. Darüber hinaus kann die Strategie das zwischen der IMP und der ESS bestehende maritime Strategievakuum füllen, als Planungsgrundlage für ein noch gezielteres und somit erfolgreicher »pooling and sharing« zwischen den europäischen Marinen dienen sowie nicht zuletzt damit Europas Rolle im globalen >>

maritimen Umfeld ausbauen. Dies ist zweifelsohne im Sinne der maritimen Verteidigungskooperation, die sich zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten entwickelt, und zugleich ein weiterer Schritt für »smart defence«, die die Nato propagiert. Damit die Strategie aber all dies leisten kann, ist es unumgänglich, maritime Bedrohungen umfänglich zu analysieren und daraus Handlungsoptionen – von präventiv bis reaktiv – abzuleiten.

Die Notwendigkeit ist augenscheinlich: In Anbetracht der aktuellen innerstaatlichen Entwicklungen und insbesondere bei der absehbar anhaltenden Geldknappheit können Europas Seestreitkräfte ihre Leistungsfähigkeit nur *gemeinsam* aufrechterhalten, um so den globalen maritimen Herausforderungen mit einer ausreichenden Durchhaltefähigkeit gerecht zu werden.

AUSGEWÄHLTE PARTNER HELFEN EINANDER, DEN ENG GESCHNÜRTE HAUSHALTSGÜRTEL ZU ENTLASTEN.

Dies erfordert über nationale Umdenkungsprozesse hinaus – das heißt, von der klaren Definition eigener maritimer Interessen, die selbst Deutschlands »Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« und seine »Verteidigungspolitischen Richtlinien« nur vage abhandeln, bis hin zur Evaluierung mittel- und langfristiger Rüstungsvorhaben – eine EMSS, an der sich die einzelnen Akteure sowohl singulär

als auch in einem multinationalen Marineverband orientieren können. Andernfalls werden die bilateralen maritimen Kooperationsvorhaben – wie etwa die niederländisch-belgische Flottenzusammenarbeit, oder die gemeinsamen britisch-französischen Flugzeugträgerpläne – das Niveau einer interessengemeinschaftlichen Nachbarschaftshilfe zwischen befreundeten Anrainerstaaten nicht übersteigen. Der Gedanke an eine »europäische Marine« drängt sich zwangsläufig auf – ihn müssen die europäischen Partner jedoch nicht zwingend verfolgen, erscheint seine Umsetzung doch nicht zuletzt aufgrund der Souveränitätsansprüche und Eigeninteressen der einzelnen Akteure als eher unwahrscheinlich.

Sofern es der EU aber gelingen sollte, alle Akteure – also nicht nur Repräsentanten der Einzelstaaten, sondern auch ihre nationalen Marinen

und Vertreter der zivilen Schifffahrt und des Schiffsbaus – gleichberechtigt an einen Tisch zu bringen und ihre maritimen Sicherheitsinteressen nebst erforderlicher Handlungsoptionen gemeinsam zu einer maritimen Sicherheitsstrategie zu formen, wird sie sich auf dem globalen außen- und sicherheitspolitischen Parkett noch erfolgreicher als bisher positionieren können. Darüber hinaus könnten die EU und Nato die EMSS dazu

BRÜSSEL ZU WASSER

Die »Integrierte Meerespolitik der EU« ist ein Instrument zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung maritimer Sektoren in Europa, wie Schiffbau, Fischerei und maritime Infrastruktur. Sie wurde 2006 von der Europäischen Kommission mit dem »Grünbuch zur Meerespolitik« initiiert und befasst sich mit folgenden Kernbereichen:

- ▶ Beitrag der maritimen Wirtschaft zu Wachstum und Beschäftigung: »Blaues Wachstum«, Seeverkehr, Energie, Schiffbau, Fischerei und Aquakultur;
- ▶ sektor- und grenzübergreifende Zusammenarbeit für optimale Wachstumsbedingungen der maritimen Wirtschaft;
- ▶ Forschung, Wissen und Endnutzer: Lückenschluss zwischen Forschung und Industrie;
- ▶ territorialer Nutzen der Meerespolitik;
- ▶ Schutz der Meeresökosysteme als Voraussetzung und Faktor für Wachstum sowie
- ▶ bessere Verwaltung im maritimen Sektor.

nutzen, ihre Fähigkeiten gemeinsam in einen umfassenderen strategischen Handlungsrahmen einzubetten.

Die einzelnen Akteure wiederum könnten mittels der EMSS ihre länderübergreifenden Kooperationsvorhaben noch zielgerichteter ausbauen und so interne Freiräume schaffen – dies im Sinne einer gemeinsamen Fähigkeitssteigerung ihrer selbst und der EU bei gleichzeitiger >>

EUROPA

Lastenteilung und Maximierung der Kosteneffizienz jedes Einzelnen. Deutschland hat hierbei bereits heute durch seine maritimen Kooperationsvorhaben mit ausgewählten Nord- und Ostseerainern eine Vorreiterrolle auf dem europäischen Weg zu »pooling and sharing« eingenommen und begünstigt damit die nun gedeihende maritime Idee der EU. Das ist zumindest ein guter Anfang – und lässt hoffen, dass die Bundesrepublik auch ab Ende des Jahres die EMSS tatkräftig und kompromissbereit unterstützen wird. <<<<

Markus Harder ist *Fregattenkapitän und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.*

Quellen und Links:

[Website der Europäischen Kommission zum »Grünbuch zur Meerespolitik«](#)

[Website der Europäischen Kommission zur »Integrierten Meerespolitik«](#)

[Rede von Louis Telemachou, Vertreter Zyperns im europäischen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee auf dem »EU Washington Forum« am 14. März 2013](#)

[Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zur »Integrierten Meerespolitik der EU« vom 11. September 2012](#)

[EU-Ratsbeschluss zur »Europäischen Maritimen Sicherheitsstrategie« vom 26. April 2010](#)

Demokratie, Sicherheit, Frieden



Kostenlose Leseprobe

Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit Deutschlands

Politik, Recht, Wirtschaft, Technologie

Herausgegeben von Hans-Georg Ehrhart, Kerstin Petretto, Patricia Schneider, Thorsten Blecker, Hella Engerer und Doris König
2013, Band 210, 368 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8487-0249-7

www.nomos-shop.de/20523

Sichere Seewege sind die zentrale Voraussetzung für die Stabilität von Warenketten. Vorfälle von Piraterie und terroristische Angriffe auf die internationale Schifffahrt führen zu einem Bedarf an risikominimierenden Maßnahmen. Diese werden hier kritisch analysiert. Der Band präsentiert Ergebnisse des Projektverbunds „PiraT“ aus Politik, Recht, Wirtschaft und Technologie.



Kostenlose Leseprobe

Piraterie als Herausforderung

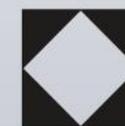
Europäische Antworten, globale Perspektiven

Von Hans-Georg Ehrhart, Heinz Dieter Jopp, Roland Kaestner und Kerstin Petretto
2013, Band 209, 214 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8487-0247-3

www.nomos-shop.de/20519

Piraterie gilt als eine der Geißeln der Menschheit. Die internationale Gemeinschaft inklusive EU und Deutschland haben sich zum Ziel gesetzt, diesem Problem mit einem komplexen Ansatz zu begegnen. Die Autoren untersuchen, wie Deutschland und die EU auf die Herausforderung der Piraterie reagiert haben und zeigen, wie sich die maritime Gewalt in Zukunft entwickeln könnte.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de



Nomos

NOTIZ

FREIBEUTER

Seit bald zehn Jahren gehen die radikalen Aktivisten der »Sea Shepherd Conservation Society« mit paramilitärischen Methoden vor allem gegen den japanischen Walfang vor. In der letzten Saison erreichte die Eskalation wieder neue Ausmaße.

Am 20. März 2013 erklärten sie ihren Sieg in der Schlacht im Südpolarmeer: die Aktivisten der »Sea Shepherd Conservation Society« (SSCS). Ihr Feind, der sich angeblich schmachvoll zurückziehen musste: die japanische Walfangflotte. Laut der radikalen Tierschutzorganisation brachen die Schiffe des »Institute of Cetacean Research« praktisch unverrichteter Dinge die Fangsaison 2012/13 ab. Weniger als 75 Wale sollen sie erlegt haben – nur ein Bruchteil der von der Regierung in Tokio genehmigten Zahl von 985 Mink- und Finnwalen, die das Institut für wissenschaftliche Zwecke hätte töten dürfen. Kritiker halten diesen Forschungsauftrag für einen Fassade, um das 1986 verhängene Moratorium der Internationalen Walfangkommission (IWC) zu umgehen und weiterhin auf die kommerzielle Jagd nach den Meeressäugern zu gehen.



»Steve Irwin« im Südpazifik, Januar 2012. Foto: Sea Shepherd / Steven Ager

Seit 2003 fahren die international organisierten Walschützer der SSCS unter ihrem charismatischen und umstrittenen Anführer, dem Kanadier Paul Watson, in die ebenfalls von der IWC ausgeschriebene Schutzzone für Wale südlich des 60. Breitengrades, um dort die Fangschiffe aus Japan an ihrem Tun zu hindern. Tokio betrachtet Watson und seine Mitaktivisten als Terroristen.

Die Gefechte, bislang noch unblutig verlaufen, werden mit immer härteren Bandagen geführt. Dieses Jahr rammte das Fabrikschiff »Nisshin Maru« drei der vier Schiffe der SSCS, die mit mittelschweren Schäden ins australische Williamstown zurückgekehrt sind. Unter ihnen die »Sam Simon«, das neueste Schiff der Aktivisten: Ehemals ein meteorologisches Forschungsschiff der japanischen Regierung, wurde es 2012 an die *New Atlantis Ven-*

tures aus den USA veräußert – eine Tarnfirma der Sea Shepherds. Die Kaufsumme in Höhe von zwei Millionen US-Dollar hatte der Namensgeber Sam Simon, einer der Mitbegründer der Fernsehserie »The Simpsons«, gespendet. Die achtzehn Knoten schnelle, und eisgangsichere »Sam Simon« ist nach ihrer Kollision mit der »Nisshin Maru« mittlerweile wieder repariert und hat – ganz den militärischen Taktiken der Sea Shepherds entsprechend – einen »Dazzle«-Tarnanstrich erhalten, den Kriegsmarinen seit dem Ersten Weltkrieg benutzen.

Überhaupt hat die SSCS seit ihren Anfängen deutlich aufgerüstet. Waren Watson und seine Gefährten anfangs noch mit nur einem ehemaligen Fischtrawler unterwegs, verfügt »Neptune's Navy«, wie sich die Flottille der Sea Shepherds selbst nennt, mittlerweile über ein ehemaliges Patrouil- >>

lenschiff mit Hubschrauberlandedeck und -hangar, einen hochseefähigen Trimaran sowie zivile Drohnen zur Seeraumüberwachung. Die Waffen der Sea Shepherds sind Rammsporne, Stinkbomben und schwere Taue, die sich in den Schrauben gegnerischer Schiffe verfangen sollen. Japans Walfangflotte – ein Fabrikschiff, drei Fangschiffe und mehrere Versorgungsfahrzeuge – wird mittlerweile von Beamten der Küstenwache begleitet.

In der Schwebe hängt im Moment das Schicksal Watsons: Gegen ihn, der auch die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, hat im Dezember ein US-Gericht auf eine Klage Japans hin eine einstweilige Verfügung erlassen, die ihm untersagt, sich persönlich den japanischen Walfängern auf eine Distanz von unter 500 Yards zu nähern. Sicherheitshalber ging der Medienstar im März nicht an Land, als seine Flottille in Williamstown einlief, sondern blieb außerhalb australischer Hoheitsgewässer, solange die Behörden ihm nicht freies Geleit zusicherten. mmo

Quellen und Links:

[Bericht des Guardian vom 10. Juli 2013](#)

[Meldung und Bericht der ABC vom 29. März 2013](#)

[Bericht der Japan Times vom 27. Februar 2013](#)

[Videobericht der neuseeländischen 3 News vom 21. Februar 2013](#)

[Bericht der Tageszeitung vom 17. Dezember 2012](#)

[Bericht des Sydney Morning Herald vom 11. Dezember 2012](#)



Der **FÖRDERVEREIN SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN E.V.** bietet jungen Wissenschaftlern eine Plattform.

Der akademische Nachwuchs, der sich auf sicherheitspolitische Themen spezialisiert, muss früher und besser qualifiziert in den fachlichen Dialog der deutschen »**STRATEGIC COMMUNITY**« eingebunden werden! Sicherheitspolitische Bildung und Forschung müssen unterstützt werden!

Wir stehen daher ein für eine Belebung der sicherheitspolitischen Kultur und Debatte in Deutschland. Wir unterstützen:

- ▶ Weiterbildungen für Studierende in Tagungen und Seminaren,
- ▶ die Arbeit des **BUNDESVERBANDS SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**
- ▶ und vor allem die **SCHRIFTENREIHE »WISSENSCHAFT & SICHERHEIT«**, erscheinend im Berliner Wissenschafts-Verlag.

Engagieren auch Sie sich für die Sicherheitspolitik von Morgen! Im FSH.

Wenn Sie die Ziele des Vereins unterstützen wollen oder an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an:

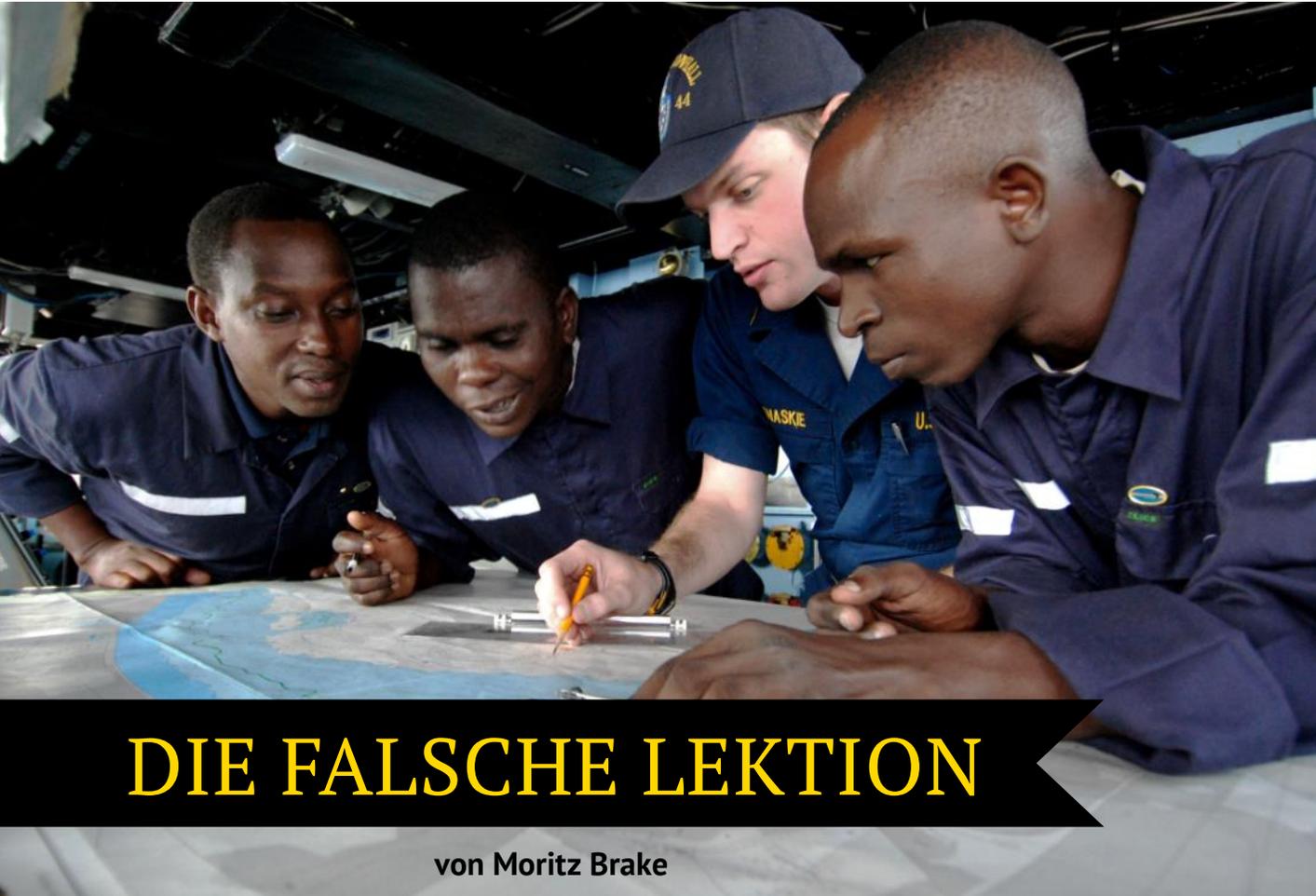
- ▶ Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen e.V.
z.H. Richard Goebelt • Rottweiler Straße 11 A • 12247 Berlin
- ▶ und natürlich unsere Webpräsenz unter **WWW.SICHERHEITSPOLITIK.DE**.



Deutschland
Land der Ideen



Ausgewählter Ort 2008



DIE FALSCHLE LEKTION

von Moritz Brake

>> Die weltweite Piraterie erreichte 2012 eine neue Rekordmarke: Laut der Studie »The Human Cost of Piracy« der unabhängigen amerikanischen Projektgruppe »Oceans Beyond Piracy« überstiegen die gemeldeten Vorfälle und Opferzahlen im Golf von Guinea erstmals diejenigen im Golf von Aden und im westlichen Indischen Ozean mit 966 im Vergleich zu 851 angegriffenen Seeleuten. Die-

ser Trend wird durch die Ereignisse des ersten Halbjahres 2013 bestätigt. Zwar gehen die Zahlen somalischer Piraterie bedingt durch beachtliche Erfolge der internationalen Marinepräsenz, den Einsatz bewaffneter privater Sicherheitsteams und schrittweise Stabilisierungsansätze an Land zurück. Doch dem stehen die seit Jahren zunehmenden Vorfälle vor Nigeria gegenüber.

Die Seeräuberei an der West- wie der Ostküste Afrikas sind Symptome desselben Kernproblems, der Abwesenheit funktionierender Staatlichkeit. Die organisierte Kriminalität im Golf von Guinea ähnelt aber nur vordergründig der vor Somalias Küste – in Nigeria verdient eine korrupte Elite kräftig am Diebstahl von Öl mit.

Ob internationale Lösungsansätze aus dem Indischen Ozean sich auch für die westafrikanischen Gewässer eignen, erscheint fraglich.

Ein Grund dafür ist der Ölreichtum, mit dem die moderne Piraterie ihren Einzug in den Golf von Guinea genommen hatte. In einer aktuellen Studie des britischen Think Tanks Chatham House aus dem Juli dieses Jahres schätzt Adjoa Anyimadu, dass nicht nur die regionale Öl- und Gasförderung von der Bedrohung durch Seeräuber betroffen ist, sondern darüber hinaus sogar bis zu >>

40 Prozent der europäischen Ölimporte und etwa 30 Prozent der US-Importe an Petroleumprodukten das Risikogebiet passieren müssen.

Doch neben dem Rohstoffhandel schufen auch andere Faktoren ein günstiges Umfeld für das Gedeihen der Piraterie: Einerseits konnte das postkoloniale Nigeria aufgrund seiner innenpolitischen

entführt werden und Teile der Ladung unfreiwillig den Besitzer wechseln.

Längst schon beschränken sich die Angriffe auch nicht mehr nur auf das Küstengebiet Nigerias, sondern haben sich bis in die Gewässer vor der Elfenbeinküste ausgeweitet. Die Vorgehensweise der Kriminellen zeugt nicht nur von simpler

Steffen, Director Maritime Security des dänischen maritimen Sicherheitsberaters »Risk Intelligence«, spricht hier von der Existenz eines inoffiziellen »Katalogs« für Lösegelder. Demnach sei bei Entführungsfällen vor den Küsten Westafrikas von etwa fünfstelligen geforderten Geldsummen auszugehen.

Hierbei handelt es sich allerdings um ein eher lokales Phänomen, das im Schwerpunkt die Besatzungen von kleinen Offshore-Versorgungsschiffen betrifft. 2012 wurden fünf solcher Fälle bekannt. Diese Entführungen im Küstenbereich werden an Land abgewickelt und gehen eher auf das Konto örtlicher krimineller Netzwerke im Nigerdelta.

Den Piraten im Golf von Guinea fehlen für das ganz große Lösegeldgeschäft schlicht die »sicheren Häfen«, die ihren somalischen Konterparts Zeit und Rückzugsraum für eine aussichtsreiche Geiselnahme und erfolgreiche Lösegeldverhandlungen ermöglichen. Daher spielt Erpressung bei der Festsetzung von Schiffsbesatzungen vor Nigeria eine geringe Rolle. Die über 206 Seeleute, deren Gefangennahme am Golf von Guinea 2012 gemeldet wurde, wurden im Schnitt für vier Tage festgehalten, während die Piraten ihrem eigentlichen Ziel nachgehen konnten: dem Diebstahl der Ladung. Dass dabei die Crew im Zweifelsfall sogar hinderlich werden kann, lässt sich an der Tötung von insgesamt fünf Besatzungsmitgliedern bei Vorfällen des vergangenen Jahres ablesen.

Aber auch wenn das somalische Lösegeldgeschäft lukrativer erscheint – in Summe sorgt das nigerianische Modell jedoch für eine beachtliche >>

DIE PIRATEN IM GOLF VON GUINEA KALKULIEREN ANDERS ALS DIE SEERÄUBER VOR SOMALIAS KÜSTEN.

Zerrissenheit kein Staatswesen aufbauen, das eine ausgleichende Verteilung der großen Ressourcen des Landes gewährleisten hätte. Andererseits führt die Korruption auf allen Ebenen dazu, dass weder der Abbau der Ölvorkommen umwelt- und sozialverträglich staatlicher Regulation unterliegt, noch dass ein proportionaler Teil der Einkünfte aus dem Exportgeschäft seinen Weg an die Bevölkerung in den ölfördernden Küstenregionen findet.

Neben den zahlreichen Offshore-Einrichtungen der Ölindustrie versprechen die Tankschiffe, die das Schwarze Gold aus dem Golf von Guinea abtransportieren, höchst lukrative Beute zu sein. Während Anfang der 2000er Jahre hauptsächlich »bewaffnete Raubüberfälle« in Küstennähe, vor Anker oder im Hafen stattfanden, hat sich mittlerweile ein professionell organisiertes Geschäft entwickelt, bei dem gleich ganze Tanker für Tage

Brutalität: Die Durchführung von Verladeoperationen deutet auf einen hohen Grad an Organisation und weitreichende Unterstützung an Land hin. Der Fokus auf die Ladung beziehungsweise ihren Wert und eine vergleichsweise Geringschätzung der Besatzungen als potentielle Geiseln hat ein weit höheres Gewaltmaß und persönliches Risiko für die betroffenen Seeleute zur Folge, als es das somalische »Geschäftsmodell« mit sich bringt.

Im Gegensatz zu Somalia, wo Seeleute als Entführungsobjekte einen hohen Wert besitzen, sieht diese Kalkulation im Golf von Guinea anders aus. An somalische Piraten sind vor allem während der Jahre von 2009 bis 2011 siebenstellige Beträge an Lösegeld gezahlt worden; in Einzelfällen bis zu acht Millionen Euro für Schiff und Crew. Diese Summen werden vor Nigeria zumindest mit dem Geiselnahme-Geschäft nicht erreicht. Dirk



Investitionsrisiko: Die globale Ölindustrie hat ein vitales Interesse an der Sicherheit im Golf von Guinea. Hier die Produktions- und Verladeplattform »Bonga« der Royal Dutch Shell vor der nigerianischen Küste.

Foto: Shell / CC BY-NC-ND 2.0

Ausbeute. Gemäß der oben angeführten Studie von »Oceans Beyond Piracy« aus dem Juni 2013 wurden 2012 zwischen zwei Millionen und sechs Millionen US-Dollar an Ladungswert pro entsprechendem Überfall entwendet. Hinzu kommt die vom International Maritime Bureau (IMB) angenommene Dunkelziffer von gemeldeten zu tatsächlichen Vorfällen im Verhältnis eins zu drei. Somit könnte sich zusätzlich zu den im gesamten Seegebiet von Besatzungsmitgliedern gestohlenen Werten und den Bargeldreserven der betroffenen Schiffe für 2012 die Gesamtsumme der Beute auf zwischen 34 Millionen und 101 Millionen US-Dollar belaufen. Der geringere der beiden Beträge, wissen Insider zu berichten, deckt sich in etwa mit den Versicherungsschäden, die für elf Tankerentführungen im vergangenen Jahr geltend gemacht worden waren.

Die Folgeschäden an Verdienstaussfällen, Sicherheitskosten, Umleitungen des Schiffverkehrs und negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft Nigerias und seiner Nachbarn sind

Golf von Guinea auf mindestens zwei Milliarden US-Dollar jährlich. So gehen die Risiken maritimer Unsicherheit vor allem für die betroffenen Anrainerstaaten deutlich über die unmittelbare Schädigung von Wirtschaftsinteressen westlicher Ölkonzerne oder Reedereien hinaus. In einer Gegenüberstellung von individuellem kriminellem Profit und gesamtgesellschaftlichem Schaden bedeutet es für Nigeria zudem, dass für jeden Dollar, den Piraten mit Gewalt erbeuten, die sie hervorbringende Gesellschaft mindestens den zwanzigfachen Schaden erleidet.

Trotzdem: Im Jahre 2012 ist nicht ein einziger Fall von Piraterie in Nigeria vor Gericht geahndet worden. Eine Ursache dafür liegt in der Arbeit der staatlichen Stellen: Die Meldung eines Vorfalls bringt vor Westafrika nur wenig Aussicht auf unmittelbare Hilfe und oft langwierige, ergebnislose behördliche Untersuchungen mit sich.

Die für die hohe Dunkelziffer entscheidend verantwortliche Untätigkeit der Behörden ist weniger ein Symptom fehlender staatlicher Ordnung

FÜR DAS GANZ GROSSE LÖSEGELDGESCHÄFT FEHLEN DIE »SICHEREN HÄFEN«.

allerdings noch einmal deutlich höher. Susan Rice, damals noch als UN-Botschafterin der USA, schätzte bereits 2011 den regionalen wirtschaftlichen Schaden allein durch die Angriffe auf Offshore-Einrichtungen der Ölindustrie im

als Ausdruck der Korruption und kriminellen Unterwanderung der vorhandenen staatlichen Organe. Aus Südostasien ist diese Art enger Zusammenarbeit zwischen Behörden und Kriminellen hinlänglich bekannt. Fälle in denen mit viel Geld >>

PIRATERIE

aus dem Westen ausgebildete und ausgerüstete »Anti-Piraterie-Spezialeinheiten« nach Feierabend ihren Sold mit Piraterie aufbessern, sind dort leider keine Seltenheit. In Nigeria scheint sich dies in umgekehrter Weise zu manifestieren: In Abwesenheit staatlicher Sicherheitsgarantien werden Piraten selbst – teils offiziell über Verträge, teils inoffiziell über Schutzgeld – als »Sicherheitsdienstleis-

dien häufig aufgegriffen, pflegt selbst der nigerianische Präsident, Goodluck Jonathan, ausgezeichnete Kontakte zu führenden Schattenakteuren im Nigerdelta, allen voran dem Rebellenführer Government Ekpemopolo, bekannt als »Government Tompolo«.

Eine staatliche Begrenzung der kriminellen Aktivitäten erfolgt daher nach Einschätzung

DAS AUSNEHMEN DER ÖLINDUSTRIE ERFOLGT IN EINEM BALANCEAKT ZWISCHEN OFFIZIELLEM »SCHUTZ« UND PERSÖNLICHER BEREICHERUNG.

ter« tätig. Dies noch begünstigt dadurch, dass in der nigerianischen Gesetzgebung die Beschäftigung ausländischer Sicherheitsfirmen für bewaffnete Schutzaufgaben verboten ist.

Für die auch aktuell vom European Union Institute for Security Studies angemahnte Korruption und kriminelle Vernetzung am Golf von Guinea sprechen zudem die hervorragenden Hintergrundinformationen, mit denen Piraten ihre Opfer ausfindig machen und zielgenau Schiff und Ladung anvisieren. Auch wenn Nigerias Politiker gelegentlich in der heimischen Presse und Öffentlichkeit unter Druck geraten, gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen: Die politische Macht ist oft – insbesondere im Nigerdelta – tief mit der Schattenwirtschaft vernetzt. Wie von Me-

von Insidern wie Steffen nur dann, wenn die Übergriffe drohen das lukrative Geschäft nachhaltig zu gefährden. So seien Reedereien und Ölfirmen in Nigeria – in seinen Worten – nichts anderes als die sprichwörtliche »Gans, die goldene Eier legt«. Eine »Schlachtung« solle zwar aus Sicht der Behörden vermieden werden. Doch das kontinuierliche Ausnehmen der Unternehmen erfolge in einem Balanceakt zwischen offiziell bereit gestelltem »Schutz« und lukrativen persönlichen Profiten aus der kriminellen Ausbeutung. In diesem System offiziell »gemanagter Kriminalität« bedeutet jede Schaffung von »mehr Sicherheit«, so Steffen, für Nigerias Eliten »weniger Möglichkeiten zur eigenen Bereicherung«.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass bislang durchschlagende Erfolge im Kampf gegen die Piraterie im Golf von Guinea ausgeblieben sind. Wobei durchaus regionale Ansätze für eine gemeinsame Strategieentwicklung zur Bekämpfung von Piraterie und maritimem Terrorismus vorhanden sind. So zum Beispiel unter dem Dach der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Grenzübergreifende Kooperationen zwischen Togo, Benin und Nigeria zeigen auch in eine richtige Richtung. Doch sie bleiben ohne ernsthafte politische Rückendeckung in Nigeria und aufgrund mangelnder technischer und personeller Ressourcen hinter ihren Möglichkeiten zurück, und können daher das unverringert hohe Aufkommen an Übergriffen nicht eindämmen.

Gemeinsam mit anderen, auch europäischen Partnern führt das »Africa Command« der US-Streitkräfte (USAFRICOM) im Rahmen seiner »African Partnership Station« (APS) seit 2007 eine langfristig angelegte Ausbildungsmission im Golf von Guinea durch. 2013 sind mit dem Besuch der britischen Fregatte HMS »Argyll« und dem Aufenthalt des niederländischen Landungsschiffes HNLMS »Rotterdam« auch weitere europäische Kriegsschiffe für Ausbildungsoperationen mit westafrikanischen Marinen vor Ort. Nicht zuletzt zeigt Frankreich bereits seit 1990 ein weiteres unilaterales Interesse in dem Seegebiet mit der Mission »Corymbe«, einschließlich der Bereitschaft zu einer robusten »kurzfristigen Intervention«.

Jegliche direkte internationale Kooperation mit Nigeria birgt aber die Gefahr, dass empfind- >>

PIRATERIE

liche Daten und Lagebilder eins-zu-eins den Piraten zur Verfügung stehen. Bereits jetzt muss jedes Handelsschiff, das sich an offizielle Behörden Nigerias wendet, davon ausgehen, dass seine Daten mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Hände der Seeräuber gelangen.

In Nigeria sind die Verflechtungen zwischen Politik und organisierter Kriminalität zu weit fortgeschritten, um aus sich allein heraus schnelle Besserung zu erwarten. Eine kurzfristige Lösung in Form einer internationalen maritimen Task Force – speziell für die Region aufgestellt und mit effektiven Befugnissen eines robusten UN-Mandats ausgestattet – wäre daher sicherlich wünschenswert. Allerdings wäre eine Zustimmung aus Abuja hierzu derzeit nicht sonderlich wahrscheinlich.

Für die Pirateriebekämpfung ist es sowohl Vor- als auch Nachteil, dass viele der Übergriffe im Golf von Guinea innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone, den Territorialgewässern Nigerias stattfinden. Der Vorteil: Die Bedrohungsschwerpunkte,

Ausbildungspartnerschaft: Im Rahmen der »Africa Partnership Station« patrouilliert die USCGC »Legare« der amerikanischen Küstenwache gemeinsam mit der »Poponquine« der senegalesischen Marine vor der westafrikanischen Küste.

Foto: US Coast Guard / Thomas M. Blue



de Nachteil: Jeglicher internationaler Marineinsatz hängt von der unmittelbaren Zustimmung und Unterstützung Nigerias ab. Gelänge es, eine ehrliche und vorbehaltlose Zustimmung des westafrikanischen Landes zu einem internationalen Vorgehen zu gewinnen, wäre dieses wohl im selben Atemzuge nicht mehr notwendig. Ressourcen zur Pirateriebekämpfung sind ja weitge-

zu übernehmen – wie dies vor Somalia der Fall ist. Vielmehr könnte internationale Präsenz und eine Integration möglichst vieler Anrainerstaaten über Nigeria hinaus dazu führen, dass korrupte Verflechtungen zwischen Behörden und Piraten durch mehr Weltöffentlichkeit in Bedrängnis geraten. Länderübergreifende Kooperation in der Pirateriebekämpfung könnte unter substantieller neutraler Begleitung konkrete und vor allem integrierte Formen annehmen.

Tatsächlich aber tut sich in internationalen Gremien und bei politischen Entscheidungsträgern noch recht wenig in der Sache. Einzig der UN-Sicherheitsrat hat im November vergangenen Jahres das Problem westafrikanische Piraterie angesprochen. »Die Antwort im Golf von Guinea könnte auf den Lehren aus Somalia aufbauen«, schlussfolgerte der Stellvertretende UN-Generalsekretär Jan Eliasson im Bericht zur Ratssitzung. Eine multilaterale Initiative resultiert aus dieser Wahrnehmung des Problems auf der Welt- >>

IN DEN INTERNATIONALEN GREMIEN TUT SICH IN DER SACHE NOCH RECHT WENIG.

auf die sich dieser Einsatz konzentrieren müsste, also die Reeden und Umschlagplätze vor der Küste, wären wegen des wesentlich begrenzteren Raums deutlich besser zu kontrollieren als dies im Indischen Ozean der Fall ist. Der entscheidend

hend in Nigeria vorhanden. Lediglich der politische Wille fehlt.

Somit ist klar, dass es weniger Aufgabe eines internationalen Engagements sein müsste, eine nicht vorhandene staatliche Ordnungsfunktion

PIRATERIE

bühne bislang nicht. Die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft bleiben auf unilaterale Aktivitäten wie die des USAFRICOM oder die französische Operation »Corymbe« beschränkt.

Das Ziel einer multilateralen Intervention sollte als keine Fremdübernahme nigerianischer

nalität leidende Bevölkerung, die Wählerschaft des demokratischen Nigeria. Ihre Unterstützung hängt jedoch wieder von einem umfassenden internationalen Engagement für die Anliegen dieser von Armut und einem zerfallenden Bildungssystem gebeutelten Menschen ab.

WÜRDE ABUJA EINEM INTERNATIONALEN VORGEHEN ZUSTIMMEN, WÄRE DIESES WOHL IM SELBEN ATEMZUG NICHT MEHR NOTWENDIG.

Schutzverantwortung sein, sondern ein möglichst umfassendes Konzept, Anreize zu schaffen, die Nigeria langfristig selbst von der Notwendigkeit der Übernahme der Aufgabe einer effektiven Pirateriebekämpfung überzeugen. Hier liegt der wesentliche Unterschied zum Fall Somalia.

Auch wenn die Situation in dem afrikanischen Land festgefahren scheint, ist Nichtstun für Europa keineswegs als Handlungsoption zu empfehlen. Denn neben der wachsenden Bedrohung für vitale Ressourcenquellen und Handelswege ist es vor allem menschliches Elend, das mit einer durch Piraterie beschleunigten Staatszerfallsspirale einhergeht.

Der wichtigste Verbündete wäre langfristig also die unter den beträchtlichen negativen Auswirkungen von Piraterie und organisierter Krimi-

Alle diese Umstände gebieten dringend zum Handeln. Weiter darauf zu hoffen, dass Nigeria, das bereits so lange – allen katastrophalen Prognosen zum Trotz – seine brüchige Existenz bewahren konnte, dies auch weiterhin tun wird, ist höchst gefährlich. <<<<

Moritz Brake ist Kapitänleutnant und hat Nautik an der Jade Hochschule Elsfleth studiert. An Bord der Fregatte »Köln« war er 2010 und 2011 vor Somalia im Einsatz. Seit 2012 belegt er das Fernstudium »War in the Modern World« des King's College London.

Quellen und Links:

[Pressemitteilung des USAFRICOM vom 4. September 2013](#)

[Meldung der nigerianischen Bürgerjournalisten-Website Sahara Reporters vom 20. August 2013](#)

[Adjoa Anyimadu: »Maritime Security in the Gulf of Guinea: Lessons Learned from the Indian Ocean«, Forschungspapier des Chatham House vom Juli 2013](#)

[Arbeitspapier »The Human Cost of Piracy 2012« der Projektgruppe »Oceans Beyond Piracy« vom 18. Juni 2013](#)

[Cristina Barrios: »Fighting Piracy in the Gulf of Guinea«, Forschungspapier des European Union Institute for Security Studies vom Mai 2013](#)

[Meldung des nigerianischen Daily Trust vom 13. Februar 2013](#)

[Übersicht »Piracy and Armed Robbery Map 2012« des International Maritime Bureau der Internationalen Handelskammer](#)

[Bericht von der 6.865. Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 19. November 2012](#)

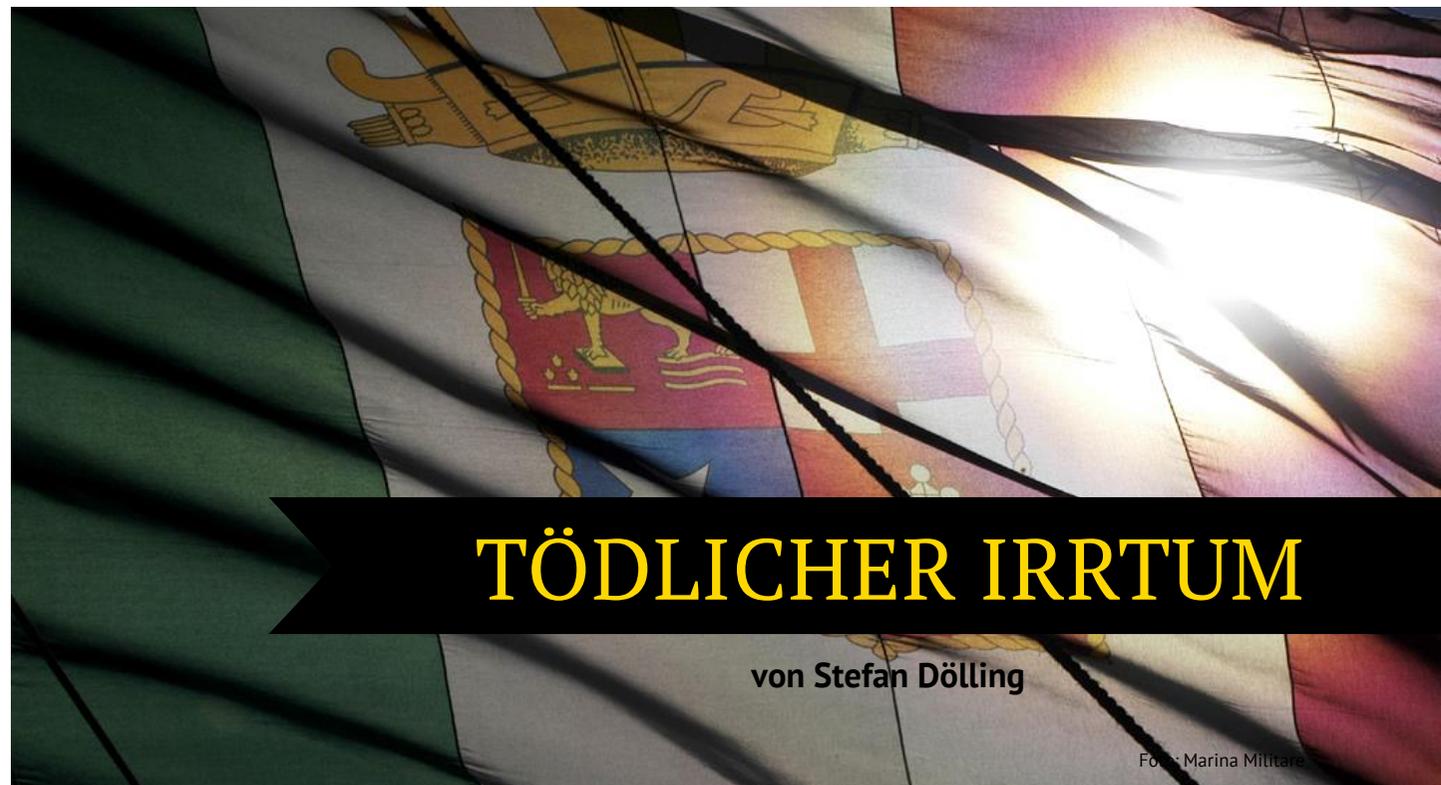
[Hintergrundbericht »Tompolo: The Billionaire Militant« der nigerianischen Sahara Reporters vom 17. August 2012](#)

[Bericht des US Department of State vom 20. Oktober 2011](#)

Ein Zwischenfall mit italienischen Marineinfanteristen, bei dem zwei indische Fischer umgekommen sind, wird zum Präzedenzfall dafür, welche Kollateralschäden der bewaffnete Schutz von Handelsschiffen vor Piraten nach sich ziehen kann.

Rom und Neu-Delhi sind wegen der Angelegenheit in eine diplomatisch-juristischen Affäre verstrickt, deren Ausgang noch völlig offen ist.

>> Massimiliano Latorre und Salvatore Girone wähten sich von Piraten bedroht. Die beiden italienischen Marineinfanteristen waren Teil eines sechsköpfigen »Vessel Protection Detachment« (VPD) an Bord des italienischen Öltankers »Enrica Lexie«, als sich am 12. Februar 2012 etwa 20 Seemeilen südwestlich der Küste des indischen Bundesstaats Kerala ein verdächtiges Boot ihrem Schiff näherte. Latorre und Girone glaubten, an Bord des anderen Schiffes bewaffnete Männer ausmachen zu können, und da sie mit ihrem VPD für die Sicherheit des Tankers verantwortlich waren, reagierten sie umgehend: Mit



Warnschüssen vor den Bug des Piratenbootes trieben sie die vermeintlichen Angreifer in die Flucht – ein Irrtum mit tödlichen Folgen.

Denn die angenommenen Seeräuber waren in Wirklichkeit unbewaffnete indische Fischer, von denen zwei durch die angeblich ins Wasser abgefeuerten Schüsse tödlich getroffen wurden. Da der Vorfall unmittelbar vor den indischen Hoheitsgewässern in der so genannten »Anschlusszone« stattgefunden hatte und indische Staatsbürger die Opfer waren, beanspruchte Indien kurzerhand die juristische Zuständigkeit, leitete die »Enrica Lexie« in den Hafen Kochi um und nahm

die beiden Marineinfanteristen aus Italien fest, um ihnen wegen Mordes den Prozess zu machen.

Darauf folgte eine handfeste diplomatische Krise, da Rom die juristische Zuständigkeit Indiens in Abrede stellt und nach wie vor auf der Freilassung der Soldaten besteht. Italien beharrt dabei auf dem Standpunkt, dass, da sich der Vorfall außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone – also den unmittelbaren indischen Hoheitsgewässern – in internationalen Gewässern abgespielt habe und da die »Enrica Lexie« unter italienischer Flagge fuhr, die Strafverfolgung Sache der italienischen Justiz sei. >>

PIRATENABWEHR

Indien macht hingegen geltend, dass sich die Schießerei innerhalb der »Anschlusszone« abgespielt habe. Diese reicht laut dem Seerechtsabkommen der UN von 1982 in der Regel zwölf Seemeilen über die unmittelbaren Hoheitsgewässer hinaus und räumt dem angrenzenden Staat gewisse rechtliche Befugnisse ein, um effektiv auf Verstöße gegen seine Zoll-, Einreise-, Steuer- und Gesundheitsregularien und -gesetze reagieren zu

Indien beharrte daher auf seiner Position und erhob Anklage gegen Latorre und Girone, während die übrigen Mitglieder des VPDs nach Italien zurückreisen durften. Die Angehörigen der Opfer, welche zunächst von der indischen Regierung mit umgerechnet rund 7.500 Euro entschädigt worden waren, verklagten die Reederei der »Enrica Lexie« im Februar 2012 auf Entschädigungszahlungen zwischen umgerechnet 200.000 und

ROM ZAHLTE ALS GESTE DES GUTEN WILLENS ENTSCHÄDIGUNG, GESTEHT ABER KEINE SCHULD EIN.

können. Und da zwischen Indien und Italien kein »Status of Forces Agreement« – ähnlich etwa dem Nato-Truppenstatut – besteht, welches den italienischen Soldaten Immunität vor der indischen Strafverfolgung geben würde und darüber hinaus indische Staatsbürger die Opfer waren, sieht Neu-Delhi hier seine Justiz in der Pflicht.

Dass das italienische VPD zudem die indischen Regeln für das Befahren seiner »ausschließlichen Wirtschaftszone«, der »Exclusive Economic Zone« (EEZ), missachtet hatte, war der italienischen Position sicher nicht zuträglich. Denn diese sehen vor, dass sich Handelsschiffe, welche bewaffnete Wachen an Bord haben, mindestens 96 Stunden vor dem Befahren der EEZ mit detaillierten Angaben über Größe und Bewaffnung des Wachteams bei den Behörden anmelden müssen. Die »Enrica Lexie« hatte dies unterlassen.

400.000 Euro, zogen diese Anklage aber zurück, nachdem die italienische Regierung – ausdrücklich ohne eine Schuld anzuerkennen und rein als »Geste guten Willens« – jeweils 150.000 Euro an die Hinterbliebenen auszahlte.

Auch die indische Seite zeigte sich großmütig und erlaubte den beiden Soldaten zuerst zu Weihnachten 2012 und dann noch einmal im Februar 2013 für die Wahlen in Italien längere Hafturlaube – allerdings nur unter der Bedingung, dass sie anschließend wieder nach Indien zurückkehren würden. Was beim ersten Besuch noch weitgehend geräuschlos klappte, eskalierte dann im März 2013 zum vorläufigen Höhepunkt der Affäre.

Denn nachdem die immerhin unter Mordanklage stehenden Latorre und Girone bei ihrem zweiten Hafturlaub in Italien sowohl von Präsi-



Massimiliano Latorre und Salvatore Girone bei ihrer Ankunft zum »Weihnachtsurlaub« in Italien im Dezember 2012. Foto: Marina Militare

dent Giorgio Napolitano und Außenminister Giulio Maria Terzi di Sant'Agata als auch von Verteidigungsminister Admiral Giampaolo di Paola unter viel Medienbegleitung jeweils demonstrativ persönlich empfangen wurden – eine Behandlung, die kaum zur Beruhigung der angespannten diplomatischen Lage mit Indien beigetragen haben dürfte – gab die italienische Regierung bekannt, die Soldaten würden trotz schriftlicher Zusagen nun doch nicht wieder nach Indien zurückkehren. Neu Delhi protestierte lautstark und reagierte, indem es seinerseits die diplomatische Etikette verletzte und dem italienischen Botschafter kurzerhand die Ausreise untersagte.

Bereits nach kurzer Zeit musste Italien feststellen, dass es international wenig Unterstützung für seine Position erhalten würde, nach- >>



Beweismittel: die »Enrica Lexie«, vorübergehend interniert im Hafen von Kochi im April 2012.

Foto: Sugeesh / Malayalam Wikipedia / [CC BY 3.0](#)

dem sowohl die EU als auch die USA deutlich machten, dass sie sich an diesem zwischenstaatlichen Tauziehen nicht beteiligen würden. Angesichts des potenziellen diplomatischen Fallouts

NEU-DELHI ERLAUBT DEN BEIDEN SOLDATEN, IHREN PROZESS IN DER ITALIENISCHEN BOTSCHAFT ABZUWARTEN.

beschloss die italienische Regierung daher wenige Tage später, die beiden Marineinfanteristen doch wieder nach Indien zurückzuschicken. Außenminister Terzi, der mit seiner kompromisslosen Haltung bereits von Anfang an wenig dazu beigetragen hatte, die Affäre auf diplomatischen

Kanälen im Stillen beizulegen, reichte deswegen – noch vor dem Ende des Kabinetts Monti Ende April – seinen Rücktritt ein. Im Gegenzug für die Rückkehr nach Neu-Delhi erlaubte Indien den beiden Soldaten, ihren Prozess in der italienischen Botschaft abzuwarten.

Da die Beweisaufnahme sich allerdings als schwierig erweist, könnte dies noch etwas dauern, zumal Italien in der vorerst letzten Wendung dieser Krise die Zeugenvorladung der restlichen Mitglieder des VPDs nach Indien zurückwies. Wohl auch, da verschiedene, im Laufe der Zeit an die Öffentlichkeit gelangte Ergebnisse indischer Ermittler und der zwischenzeitlich an die italienische Presse geleakte Abschlussbericht eines Untersuchungsteams der italienischen Marine nahelegen, dass die tödlichen Schüsse möglicherweise gar nicht aus den Waffen der Angeklagten, sondern aus den Gewehren von zwei ihrer Kameraden stammten. Daher ist derzeit noch völlig offen, ob Girone und Latorre am Ende verurteilt werden – obgleich der bisherige

Ermittlungsstand des Tathergangs durchaus in Richtung eines strafwürdigen Fehlverhaltens von Mitgliedern des VPDs weist.

Die Affäre veranschaulicht das erhebliche diplomatische beziehungsweise völkerrechtliche Eskalationspotenzial, das sich im Ernstfall aus dem

Einsatz bewaffneter Wachen an Bord von Handelsschiffen ergeben kann. Die deutsche Bundesregierung und besonders Außen- und Verteidigungsministerium sollten den hierzulande bisher kaum zur Kenntnis genommenen Fall der beiden italienischen Marineinfanteristen daher gut im Auge behalten. Denn auch deutsche Soldaten fahren mittlerweile regelmäßig als Schutzpersonal auf Handelsschiffen unter deutscher Flagge oder unter deutschem Schutz mit. Und mit der gerade angelaufenen Zertifizierung ziviler Sicherheitsdienstleister für den bewaffneten Einsatz auf Schiffen unter deutscher Flagge wird sich die Anzahl des bewaffneten Schutzpersonals noch einmal erhöhen. Und auch sie könnten Fehler machen. <<<<

Quellen und Links:

[Bericht der *Repubblica* vom 6. April 2013](#)
(in Italienisch)

[Bericht des *Spiegel* vom 27. März 2013](#)

[Bericht der *Times of India* vom 26. März 2013](#)

[Analyse »Managing the Indian Ocean's Private Security Boom« des Lowry Institute for International Policy vom 12. September 2012](#)

[Bericht zum Einsatz deutscher AVPDs im Blog *Morgenlage.de* am 15. Oktober 2012](#)

[Übersicht zum Rechtsstatus der Anschlusszone von Prof. Dr. Alexander Proelß, Christian-Albrechts-Universität Kiel, aus dem Jahr 2007](#)

VOM SUPERTANKER BIS ZUM SEELENVERKÄUFER



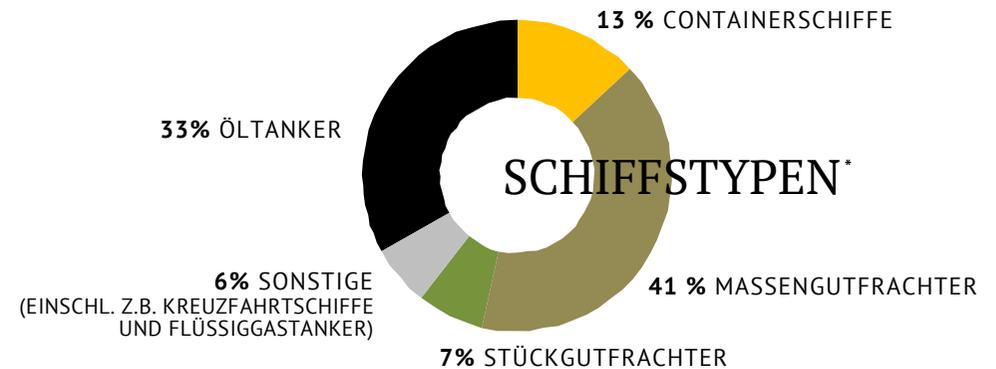
Jenseits des Horizonts der Konsumenten existiert eine Welt, von der sie abhängig sind – ohne sich dessen bewusst zu sein. Die erdumspannende Lieferkette ist enorm komplex und bietet reichlich Spielraum für dunkle Geschäfte. Ohne den globalen Warentausch aber wäre unser aller Leben nicht so, wie wir es kennen.

Der Gradmesser dieser Globalisierung im Jahr 2011: Acht Milliarden Tonnen Fracht wurden allein in jenem Jahr laut »United Nations Conference on Trade and Development« (UNCTAD) über die Weltmeere verschifft, mehr als doppelt so viel wie noch 1990. Das Ende des Kalten Krieges hat den friedlichen Austausch der Völker offensichtlich beflügelt; oder zumindest ihren Handel untereinander. Würde diese Vernetzung der Welt gestört – die Folgen wären möglicherweise schlimmer als die der Sperrung des Suezkanals 1967 und des Ölpreisschocks 1973. Selbst die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 hat nur eine kleine Delle in den Bilanzen des Welthandels bewirkt, 2010 war sie schon längst wieder ausgeglichen.

Der »Jahresbericht des Flottenkommandos« der Deutschen Marine beziffert den Anteil des deutschen Exports, der Deutschland 2011 über das Meer verließ, auf 57 Prozent der gesamten Ausfuhr, im Gesamtwert in Höhe von 249 Milliarden Euro. Der »Exportweltmeister« ist also überwiegend auf freie Seehandelswege angewiesen. Umgekehrt kommt ebenso ein >>

Foto: www.mediaserver.hamburg.de

MEHR ALS **104.000** HOCHSEEGEHENDE
HANDELSCHIFFE WAREN
ANFANG 2012 WELTWEIT REGISTRIERT.



ÜBER **71%** ALLER HANDELSCHIFF-TONNAGE
FÄHRT UNTER ANDERER FLAGGE
ALS DIE DER NATIONALITÄT DER EIGNER.

REGISTRIERUNG 2011**

DEUTSCHLAND: 868 SCHIFFE UNTER DEUTSCHER FLAGGE MIT 17.500.000 T



USA: 6.461 SCHIFFE MIT 12.000.000 T LADEKAPAZITÄT

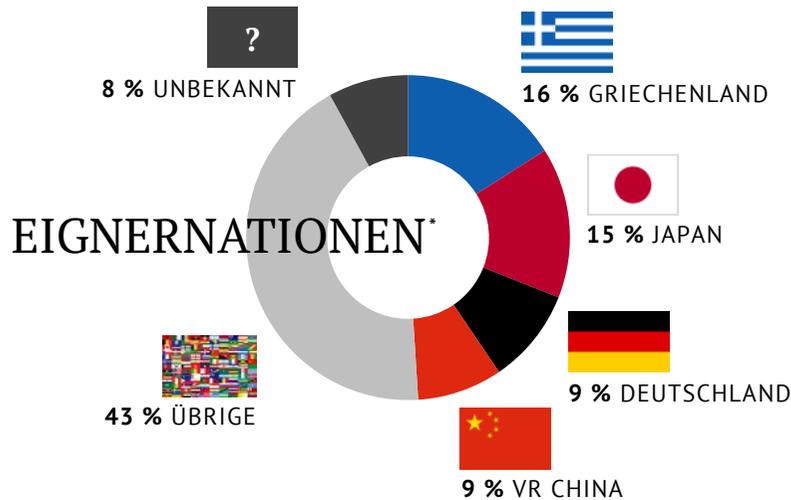


PANAMA: 8.127 SCHIFFE MIT 328.200.000 T LADEKAPAZITÄT

* in Prozent der globalen Handelsschiff-Tonnage ** nur drei ausgewählte Registrierungen als Auszug Quelle: UNCTAD

SEEHANDEL

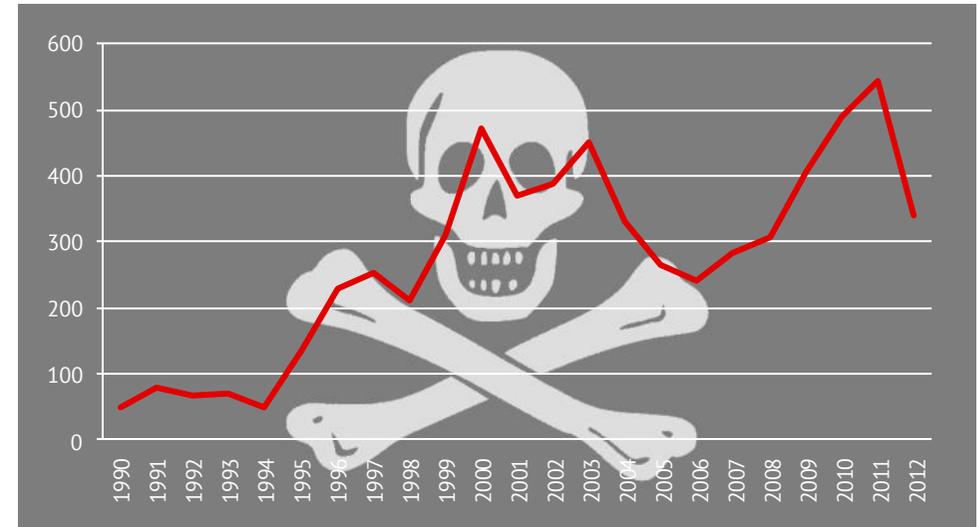
ÜBER **95%** DES WELTWEITEN FERNGÜTERHANDELS FINDET AUF DEM SEEWEG STATT.



BETRÄGT DIE LADEKAPAZITÄT DER GLOBALEN HANDELSFLOTTE.

>> Großteil der Einfuhren der Bundesrepublik über See herein. Die größten deutschen Handelspartner liegen jedoch auf dem gleichen Kontinent, darunter ist Frankreich der wichtigste – mit zwei Ausnahmen: die USA und China. Dass von diesen beiden die Volksrepublik heute die »Werkstatt der Welt« ist, belegt gerade die Tatsache, dass sie über 9 der 20 größten Containerumschlagplätze weltweit verfügt.

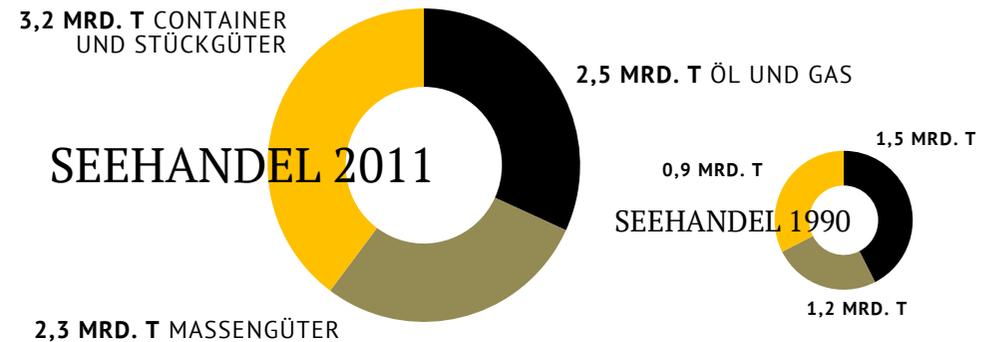
Bedroht wird das globale Handelsnetzwerk auf unterschiedliche Weise, das größte Risiko dabei ist die Piraterie: 226 erfolgreiche Überfälle zählte die »International Maritime Organization« (IMO) im vergangenen Jahr, neben 115 gescheiterten Versuchen. Die Mehrzahl davon hat im Südchinesischen Meer stattgefunden. **mmo**



VON 1990 BIS 2012 GEMELDETE VORFÄLLE VON PIRATERIE WELTWEIT



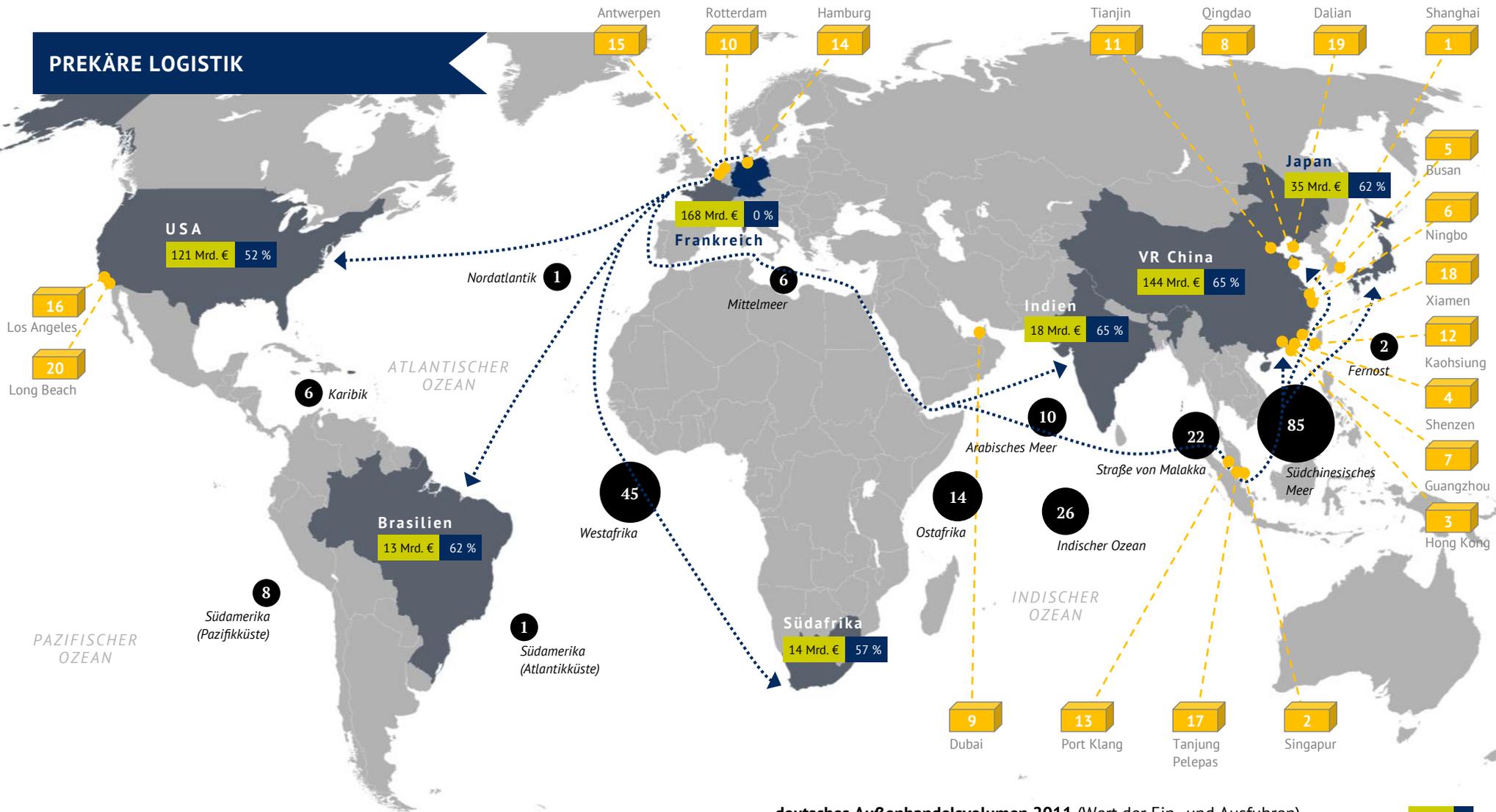
DER GLOBALEN LADEKAPAZITÄT LÄSST SICH DER EIGNER NICHT FESTSTELLEN.



* in Prozent der globalen Handelsschiff-Tonnage nach Nationalität der Eigner

Quellen: [IMO](#), [UNCTAD](#)

PREKÄRE LOGISTIK



57% SEINER EXPRORTE FÜHRTE
DEUTSCHLAND 2011 ÜBER
DEN SEEWEG AUS – MIT EINEM GESAMTWERT VON
249 MRD. EURO.

deutsches Außenhandelsvolumen 2011 (Wert der Ein- und Ausfuhren)
mit ausgewählten Handelspartnern; und der davon über See transportierte Anteil

weltgrößte Containerhäfen 2011 nach Ranking der UNCTAD
von Platz 1, Shanghai mit 31,7 Mio. TEU/Jahr, bis Platz 20, Long Beach mit 6,1 Mio. TEU/Jahr
(TEU: »twenty-foot equivalent unit« / Standardcontainer von 20 Fuß bzw. 6,1 Meter Länge)

Anzahl der gemeldeten Piratenangriffe 2012 nach Seeregion laut IMO-Bericht

Quellen: Sandfire AG, IMO, UNCTAD, Jahresbericht des Flottenkommandos 2012

Mrd. € %

#

X

Karte: mmo

»EIN GUTER HAFEN IST SCHNELL UND SICHER«

Die Sicherheit des wohl wichtigsten Warenumsschlagplatzes Deutschlands liegt im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Bedürfnissen und behördlicher Sorgsamkeit. Der Leiter der Hamburger Wasserschutzpolizei, **Frank Martin Heise**, und seine Mitarbeiter müssen den täglichen Kompromiss suchen.

Interview: Marcus Mohr

>> Häfen sind Start und Endpunkt der maritimen Handelskette, sie sind die Zentren der weltweiten Logistikketten und der Globalisierung schlechthin – somit sind sie auch Kristallisationspunkte sicherheitspolitischer Probleme und Herausforderungen. Die Palette reicht von Drogenschmuggel und illegaler Einwanderung bis zu Ölkatastrophen und der Atombombe im Schiffscontainer – ein Szenario, das bereits Albert Einstein beschäftigte: »A single bomb of this type, carried by boat and exploded in a port«, warnte der Physiker in einem Brief vom 2. August 1939 an US-Präsident Franklin D. Roosevelt, »might very well destroy the whole port together with some of the surrounding territory.«

Vor dem Hintergrund dieser Spannweite an Risiken arbeitet die Hamburger Wasserschutzpolizei, der die Sicherheit von Deutschlands größtem Seehafen obliegt. *ADLAS* sprach mit ihrem Chef, dem Leitenden Kriminaldirektor Frank-Martin Heise.

ADLAS: Herr Heise, Sie sind mit rund 500 Kolleginnen und Kollegen nicht nur Teil einer »normalen« Landespolizei, sondern in Hamburg als Deutschlands »Tor zur Welt« tragen Sie eine ganz besondere Verantwortung. Welches sind die Hauptprobleme der Wasserschutzpolizei Hamburg? Beziehungsweise welche sind für Sie die größten sicherheitsrelevanten Probleme in Ihrer täglichen Arbeit?

Frank-Martin Heise: Ich könnte jetzt antworten: »Probleme haben wir nicht, wir bieten Lösungen...«. Dies wäre jedoch zu kurz gegriffen. Neben den polizeilichen und schiffahrtspolizeili-

chen Aufgaben im gesamten Hafengebiet zu Wasser und zu Lande sind wir für eine Reihe spezieller Aufgaben zuständig. Dazu gehört die Überwachung von Gefahrguttransporten in ganz Hamburg auf allen Verkehrsträgern außer des Luftverkehrs, die Wahrnehmung der grenzpolizeilichen Aufgaben – Hamburg ist Schengen-Außengrenze – sowie die Ermittlung im Bereich der Umweltkriminalität ebenfalls im gesamten Hamburger Stadtgebiet. Ein

»2004 ENTSTAND EINE NEUE FORM DER KOOPERATION ZWISCHEN BEHÖRDEN UND WIRTSCHAFT.«

wichtiger, und wohl der neueste, Bestandteil unserer täglichen Arbeit ist die Sicherung von Hafenanlagen, den Terminals, sowie des gesamten Hafengebietes in Übereinstimmung mit internationalen beziehungsweise europäischen Regelungen.

Welche Folgen hatte denn die weltweite Einführung des »International Ship and Port Facility Security Code«, auf den man sich im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation im Dezember 2002 geeinigt hatte – als eine der vielen Maßnahmen des »War on Terror« – für die Hafensicherheit Hamburgs? Wie hat der Code die Arbeit der Hamburger Wasserschutzpolizei verändert?

Die Umsetzung der Anforderungen aus dem ISPS-Code musste seinerzeit in außerordentlich hoher

Geschwindigkeit erfolgen. Die Einhaltung des Termins 1. Juli 2004 erforderte eine intensive Zusammenarbeit aller zuständigen Behörden der Küstenländer sowie des Bundes mit den Hafenbetrieben sowie deren Verbänden. Wir haben damals enge Kontakte untereinander aufgebaut, die bis heute gepflegt werden. Es entstand eine neue Form der Kooperation zwischen Behörden und Wirtschaft.

Hamburg hat seinerzeit zusammen mit Bremen federführend die Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung des ISPS-Codes geschaffen. Als wir dann 2004 termingerecht an den Start gingen, hatte der Hafen sein Gesicht verändert. Erstmals waren sämtliche, auch die kleineren, Hafenanlagen gegen den unbefugten Zugang gesichert, was zu gehöriger Verwunderung bei See- und Sehleuten führte, also auch der »normale Bürger« konnte plötzlich nicht mehr zu den großen Schiffen gelangen.

Sind denn in der gleichen Zeit auch die Zuweisungen aus dem Haushalt des Innensensors und Ihre Personalstärke angewachsen?

Ja. Damals wurde mit der »Designated Authority >>

LOGISTIK

Hafensicherheit« quasi eine neue Dienststelle geschaffen. Unter personeller Beteiligung der Hamburg Port Authority ist diese als Sachgebiet bei der Wasserschutzpolizei angesiedelt.

Hamburg ist der größte Hafen Deutschlands, der zweit- beziehungsweise drittgrößte Europas. Wie viele der vielen Millionen Standardcontainer – nach der Wirtschaftskrise 2008/2009 schon wieder auf neun Millionen im Jahr 2011 angewachsen –, die pro Jahr in der Hansestadt umgeschlagen werden, können überhaupt adäquat inspiziert werden?

Ein guter Hafen ist »schnell und sicher«. Diese beiden Eigenschaften stehen in einer Wechselbeziehung, wobei wir in unserer täglichen Arbeit den gelungenen Kompromiss suchen. Der Trans-

port in Containern ist dabei nur eine von vielen Transportketten, die es zu überwachen gilt. *Was lässt sich denn einfacher kontrollieren? Container, Stück- oder Massengüter?*

Das lässt sich nicht pauschal sagen. Wir haben für alle Transportarten jeweils unsere Fachleute.

Sicherheitskontrollen bedeuten Zeitverzögerung für den Warenverkehr. Das kann zu einem gravierenden Wettbewerbsnachteil für den Hafen und seine Nutzer werden. Wie stark ist der Druck aus Industrie und Handel auf die Polizei, die Sicherheitsprozesse zügig zu gestalten? Und auf der anderen Seite: Bekommen Sie von Handel und Industrie immer das Niveau an Kooperation, dass Sie sich wünschen? Wie hält man die Balance zwischen einem möglichst

unbehinderten Warenverkehr und notwendigen Sicherheitskontrollen?

Der Hafen ist für Hamburg, Deutschland und über die Grenzen hinaus von sehr großer Bedeutung. Die Schnelligkeit der logistischen Prozesse auf der einen Seite und ein Höchstmaß an Sicherheit auf der anderen, sind zwei Ziele, die sich nicht trennen lassen. Insofern fühlen wir uns auch beiden Zielen verpflichtet.

Im Hafen gibt es eine große Anzahl unterschiedlicher Akteure: Reeder, Terminalbetreiber, Makler, Besatzungen ... Mit allen pflegen wir, bei klar definierten Rollen, ein partnerschaftliches Miteinander und wir haben unser tägliches Geschäft dem Rhythmus des Hafens angepasst. So führen wir beispielsweise Kontrollen, die nach unserer Erfahrung einen Nachbesserungsbedarf auf Schiffen ergeben könnten, gleich zu Beginn der Liegezeit durch. So hat die Schiffsleitung genügend Zeit für die Abstellung erkannter Mängel, und wir vermeiden einen Eingriff in den eng gesetzten Zeitplan der Schifffahrt.

Das heißt, Sie versuchen die Möglichkeiten, die Ihnen der Zeitplan der Schifffahrt bietet, so optimal wie möglich für Bedürfnisse der Sicherheit zu nutzen, damit Reibungen mit der Wirtschaft gar nicht erst entstehen?

Umgekehrt, wir versuchen, den Fluss der Wirtschaft so wenig wie möglich zu behindern. Dies bedeutet nicht, dass wir nicht zu gegebener Zeit Maßnahmen veranlassen müssen, die im Einzelfall Kosten verursachen. >>



WASSERORDNUNGSHÜTER

Der Leitende Kriminaldirektor **Frank-Martin Heise** leitet seit 2010 die Wasserschutzpolizei Hamburg. Der 45-jährige gebürtige Braunschweiger trat 1987 in den Polizeidienst und begann nach dem Studium seinen Dienst in der Hansestadt als Kriminalbeamter im Stadtteil St. Georg.

»2004 HAT DER
HAFEN SEIN GESICHT
VERÄNDERT.«

Die Furcht vor Terroranschlägen auf «Kritische Infrastrukturen» wie eben Häfen und ihre Anlagen hat seit den »9/11«-Attacken deutlich zugenommen. Aber auch der Angriff auf den französischen Tanker »Limburg« – mithin auf die globale Logistikkette – 2002 im Golf von Aden spielt hier wohl eine Rolle. Wie begegnet man in Hamburg den Bedrohungen durch potenzielle terroristische Anschläge? Für wie groß halten Sie sie – allein eingedenk dessen, dass World-Trade-Center-Attentäter ausgerechnet in Hamburg-Harburg studiert haben?

Die Gefahr terroristischer Anschläge ist abstrakt und gleichwohl stets präsent. Und das gilt nicht nur für Hamburg. Hier an der Elbe versuchen wir mit verschiedenen polizeilichen Mitteln, diese Gefahr auf ein Minimum zu reduzieren. Dabei gehen wir mit der gebotenen Gelassenheit und Nüchternheit einerseits und der erforderlichen polizeilichen Professionalität andererseits vor.

Früher war es undenkbar, aber heutzutage kann man per Google-Maps Häfen längst genau kartieren, dank der automatischen Warenverfolgung lässt sich zudem die Logistikkette gut nachverfolgen, und ich weiß immer, wo genau mein Paket oder mein Container gerade ist – egal, was ich in ihm verpackt oder versteckt habe. Terroristen bietet dies Möglichkeiten für gezielte Anschläge – beispielsweise mit ferngezündeten Sprengsätzen in Frachtcontainern. Wie begegnet man solchen Bedrohungen?

In einer sich immer schneller verändernden Welt stehen die Sicherheitsbehörden bei der Anpassung der Schutzmaßnahmen generell vor großen

Herausforderungen. Die Wasserschutzpolizei Hamburg nutzt dabei ihre Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene. Der hier vorhandene Austausch – wie etwa während des »World Port Security Summit« 2012 bei uns in Hamburg oder der laufende Kontakt mit Stellen der EU in Brüssel – und die daraus gezogenen Lehren fließen in die laufend aktualisierten Risikoanalysen ein. Darüber hinaus sind wir Teil einer modernen Großstadt- und Landespolizei, die sich auch insgesamt mit solchen Fragestellungen beschäftigt.

Welche Lehren wären das?

Das kann ich Ihnen aus Sicherheitsgründen leider nicht sagen.

Die Wasserschutzpolizei Hamburg ist zuständig für ein verhältnismäßig großes Gebiet, das nicht nur

den Hamburger Hafen einschließt, sondern auch die Seeschiffahrtsstraße Elbe bis hinauf nach Cuxhaven. Wie verläuft die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei See, die darüber hinaus für die deutschen Hoheitsgewässer verantwortlich ist? Wie gestaltet sich aus Ihrer Sicht die Kooperation im seit 2007 bestehenden »Maritimen Sicherheitszentrum«

beziehungsweise im »Gemeinsamen Lagezentrum See des Bundes und der Küstenländer«? Haben Sie Wünsche offen?

Das Grundgesetz sieht vor, dass alles, was nicht speziell geregelt ist, Ländersache ist. Dazu gehört als ein Kernbereich die Innere Sicherheit. Es sind also die Länder, die die Polizeiaufgaben – von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen – wahrnehmen. Örtlich reicht die Zuständigkeit der Länder bis zur Zwölf-Seemeilen-Grenze der deutschen Hoheitsgewässer. Die Wasserschutzpolizeien der Küstenländer führen die diesbezüglichen polizeilichen und schiffahrtspolizeilichen Aufgaben in diesem Raum gemeinsam durch. Auch Hamburg ist aktiver Teil der Wasserschutzpolizei-Leitstelle in Cuxhaven.

So wird gewährleistet, dass an den deutschen Küsten – nicht nur im Maritimen Lagezentrum beziehungsweise Gemeinsamen Lagezentrum –

»MASSNAHMEN, DIE IM EINZELFALL KOSTEN VERURSACHEN«

alle Verantwortlichen – die Wasserschutzpolizeien, die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, die Bundeszollverwaltung, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, die Deutschen Marine, das Havariekommando und auch die Bundespolizei – zielführend zusammenarbeiten. Das hat bislang dank eines guten kollegialen >>

LOGISTIK

Verhältnisses immer geklappt, und insofern haben wir auch keine Wünsche offen.

Der Bundespolizei See obliegt auch die präventive Auseinandersetzung mit Piraterie. Ist die Hamburger Wasserschutzpolizei als Vertrauensträger ebenfalls zum Beispiel als Berater oder in Amtshilfe an der Pirateriebekämpfung beteiligt?

geleitet werden. Was tut die Wasserschutzpolizei, um sicherzustellen, dass hier keine Gefahr ausgeht?

Die Wasserschutzpolizei ist in Hamburg umfassend für die Überwachung des Transportes gefährlicher Güter zuständig – sei es auf der Straße oder der Schiene, in der Binnen- oder der Seeschifffahrt. Der Vorteil einer solchen zentra-

fahrgut vor, was eine sichere Bewältigung dieser Lage durch die beteiligten Behörden ermöglichte.

Hat der Vorfall Veränderungen mit sich gebracht?

(Lacht) Darf ich Ihnen leider auch nicht verraten.

Haben Sie vielen Dank für das Gespräch! <<<<

»DIE GEFAHR TERRORISTISCHER ANSCHLÄGE IST ABSTRAKT UND GLEICHWOHL STETS PRÄSENT.«

Die Wasserschutzpolizei Hamburg kommt bei einer Piraterielage dann ins Spiel, wenn das gekaperte Schiff einer Reederei mit Sitz in Hamburg gehört. Sofern dann die hierfür zuständige Staatsanwaltschaft Hamburg bei der Ermittlung maritimen Sachverstand benötigt, bittet sie in der Regel uns um Unterstützung.

Eine Aufgabe der Wasserschutzpolizei ist das Beobachten und Begleiten von Gefahrguttransporten. Am Kirchentag in Hamburg am 1. Mai dieses Jahres erlebte die Stadt ein Schreckmoment, als in Sichtweite der Eröffnungsveranstaltung ein Frachtschiff mit mehreren Tonnen explosiver Ladung und hochgefährlichem Uranhexafluorid brannte. Im Zuge dessen wurde bekannt, dass, auch radioaktive, Gefahrguttransporte, oft zwischen harmloser Ladung, durch den Hafen gleich neben der Hamburger Innenstadt

lisierten Zuständigkeit liegt auf der Hand: Es entstehen keine Reibungsverluste an den Schnittstellen beim Wechsel des Verkehrsträgers. Darüber hinaus hat sich in Hamburg das über Landesrecht geschaffene »Gefahrgutinformationssystem«, kurz GEGIS, bewährt. Die dort zur Verfügung gestellten Daten gewähren der Wasserschutzpolizei eine engmaschige Darstellung sämtlicher mit Seeschiffen über den Hafen laufenden Gefahrguttransporte. Somit ist ein niedrigschwelliger Kontrollansatz bereits im Zulauf der Transporte möglich. Hamburg ist hier Vorbild für andere Häfen.

Der Brand auf der »Atlantic Cartier« hat gezeigt, dass dieses System aus Information und Kontrolle funktioniert. So lagen bereits kurz nach Ausbruch des Feuers allen beteiligten Einsatzkräften detaillierte Angaben über das an Bord vorhandene Ge-

Quellen und Links:

[Webpräsenz der Wasserschutzpolizei Hamburg](#)

[Webpräsenz des Maritimen Sicherheitszentrums des Bundes und der Küstenländer](#)

[FAQ der International Maritime Organization zum ISPS-Code](#)

[Interview des Deutschlandfunk mit dem Hafенexperten Anjes Tjarks von Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2013](#)

[Hintergrundberichte von NDR 90,3 vom 17. Mai 2013](#)

[Rede des Ersten Bürgermeisters Hamburg, Olaf Scholz, anlässlich des »World Port Security Summit« am 10. September 2012](#)

[Profil von Frank-Martin Heise in Der Hamburger, Ausgabe März 2011](#)

[Interview mit Frank-Martin Heise im Landesjournal der Deutschen Polizei vom 2. November 2010](#)

[Albert Einsteins Briefe an Franklin D. Roosevelt](#)

Im Namen der europäischen Bürger soll Frontex den EU-Mitgliedstaaten dabei helfen, die Außengrenzen der Union zu sichern.

Im Mittelmeer soll die Grenzschutzagentur dabei allerdings systematisch gegen die Rechte Asylsuchender verstoßen – und damit gegen ihre eigenen Statuten.

Mangelnde Transparenz trägt wenig dazu bei, diese schweren Vorwürfe zu entkräften.

>> Seine erste Reise als katholisches Kirchenoberhaupt führte Papst Franziskus ausgerechnet nach Lampedusa. Seit den 1990er Jahren ist die italienische Insel südlich von Sizilien für tausende Migranten aus Afrika das Tor nach Europa. Schätzungen zufolge sollen seitdem bis zu 20.000 Menschen die Überfahrt auf die europäische »Flüchtlingsinsel« nicht überlebt haben – sie sind beim Versuch, das Mittelmeer zu queren, entweder verdurstet oder ertrunken. Franziskus kam, um die Toten zu beweinen. Er sprach von einer »Globalisierung der Gleichgültigkeit« gegenüber den Migranten und beklagte die »Grausamkeit in



der Welt«, insbesondere die Grausamkeit jener, »die in der Anonymität Entscheidungen sozialer und wirtschaftlicher Natur treffen, die den Weg für Dramen wie dieses ebnen«.

Die deutlichen Worte des Papstes waren Wasser auf die Mühlen der Gegner der derzeitigen Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Im Fokus der öffentlichen Kritik steht dabei seit ihrer Gründung 2004 die EU-Grenzschutzagentur »Frontex«. Während die einen die angeblich effektive Sicherung der Außengrenzen durch die Agentur loben, prangern andere ihre Maßnahmen als in höchstem Maße menschenrechtsver-

letzend an. Inwiefern wird Frontex ihrer Rolle als grenzsicherndes EU-Organ gerecht? Und inwiefern werden der Schutz der EU-Außengrenzen und damit auch Europas Wohlstand und Sicherheit dabei durch einen menschenunwürdigen Umgang mit afrikanischen Migranten erkaufte?

Die Zahl der Migranten, die über das Mittelmeer nach Italien gelangten, stieg 2011 vor allem aufgrund des so genannten »Arabischen Frühlings« sprunghaft auf 52.000 an. Zum Vergleich: Noch 2008 kamen »nur« 38.000 Menschen über den Seeweg nach Italien und Malta. Durch die politischen Umwälzungen fiel in vielen nordafrikani- >>

schen Ländern die staatliche Ordnung vorübergehend weg. Diese Länder waren gemäß bilateraler Vereinbarungen bis dahin als Drittstaaten für die Rückführung von irregulären Immigranten und für die Sicherung ihrer eigenen Außengrenzen zuständig. Mit der Verringerung der staatlichen Grenzkontrollen in Tunesien, Ägypten und besonders Libyen erlebte die irreguläre Migration über illegale Kanäle – darunter auch mithilfe kaum seetüchtiger Flüchtlingsboote – eine neue Blüte.

Frontex engagierte sich aufgrund dieser Entwicklung 2011 im Rahmen der Operation »Hermes« in großem Umfang im Mittelmeer. Laut Ilkka Laitinen, dem Direktor von Frontex, sank die Zahl irregulärer Migranten daraufhin im vergangenen Jahr gegenüber dem »Rekordjahr« 2011 um die Hälfte. Die Grenzschutzagentur verbucht dies als Erfolg der eigenen Anstrengungen. Kritische Beobachter sehen hingegen den Grund auch

darin, dass sich das Mittelmeer mittlerweile in ein »Meer des Todes«, wie die *tageszeitung* es Anfang dieses Jahres formulierte, verwandelt habe. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl spricht in diesem Zusammenhang allein für das Jahr 2011 von bis zu 1.500 Toten. Die massiven

Die zehntausenden Personen, die auf verschiedenen Wegen jedes Jahr illegal nach Italien kommen, sind als »people of concern« für das Land und die zuständigen Behörden eine erhebliche Belastung. Denn als Grenzstaat der EU obliegt es Italien, die Flüchtlingsströme an seinen

PAPST FRANZISKUS BEKLAGT DIE GRAUSAMKEIT JENER, DIE IN ANONYMITÄT ENTSCHEIDUNGEN TREFFEN.

Flüchtlingsströme über das Mittelmeer stellen demnach nicht nur für die europäischen Grenzstaaten ein gewaltiges Problem dar, sondern sind insbesondere für die Migranten selbst eine oft lebensbedrohliche Situation.

Grenzen aufzufangen, die Menschen temporär aufzunehmen und gegebenenfalls ihre Asylanträge zu bearbeiten. Angesichts des hohen Aufkommens ist dies nicht erst seit den jüngsten Ereignissen in Nahost und Nordafrika eine Mammutaufgabe. Da Italien für die meisten irregulären Migranten zudem lediglich als Tor zur Europäischen Union dient, können diese Folgekosten der Migrationsströme nicht von dem Land allein getragen werden.

Die sich so ergebende Notwendigkeit einer gemeinsamen Außengrenzsicherung und entsprechenden europäischen Einwanderungspolitik haben die europäischen Staaten relativ früh erkannt. Der Rat der Europäischen Union daher bereits 2004 die »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union« – kurz Frontex, aus dem Französischen »frontières extérieures« für Außengrenzen – als koordinierende Behörde ins Leben gerufen. Das >>

DUBLIN II

Die **Verordnung Nr. 343/2003 des EU-Rates**, die so genannte »Dublin-II-Verordnung«, sieht vor, dass Flüchtlinge nur in dem Land der Union Asyl beantragen können, dessen Grenze sie zuerst übertreten haben. So können diese Personen nicht in unbegrenzt vielen EU-Staaten einen Antrag stellen, was Missbrauch entgegenwirken soll. Dies führt jedoch zu einer Mehrbelastung einzelner Länder, wie eben Italien oder Griechenland, und somit zu nationalen Problemen statt europaweiten Lösungen bei der Bewältigung von Verwaltungsaufgaben.

SPRACHREGELUNG

Laut der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist ein »**Flüchtling**« eine Person, die aus einer begründeten Furcht vor Verfolgung ihr Heimatland verlässt und dessen Schutz nicht in Anspruch nehmen kann oder will.

Offizielle Frontex-Dokumente hingegen verwenden den Begriff »irregulärer Migrant«. Diese Bezeichnung enthebt der Verantwortung, nachweisen zu müssen, ob es sich bei Personen, die beim Grenzübertritt aufgegriffen wurden, um Flüchtlinge handelt oder nicht.

SEEGRENZEN II

Europäische Parlament, als einziges von den europäischen Wählern direkt legitimes Organ der EU, war nicht an der Gründung dieses Akteurs beteiligt, obwohl er letztlich im Namen der europäischen Bürger exekutiv tätig wird.

Die Hauptaufgabe von Frontex ist es, insbesondere angesichts der durch das Schengen-Abkommen praktisch weggefallenen Binnengrenzkontrollen, den effektiven Schutz der europäischen Außengrenzen zu gewährleisten. Durch technische Unterstützung, Bereitstellung von Fachwissen und Koordinierung der nationalen Grenzsicherungsaktivitäten seitens der Agentur sollen die Maßnahmen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zum Schutz der Außengrenzen wirksamer werden. Demnach liegt zwar die unmittelbare Verantwortung für Kontrolle und Überwachung der Außengrenzen weiterhin bei den EU-Mitgliedern, doch soll Frontex die Qualität ihrer Maßnahmen verbessern.

Am 3. Oktober 2005, knapp ein Jahr nach ihrer Gründung, nahm die Agentur den operativen Betrieb auf. Seither wurde ihre Rechtsgrundlage zwei Mal überarbeitet, was jeweils mit einem Zuwachs an Kompetenzen einherging. Die Veränderungen der Ratsverordnung 2007/2004 erlauben es Mitarbeitern der Agentur beispielsweise selbst repressive Maßnahmen anzuwenden. Ihre Verwendung in »Rapid Border Intervention Teams«, kurz RABIT, gestattet teilnehmenden Beamten dieses Expertenpools sogar die Anwendung von bewaffneter Gewalt. Diesen Umstand kritisieren besonders Menschenrechtsorganisationen, da die Frontex-Verordnung in Artikel 18 gleichzeitig den Mitarbeitern und Beamten der Agentur Immunität vor

nationaler Strafverfolgung zusichert. De jure ist es seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zwar möglich, die Agentur für die Aktivitäten ihrer Mitarbeiter als eigene Rechtsperson vor dem Europäischen Gerichtshof zu belangen. Praktisch jedoch wurden bisher nur drei Klagen beim Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Die zweite und bislang letzte Aktualisierung der Verordnung erfolgte im Oktober 2011. Seitdem ist Frontex dazu berechtigt, sich selbst Ausrüstung wie Hubschrauber oder Autos anzuschaffen oder zu leasen. Darüber hinaus darf die Agentur materielle und personelle Unterstützung direkt von den Mitgliedstaaten der EU anfordern, anstatt wie zuvor auf deren freiwillige Hilfe hoffen zu müssen. Dies machte die Agentur endgültig zu einer vollwertigen Exekutivbehörde. Ge-

naue Zahlen der auf dieser Grundlage beschafften Ausstattung sind zwar aufgrund der geringen Transparenz nicht bekannt. Der »Pool« der RABIT soll aber beispielsweise aus 500 bis 600 Grenzschutzbeamten bestehen, welche die Mitgliedsländer stellen und die durch Frontex trainiert werden. Der Artikel 1 der Änderungsverordnung vom Oktober 2011 betont dabei erstmals explizit die Bindung der Agentur an die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, an die völkerrechtlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu internationalem Schutz und dabei insbesondere an den Grundsatz der Nicht-Zurückweisung.

Diese letzte Änderung der Rechtsgrundlage ist während eines laufenden Einsatzes von Frontex im Mittelmeer erfolgt: Am 15. Februar 2011 gab >>

Mit dem Leben davongekommen: Ein Fahrzeug der italienischen Küstenwache hat im Mai 2011 Flüchtlinge aus Tripoli vor dem Ertrinken bewahrt und bringt die Geretteten in Lampedusa an Land.

Foto: UNHCR / F. Noy



die Agentur bekannt, dass der italienische Innenminister angesichts der außerordentlichen Migrationssituation auf den Pelagischen Inseln eine Anfrage nach Unterstützung gestellt hatte. Rom forderte demnach eine stärkere Überwachung des betroffenen Grenzgebietes in Form einer gemeinsamen Operation mit Frontex. Als Reaktion auf den Hilfeantrag Italiens kündigte die EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, fünf Tage später den Beginn der »Operation Hermes« an: Frontex-eigene Schiffe und Personal

und dann »systematisch« und »schnellstmöglich« abzuschieben, ohne ihnen jemals die Möglichkeit eines Asylantrags zu geben.

Internationale Bekanntheit erlangte diese Praxis durch den Fall der »Cap Anamur«. Das Schiff hatte am 20. Juni 2004 im Mittelmeer insgesamt 37 Flüchtlinge aufgenommen, woraufhin ihm das Einlaufen in einen italienischen Hafen verwehrt wurde. Die Flüchtlinge wurden schließlich, ohne je einen Asylantrag stellen zu können, zurück nach Afrika gebracht. Der Chef der Hilfsorganisa-

gliedsländer diesen stattdessen ein angemessenes Asylverfahren bieten müssen. Die Einhaltung dieses Prinzips fordern vor allem Amnesty International und Human Rights Watch ein, die im derzeitigen Vorgehen der Grenzschützer eine Verletzung der europäischen Menschenrechtskonvention erkennen: »Auch Küstenwachen und Strafverfolgungsbehörden von EU-Mitgliedstaaten« seien an diesen Menschenrechtsverletzungen beteiligt, so Judith Kopp von Pro Asyl.

Die grundlegenden Fragen, wie mit Migranten verfahren werden soll und wer in welchem Fall die Verantwortung übernehmen muss, sind aber auch nach neun Jahren Frontex-Einsatz noch nicht abschließend geklärt. Dabei wäre es angesichts der aktuellen Lage besonders wichtig, die potenziell lebensrettenden Zuständigkeiten zur Sicherung schiffbrüchiger Flüchtlinge im europäischen Raum verbindlich zu klären.

Unterstützung erfuhren die Kritiker letztes Jahr durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser urteilte im Februar 2012, dass Italien mit seiner Praxis, Migranten und Asylsuchende auf offener See abzufangen, gegen seine Verpflichtungen aus internationalen Menschenrechtsabkommen verstößt. Demnach dürfe niemand einfach in ein Land zurückgeschickt werden, in dem er von Menschenrechtsverletzungen bedroht ist. Sieben Monate später leitete der Europarat dann ein Verfahren ein, das prüft, ob und inwieweit Italien dem Urteil des Gerichtshofes seither nachgekommen ist.

Als Resultat dieser Vorgänge waren im Mai dieses Jahres auch aus dem Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments kritische >>

ES GIBT AUFFÄLLIGE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN »HERMES« UND »ATALANTA«.

sollten die italienischen Seepatrouillen verstärken, um illegale Grenzübertritte nach Europa zu verhindern. Des Weiteren sollte das RABIT-Fachpersonal aus EU-Mitgliedstaaten durch Befragen der aufgegriffenen irregulären Immigranten Informationen über deren Identität und Nationalität sammeln, um dadurch mögliche Menschenmuggleraktivitäten aufzudecken.

Mit dieser Hilfestellung für die italienischen Behörden im Rahmen der »Operation Hermes« unterstützte Frontex allerdings unmittelbar auch deren zum Teil extrem harte Methoden im Umgang mit den Flüchtlingen. Denn der gängige *modus operandi* der italienischen Grenzschützer bestehe darin, so Ruth Jüttner von Amnesty International, irreguläre Migranten bereits in internationalen Gewässern in ihren Booten aufzubringen

tion Cap Anamur, Elias Bierdel, und der Kapitän des Schiffes, Stefan Schmidt, mussten sich anschließend wegen Menschenmuggels vor einem sizilianischen Gericht verantworten und wurden erst fünf Jahre später freigesprochen.

Die Italiener und die Experten von Frontex hinterfragen meist gar nicht erst, ob eine Asylberechtigung vorliegt. Frontex selbst sei nicht dazu berechtigt, Asylanträge anzunehmen, erklärt Klaus Rösler, operativer Einsatzleiter der Grenzschutzagentur. Dies liege im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Laut Amnesty International verletzt eine solche Vorgehensweise aber das »Nicht-Zurückweisungsprinzip« – das »Non-Refoulement Principle« – der Genfer Flüchtlingskonvention, welches besagt, dass Personen auf See nicht abgedrängt werden dürfen und Mit-

Stimmen gegenüber Frontex vernehmbar. Nach Aussage von Paul d'Auchamp, dem Stellvertreter des Regionalbüros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Brüssel, stellt sich das Problem so dar: »[irregular migrants are] largely viewed as a security concern that must be stopped. This is fundamentally at odds with the human rights approach concerning the conceptualisation of migrants as individuals and equal holders of human rights.«

Obwohl die letzte Rechtsverordnungsänderung für Frontex aus dem Jahr 2011 im Vergleich zu der vorangegangenen Version zahlreiche konkrete Menschenrechtsbezüge enthielt, gab es insbesondere aus der Grünen-Fraktion im Europaparlament deutliche Kritik. So sei die aus der Veränderung der Verordnung 2007/2004 hervorgegangene Einführung eines Menschenrechtsbeauftragten »halbherzig und lückenhaft«. Die deutsche Grünen-Abgeordnete Ska Keller sagt dazu, diese Regelung bleibe »hinter unseren Forderungen nach einem starken Schutz der Flüchtlinge zurück«. Auffällig sind hier die Unterschiede von »Hermes« zu der EU-Antipiratenoperation »Atalanta«. In letzterer setzt beispielsweise die Deutsche Marine regelmäßig Rechtsberater direkt auf ihren Schiffen ein, um nach eigener Darstellung »eine mandatskonforme Aufgabenerfüllung zu gewährleisten«. Fraglich ist, warum dies auf den von Frontex eingesetzten Schiffen nicht geschieht.

Hinzu kommt, dass über Einzelfälle hinaus wenig über die Operationen von Frontex und insbesondere die »Hermes« bekannt ist. Organisationen wie Pro Asyl und Amnesty International kritisieren diesen Mangel an Transparenz, denn Infor-

mationen über den Hergang ihrer Aktivitäten macht die Agentur in der Regel selbst auf wiederholte Nachfrage hin nicht zugänglich. Außerdem fällt bei der Recherche nach Dokumenten mit Frontex-Bezug im Archiv des Rates der Europäischen Union schnell auf, dass Beschlussfassungen oder Berichte nicht öffentlich einsehbar sind. Diese schwache Quellen- und Informationslage erzeugt eine Intransparenz, die eine Kontrolle von Frontex durch die europäische Öffentlichkeit – in deren Auftrag die Agentur ja eigentlich agiert – praktisch ausschließt. Dies widerspricht jedoch deutlich dem Lissabonner Vertrag, der Transparenz als einen seiner Hauptansprüche formuliert.

Eine wirksame Kontrollfunktion könnte das Europäische Parlament wahrnehmen – wenn Frontex zumindest regelmäßiger und detaillierter Berichte über das eigene Vorgehen vorlegen müsste. Bisher überwacht das Parlament die Agentur allerdings allein durch die allgemeine Haushaltskompetenz. Im Sinne einer demokratischeren Legitimation von Exekutivorganen wie Frontex, insbesondere Angesichts der anhaltenden Kritik, erscheint eine Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten des Parlaments jedoch angebracht.

Auch die Einbindung etablierter zivilgesellschaftlicher Akteure, etwa aus dem Bereich der Menschenrechtsorganisationen, in einen transparenten Kontrollprozess könnte helfen, auftretende Vorwürfe bezüglich Verstößen gegen die Rechte irregulärer Migranten – und damit letztlich auch gegen die eigenen, in der Frontex-Verordnung kodifizierten Grundsätze – schnell und umfassend zu klären. So würde Frontex sei-

ner Rolle als grenzsicherndes EU-Organ besser entsprechen und nicht, wie es derzeit scheint, durch die Unterstützung zweifelhafter nationaler Grenzschutzpraktiken im Rahmen gesetzlicher Grauzonen zusätzliche Unsicherheit für irreguläre Migranten schaffen. <<<<

Die Autoren Lukas Fleischhauer, David Gierszewski, Jana Klonikowski, Sven Kohlscheen, Caroline Mangold, Katharina Meyer, Tobias Schnell und Tanja Schürmann *studieren in verschiedenen Fachsemestern Politologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Der Artikel entstand im Rahmen eines Forschungsseminars.*

Quellen und Links:

[Webauftritt der Grenzschutzagentur Frontex](#)

[Bericht der BBC vom 8. Juli 2013](#)

[Bericht der tageszeitung vom 19. April 2013](#)

[Informationsseite der Organisation Pro Asyl zur Flüchtlings- und Asylsituation 2012](#)

[Meldung der Zeit vom 13. September 2011](#)

[Dossier »Irreguläre Migration« der Bundeszentrale für politische Bildung vom 23. Dezember 2007](#)

[Verordnung Nr. 2007/2004 des Europäischen Rates vom 26. Oktober 2004 zur Gründung von Frontex](#)

MARITIME SICHERHEIT: OZEANIEN

Entgegen populären Untergangsvisionen sind die Probleme, mit denen sich pazifische Inselnationen aufgrund des Klimawandels konfrontiert sehen, allzu real. Versalzende Böden, schwindendes Trinkwasser und wachsende Umsiedlungszwänge als Folgen des steigenden Meeresspiegels treffen sie hart. Es fehlt vor allem eine völkerrechtliche Lösung für den Umgang mit grenzüberschreitenden Folgen der Umweltveränderungen – insbesondere den beginnenden Flüchtlingsbewegungen.

>> Die Vereinten Nationen zählen einige von ihnen zu den ärmsten Ländern der Welt: die »Small Island Developing States« im Pazifik. Die Gründe sind vielfältig: Naurus Phosphatreichtum etwa hat die Kolonialmacht Australien nach dem Ersten Weltkrieg ohne Rücksicht auf Umweltschäden ausgebeutet. Die Marshallinseln dienten den USA zwischen 1946 und 1958 als Atomtestgebiet. Auf die internationale Agenda gelangten die Probleme der jungen Inselstaaten aber erst in >>

LEBEN OHNE LAND

von Vanessa Tiede



Küstenerosion am Stadtrand von Süd-Tarawa in Kiribati. Foto: Government of Kiribati / [CC BY 3.0](https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/)

den letzten Jahren: durch die Heraufbeschwörung des Mythos Atlantis, die apokalyptische Vision vom untergehenden Paradies – also die Erwartung, dass ganze Nationen noch in diesem Jahrhundert als Folge des Klimawandels unter dem Meeresspiegel versinken werden.

nicht mehr für die Bewohner ausreichen werden. Die Suche nach einer neuen Heimat für die betroffenen Menschen und daraus folgende Umsiedlungszwänge sind also alles andere als Fiktion.

Genaue Prognosen über den durchschnittlichen Anstieg des Meeresspiegels bis Ende des 21. Jahr-

ERST DURCH DAS HERAUFBESCHWÖREN DES MYTHOS ATLANTIS GELANGTEN DIE PROBLEME DER INSELSTAATEN AUF DIE INTERNATIONALE AGENDA.

Diese dramatisierte Darstellung der Situation insbesondere in den Medien geht jedoch teilweise mit einer starken Vereinfachung der tatsächlichen Probleme einher. Die Bevölkerungen der tief liegenden Inseln im Pazifik kämpfen alltäglich mit den Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs und der Zunahme von »extremen Wetterereignissen« wie Taifunen. Beispielsweise drohen die Süßwasservorräte sowie der landwirtschaftlich nutzbare Boden aufgrund von Küstenerosion und Überspülung der Landfläche mit Meerwasser zu versalzen.

Die Folgen für die Landwirtschaft verschlimmern die ohnehin prekäre Arbeitsmarktsituation einzelner Staaten und beeinträchtigen die Nahrungsmittelsicherheit auf den betroffenen Inseln. Das »Intergovernmental Panel on Climate Change« (IPCC) sieht das Hauptproblem darin, dass die Trinkwasservorräte in der Pazifikregion ab 2050

hunderts sind wie alle Vorhersagen der Folgen des Klimawandels wissenschaftlich umstritten. Ausgehend vom Jahr 1990 prognostiziert der vierte Sachstandsbericht des IPCC aus dem Jahr 2007 eine Zunahme des Meeresspiegelniveaus zwischen 0,2 und 0,6 Metern bis zum Jahr 2100, die bis dato optimistischste Einschätzung. Die höchsten Werte finden sich in einer Studie von Wissenschaftlern der Technischen Universität Helsinki und der Universität Potsdam aus dem Jahre 2009, die eine Erhöhung zwischen 0,8 und 1,9 Metern voraussagt. Verkompliziert werden die Prognosen auch durch schwer berechenbare Ereignisse wie das beschleunigte Schmelzen von Gletschern.

Die Formel, mit der inzwischen in Entwicklungshilfeorganisationen wie der deutschen »Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit« (GIZ) und in der Interessenvertretung klei- >>

AM PULS DES KLIMAS

Das »**Intergovernmental Panel on Climate Change**« (IPCC) wurde 1988 gemeinsam vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Meteorologie gegründet. Unter der Schirmherrschaft der UN wertet es die internationale Klimaforschung aus und veröffentlicht den aktuellsten Stand unter anderem regelmäßig in Sachstandsberichten.

Die IPCC-Berichte besitzen zwar immenses Gewicht innerhalb der internationalen Debatte zum Klimawandel, sind aber auch dementsprechend hoch umstritten.

NOTGEMEINSCHAFT

Die »**Alliance of Small Island States**« (AOSIS) vereint seit 1990 Küsten- und Inselstaaten, die durch ihre geringe Höhe über dem Meeresspiegel von den Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere vom ansteigenden Meeresniveau, besonders betroffen sind.

Zu den großen AOSIS-Staaten gehören Kuba und Singapur, kleinster Partner ist das winzige, mit Neuseeland assoziierte Niue mit rund 1.400 Einwohnern. Das Bündnis repräsentiert seine Angehörigen bei internationalen Klimaverhandlungen gemeinsam und umfasst mit 37 Staaten beinahe ein Fünftel der Mitglieder der UN, aber nur fünf Prozent der Weltbevölkerung.



Prekäre Geographie: Die Hauptinselkette Kiribatis mit der 50.000 Einwohner-Hauptstadt Süd-Tarawa liegt an keiner Stelle höher als drei Meter über dem Meeresspiegel. Foto: Government of Kiribati / CC BY 3.0

ner Inselstaaten, der »Alliance of Small Island States« (AOISIS) gearbeitet wird, berechnet einen Anstieg zwischen 0,5 und 1,0 Metern bis zum Ende dieses Jahrhunderts.

Ein wachsendes Niveau der Ozeanoberfläche ist besonders für niedrigliegende Inselstaaten im Pazifik eine Gefahr. Kiribati, bestehend aus 33 Korallenatollen, auf denen rund 103.000 Men-

schen wohnen, muss befürchten, noch innerhalb dieses Jahrhunderts zu versinken. Tuvalu könnte es spätestens im darauffolgenden Jahrhundert ebenso ergehen.

Aber auch in Fällen wie diesen gibt es widersprüchliche Indizien und Ansichten. Einerseits ist 2006 tatsächlich eine bis in die 1980er Jahre hinein bewohnte Insel, Lohachara im Golf von

Bengalen, im Meer versunken. Andererseits haben Wissenschaftler der Universität Auckland festgestellt, dass gerade die pazifischen Korallenatolle sich innerhalb der letzten Jahrzehnte von ihrer Landmasse her entweder gar nicht verändert oder sogar an Korallenmasse zugenommen haben. Einig sind sich die Forscher aber darüber, dass der steigende Meeresspiegel und weitere Folgen des Klimawandels die Inselvölker bereits vor dem potentiellen Untergang ihrer Heimat vor große Probleme stellen. Denn für die überwiegende Anzahl der ungefähr 7.500 Inseln im Pazifik ist (noch) nicht der vollständige Verlust ihrer Landmasse ein akutes Problem, sondern die direkten Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensbedingungen ihrer Einwohner. Die Regierungen der betroffenen Staaten müssen dementsprechend schon heute über eine Umsiedlung ihrer Bürger entscheiden.

Wulf Killmann, Direktor des GIZ-Projekts »Klimawandel in der pazifischen Inselregion« berichtet von einem Treffen mit Lokalpolitikern Ozeaniens im Juli 2012, dass Kiribati beabsichtige, zu Umsiedlungszwecken Land von der fidschianischen Regierung zu kaufen. Eine weitere Idee sei die Schaffung künstlicher Inseln, die ähnlich wie Ölplattformen errichtet werden sollen. Auch die Salomonen denken über die Umsiedlung der Bevölkerung von zwei ihrer Inseln nach. Grund laut Killmann: die Versalzung der Süßwasservorräte.

Als Nauru nach seiner Unabhängigkeit 1968 von Australien eine Entschädigung für die massiven Umweltschäden durch den Phosphat-Abbau verlangte, lehnten die Vertreter der ehe- >>

OZEANIEN

maligen Kolonie Canberras Angebot einer Umsiedlung auf australisches Territorium ab. Nauru fürchtete die kulturellen Anpassungszwänge, die auf seinen knapp 10.000 Bürgern bei einer Integration in eine Gesellschaft von mehreren Millionen lasten würden. Diese Positionen wiederholten und bekräftigten die beiden Regierungen in den 1990er Jahren und zuletzt 2003.

Tuvalu hingegen fragte 2001 bei Australien und Neuseeland an, ob sie grundsätzlich zur Aufnahme von tuvaluischen Bürgern bereit seien. Canberra lehnte grundsätzlich ab, Wellington war bereit, jährlich 75 Aufenthaltsgenehmigungen zu vergeben, die aber an strikte Bedingungen bezüglich Einkommen, Gesundheit und andere Kriterien geknüpft gewesen wären.

In Mikronesien bewirken die gleichen Probleme wie in Nauru und Tuvalu zunächst eine innerstaatliche Migration: Viele Menschen siedeln von sich aus auf höher liegende Inseln um. Einige Mikronesier aber immigrieren schon nach Hawaii, was durch ein Abkommen mit den USA ermöglicht wird.

Auch die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention, die es Menschen aus Krisengebieten erleichtern sollen, in einem anderen Land Asyl zu erhalten, helfen nicht weiter. Menschen, die aufgrund der Folgen des Klimawandels fliehen, berücksichtigt die Konvention nicht. Sie definiert einen Flüchtling als jemanden, der aus Gründen seiner Rasse, Religion, Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder aufgrund seiner politischen Überzeugung verfolgt wird. Als »Verfolger« gelten Individuen oder Gruppen von Individuen, beispielsweise Mili-

zen in einem Bürgerkrieg, nicht aber Naturphänomene wie eben der Klimawandel. Einwohnern Ozeaniens, die vor Flüchtlingstribunalen Australiens und Neuseelands versucht hatten, einen Status als Klimaflüchtlinge zu erhalten, wurde dies verweigert. In allen Entscheidungen hieß es, dass keine Verfolgung aus einem der in der Flüchtlings-

konvention genannten Gründe vorliegt. Auch das höchste australische Gericht hatte 1997 abgestritten, dass Naturkatastrophen eine Verfolgung im Sinne der Konvention darstellten.

Die Diskussion um diese Frage ignoriert jedoch, dass die Bewohner der Inselstaaten, so beispielsweise aus Kiribati oder Tuvalu, über- >>

DIE STAATEN OZEANIENS

	Fläche <i>in km²</i>	Einwohner	Einw.-dichte <i>in E./km²</i>	Bev.-wachstum <i>in %</i>	Migrationsrate <i>in %</i>
Nauru	21	9.500	452,1	0,6	-1,4
Tuvalu	26	10.700	411,5	0,8	-0,7
Marshall-Inseln	181	69.800	385,3	1,8	-0,5
Palau	459	21.100	46,0	0,4	0,1
Mikronesien	702	106.100	151,1	-0,4	-2,1
Tonga	747	106.300	142,3	0,1	-1,8
Kiribati	811	103.300	127,3	1,2	-0,3
Samoa	2.831	195.500	69,1	0,6	-1,0
Vanuatu	12.189	261.600	21,5	2,1	-0,2
Fidschi	18.274	896.800	49,1	0,7	-0,7
Salomonen	28.896	597.300	20,7	2,1	-0,2
Neuseeland	267.710	4.365.000	16,3	0,9	0,2
Papua-Neuguinea	462.840	6.432.000	13,9	1,9	0
Australien	7.741.220	22.263.000	2,9	1,1	0,6
<i>zum Vergleich:</i>					
Niederlande	41.543	16.805.000	404,5	0,4	0,2

Quelle: CIA World Fact Book 2013

OZEANIEN

haupt nicht als Flüchtlinge wahrgenommen werden wollen. Den Begriff »Flüchtling« assoziierten die Menschen der pazifischen Inselstaaten mit Passivität, einer Opferrolle und mangelnder Handlungsfähigkeit, schreibt die auf Flüchtlingsrecht spezialisierte australische Völkerrechtlerin Jane McAdam.

resspiegel das Land, weicht auch die Basislinie zurück und die Ausschließliche Wirtschaftszone wird kleiner.

Was das zur Folge haben kann, zeigt das Beispiel von Mikronesien: Ginge die südlichste Insel und damit auch der südlichste Bezugspunkt unter, verlöre der Staat 30.000 Quadratseemeilen

eine oder andere Weise vollständig unbewohnbar werden und ihre Einwohner sie verlassen müssen? »Ob die Menschen dann freiwillig gehen werden, kann ich schlecht beurteilen«, meint GIZ-Regionalexperte Killmann pessimistisch, »aber wahrscheinlich haben sie kaum Alternativen.« <<<<

DIE GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION KENNT »VERFOLGER« WIE DEN KLIMAWANDEL NICHT.

Das schwindende Land wirkt sich auch auf die wirtschaftliche Nutzung des umgebenden Meeres aus. Dort finden sich für Inselstaaten wichtige wirtschaftliche Ressourcen, vor allem die Fischbestände. So ist denn auch der größte Industriezweig in Tuvalu wie in Kiribati die Fischerei.

Die völkerrechtlichen Regelungen über die »Ausschließliche Wirtschaftszone« eines Staates, innerhalb welcher dieser alleine maritime Ressourcen ausbeuten darf, finden sich im UN-Seerechtsübereinkommen. Im Falle von Inselstaaten erstreckt sich die Wirtschaftszone nicht um jede Insel einzeln, sondern um den gesamten Archipel; ihre Berechnung basiert auf dem Grundsatz »das Land dominiert die See«, den der Internationale Gerichtshof 1969 festgelegt hat. Ausgehend von den außen gelegenen Inseln des Archipels erstreckt sich die Wirtschaftszone von der so genannten »Basislinie«, der Uferlinie bei durchschnittlichem Niedrigwasser 200 Seemeilen weit in die See. Schrumpft bei steigendem Mee-

seiner ausschließlichen Wirtschaftszone. Diese Problematik entbehrt bis jetzt einer eindeutigen rechtlichen Lösung. Auch Pläne einzelner Staaten zum Bau künstlicher Inseln nützen in diesem Fall nichts. Denn laut der UN-Seerechtskonvention lässt sich ein Anspruch nur ausgehend von natürlichen Inseln erheben. José Luis Jesus, Richter am Internationalen Seegerichtshof in Hamburg, der von der Seerechtskonvention etablierten Gerichtsbarkeit, schlägt vor, was auch von Regierungsmitarbeitern der betroffenen Inselstaaten befürwortet wird: Seien Basislinien erst einmal rechtmäßig errichtet und anerkannt, sollten diese für die Zukunft gelten, unabhängig von Veränderungen der Landmasse.

Ob katastrophaler Untergang, langsames Versinken oder wirtschaftliche Strangulierung – für die Bevölkerungen Ozeaniens ist der Kampf gegen den Klimawandel alltägliches Problem, keine vage zukünftige Horrorvision. Was geschieht also, wenn die kleinen pazifischen Inseln auf die

Vanessa Tiede *studiert im Master Internationale Politik und Internationales Recht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.*

Quellen und Links:

[Webpräsenz der »Alliance of Small Island States«](#)

[Projektseite »Klimawandel in der pazifischen Region« auf der Website der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit](#)

[Kommentar von Marcus Stephen, 2007 bis 2011 Präsident Naurus: »On Nauru, a Sinking Feeling« in der New York Times vom 18. Juli 2011](#)

[Essay: »We aren't Refugees« von Jane McAdam und Maryanne Loughry auf der australischen Reportage-Website Inside Story vom 30. Juni 2009](#)

[Idean Salehyan: »The New Myth About Climate Change« in der Foreign Policy vom 14. August 2007](#)

[Zusammenfassung des »Fourth Assessment Report« des »Intergovernmental Panel on Climate Change« aus dem Jahr 2007](#)

Herausgeber: Deutsches Maritimes Institut e.V.

MarineForum

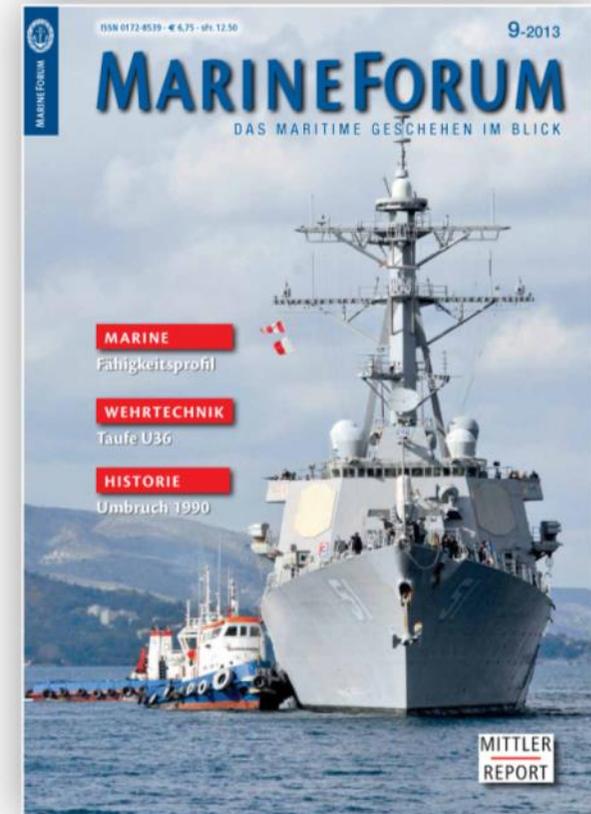
Das maritime Geschehen im Blick!

Unsere Themenschwerpunkte:

- Sicherheits- und Verteidigungsfragen mit maritimem Inhalt
- Deutsche Marine und Marinen anderer Nationen
- Schiffbau – mit Schwerpunkt Marineschiffbau
- Rüstungswirtschaftliche Zusammenhänge
- Seerecht und Nutzung der See
- Schifffahrt und maritime Aspekte der Verkehrspolitik
- Meeresforschung und maritimer Umweltschutz
- Seefahrtsgeschichte und Marinegeschichte

Überzeugen Sie sich von unserem Informationsangebot und fordern Sie ein **kostenloses Probeheft** an!

www.marineforum.info



Jahresabo € 59,90
(10 Ausgaben, inkl. Versandkosten)

Probekurzabo € 12,00
(3 Ausgaben, inkl. Versandkosten)

MITTLER REPORT VERLAG GMBH Hochkreuzallee 1 · 53175 Bonn
Telefon 0228 - 3680400 · Fax 0228 - 3680402 · info@mittler-report.de · www.mittler-report.de

Janus über Fernost

von Helge Staff

Der Kalte Krieg zwischen Nord- und Südkorea, die Frage der Unabhängigkeit Taiwans, die Territorialdispute im Ostchinesischen Meer zwischen China und Japan – Sicherheitspolitik in Ostasien scheint fokussiert auf zwischenstaatliche Konflikte. Diese Sicht ist verkürzt. Die Länder der Region blicken nicht nur auf ihre »traditionellen« bilateralen Konkurrenzen, sondern nehmen post-moderne grenzüberschreitende Gefahren wie Terrorismus und Piraterie zunehmend wahr. >>



Ein Student der Internationalen Beziehungen fühlt sich in vergangene Zeiten zurückversetzt. Anhand der momentanen Berichterstattung und Analysen über die Sicherheitspolitik in Ostasien könnte er die Region leicht als letzte Bastion klassischer Machtpolitik begreifen – geprägt von einem Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik, das die Zeit des Kalten Krieges in Europa dominiert hatte: China, Taiwan und Japan tragen territoriale Dispute mit Flottenmanövern um die Senkaku- beziehungsweise Diaoyu-Inseln aus, Nordkoreas Diktator Kim Jong-un rasselte im Frühjahr 2013 erneut vernehmlich mit dem Säbel.

Dieses Bild erscheint umso erstaunlicher, wenn wir es mit Bedrohungsanalysen für die Länder des Westens vergleichen. Im Vorwort zum deutschen Weißbuch zur Sicherheitspolitik 2006 etwa benennt Bundeskanzlerin Angela Merkel den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte oder die organisierte Kriminalität als »bedeutsame neue sicherheitspolitische Herausforderungen«. Zwischenstaatliche Konflikte oder die Konfrontation von militärischen Bündnissen

Südkorea kennt inzwischen nicht nur die »traditionelle Gefahr« aus dem Norden.

sind in einer solchen sicherheitspolitischen Perspektive kaum noch von Bedeutung. Welche Rolle aber spielen transnationale Bedrohungen wie Terrorismus und Piraterie, die westliche Staaten als neue sicherheitspolitische Gefahren definiert haben, in Ostasien – dieser so scheinbar von »herkömmlichen« zwischenstaatlichen Bedrohungen geprägten Region?

Eine vorläufige Antwort lässt sich allein schon in den offiziellen Publikationen finden: den Weißbüchern Chinas, Japans und Südkoreas – drei der wichtigsten Akteure in Ostasien. Solche Weißbücher als Dokumentationen und Selbstdarstellungen der Sicherheitspolitik eines Staates stellen oftmals ein Kapitel über Bedrohungswahrnehmungen voran, das viel über die Weltsicht seiner Autoren verrät.

Für Südkorea nimmt das Verteidigungsministerium Terrorismus auf der globalen Ebene als Bedrohung wahr, jedoch nicht auf der regionalen und nur sehr begrenzt auf der nationalen. Die Autoren der Weißbücher betonen vor allen Dingen die Gefahren der Proliferation von Massenvernichtungswaffen in Verbindung mit Terrorismus. Hauptsächlich richtet sich Südkoreas Sicherheitspolitik aber natürlich auf einen möglichen Konflikt mit dem nördlichen Nachbarn aus.

Allerdings durchbricht das Konzept der so genannten »military readiness posture against non-traditional threats« sehr deutlich den ansonsten dominanten Fokus auf Nordkorea. Das südkoreanische Weißbuch 2006 beschreibt dieses Konzept einer schnellen Krisenreaktion, die sich mit einem umfassenden Begriff von Sicherheit explizit auch auf Terrorismus bezieht. Die Weißbücher 2008 und 2010 benutzen eine ähnliche Terminologie und verstärken sie noch. Damit strebt Südkorea eine multi-dimensionale Sicherheitspolitik an, die nicht mehr nur starr auf Pjöngjang blickt. Geringe Anstrengungen im anti-terror-spezifischen Ausrüstungsbereich stehen entsprechende Übungen >>

Kim Kwan-jin ist seit 2010 Verteidigungsminister Südkoreas. Der ehemalige Berufsoffizier blickt auf eine Karriere von mehr als vierzig Jahren zurück, zuletzt war der heute 64-Jährige 2006 bis 2008 Vorsitzender des südkoreanischen Generalstabs.

Foto: US DoD / Chad J. McNeeley
Foto vorige Seite: Seoul Metropolitan Government



TRANSNATIONALE BEDROHUNGEN

und einer als »Anti-Terror-Operation« bezeichneten Mission in Afghanistan gegenüber.

Während die südkoreanischen Weißbücher 2006 und 2008 regional und national vor allen Dingen die Abhängigkeit des Landes von sicheren Schifffahrtswegen deutlich machen, benennt erst das Weißbuch 2010 Piraterie als Bedrohung auf der globalen Ebene. Die »readiness posture« Südkoreas umfasst dabei auch die Pirateriebekämpfung und zeigt neben der Ausweitung der Rolle der Marine eine deutliche Reaktion auf transnationale Bedrohungen. Das Weißbuch 2010 benennt diesen Aspekt klar: »The Navy will not only protect the nation's territorial waters but also safeguard national interests, such as the sea lines of communication (SLOCs) and marine resources in the high seas.«

Im maritimen Ausrüstungsbereich verbleibt die Republik Korea aber in ihrem Fokus auf eine zwischenstaatliche Bedrohung. Das Weißbuch 2010 benennt Anstrengungen insbesondere in den konventionellen Bereichen der Abwehr von ballistischen Raketen und U-Booten. Südkorea unterhält aller-

dings auch eine eigene, wenn im Vergleich zu Japan und China allerdings kleinere, Anti-Piraterie-Mission vor Somalia.

Für Japan stellte globaler Terrorismus seit 2006 eine Hauptbedrohung dar. Diese Einschätzung nimmt in den japanischen Weißbüchern jedoch mit zunehmendem zeitlichem Abstand der Anschläge des 11. Septembers 2001 ab. Ein mögliches Szenario, welches das japanische Verteidigungsministerium im Weißbuch 2007 nennt, ist sogar eine Bedrohung durch Marschflugkörper, die mit Hilfe eines Containerschiffes leicht in die Nähe japanischer Großstädte gebracht werden könnten.

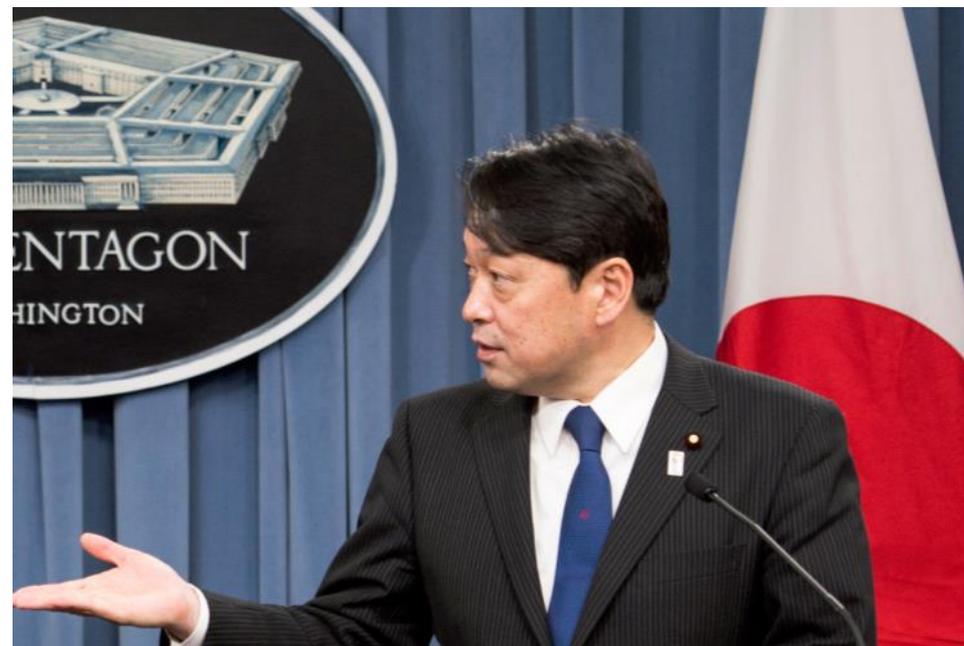
Die Reaktionen in Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte stützen aber trotz geringerer Betonung die Annahme einer intensiv wahrgenommenen Gefahr. So stellt Japans Verteidigungsministerium im Weißbuch 2006 fest: »It is required to transform the defense force from conventional deterrence-oriented to response capability-oriented defense capabilities for various contingencies in and out of Japan.« Diese strukturelle Umorientierung auf »verschiedene Eventualitäten« umfasst auch Terrorismus, dem laut den >>



Itsunori Onodera (rechts) ist im Dezember 2012 japanischer Verteidigungsminister geworden. Der 1960 geborene Politologe ging nach seinem Studium in die Verwaltung. 1997 wurde er erstmals Abgeordneter des Unterhauses für die Liberaldemokratische Partei; seither hat er sich als Außenpolitiker einen Namen gemacht.

Foto: US DoD / Aaron Hostutler

Sind Japans Großstädte von versteckten Marschflugkörpern bedroht?



TRANSNATIONALE BEDROHUNGEN

Weißbüchern von 2006 und 2009 die Selbstverteidigungsstreitkräfte mit einer Erhöhung der Personalstärke ihrer Infanterieeinheiten, dem Ausbau von Scharfschützenteams, neuen leichtgepanzerten Fahrzeugen und Helikoptern sowie mit Verbesserungen in der Abwehr von nuklearen, biologischen oder chemischen Kampfstoffen begegnen sollen. Ferner visieren die Weißbücher 2006 und 2010 eine Stärkung der militärischen Geheimdienste inklusive der Erprobung von nicht näher beschriebenen Drohnen, der Umwandlung von F-15 Kampfflugzeugen in Aufklärungsflugzeuge sowie die Gründung eines Armeegeheimdienstes an.

Während die Wahrnehmung von Terrorismus als globale Bedrohung abnimmt, steigt die von Piraterie, bis sie 2011 prominent im Weißbuch vertreten ist. Regional verortet Tokio die Bedrohung in Südostasien und betont die fast vollständige Abhängigkeit der Nation von Transportrouten über See.

WÄHRENDESSEN IN WASHINGTON ...

Der jährliche Bericht des US-Verteidigungsministeriums für den Kongress zu sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Volksrepublik («Annual Report to Congress. Military and Security Developments Involving the People's Republic of China») bietet eine Analyse chinesischer Weißbücher aus amerikanischer Sicht. Die Berichterstattung hatte mit dem »National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2000« begonnen, federführend stand seinerzeit dahinter der republikanische Senator und ehemalige Marinestaatssekretär John W. Warner.

Die Hinwendung zu nicht-traditionellen Bedrohungen in der Sicherheitspolitik der Volksrepublik deutet das Pentagon in der 13. Auflage des Berichts in diesem Jahr machtpolitisch: »China's political leaders have also charged the PLA with developing capabilities for missions such as peacekeeping, disaster relief, and counterterrorism operations. These capabilities will increase Beijing's options for military influence to press its diplomatic agenda, advance regional and international interests, and resolve disputes in its favor.« Auch das Engagement Pekings im Kampf gegen Piraterie nehmen die Analysten des US-Militärs nicht unbedingt als rein defensives nationales Sicherheitsinteresse wahr, sondern verorten es eher im Lichte der wachsenden internationalen Rolle Chinas und seiner strategischen Ziele.

Ähnlich wie im Bereich des Terrorismus beschreiben die Weißbücher zum einen strukturelle Anstrengungen. So beschloss das japanische Kabinett im März 2008 die Etablierung eines »Basic Plan on Ocean Policy«, der systematisch verschiedene Politiken in Bezug auf die maritime Sicherheit integrieren soll. Zentraler Bestandteil dieser »Ocean Policy«, die über die Gewässer der japanischen Inseln hinaus zielt, ist laut dem Weißbuch 2009 die Bekämpfung von Piraterie durch japanische Marineeinheiten. Zum anderen bilden die Weißbücher 2009 und 2010 aber auch Rüstungsvorhaben ab wie die Beschaffung von neuen Seefernaufklärern oder Zerstörern, mit denen die Seestreitkräfte auf die neue Bedrohungslage reagieren sollen. Und im operativen Bereich führt Japan seit März 2009 eine eigene, in erster Linie durch nationale – also vornehmlich ökonomische – Interessen bestimmte Anti-Piraterie-Mission vor der Küste Somalias und im Golf von Aden durch.

In den chinesischen Weißbüchern unterscheidet sich die Wahrnehmung von Terrorismus als Bedrohung von der Japans und Südkoreas deutlich und verkehrt sich in ihr Gegenteil: National spielt Terrorismus in Verbindung mit den Unruhen in der Provinz Xinjiang eine wichtige Rolle, global aber zeichnen die chinesischen Weißbücher eine weitaus geringere Intensität der Bedrohung. Während im chinesischen Weißbuch von 2006 noch allgemein von »growing interconnections between domestic and international factors and interconnected traditional and non-traditional factors« in Bezug auf die nationale Sicherheit der Volksrepublik die Rede ist, werden die Weißbücher 2008 und 2010 konkreter. »Damages caused by non-traditional security threats like terrorism, natural disasters, economic insecurity and information security are on the rise«, heißt es dort. Hinsichtlich der globalen Ebene vermerkt das chinesische Weißbuch 2006 dagegen nur lapidar: »International terrorist forces remain active, shocking terrorist acts keep occurring.«

Wie die globale Bedrohungsanalyse der chinesischen Weißbücher liegt auch der Fokus der Entwicklung der Volksbefreiungsarmee klar auf dem traditionellen zwischenstaatlichen Bereich. Anti-Terror-Operationen werden jedoch als Aufgabe der Streitkräfte verstanden, und die Weißbücher spiegeln einen gewissen Ausbau der Anti-Terror-Fähigkeiten wider. So wurden nach Angaben des chinesischen Weißbuchs 2006 die Fähigkeiten zur Abwehr von chemischen Angriffen in der chinesischen Miliz verbessert und die Weißbü- >>



General **Chang Wanquan** ist seit dem 16. März 2013 Verteidigungsminister und Staatsratsmitglied der Volksrepublik China. 1968 ist er in die KP und die Volksbefreiungsarmee eingetreten. Der 64-jährige aktive Soldat ist seit 2002 zugleich Mitglied im Zentralkomitee der KP.

Foto: US DoD / Glenn Fawcett

cher 2008 und 2010 berichten von der Aufstellung integrierter Einheiten für den Schutz vor nuklearen, biologischen und chemischen Angriffen im Kriegsfall aber auch im Frieden. Und laut dem Weißbuch 2008 sollen die Pioniere der Volksbefreiungsarmee verbesserte Fähigkeiten »in the fields of accompanying support, rapid barrier breaching, comprehensive protection, counter terrorist explosive ordnance disposal, emergency rescue and disaster relief« entwickelt haben.

Neben dem Schutz der Olympischen Spiele vor terroristischen Angriffen nennt das Weißbuch 2008 auch eine offensivere Mission. So heißt es, die paramilitärische Peoples Armed Police Force »has taken part in operations to [...] hunt down the ›East Turkistan‹ terrorists«. Auch die drastische Sprache verdeutlicht, dass Einheiten der Volksbefreiungsarmee in Xinjiang aus Sicht der chinesischen Regierung einen aktiven Kampf gegen den Terror führen.

Verglichen mit den japanischen oder südkoreanischen Weißbüchern ist die Wahrnehmung von Piraterie als Bedrohung im Fall Chinas sehr schwach ausgeprägt. Für die globale Ebene nennt sie einzig das Weißbuch 2008 expli-

zit; regional und national bleibt es aber eher vage. Das Weißbuch 2008 beschreibt jedoch auch die mehrdimensionalen Fähigkeiten, die die Marine anstreben soll: »Since the beginning of the new century, [...] the Navy has been striving to improve in an all-round way its capabilities of integrated offshore operations, strategic deterrence and strategic counterattacks, and to gradually develop its capabilities of conducting cooperation in distant waters and countering non-traditional security threats.«

Dass diese zusätzlichen Fähigkeiten auch mit der Entwicklung oder Beschaffung neuer Ausrüstung verknüpft sind, legt eine Textstelle im chinesi-

Terrorismus ist für die Volksrepublik hauptsächlich ein heimisches Problem, kein internationales.

schen Weißbuch 2010 nahe. Sie berichtet über Manöver und Übungen, in denen sich unter anderem auch Ausrüstung bewährt hat, die für »escort operations« – der Begriff für die chinesischen Einsätze im Golf von Aden – gedacht ist. Diese Operationen machen sich nach Angaben des Weißbuchs auch in hohem Maße in den Verteidigungsausgaben bemerkbar, sie werden unter anderem für den Anstieg in Chinas Verteidigungshaushalt verantwortlich gemacht.

Nach der Betrachtung der jeweiligen nationalen Wahrnehmungen ist auch die regionale Kooperation von Interesse. Verglichen mit Europa oder Südamerika ist die Kooperation der drei mächtigsten Staaten in Ostasien untereinander wenig ausgeprägt. Dafür aber nimmt die bi- und multilaterale Zusammenarbeit im Feld der transnationalen und nicht-traditionellen Bedrohungen einen vergleichsweise größeren Raum ein als die Kooperation in traditionellen Sicherheitsfragen. Das zeigen die vielen dementsprechenden Manöver und Übungen, die die verschiedenen Weißbücher beschreiben. Dieser Prozess wechselseitiger intensiver Versicherheitlichung bestimmter The- >>

TRANSNATIONALE BEDROHUNGEN

men wie Piraterie und Terrorismus in Asien insgesamt und auch in Ostasien ist eine interessante Entwicklung in einer von herkömmlichen Bedrohungen geprägten Region.

Eventuell bieten transnationale Bedrohungen als gemeinsame Aufgaben aller Staaten einer Region die Möglichkeit einer sicherheitspolitischen Annäherung auch in anderen eher traditionellen Fragen. So schreiben die Autoren des südkoreanischen Weißbuchs 2010 über das erste Treffen von 18 asiatischen Verteidigungsministern im Rahmen einer erweiterten ASEAN-Runde im Oktober desselben Jahres, diese Runde solle » not only remain as a means of discussing joint responses to transnational and non-military security threats but should also develop into a mechanism for multilateral security cooperation within the region«.

Zusammenfassend spielen transnationale Sicherheitsrisiken wie Terrorismus und Piraterie für die Staaten Ostasiens tatsächlich eine nicht zu unterschätzende sicherheitspolitische Rolle. Diese Entwicklung drückt sich in der Bedrohungswahrnehmung, durch Veränderungen in der Streitkräfteorganisation und -ausrüstung sowie in aktuellen militärischen Operationen und Übungen aus. Dieses trifft in hohem Maße für Japan und in geringerer Intensität auch für China und sogar Südkorea zu. Auch wenn zwischenstaatliche Konflikte weiterhin das dominierende Element der ostasiatischen Region bleiben, so stellt sich die vermeintliche Bastion klassischer Machtpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts doch um einiges vielfältiger dar. <<<<

Helge Staff belegt den Masterstudiengang »International Relations« an der Universität Bremen und der Jacobs University Bremen.

Quellen und Links:

[Japans Weißbücher zur Sicherheitspolitik 2005 bis 2013](#)

[Südkoreas Weißbücher zur Sicherheitspolitik 2000 bis 2012](#)

[Weißbuch »The Diversified Employment of China's Armed Forces« des Staatsratsinformationsbüros vom 16. April 2013](#)

[Weißbuch »Chinas's National Defence in 2010« des Staatsratsinformationsbüros vom 31. März 2011](#)

[Weißbücher der chinesischen Regierung einschließlich Verteidigungsweißbücher seit 2000](#)

[»Annual Report to Congress. Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2013«, herausgegeben vom US-Verteidigungsministerium am 6. Mai 2013.](#)

[Pressebriefing von David Helvey, amerikanischer Stellvertretender Verteidigungsstaatssekretärs für Ostasien, am 6. Mai 2013](#)

[Webseite der ASEAN über das »ASEAN Defence Ministers Meeting« und das »ADMM-Plus«](#)

NOTIZ

Fasten verboten

China versucht sich in seiner muslimisch geprägten Westprovinz Xinjiang an einem Drahtseilakt zwischen Kontrolle und Entwicklung.

Unter welchen Umständen 35 Menschen Ende Juni in der Kleinstadt Lukqun ums Leben kamen, wird wohl nie vollständig aufgeklärt werden – China lässt grundsätzlich keine ausländischen Journalisten in seine westliche Unruheprovinz Xinjiang und hält die eigene Presse bei diesem sensiblen Thema an der Kandare. Die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* berichtete jedenfalls, »Auführer« hätten eine Polizeistation angegriffen und dabei 24 Menschen, einschließlich zweier Ordnungshüter, umgebracht, woraufhin die Polizei 11 der Angreifer getötet habe.

Nach diesen Vorfällen untersagte die Kommunistische Partei Chinas den uigurischen Muslimen während des Ramadan 2013 das Fasten und ließ ein militärisches Großaufgebot in Urumqi aufmarschieren – eine Mischung aus nervöser



Aufmarsch von Bewaffneter Volkspolizei in Urumqi im September 2009. Foto: Andrew An / CC BY-SA 2.0

Überreaktion und trotziger Machtdemonstration, so scheint es. Aus Pekings Sicht ist die Sache eindeutig: Ausschreitungen und Gewalt im Westen der Volksrepublik sind das Werk von Terroristen, gegen die man entschlossen und gezielt vorgeht. Für die staatliche *Global Times* besitzen die Unruhestifter sogar Verbindungen zu islamistisch-extremistischen Gruppen in Syrien. Uigurische Dissidenten dagegen werfen Chinas Führung vor, jeglichen Protest unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung ersticken zu wollen.

Seit der Besetzung Xinjiangs durch Maos Volksrepublik 1949 gärt der Konflikt zwischen dem Turkvolk der Uiguren und Peking. Wegen der staatlich geförderten Ansiedlung von Han-Chinesen stellen die Uiguren nur noch knapp die Hälfte der Bevölkerung von rund 22 Millionen in ihrer

eigenen Heimatprovinz. Trotz der Dominanz der Zuwanderer sieht China in Xinjiang eine noch weitgehend unerschlossene Schatzkammer: Riesige Rohstoffvorkommen – neben einer strategischen Schlüssellage der Region zwischen Süd- und Zentralasien – gelten Peking als unabdingbarere Faktoren, um seinen Wirtschaftsmotor in Gang zu halten.

So verwundert es auch kaum, dass von dem Fastenverbot ausschließlich uigurische Muslime in Xinjiang, nicht aber etwa muslimische Kasachen oder Hui-Chinesen betroffen waren und sich Pekings Order vor allem an den öffentlichen Dienst richtete: Chinas KP geht es um Kontrolle, dafür nimmt sie religiöse Diskriminierung in Kauf – und setzt die eigene Entwicklungsstrategie für die Region aufs Spiel. Wie schnell die Spann- >>

gen in offene Gewalt umschlagen können, zeigten die Unruhen vom Juli 2009, die über 200 Menschenleben forderten und das öffentliche Leben in Urumqi für einige Tage zum Stillstand brachten – ein Präzedenzfall, dessen Wiederauflage die KP tunlichst verhindern will.

Zwar betrachtet die Partei auch die zunehmend selbstbewusste Mittelschicht aus Angst vor Kontrollverlust mit ambivalentem Argwohn, doch solange sie die Uiguren nicht an der wirtschaftlichen Dividende beteiligt, werden auch in Zukunft übermäßig viele Ressourcen beansprucht werden müssen, um die Ausbauziele in der Region umzusetzen. Die Suche nach der richtigen Strategie für Xinjiang ist damit ein weiterer Faktor der Machtneuverteilung zwischen Sicherheitsestablishment und wirtschaftsliberaler Elite in Chinas KP.

Robert Chatterjee

Quellen und Links:

[Bericht des *Economist* vom 6. Juli 2013](#)

[Kommentar der *Global Times* vom 3. Juli 2013](#)

[Bericht der *Global Times* vom 1. Juli 2013](#)

[Meldung von *Radio Free Europe/Radio Liberty* vom 27. Juni 2013](#)

[Bericht der jordanischen Nachrichten-Website *Al Bawaba* vom 24. Juni 2013](#)

[Analyse der International Crisis Group vom 27. Februar 2013](#)

[Bericht des *Guardian* vom 3. August 2012](#)

Wissenschaft zu Deutsch!



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik erkundet Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

Deportation in die Flucht

von Philipp Olbrich



Während nordkoreanische Flüchtlinge in der Chinas Grenzregion zu seiner Nachbarvolksrepublik sich in einer humanitären Notlage befinden, bleibt Pekings Politik ihnen gegenüber am nationalen Interesse und nicht am Völkerrecht orientiert.

Die chinesische Führung räumt ökonomischen und sicherheitspolitischen Überlegungen vor humanitären Verpflichtungen Vorrang ein – und lebt mit einem zweitklassigen Status quo.

Als die Vereinten Nationen im März 2013 eine Untersuchungskommission zur Menschenrechtslage in Nordkorea einsetzten, wurde diese Nachricht überschattet von neuen Provokationen und offenen Drohungen des isolierten Landes gegen Südkorea und die USA. Die Arbeit der Kommission, unter der Leitung des australischen Richters Michael Donald Kirby, befasst sich mit Nordkoreanern, die nicht nur unter der generell schlechten Regierungsführung des Regimes leiden, sondern auch insbesondere an starker Mangelernährung und einer willkürlichen Strafjustiz. Obwohl die Verfassung der »Demokratischen Volksrepublik Korea« (DVRK) diverse Grundrechte garantiert, wie zum Beispiel die Versammlungs-, Religions- und Pressefreiheit, wird deren Ausübung von der politischen Elite regelmäßig untergraben.

Derartige Verhältnisse sind die Wurzel der nordkoreanischen Flüchtlingsproblematik im nördlichen Nachbarland China, die mit der großen Hungersnot Mitte der 1990er Jahre ihren Anfang nahm und bis heute andauert. Aufgrund der Verslossenheit sowohl der Regime in Pjöngjang wie auch in Peking fällt es schwer, die Anzahl der Flüchtlinge genau zu beziffern: Während das US-Außenministerium von geschätzten 30.000 bis 50.000 Nordkoreanern >>

in China ausgeht, rechnen manche Nichtregierungsorganisationen eher mit einer Größe von ungefähr 300.000. Egal wie groß ihre genaue Zahl – diejenigen, die es wohlbehalten über die Grenze nach China schaffen, werden häufig Opfer von Diskriminierung und Misshandlungen; ihnen fehlt der humanitäre Schutz, nachdem sie vor Ernährungsunsicherheit, Menschenrechtsverletzungen und zuweilen Verfolgung geflohen sind.

Ihr Dilemma ist das Resultat chinesischer Politik, die ihnen das Recht auf politisches Asyl abspricht. Dadurch droht den nordkoreanischen Migranten die sofortige Rückführung, sobald sie in der Volksrepublik entdeckt werden. Entscheiden bei der Sache ist nun, was bei dieser Rückführung vor sich geht:

In China droht nordkoreanischen Migranten die sofortige Abschiebung.

Diejenigen, die wieder nach Nordkorea abgeschoben werden, werden nicht nur von Bediensteten des Regimes in Pjöngjang vernommen, sondern ihnen droht auch physische wie psychische Folter sowie Haftstrafen und in Einzelfällen sogar die öffentliche Hinrichtung.

Bei ihrer Aussage vor der »Tom-Lantos-Menschenrechtskommission«, einer parteiübergreifenden Parlamentsgruppe des US-Repräsentantenhauses, berichtete Flüchtling Bang Mi-sun im September 2010 davon, wie sie 2002 geflohen ist, nachdem ihr Mann vor Hunger gestorben war. Sie wurde unmittelbar von den chinesischen Behörden aufgegriffen und zwangsweise repatriert – und zurück in Nordkorea landete sie in einem Arbeitslager. Dort sei sie geschlagen und gefoltert worden. Mithäftlinge, so berichtete sie, hätten Insekten und Frösche gefangen, um nicht zu verhungern. »An einem Tag wurde eine Frau in das Lager gebracht, die in China schwanger geworden war«, erzählte Bahng, »sie wurde gezwungen, sich auf den Boden zu legen, und ein Holzbrett wurde ihr auf den Bauch gelegt; zwei männliche Häftlinge mussten sich dann auf das Brett stellen. [...] Ein paar Tage später hörte ich, dass die Frau gestorben ist und eine Fehlgeburt hatte; direkt danach wurde ich in die Hölle auf Erden geschickt, das Gefängnis in Hamheung.« Nach ih-

rer Freilassung gelang Bahng Mi-sun schließlich die erneute Flucht nach China und von dort weiter nach Südkorea.

Eine solche Schwere von Menschenrechtsverletzungen macht die Flüchtlingsproblematik zwischen China und Nordkorea zu einer Angelegenheit, die in der internationalen Gemeinschaft nicht nur die Vereinten Nationen oder einzelne Staaten thematisieren, sondern auch diverse Nichtregierungsorganisationen. Aber obwohl die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton 2012 zur Frage nordkoreanischer Flüchtlinge eindeutig erklärte, die USA seien der Meinung, »dass die Flüchtlinge nicht abgeschoben und damit nochmals den Gefahren ausgesetzt werden sollten, denen sie entflohen sind«, stand dieses für die Volksrepublik sehr sensible Thema beispielsweise auch nicht auf der Tagesordnung beim Gipfeltreffen von US-Präsident Barack Obama und Chinas neuem Staatschef Xi Jinping im Juni 2013.

Um juristisch bestimmen zu können, ob Nordkoreaner, die die chinesische Grenze überqueren, als Flüchtlinge im Sinne des Völkerrechts gelten, spielt ihre ursprüngliche Motivation eine entscheidende Rolle. Die wohl vorrangigsten Gründe, die DVRK zu verlassen, sind die schweren Menschenrechtsverletzungen sowie die grassierende Nahrungsmittelunterversorgung, häufig auch begleitet von individuellen Notlagen wie Gesundheitsproblemen, Einkommensverluste oder dem Tod von Verwandten. Weil diese Gründe nicht der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und 1967 entsprechen, betrachtet China alle flüchtigen Nordkoreaner als Wirtschaftsmigranten und verweigert ihnen so das Recht auf Asyl.

Es mag Fälle geben, in denen Personen tatsächlich aufgrund ihres Glaubens oder ihrer politischen Meinung in Nordkorea verfolgt werden und somit theoretisch alle Anforderungen der Flüchtlingskonvention erfüllen würden. Aber obwohl China Mitglied der UN-Menschenrechtskonvention ist, erlaubt es den Mitarbeitern des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) keinen Zutritt zur betroffenen Grenzregion, wo jene die tatsächlichen Beweggründe der Flüchtlinge effektiv bestimmen könnten. Stattdessen geht die Führung in Peking schlicht davon aus, dass die Flüchtlinge hauptsächlich wirtschaftliche Beweggründe hätten und klassifiziert sie damit als illegale Grenzgänger. Darüber hinaus verweist China auch auf zwei bilaterale Vereinbarungen mit Nordkorea aus den Jahren 1961 und 1986, welche es dazu verpflichtet, alle Nordkoreaner zurückzuführen, die die Grenze übertreten haben.

MENSCHENRECHTE

Im Einklang mit dem Grundsatz der Nicht-Zurückweisung, dem Prinzip des »non-refoulement« im Sinne der Genfer Konvention, Flüchtlinge nicht in Gefahr zu bringen, erfüllen nordkoreanische Migranten in China allerdings die Bedingung als »Flüchtlinge *sur place*« – ein Status, den alle jene erhalten, die nach ihrer Abschiebung mit sofortiger Verfolgung rechnen müssen, und mit dem die Zuschreibung aller Flüchtlingsrechte laut Konvention an Ort und Stelle verbunden ist. Würde es dieser Argumentation folgen, müsste China eingestehen, die Menschenrechte zu verletzen.

Unmittelbar nach der Rückführung nach Nordkorea werden die abgeschobenen Nordkoreaner, wie bereits erwähnt, einem Verhör unterzogen und unter Umständen gefoltert, inhaftiert oder gar hingerichtet, wie Zeugen und Menschenrechtsorganisationen übereinstimmend berichten. Sollte die Person schwanger sein, so wird sie häufig zur Abtreibung gezwungen, aus Angst vor »fremden« Kindern – wie auch Flüchtling Bang Mi-sun berichtete. Hinrichtungen oder lebenslange Gefängnisstrafen werden nur bei den vermeintlich »schwersten« Fällen angewendet und vor allem, wenn die Flucht als politisch motiviert angesehen wird oder die Geflohenen in China Kontakt mit Missionaren oder Südkoreanern hatten. Aber bereits eine kürzere Inhaftierung kann, aufgrund der verheerenden Bedingungen, für die Zurückgezwungenen lebensbedrohlich werden: Sie bedeuten unzureichende Essensrationen, Zwangsarbeit, mangelhafte Sanitäranlagen und regelmäßige Folter.

Das heißt also, selbst wenn Nordkoreaner sich nicht von Beginn ihrer Flucht an als Flüchtlinge qualifizieren, sind spätestens die Umstände, denen sie unmittelbar nach der Rückführung in ihr Heimatland ausgesetzt sind, so gravierend, dass es China nach internationalem Recht verboten ist, sie abzuschicken. Eigentlich ist die Volksrepublik völkerrechtlich dazu verpflichtet, den geflohenen Nordkoreanern Asyl als Flüchtlinge *sur place* zu gewähren.

Die Regierung in Peking folgt einem anderen Ansatz. In einem offiziellen Bericht hat sie bereits 2005 den UN-Ausschuss über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte über ihren Standpunkt informiert, »dass die Bürger der DVRK, die illegal nach China einreisen, keine Flüchtlinge sind« – eine Ansicht die China bis heute vertritt. Dies führt auch zu der Selbsteinschätzung, dass man kein internationales Recht breche. Nordkoreanische Migranten sind somit weiterhin gefährdet und rechtlich ungeschützt, sobald sie die Grenze zur Volksrepublik überschreiten.

Peking ignoriert seine humanitären Verpflichtungen und richtet seine Entscheidungen vielmehr an nationalen Prioritäten aus, die darin bestehen, der eigenen Wirtschaft und ihrer Entwicklung ein sicheres und stabiles Umfeld zu gewähren. Die ernüchternde Erkenntnis ist, dass es so etwas wie eine unabhängige humanitäre Politik nicht gibt, da fast alle Umstände zur gleichen Zeit mit politischen und ökonomischen Faktoren eng verwoben sind. Diese Verknüpfung veranlasst Peking, seine Außenpolitik an strategischen Kosten-Nutzen-Rechnungen zu orientieren.

Weil die Nachbardiktatur als potentielle Quelle für Instabilität in der Region gilt, ist die chinesische Regierung sehr daran interessiert, den geopolitischen Status quo mit Nordkorea aufrechtzuerhalten – obwohl der aktuelle Stand der Dinge wohl nur die zweitbeste Konstellation für China ist. Denn obwohl Peking weiterhin hohe Kosten auf sich nimmt, um den Status quo zu bewahren, wird es nicht müde zu betonen, dass Nordkorea aus eigenem Antrieb heraus den Pfad allmählicher Wirtschaftsreform einschlagen sollte, um >>

DEFINITION VON FLUCHT UND VERFOLGUNG

Artikel 1 der **Genfer Flüchtlingskonvention** von 1951, 1967 ergänzt, definiert einen Flüchtling als jede Person, die »aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.«

Zusätzlich zu dieser Begriffsklärung etabliert die Konvention in Artikel 33 den Grundsatz der Nicht-Zurückweisung (»non-refoulement«). Er legt fest, dass »keiner der vertragschließenden Staaten einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen wird, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde«. Während Nordkorea die Konvention und das Protokoll nicht unterzeichnet hat, ist China der Konvention beigetreten und sogar Mitglied des Exekutiv Ausschusses des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen.



Dandong am Fuss Yalu: Seine Prosperität und die der gesamten Grenzregion zu Nordkorea will Peking sicherstellen. Foto: Jacky Lee / [CC BY 3.0](#)

unabhängiger von chinesischer Unterstützung zu werden und die eigene politische Stabilität gegen einen Kollaps abzusichern. Da Pjöngjang daran regelmäßig scheitert, arrangiert sich Peking mit der Lage, wie sie ist.

Auch wohlwissend um das Schicksal der ehemaligen DDR, nachdem Ungarn 1989 seine Grenze nach Österreich für Ostdeutsche geöffnet hatte, die von dort in die Bundesrepublik flüchteten und somit ihren Beitrag zum Fall des kommunistischen Regimes leisteten, weist China nordkoreanische Flüchtlinge lieber ab, als die Stabilität des Regimes in Pjöngjang aufs Spiel zu setzen. Gewährte sie Nordkoreanern den Flüchtlingsstatus, würde die Volksrepublik auf diese Weise nur noch größere Anreize für Migranten setzen, die Grenze zu überqueren.

Im Interesse einer stabilen Sicherheitslage dient Nordkorea für China – wie ehemals seit dem Ende des Koreakrieges – als Puffer zu Südkorea und besonders zu den USA, die weiterhin mehr als 20.000 Soldaten auf der Halbinsel stationiert haben. Diese Pufferfunktion würde sofort wegfallen, falls das Regime der DVRK

zusammenbräche und Nordkorea unter die Kontrolle Seouls fiel – womit auch eine amerikanische Streitmacht unmittelbar vor Chinas Haustür stünde. Grundsätzlich bleibt das militärische Sicherheitsinteresse der Volksrepublik also solange gewahrt, wie Nordkorea stabil und die Halbinsel konfliktfrei bleibt.

Obwohl dieser Faktor – China würde eine amerikanische Präsenz an seiner Grenze fürchten – überholt scheint, da er bis in die 1950er Jahre in die Zeit des Kalten Krieges zurückreicht, muss man dieses Interesse im Lichte der enormen Veränderungen betrachten, die die Volksrepublik in den letzten 35 Jahren durchlebt hat. 1978 leitete Deng Xiao-ping seine drastischen Dekollektivierungsmaßnahmen zur Belebung der Wirtschaft ein, welche letztlich zu einem nachhaltigen Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft geführt haben, mit bedeutenden Konsequenzen für die soziale, ökonomische und politische Entwicklung des Reichs der Mitte. Allein in den letzten fünf Jahren hat sich Chinas Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt, und das Land ist mittlerweile fest in die Weltwirtschaft integriert. Natürlich möchte es diese Errungenschaften nicht gefährdet sehen.

Obwohl Chinas Handelsvolumen mit Nordkorea ebenfalls wächst und durchaus Chancen bestehen, aus den dortigen Rohstoffvorkommen Kapital zu schlagen, bleibt die DVRK im Vergleich zu den anderen Geschäftspartnern der Volksrepublik ein kleiner Fisch. Dennoch finanziert Peking quasi die Regierung Kim Jong-uns durch Handel und Investitionen, wengleich das nordkoreanische Regime international isoliert bleibt, regelmäßig von anderen Staaten und UN-Organisationen für seine Politik verurteilt wird und den regionalen Frieden durch sein Nuklearprogramm gefährdet.

Tatsächlich hat Chinas rasante ökonomische Entwicklung zu einer Verlagerung seiner Prioritäten geführt, die nun auch auf die wirtschaftliche Stabilität der geographischen Peripherie setzt, um die Fortsetzung der anhaltenden Modernisierung zu gewährleisten. Um also das Wachstum in China auf einem hohen Niveau zu halten, ist die Regierung in Peking an militärischer Sicherheit *und* wirtschaftlicher Stabilität in der regionalen Nachbarschaft interessiert, da Unordnung und Chaos potentiell die eigene ökonomische Entwicklung gefährden könnten.

Diese verwobenen Interessen beeinflussen auch Chinas Umgang mit nordkoreanischen Flüchtlingen: Migrantenströme als Folge politischer Instabilität könnten das Reich der Mitte mit großen humanitären wie wirt- >>

MENSCHENRECHTE

schaftlichen Problemen konfrontieren, sofern sie einen gewissen Umfang erreichten. Ein Exodus im großen Stil aus Nordkorea in die angrenzenden chinesischen Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang würde sich auch direkt auf die Beschäftigungslage im chinesischen Nordosten auswirken, der bereits jetzt deutlich niedrigere Wachstumsraten aufweist als das restliche China. Stellte Peking seine Unterstützung für Pjöngjang ein, läge seine periphere Sicherheit allein in den Händen von Kim Jong-uns Regime.

Darüber hinaus besiedelt bereits jetzt eine große Zahl ethnischer Koreaner die chinesische Grenzregion vor der koreanischen Halbinsel, was die Si-

Nordkorea bleibt im Vergleich zu den anderen Geschäftspartnern der Volksrepublik ein kleiner Fisch.

tuation noch verschärfen könnte. »Chinas innerstaatliche Politik gegenüber verschiedenen ethnischen Gruppen und die Möglichkeit, diese könnten sich gegen die Zentralregierung auflehnen, treiben es weiter an, nordkoreanische Flüchtlinge innerhalb seiner Grenzen nicht zu dulden«, erläutert Han Dongho vom südkoreanischen »Institut für Außenpolitik und Nationale Sicherheit«, »um zu verhindern, dass jene Verbindungen mit der Gemeinschaft ethnischer Koreaner in China knüpfen und damit auch andere Bewegungen ethnischer Minderheit auf nationaler Ebene bestärken.«

Entgegen einer allgemeinen Annahme, dass China Nordkorea zur Hilfe eilte, sobald dieses in Schwierigkeiten geraten würde, und dass Peking sich deswegen seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber nordkoreanischen Flüchtlingen verweigert, lassen chinesische Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen also anderes vermuten. Es scheint, dass nur sobald sich die Kosten-Nutzen-Rechnung für Peking ändern würde – und der Status quo nicht mehr in seinem Interesse liegen würde –, dies auch zu einer Änderung in seiner Flüchtlingspolitik führen könnte.

Bislang aber benutzt die Volksrepublik bis heute die bilateralen Vereinbarungen mit der DVRK, um ihre bisherige Haltung international zu rechtferti-

gen; nur eine Verlagerung von Chinas Sicherheitswahrnehmung oder seiner ökonomischen Überlegungen könnte zu einer Politikänderung Pekings gegenüber den nordkoreanischen Flüchtlingen führen, die sich stärker an internationalem Recht orientiert. Wie der Stand der Dinge jedoch ist, gibt sich die Volksrepublik bis auf unbestimmte Zeit mit einem zweitbesten Status quo zufrieden. <<<<

Philipp Olbrich *studiert Politikwissenschaft sowie »East Asian Economy and Society« auf Masterabschluss an der Universität Wien.*

Quellen und Links:

[Website der »Commission of Inquiry on Human Rights in the Democratic People's Republic of Korea« der UN](#)

[Webpräsenz der Non-profit-Organisation »US Committee on Human Rights in North Korea«](#)

[Konvention und Protokoll über die Rechtsstellung von Flüchtlingen von 1951/1967](#)

[Präsentation von Hyeonseo Lee über ihre Flucht aus Nordkorea auf einer TED-Konferenz im Februar 2013 in Long Beach, Kalifornien](#)

[Bericht des UN-Sonderberichterstatters für die Menschenrechtslage in der Demokratischen Volksrepublik Korea, Marzuki Darusman, vom 1. Februar 2013](#)

[Auszüge aus: »Witness to Transformation – Refugee Insights into North Korea« von Stephan Haggard und Marcus Noland, herausgegeben vom »Peter G. Peterson Institute for International Economics«, Washington, D.C., 2012](#)

[Aussage von Bahng Mi-sun vor der Tom-Lantos-Menschenrechtskommission des US-Repräsentantenhauses am 23. September 2010](#)

[Bericht »North Korean Refugees in China and Human Rights Issues« des amerikanischen Congressional Research Service vom 26. September 2007](#)

Unauffällige Premiere

von Winfried Nachtwei

Am »Tag des Peacekeepers 2013« ehrten drei Bundesminister erstmalig deutsche »Hüter des Friedens« in Uniform und Zivil gemeinsam. Das ist eine historische Besonderheit für die Bundesrepublik – und sie ging im Rauschen des Blätterwaldes praktisch unter. Die Medien haben den Festakt für die leidenschaftlichen deutschen Friedenspraktiker nahezu komplett ignoriert.

Dabei sind in der Berliner Republik mehr Verständnis und Engagement für die Missionen der Vereinten Nationen dringend nötig.



Foto: ZIF / Thomas Rosenthal >>

UN-ENGAGEMENT

Sie sind engagierte Polizisten, Soldaten, Justizberater, Wahlbeobachter. Neun deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Einsätze sind am 12. Juni dieses Jahres für ihr Engagement im Dienst für Frieden ausgezeichnet worden. Mit dem »Tag des Peacekeepers« hat nun erstmalig auch Deutschland offiziell den »International Day of UN-Peacekeepers« begangen, den die Generalversammlung der Vereinten Nationen vor elf Jahren für den 29. Mai beschlossen hatte und der bisher in der Bundesrepublik keine Beachtung fand. Militärische, polizeiliche und zivile Teilnehmerinnen und Teilnehmer an UN-geführten Friedensmissionen wie auch an UN-mandatierten Einsätzen insgesamt wurden gemeinsam von drei Ministern der Bundesregierung geehrt – das war eine historische Premiere.

Die Wahl des 12. Juni statt des 29. Mai war dem Terminkalender der Minister Guido Westerwelle, Thomas de Maizière und Hans-Peter Friedrich geschuldet. Den wenigsten wird aber bewusst gewesen sein, dass der verschobene Termin dennoch ein äußerst passendes Datum war. Am

Gretchenfrage: Ob
Polizeioberkommissarin
Karin Grunwald (rechts)
ihrer besten Freundin
empfehlen könnte,
an einem UN-Einsatz
teilzunehmen?

Foto: ZIF / Thomas Rosenthal



angesichts des zugespitzten Gewaltkonflikts in Nordostkongo eine humanitäre Großkatastrophe verhindert worden sein.

Auf Einladung des Auswärtigen Amtes und des Zentrums Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

von mit Erfahrung aus multinationalen Friedenseinsätzen.

Stellvertretend für die zur Zeit insgesamt über 6.500 deutschen Teilnehmer an internationalen Friedenseinsätzen – rund 6.000 Soldaten, 350 Polizisten, 200 Zivilexperten beiderlei Geschlechts – zeichneten die Minister jeweils drei Militärs, Polizeibeamte und nicht-uniformierte Fachleute aus bedeutenden Einsatzgebieten aus. Für die Mission in Afghanistan: Hauptfeldwebel Andreas Hübner, Soldat bei der ISAF und fünffacher Veteran von Missionen auch in Bosnien und Kosovo, Jutta Anna Lengsfeld, seit 2010 Rule-of-Law-Beraterin bei EUPOL Afghanistan, und Polizeioberst Wolfgang Schäfer, Leiter der GPPT-Außenstellen in Feyzabad und Kunduz, mit Erfahrung aus dem Balkan und dem Kaukasus. >>

Der »Tag der Peacekeeper« war eine politische Demonstration von Praktikern in Uniform und Zivil für den Friedenauftrag deutscher Politik.

12. Juni 2003, vor genau zehn Jahren, hatte der Europäische Rat die erste EU-Militärmission beschlossen: Mit Hilfe von »Artemis« soll damals

füllten also am Vormittag dieses 12. Juni weit über 500 Menschen den »Weltsaal« im Altbau des deutschen Außenministeriums, die meisten da-

UN-ENGAGEMENT

Für ihr Engagement im Kosovo: Hauptmann Andreas Große, KFOR und vorher ISAF, Polizeioberkommissarin Karin Grunwald aus Nordrhein-Westfalen, EULEX, vorher UNMIK, und Kirsten Joppe, seit 2009 Chief of Security Monitoring Section der OSZE-Mission Kosovo, die zuvor schon Wahlbeobachterin in fünf OSZE-Mitgliedsstaaten gewesen war.

Und für ihren Einsatz im Südsudan: Oberstleutnant Johannes Lammel, Military Liaison Officer UNMISS, vorher zweimal schon bei der ISAF und dann in Namibia und Uganda gewesen. Polizeioberkommissar Olaf Meilicke aus Berlin, Police State Advisor der UNMISS in Jonglei State, zuvor auch schon bei UNMIK gewesen, und Nikolai Rogosaroff, Rule of Law and Security Institutions Support Office UNMISS, vorher UN Department of Peacekeeping Operations und bei UNAMID im nordsudanesischen Darfur.

Die Moderatorin Christiane Meyer vom ARD-Hauptstadtstudio befragte einzelne Ausgezeichnete: Was die Juristin Lengsfeld nach Afghanistan gebracht habe? Ob sie dort Angst empfinde? Ob die Polizistin aus Düsseldorf ihrer besten Freundin einen Einsatz wie im Kosovo empfehlen könne? Ob der Oberstleutnant nach seinen vielen Einsätzen nicht mehr anders könne? »Der Eindruck, dass man wirklich gebraucht wird, dass man helfen kann. Das prägt einen«, so Lammel. Über Jahre sehe man, dass es voran gehe. Aber der Kulturschock bei der Rückkehr sei mindestens genauso stark wie der bei der Ankunft in einem Krisengebiet.

Auswärtiges Amt, Innen- und Verteidigungsministerium stellen seit mehr als 20 Jahren Per-

Friedenskämpfer: Die Arbeit als Blauhelm im Südsudan hat Oberstleutnant Johannes Lammel (rechts) nachhaltig geprägt.

Foto: ZIF / Thomas Rosenthal



sonal für Friedenseinsätze im Auftrag der Vereinten Nationen. Am »Tag des Peacekeepers« traten die Ressortchefs zum ersten Mal gemeinsam auf, um ihren Peacekeepern zu danken und um Aufmerksamkeit für sie zu werben.

Außenminister Westerwelle nannte sie »Hüter des Friedens« und gab zu bedenken, dass ihre Erfahrungen hierzulande zu wenig genutzt würden. Hans-Peter Friedrich betonte die Schlüsselrolle von Polizei in Krisenregionen an der Schnittstelle zwischen Machthabern und Bevölkerung. Thomas de Maizière erklärte, dass Militär nur *einen* Beitrag zur Krisenbewältigung leisten könne, dass der umfassende Sicherheitsbegriff eine deutlichere Einordnung des Militärischen in das gesamtstaatliche Vorgehen und stärkere Beiträge der anderen Ressorts erfordere. Wiederholt schlossen

die Minister die Angehörigen ausdrücklich in ihren Dank an die Peacekeeper ein.

Das ressortübergreifende, einander ergänzende Zusammenwirken ihrer Häuser betonten alle drei Regierungsmitglieder. Selbstverständlich war dabei bewusst, dass UN-Friedensmissionen ein wichtiges, längst aber nicht das einzige Instrument von Friedenssicherung und -förderung sind. Andere Akteure und Politikfelder wie gesellschaftliches Peacebuilding und die Entwicklungszusammenarbeit sind gleichermaßen unverzichtbar.

Unter ihren Zuhörern befanden sich zwei deutsche Spitzen-Peacekeeper: Stefan Feller, seit wenigen Wochen leitender Polizeiberater des UN-Generalsekretärs, und Martin Kobler, bisher Sondergesandter des UN-Generalsekretärs im Irak, künftig Chef der größten UN-Mission weltweit, >>

UN-ENGAGEMENT

MONUSCO im Kongo. Letzterer sprach denn auch über die Motivation der »Friedenshüter«: »Wir wollen die Welt zum Besseren verändern. Wir sind Idealisten und Pragmatiker zugleich.«

Kobler lenkte den Blick auf die gegenwärtige verheerende Terrorwelle im Irak. Sei das ein Grund, den Mut zu verlieren? Nein, manchmal würden sich Müdigkeit und Verzweiflung breit

INTERNATIONALE EINSÄTZE

ISAF International Security Assistance Force, Afghanistan, seit 2001, Stärke 2013: 97.900 *

EUPOL Afghanistan European Union Police Mission in Afghanistan, seit 2007, Stärke 2013: 350 *

KFOR Kosovo Force, seit 1999, Stärke 2013: 5.500 *

EULEX European Union Rule of Law Mission in Kosovo, seit 2007, Stärke 2013: 2.200

UNMISS United Nations Mission in South Sudan, seit 2011, Stärke 2013: 9.000 *

UNMIK United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, seit 1999, Stärke 2013: 170 *

UNAMID African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur, seit 2007, Stärke 2013: 21.300 *

MONUSCO United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo, seit 1999, Stärke 2013: 22.100 *

* Soldaten, Polizisten und/oder zivile Mitarbeiter aus dem Ausland; lokale Mitarbeiter nicht berücksichtigt

machen, aber dann erlebe man kleine, auch größere Erfolge. »Die Peacekeeper teilen ein besonderes Ethos«, betonte Kobler, »ein tiefes Gefühl der Solidarität untereinander, aber gerade auch mit den Schwachen und Benachteiligten.« Das sei eine besondere Form der Leidenschaft. Für die meisten sei das kein Job, sondern eine Mission.

Für Kobler ändere sich die Welt seit den 1990er Jahren zum Besseren. Die Zahl der bewaffneten Konflikte ging zurück, die Zahl der Friedensinitiativen von UN und anderen nahm zu. Er führte das Beispiel von Sierra Leone an, wo nach dem Bürgerkrieg 75.000 Rebellen entwaffnet worden waren, darunter viele Kindersoldaten. Im April dieses Jahres schickte das Land erstmals eigene Blauhelm-Soldaten nach Mogadischu! »Wir Peacekeeper wissen, dass Wandel möglich ist!«, so der Diplomat.

Doch oft würden die Vereinten Nationen zum Sündenbock gemacht. Aber die Organisation sei nur so effizient, wie sie von den Mitgliedsstaaten für ihre Aufgaben befähigt werde. Peacekeeping gebe es nicht zum Nulltarif. Man vergleiche die Ausgaben für UN-Einsätze mit den riesigen Milliardensummen für Kriegseinsätze! Und Kobler ergänzte noch um eine gesellschaftliche Perspektive: Für viele der deutschen Peacekeeper sei die Rückkehr in die Heimat schwierig. Auch weil ihre Erfahrungen nicht genutzt würden. Ein Einsatz dürfe kein Karriere nachteil sein.

Nach den Reden der Minister und Koblers spielte ein Streichquartett »No Bravery« von James Blunt. Der Song war 1999 entstanden, als der 25-jährige Blunt als Hauptmann der britischen Armee beim KFOR-Einmarsch dabei war und ein

Land voller Zerstörung und Tod erlebte: »There are children standing here, arms outstretched into the sky, tears drying on their face. He has been here. [...] And I see no bravery, no bravery in your eyes anymore. Only sadness.« Ein sehr emotionaler Abschluss für diese Ehrung für die neun deutschen Peacekeeper.

Seit Jahren habe ich keine offizielle Veranstaltung in Berlin erlebt, wo so sehr Friedensverpflichtung und UN-Orientierung betont wurden und wo es der Masse der Anwesenden auch ernst damit war. Alle Teilnehmenden der Feierstunde, die ich nachträglich sprach und von denen ich über andere hörte, fanden die Veranstaltung »großartig«, »rundum gelungen«, »würdig und richtig schön«, »historisch«, bezeichneten sie als »Beginn einer guten Tradition«. Ein Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) votierte dafür, beim nächsten Mal auch Entwicklungshelfer einzubeziehen, die nicht durchgängig, aber oft im Kontext einer Friedensmission arbeiten und für Friedensentwicklung wirken.

Ich empfand – man erlaube die Emotionalität – die Veranstaltung als »politisch beglückend«. Denn auf dem Balkan, in Afrika, Georgien und Afghanistan bin ich seit 1996 bei circa 40 Besuchen vielen Hunderten Polizisten, Soldaten und Zivilexperten – Missionsteilnehmern wie Entwicklungshelfern und Friedensfachkräften – begegnet, die mit langem Atem und Bodenhaftung Bewundernswertes leisten, Entbehrungen, Strapazen, zum Teil höchste Risiken auf sich nehmen – und in der hiesigen Gesellschaft, ja sogar in >>

UN-ENGAGEMENT

ihren beruflichen Zusammenhängen kaum Aufmerksamkeit, geschweige Anerkennung erfahren. Insofern war ihre Ehrung nicht nur hoch verdient, sondern auch überfällig.

Allerdings fällt mir ebenfalls seit Jahren auf, dass in der deutschen Öffentlichkeit, in der sicherheitspolitischen Community wie auch unter Friedensbewegten die Vereinten Nationen und UN-Friedenssicherung kaum Beachtung finden – ja, meist ignoriert werden. Vermeintliche »Realpolitiker« reden fast nur von Sicherheit, kaum noch von Frieden. Gegenüber diesen Trends war der »Tag der Peacekeeper« eine politisch-persönliche Demonstration von Friedenspraktikern in verschiedenen Uniformen und in Zivil: für den Friedensauftrag deutscher Politik, für die Vereinten Nationen als Rahmen globaler und kollektiver

Friedens- und Sicherheitspolitik, für die Wahrnehmung von Friedenschancen.

Dass deutsche Politik dabei keinen Grund zur Selbstzufriedenheit hat, steht auf einem nächs-

gibt es erheblichen Nachholbedarf, insbesondere bei der Polizeikomponente. Wider alle Vernunft und Erfahrung besteht weiterhin ein enormes Missverhältnis zwischen militärischen Kapazitäten

Gibt es unter deutschen Journalisten für internationale Politik eine unausgesprochene Friedensmüdigkeit, gar Friedensverachtung?

ten Blatt: Viel zu mager ist die deutsche Beteiligung an ausdrücklich UN-geführten Missionen mit zur Zeit nur 210 Personen, davon 185 Soldaten – das ist Rang 50 der UN-Personalsteller. Hier

ten und Ressourcen einerseits und Kapazitäten der zivilen Konfliktbewältigung andererseits.

Und Schatten bleiben auch auf dem Festakt im Auswärtigen Amt. Die vielen reservierten Plätze für Bundestagsabgeordnete und die vielen Kameras vor Ort erweckten den Eindruck von breiter Parlamentarier- und Medienpräsenz. Die Wirklichkeit war leider sehr anders: Außer Kerstin Müller und Viola von Cramon sah ich keine anderen bekannten Bundestagsmitglieder.

Wegen der gleichzeitigen Sitzungswoche und Ausschusssitzungen war eine geringere Abgeordnetenpräsenz unvermeidlich. Dass aber weder der Auswärtige, noch der Verteidigungs- und Innenausschuss mit ihren vielen Mitgliedern für eine Mindestrepräsentanz sorgten, dass auch kein Mitglied des Bundestagspräsidiums zugegen war, kann ich nicht nachvollziehen. Angesichts der Mitverantwortung des Bundestages für Auslandseinsätze ist das – gelinde gesagt – irritierend!

Neben den Medien der drei Ministerien brachten immerhin mehrere Radioprogramme Beiträge >>

Außer Fototermin nichts gewesen: Trotz der vielen anwesenden Kameras – berichtet hat vom »Tag des Peacekeepers« eigentlich nur das Radio.

Foto: ZIF / Thomas Rosenthal



UN-ENGAGEMENT

und Interviews zum Tag der Peacekeeper – *Deutsche Welle, Deutschlandradio, RBB, NDR*. In den Fernsehnachrichten, in den Printmedien, in den sicherheitspolitischen Blogs aber erschien fast nichts. Die einzigen Ausnahmen: der Schlussabsatz in einem großen Artikel der *Welt am Sonntag* vom 16. Juni über die Bundeswehr und ein Bericht im Blog der Fachzeitschrift *Europäische Sicherheit und Technik*.

In jedem Einzelfall mag es gute Gründe gegeben haben – die Flutkatastrophe, die Sitzungswoche des Bundestages, das Euro-Hawk-Desaster, die Grundsteinlegung zum Aufbau des Berliner Stadtschlosses in Sichtweite zum Auswärtigen Amt. Insgesamt ist aber die Nichtberichterstattung zum »Tag der Peacekeeper« notorisch. Genauso war es bei der Zehnjahresfeier des ZIF im

Mai 2012, der international hochangesehenen friedenspolitischen Innovation.

Hätte es einen Zwischenfall bei der Feierstunde gegeben, wäre zumindest auch der Anlass erwähnt worden. Aber nur ein solches positives, ermutigendes, einmaliges Ereignis mit so vielen, die anpacken: Das soll keinen Nachrichtenwert haben? Gibt es in Redaktionen, unter Journalisten für internationale Politik eine unausgesprochene Friedensmüdigkeit, gar Friedensverachtung?

In einer Pressemitteilung am Tag nach dem Festakt im Auswärtigen Amt kritisierte Heinz Wagner, Geschäftsführer des Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD), die Veranstaltung grundsätzlich und massiv: Eine gut gemeinte Ehrung werde »zum Offenbarungseid der deutschen Frie-

denspolitik«. Als Unterstützer des Vorhabens eines Peacekeeper-Tages in Deutschland und langjähriges Mitglied des forumZFD antwortete ich ihm: Seine Kritik geht an der realen Veranstaltung vorbei, ist unverhältnismäßig und ignoriert die friedenspolitische Intention und Chance des Tages. Hierauf entgegnete Heinz Wagner: Der Unterschied zwischen UN-geführten Friedenseinsätzen und einem UN-mandatierten Kampfeinsatz wie in Afghanistan werde verwischt. Es gebe ein Wertschätzungsgefälle zwischen staatlichen Missionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Bei allem Widerspruch in der Sache bin ich Heinz Wagner grundsätzlich dankbar für seine Kritik. Sie ist ein belebender Anstoß – ganz anders als in den Printmedien mit ihrer Nullresonanz auf die Premiere des »Tag des Peacekeepers«. <<<<



Winfried Nachtwei

war von 1994 bis 2009 für Bündnis 90/Die Grünen Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Der renommierte Friedens- und Sicherheitspolitiker ist heute Mitglied im Beirat Zivile Krisenprävention beim Auswärtigen Amt, im Beirat Innere Führung der Bundeswehr und im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

Foto: S. Kaminski

»Vermeintliche ›Realpolitiker‹ reden fast nur von Sicherheit, kaum noch von Frieden.«

Quellen und Links:

[Presseerklärung des Geschäftsführer des Forum Ziviler Friedensdienst vom 13. Juni 2013](#)

[Nachbericht des Zentrum für Internationale Friedenseinsätze](#)

[Nachberichte des Auswärtigen Amts, des Bundesverteidigungsministeriums und des Bundesinnenministeriums](#)

[Der »International Day of United Nations Peacekeepers« auf der Webpräsenz der Vereinten Nationen](#)

[Policy-Paper »Ungenutzte Chancen Deutschlands im VN-Peacekeeping nutzen« der DGVN vom Juli 2011](#)

NOTIZ

Kein zweites Ruanda

In Zentralafrika haben Blauhelme wohl gerade noch einmal das Schlimmste verhindert. Zu tief sitzt die Erinnerung an den Völkermord von 1994.

19.000 Soldaten zählt der MONUSCO-Einsatz der Vereinten Nationen. Dennoch blieb die seit 1999 immer wieder personell aufgestockte Friedensstruppe hilfloser Beobachter des nicht enden wollenden Krieges in Zentralafrika. So auch im November 2012, als die abtrünnigen Soldaten der »M23«-Bewegung die Provinzhauptstadt Goma im Osten der Demokratischen Republik Kongo einnahmen und sich seitdem einen blutigen Guerillakrieg mit den regulären Streitkräften liefern, ohne dass eine politische Lösung in Sichtweite rückt.

Die Friedensgespräche von elf afrikanischen Staaten im März 2013 verpufften wirkungslos – zu tief sitzt das Misstrauen der am Konflikt beteiligten Akteure. Und zu viel steht auf dem Spiel, allen voran die Kontrolle über Rohstoffminen, Schmuggelwege und Waffenarsenale im Grenzge-



biet zwischen Kongo, Uganda, Ruanda und der Zentralafrikanischen Republik. Dazu kommen offene Rechnungen aus den Kongo-Kriegen der vergangenen zwei Jahrzehnte und ein Warlord-System mit Verstrickungen bis auf Regierungsebene, kurzum: eine Konstellation, die der Lage Mitte der 1990er Jahre ähnelt.

Die Erinnerung hat die internationale Gemeinschaft wohl aufgeschreckt: Im Juni beschlossen die UN die Erweiterung des MONUSCO-Mandats. Die jetzt noch »robuster« gemachte Truppe, seit dem Sommer vom deutschen Diplomaten Martin Kobler geleitet, soll die kongolesische Armee bei der »Entwaffnung« der »M23« unterstützen. 3.000 der 19.000 Blauhelme sind nach Goma beordert worden. Vor allem aber soll ein Szenario wie 1994 vermieden werden: Ein

zweites Ruanda zu verhindern wäre das Mindeste, was die internationale Gemeinschaft in Zentralafrika erreichen muss, für eine politische Lösung des vertrackten Konflikts wird es wohl zu wenig sein.

Robert Chatterjee

Quellen und Links:

[Webpräsenz der MONUSCO](#)

[Meldung des kongolesischen Radio Okapi vom 19. August 2013](#)

[Bericht der International Business Times vom 5. August 2013](#)

[Analyse der International Crisis Group vom 26. Juli 2013](#)

[Bericht von Reuters am 15. Juli 2013](#)

Parteien zur Bundestagswahl

Interviews:

Stefan Dölling, Sebastian Nieke und Isabel-Marie Skierka

Sicherheitspolitik ist in Deutschland in der Regel kein Wahlkampfthema – zu groß der fast alle Fraktionen des Parlaments übergreifende Konsens. 2013 scheint da eine Ausnahme zu bilden, weil die »Euro Hawk«-Affäre ausgerechnet in die letzten Wochen der alten Legislaturperiode fiel. ADLAS blickt aber schon auf die kommenden vier Jahre und hat fünf Abgeordnete nach einer Agenda für den 18. Bundestag befragt. >>

Foto: Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel

PARLAMENTSVOORBEHALT

ADLAS: Die Bundeswehr befindet sich seit 2010 in einem der umfassendsten Reformprozesse seit ihrem Bestehen. Sowohl die grundsätzliche Ausrichtung, sprich Umbau zur »Einsatzarmee« und »Breite vor Tiefe«, als auch die praktische Umsetzung der Reform werden jedoch – auch in der Bundeswehr selbst – zunehmend kritisch gesehen. Stimmt die Richtung der »Neuausrichtung« noch? Wo sehen Sie gegebenenfalls Verbesserungsbedarf?

Wolfgang Hellmich (SPD): Unter der Vorgabe der Haushaltskonsolidierung wurde die Neuausrichtung dem Motto »Breite vor Tiefe« untergeordnet. Aufgrund der fehlenden Auswertung der derzeitigen Einsätze gibt es einen strategischen »Blindflug«! Die Reformen wurden von oben nach unten durchgesetzt; viele Soldaten und Zivilbeschäftigte haben das Gefühl, nicht mitgenommen zu werden. Die Reduzierung von Personal geht zu Lasten des Einzelnen. Insbesondere die Zahl von 55.000 Zivilbeschäftigten ist willkürlich festgelegt und entspricht nicht dem tatsächlichen Bedarf. Standortentscheidungen müssen auf Effizienz und Notwendigkeit hin überprüft und gegebenenfalls revidiert werden. Es gilt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern – nicht nur, um die Attraktivität der Bundeswehr zu verbessern.

Darüber hinaus spielte bei der Reform eine integrierte europäische Sicherheitspolitik nur eine untergeordnete Rolle. Wir Sozialdemokraten werden uns außerdem für eine harmonisierte europäische Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung stark machen. Wo nötig werden wir die laufende Neuausrichtung nachjustieren. Dazu ist jedoch keine neue Reform notwendig.

Elke Hoff (FDP): Die Entscheidung zur Neuausrichtung der Bundeswehr war richtig. Strukturen und Prozesse der Wehrpflichtarmee waren überholt und mussten vor dem Hintergrund der sich ändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen effizienter gestaltet werden. Über einzelne Reformschritte kann man sicherlich diskutieren, aber aus meiner Sicht ist es derzeit noch zu früh, um ein abschließendes Fazit zu ziehen. Handlungsbedarf sehe ich vor allem in den Bereichen der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber sowie der Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Der nächsten Bundesregierung empfehle ich, die bis jetzt gemachten Fortschritte unabhängig und kritisch überprüfen zu lassen und auf dieser Grundlage gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen): Zunächst ist die mangelnde sicherheitspolitische Ableitung der Bundeswehrreform zu kritisieren: Die Reform wurde vor allem mit dem Zwang zum Sparen begründet. Nun wird nicht nur das zunächst versprochene Sparziel von 8,3 Milliarden Euro deutlich verfehlt, sondern für 2014 gar ein Aufwuchs im Verteidigungshaushalt budgetiert. Durch den Ansatz »Breite vor Tiefe« wird außerdem wirkliches Einsparpotential verschwendet, anstatt durch Kooperation mit den europäischen Partnern Effizienzgewinne zu erzielen.

Roderich Kiesewetter (CDU): Ja, die Richtung stimmt weiterhin. Ich halte »Breite vor Tiefe« für eine wichtige Zielvorstellung, da es Deutschland einerseits die Chance bietet als so genannt- >>

Wolfgang Hellmich

hat 2012 für die SPD in Nordrhein-Westfalen ein Mandat im Bundestag übernommen. Er ist ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Foto: Florian Jaenicke

»Aufgrund der fehlenden Auswertung der Einsätze gibt es einen strategischen »Blindflug«!«





Elke Hoff

ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags für die FDP Rheinland-Pfalz, Mitglied des Verteidigungsausschusses und seit 2009 sicherheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Für die Bundestagswahl 2013 tritt sie nicht wieder an.

Foto: Herbert Piel

»Das Beschaffungswesen insgesamt muss sich auf die Anforderungen einer Armee im Einsatz einstellen.«

ter. »Anlehnungspartner« zu agieren, und andererseits braucht es als Land in der Mitte Europas Streitkräfte, die im gesamten militärischen Spektrum einsetzbar sind. Da wir militärische Operationen ohnehin – mit Ausnahme nationaler militärischer Geiselnbefreiungen oder Evakuierungsmaßnahmen – ausschließlich multilateral mit einem UN- und/oder Nato-Mandat durchführen, kann das oft angesprochene Problem der Durchhaltefähigkeit aufgefangen werden.

Diese kann im Übrigen, ebenso wie die Aufwuchsfähigkeit, durch eine starke Reserve sichergestellt werden. Zweitens Außerdem erachte ich die Fortsetzung des einmal eingeschlagenen Wegs im Sinne der politischen Fürsorgepflicht gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten als zwingend. Planungssicherheit und Vertrauens-

schutz sollten gerade im Umgang mit Menschen gelten.

Paul Schäfer (Die Linke): Die Richtung der Reformen stimmt seit den 1990er Jahren nicht. Mit jeder Reform rückt die Fokussierung auf Auslandseinsätze stärker in den Vordergrund – mit dem Wegfall einer militärischen Bedrohung Deutschlands nach Ende des Kalten Krieges wäre eine andere Richtung aber durchaus gangbar gewesen. Stattdessen wurde die Bundeswehr schlecht vorbereitet und ungenügend ausgestattet ins Ausland geschickt, und daraus wurde dann die Notwendigkeit einer weiteren Reform zur Optimierung auf solche Einsätze abgeleitet.

Im Prinzip hat sich die politische Führung immer nur dann bewegt, wenn es nicht anders ging.

So war es bei der Aussetzung der Wehrpflicht, bei den zaghaften Standortschließungen und beim Personalabbau. Deswegen sind die Probleme bei der Umsetzung auch nicht verwunderlich. Verbesserungsbedarf besteht in allen Bereichen: Beschränkung auf Landesverteidigung, weniger Beschaffungen, Reduktion in der Fläche, Stopp der Privatisierung sind dabei nur einige der Schlagworte einer langen Liste von Forderungen der Linken.

ADLAS: Zu spät, deutlich kostspieliger und oft mit weniger Fähigkeiten als geplant: Die »Euro Hawk«-Affäre ist nur das letzte Glied in einer langen Kette von Fällern, in denen der Steuerzahler defizitäre Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr teuer bezahlen muss. Welche Strategie wird Ihre Partei verfolgen, um solche Debakel zukünftig zu verhindern?

Wolfgang Hellmich: Die gesamte Entscheidungskette bei Beschaffungen bedarf einer Grundsatzrevision. Ein ständiges Controlling wird um eine aktive politische Begleitung einschließlich einer Berichterstattung an den Verteidigungsausschuss ergänzt. Es bedarf einer Neudefinition der industriellen Kernfähigkeiten, die für die Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte notwendig sind. Die Sozialdemokratie bekennt sich zu ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen wehrtechnischen Industrie. Gleichwohl setzen wir auf eine verstärkte europäische und euro-atlantische Kooperation um teure Projekte gemeinsam realisieren zu können. Impulse zu mehr Zusammenarbeit in der EU können von der Europä- >>

ischen Verteidigungsagentur ausgehen.

Elke Hoff: Der Bundestag bewilligt die für die Rüstungsbeschaffung notwendigen Haushaltsmittel. Die eigentliche Projektierung – also die Definition einer Fähigkeitslücke, die Marktsichtung, die Erprobung und der Vertragsschluss – liegt in der Verantwortung des Bundesverteidigungsministeriums. Dabei wurden in der Vergangenheit Großprojekte wie die Helikopter »Tiger«, NH90 oder das Transportflugzeug A400M eher unter industriepolitischen Aspekten statt nach Einsatznotwendigkeit beschafft.

Das Beschaffungswesen insgesamt muss sich aber auf die Anforderungen einer Armee im Einsatz einstellen. Die Weise-Kommission hat in ihrem Bericht unter anderem die Einrichtung einer unabhängigen und bei der politischen Leitung verorteten Controlling-Abteilung und die Umwandlung des Beschaffungsamtes in eine Agenturlösung empfohlen. Sowohl die politisch als auch die militärisch Verantwortlichen im Verteidigungsministerium sollten diesen Teil des Weise-Berichtes noch einmal aufmerksam lesen.

Katja Keul: Aus meiner Sicht haben drei gewichtige Gründe für diesen Untersuchungsausschuss gesprochen: Zunächst gilt es, das Organisationsversagen der Führung im Verteidigungsministerium aufzuklären. Zweitens hat der Minister ein Jahr zuvor, im Mai 2012, den Haushaltsausschuss nicht über die Zulassungsprobleme beim Euro Hawk informiert, als dieser über die Beteiligung am Global Hawk zu entscheiden hatte. Am schwerwiegendsten ist für mich jedoch das totale

Versagen des Ministeriums bei der Prüfung von Schadensersatzansprüchen des Bundes gegenüber der Industrie, hier EADS. Daher gilt es, in der nächsten Legislaturperiode bei der dringenden Reform des Beschaffungswesens sicherzustellen, dass die Industrie entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen in die Verantwortung genommen wird.

Roderich Kiesewetter: Minister de Maizière hat bereits Maßnahmen zur Verbesserung der Beschaffungspolitik angekündigt und umgesetzt. So wird er sich künftig in regelmäßigen Abständen von seinem Ministerium über alle anstehenden größeren Rüstungsprojekte informieren lassen. Er hat zudem dem Parlament angeboten, Rüstungsvorhaben gemeinsam periodisch einer Überprüfung zu unterziehen. Ich unterstütze diesen Vorschlag. Die Genese des Auftrags zur Entwicklung der Auf-

nicht aber das sogenannte »Primat des Zivilen«. Die Beamten des Ministeriums sollten dem Primat der Politik folgen.

Paul Schäfer: Natürlich ist es nicht leicht, über Jahrzehnte gewachsene Entwicklungs- und Beschaffungsstrukturen umzukrempeln. Es ließe sich aber einfach dafür sorgen, dass der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuss umfassender und unaufgefordert über Vorhaben unterrichtet werden. Die von Minister de Maiziere angekündigten Maßnahmen wären erste gute Schritte. Vor allem aber geht es um einen anderen Umgang mit der Rüstungsindustrie. Solange die Regierungsparteien und auch Teile der Streitkräfte die Erhaltung rüstungsindustrieller Kapazitäten in Deutschland als unabdingbar sehen, kann sich nichts ändern. Die Bundeswehr steht in Deutschland entweder Monopolisten oder Quasi-Kar-

»Solange die Regierungsparteien und auch Teile der Streitkräfte die Erhaltung rüstungsindustrieller Kapazitäten in Deutschland als unabdingbar sehen, kann sich nichts ändern.« Paul Schäfer

klärungsdrohne »Euro Hawk« reicht bis in die Regierungszeit von Rot-Grün Anfang des Jahrtausends zurück, es gibt viele Verantwortliche für das Misslingen des Projekts. Entscheidend ist, dass die Reform des Verteidigungsministeriums fortgesetzt wird und dort das Primat der Politik gilt,

tellen gegenüber. Ein Großteil der investiven Verteidigungsausgaben fließt allein an EADS. Bei der Vertragsgestaltung muss sehr viel stärker auf eine finanzielle Risikoabsicherung des Staates geachtet werden, auch wenn damit deutsche Unternehmen verschreckt werden. >>



Katja Keul

ist seit 2009 für Bündnis90/Die Grünen in Niedersachsen Abgeordnete im Bundestag und dort Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion. Sie ist ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss und in der Interparlamentarischen Konferenz für die GASP und GSVP der EU. Foto: Rainer Kurzeder

»Es war richtig, dass Deutschland sich am Kampfeinsatz in Libyen nicht beteiligt hat.«

ADLAS: Stichwort Rüstung. Derzeit entscheidet allein der geheim tagende Bundessicherheitsrat über deutsche Rüstungsexporte. Ist diese Praxis, nicht zuletzt angesichts der massiven und anhaltenden öffentlichen Kritik, noch haltbar? Wie sollte das Verfahren gegebenenfalls geändert werden?

Wolfgang Hellmich: Rüstungsexporte bedürfen der Transparenz. Aus diesem Grund wird sich die SPD in der nächsten Legislaturperiode für ein Bundestagsgremium einsetzen, das die Entscheidungen der Regierung kontrollieren und zeitnah die Öffentlichkeit informieren kann. Restriktive Richtlinien, die Exporte in Krisengebiete und Länder mit massiven Menschenrechtsverletzungen verbieten, sowie eine möglichst genaue Kon-

trolle des Endverbleibs der Waffen müssen als Grundlage für Exportentscheidungen gelten.

Elke Hoff: Die Entscheidung über den Export von Rüstungsgütern obliegt der Bundesregierung und ist zwar Kern exekutiven Handelns, allerdings sollte die parlamentarische Kontrolle verbessert werden. Die Praxis, den Bundestag nur einmal im Jahr über die getroffenen Entscheidungen zu unterrichten, reicht nicht aus. Ich plädiere für ein Gremium analog zum parlamentarischen Kontrollgremium für die Geheimdienste, das zeitnah über Anträge und Entscheidungen unterrichtet wird, sowie für einen halbjährlichen Rüstungsexportbericht.

Katja Keul: Meine Partei möchte die Kontrollrech-

te des Bundestags stärken und mehr Transparenz schaffen. Der Bundessicherheitsrat muss Parlament und Öffentlichkeit über seine Entscheidungen informieren und diese Entscheidungen begründen. Wir fordern ein parlamentarisches Gremium, das über besonders sensible Exporte, beispielsweise Lieferung von Kriegswaffen in Drittstaaten grundsätzlich auch vor der Entscheidung informiert wird. Der existierende Unterausschuss für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung bietet sich hier an und sollte thematisch und personell erweitert werden. Wir fordern ferner eine gesetzliche Verankerung der Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung.

Roderich Kiesewetter: Ich bin für ein transparenteres Verfahren. Die wiederholten Diskussionen zeigen, dass wir hier Defizite haben. Ein Ausschuss des Bundestages könnte im Laufe des Genehmigungsprozesses informiert werden, analog zum Parlamentarischen Kontrollgremium für die Nachrichtendienste.

Paul Schäfer: Die deutsche Rüstungsexportpraxis war zumindest seit Anfang der 1990er durch ein hohes Maß an Skrupellosigkeit gekennzeichnet. Viele der Entscheidungen waren schon damals eigentlich weder politisch noch moralisch zu vertreten. In erster Linie braucht es mehr Transparenz und mehr Rechte für den Bundestag – aber auch für die einzelnen Bürger – das Handeln von Regierung und Unternehmen überprüfen, hinterfragen und gegebenenfalls sogar Rechtsmittel einlegen zu können. Das fehlt bislang. >>

PARLAMENTSVOORBEHALT

ADLAS: Bei der Entscheidung über das UN-Mandat für eine Intervention in Libyen im März 2011 wich Deutschland mit seinem »Nein« zur Resolution 1973 klar von der Position seiner westlichen Bündnispartner ab. Bildet das einen Präzedenzfall für eine künftige deutsche Sonderrolle in der internationalen Politik? Wie schätzen Sie die Rolle der Bundesrepublik als außenpolitischen Akteur ein?

Wolfgang Hellmich: Die Frage, ob und in welcher Form sich die Bundesrepublik Deutschland an einem internationalen Einsatz beteiligt oder nicht, ist stets eine Einzelfallentscheidung des Parlaments. Die deutsche Nicht-Beteiligung in Libyen stellt keinen Präzedenzfall dar, selbst wenn diese Entscheidung an und für sich falsch war. Eingebettet in EU, Nato und UN kommt Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen nach und ist ein relevanter und verlässlicher internationaler Akteur. Globale Verantwortung schließt auch eine Politik der kritischen Einschätzung der jeweiligen Lage ein.

Elke Hoff: Die aktuelle Entwicklung in Libyen zeigt, dass eine militärische Intervention die politische Lösung eines Konfliktes nicht ersetzen kann. Es entspricht der langjährigen außenpolitischen Haltung der Bundesrepublik, den Einsatz militärischer Mittel nur als letzte Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Dies unterscheidet uns von anderen Ländern. Deutschland war und ist ein zuverlässiger außenpolitischer Akteur mit großem und erfolgreichem Engagement beim zivilen Wiederaufbau und der damit verbundenen politischen Stabilisierung vieler Krisenregionen.

Katja Keul: Zunächst leite ich aus der Einzelfallentscheidung zu Libyen keine allgemeine sicherheitspolitische Sonderrolle Deutschlands ab. Für uns Grüne sind die UN der zentrale Rahmen für eine an den Zielen des Friedens und der Verwirklichung der Menschenrechte ausgerichteten weltweiten Ordnungspolitik. Deutsche Außenpolitik muss stärker im Rahmen von UN und EU agieren und sich grundlegend an der Unterstützung der Menschenrechte und demokratischer Bewegungen orientieren.

Wir würden uns daher wünschen, dass die Bundesregierung die Fortentwicklung des Konzepts der »Responsibility to Protect« aktiv unterstützte. Nach meiner persönlichen Einschätzung war Libyen allerdings kein Anwendungsfall der Schutzverantwortung und es war richtig, dass

Deutschland sich an dem Kampfeinsatz nicht beteiligt hat.

Roderich Kiesewetter: Ich würde aus der Libyen-Entscheidung keinen Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheitspolitik herauslesen. Wir brauchen stattdessen eine verlässliche deutsche außen- und sicherheitspolitische Strategie und eine überarbeitete europäische Sicherheitsstrategie. Ich persönlich würde mir in unserem Land, und ganz besonders im Deutschen Bundestag, eine breite Diskussion über eine deutsche sicherheitspolitische Strategie wünschen. Deutschland wird in der europäischen GASP/GSVP und in der Nato in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen. Daher müssen wir uns grundsätzliche Gedanken darüber machen, wel- >>

Roderich Kiesewetter

ist seit 2009 Bundestagsmitglied für die CDU Baden-Württemberg und unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Der Oberst a.D. ist zudem seit 2011 Präsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr.

Foto: Reservistenverband

»Ich halte ›Breite vor Tiefe‹ für eine wichtige Zielvorstellung.«



PARLAMENTSVOORBEHALT

che Interessen wir haben, welche Instrumente wir vorhalten wollen und welche Aufgaben und Regionen für uns prioritär sind.

Paul Schäfer: Das Verhalten Deutschlands in der Libyen-Krise 2011 steht geradezu exemplarisch für den allgemeinen Schlingerkurs in der Sicherheitspolitik. Offiziell zieht man sich aus völkerrechtlich bedenklichen Einsätzen zurück, unterstützt diese dann aber doch durch Personal und Infrastruktur. Als Kompensation wird das Engagement in einem anderen Einsatz verstärkt – in

gung sicherheitspolitischer Herausforderungen häufig weniger am militärischen Engagement, als vielmehr an unzureichend ausgestatteten und mangelhaft aufgestellten Strukturen ziviler Krisenprävention und -bewältigung krankten. Was ist hier zu tun?

Wolfgang Hellmich: Die Kombination militärischer und ziviler Mittel ist nicht nur in Afghanistan eine Herausforderung. Das durchaus wachsende internationale Bewusstsein für einen vernetzten sicherheitspolitischen Ansatz korreliert aber (noch) nicht mit der Umsetzung zivil-

»In Afghanistan hat sich trotz aller Fortschritte gezeigt, dass nicht alle Akteure an einem Strang gezogen haben.« **Elke Hoff**

diesem Fall durch die Entsendung von AWACS-Personal nach Afghanistan.

Eine Sonderrolle Deutschlands gibt es seit Ende der 1980er nicht mehr. Weder vertritt die Bundesregierung andere außen- und sicherheitspolitische Ziele als die größeren Nato- und EU-Staaten, noch setzt sie für das Erreichen ihrer Ziele andere Instrumente ein. Deutschland hätte aber aufgrund seiner Vorgeschichte, seiner privilegierten Lage in einem sicheren Teil der Welt und seiner Wirtschaftskraft durchaus das Potenzial, eine friedensstiftende Rolle einzunehmen.

ADLAS: Afghanistan hat gezeigt, dass die Bewälti-

militärischer Zusammenarbeit. Auch aus diesem Grund kann das Potential der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nicht oft genug erwähnt werden. Europa kann und muss zu einer handlungsfähigen Friedensmacht fortentwickelt werden. Auf nationaler Ebene bildet der Aktionsplan Zivile Krisenprävention die Grundlage für den ressortübergreifenden vernetzten Ansatz. Richtig ist und bleibt: Das Auswärtige Amt ist federführend für die Sicherheitspolitik. Demzufolge sind unsere Streitkräfte nur ein Instrument unter vielen und können daher auch nur in Kombination mit diplomatischen, kulturellen und wirtschaftlichen Werkzeugen zu einer

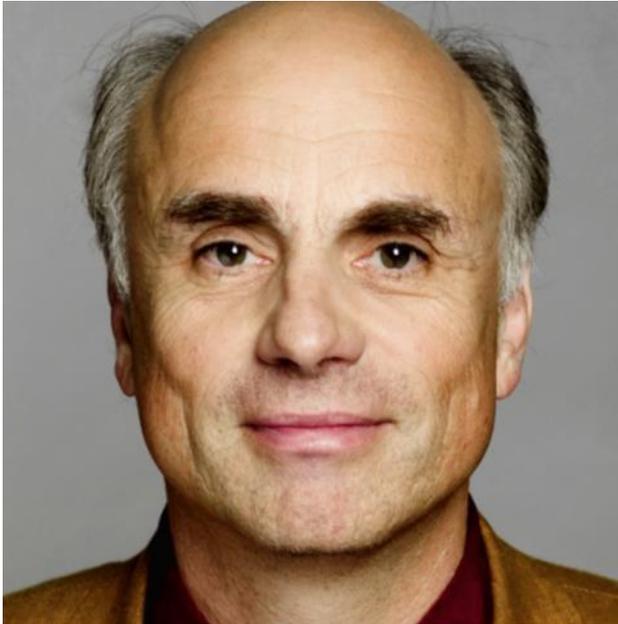
friedlicheren und gerechteren Welt beitragen.

Elke Hoff: Der Einsatz von Streitkräften kann lediglich Zeit »kaufen« und eine kurzfristige Stabilisierung erreichen. Die Strategie der vernetzten Sicherheit ist ein erfolgversprechender Ansatz, aber alle daran Beteiligten müssen sie beherzigen. In Afghanistan hat sich trotz aller Fortschritte vor allem auf der Durchführungsebene gezeigt, dass nicht alle Akteure an einem Strang gezogen haben und zum Teil unterschiedliche Ziele verfolgten.

Sollte Deutschland sich irgendwann erneut an einem ähnlichen Einsatz beteiligen, muss eine international gemeinsam anerkannte und umzusetzende Strategie erkennbar sein. Die Maßnahmen aller Akteure müssen in eine Richtung weisen, auch wenn eigene Partikularinteressen dem entgegen stehen sollten.

Katja Keul: Krisenprävention ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen relevanten Politikbereichen integriert werden muss. In Regierungsverantwortung haben wir Grüne den Aufbau einer Infrastruktur für zivile Krisenprävention und Friedensförderung angestoßen. Seitdem wurde es jedoch versäumt, deren Fähigkeiten, Strukturen und Strategien konsequent weiterzuentwickeln. Zivile Krisenprävention hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn hierfür ausreichende materielle wie personelle Fähigkeiten und Strukturen vorhanden sind. Wir wollen, dass der Aktionsplan »Zivile Krisenprävention« der Bundesregierung konsequent umgesetzt und weiterentwickelt wird.

>>



Paul Schäfer

sitzt seit 2005 für Die Linke Nordrhein-Westfalens im Bundestag. Er ist Obmann seiner Fraktion im Verteidigungsausschuss sowie ihr Verteidigungs- und Abrüstungspolitischer Sprecher. Zudem ist er Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung der Nato. Foto: Deutscher Bundestag / Hermann J. Müller

»Die Richtung der Reformen stimmt seit den 1990er Jahren nicht.«

Roderich Kiesewetter: Das sehe ich nicht so kritisch. Deutschland stand von Anfang an in der ersten Reihe des internationalen Engagements in Afghanistan, im zivilen wie im militärischen Bereich: Es war Ausrichter der ersten Wiederaufbau-Konferenz 2001 in Bonn, ist drittgrößtes Geberland und mit bis zu 4.400 Soldaten auch drittgrößter Truppensteller. Seit 2010 wurden die jährlichen Mittel für den zivilen Aufbau von 220 Millionen auf bis zu 430 Millionen Euro pro Jahr bis 2016 verdoppelt.

Der Fokus unserer an klare Bedingungen geknüpfte Förderung liegt auf guter Regierungsführung und ländlicher Entwicklung. Beim Wiederaufbau konzentrieren wir uns in Nordafghanistan auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wirtschaftsentwicklung, gute Regierungsführung

- und wir können in diesen Bereichen Erfolge vorweisen.

Paul Schäfer: Zivile Krisenprävention muss vom Rand der Aufmerksamkeit in den Fokus der Sicherheitspolitik rücken. Schlagwörter wie »vernetzte Sicherheit« dienten in der Vergangenheit eher dazu, den militärischen Einfluss auf zivile Analyse- und Entscheidungsprozesse zu fördern. Hier wäre strukturell ein Umdenken notwendig, auch was die Verteilung von Finanzressourcen angeht.

Dies müsste ergänzt werden durch ein stärkeres politisches und finanzielles Engagement in den UN und der OSZE. Insbesondere innerhalb der EU muss darauf hingewirkt werden, dass die Union sich wieder an der Idee einer Zivilmacht

orientiert und nicht versucht, sich als kleiner Bruder der Nato zu gerieren.

ADLAS: Außen- und sicherheitspolitische Bedrohungen treten zunehmend in elektronischer Form auf. Ist Deutschland mit der aktuellen, seit 2010 bestehenden, »Cyberstrategie für Deutschland« ausreichend für die sicherheits-politische Zukunft im virtuellen Raum gerüstet?

Wolfgang Hellmich: Die »Cyberstrategie für Deutschland« ist ein Element, um Cyberkriminalität zu begegnen. Jedoch ist das öffentliche Bewusstsein dafür noch sehr gering. Da die IT-Abhängigkeit der Unternehmen, des Staates und auch der Bevölkerung zunimmt, muss die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur stetig überprüft und an neue Erfordernisse angepasst werden. Die frühzeitige Vermittlung von Medienkompetenz trägt zur wirksamen Eigenverantwortung der Nutzer der digitalen Medien bei. Maßnahmen zur Stärkung der Cybersicherheit müssen mit unseren internationalen Partnern abgestimmt werden.

Elke Hoff: Diese Herausforderung wird größer werden, je mehr und je schneller der technologische Fortschritt in diesem Bereich voranschreitet. Auf internationaler Ebene müssen dringend nachvollziehbare und völkerrechtlich akzeptierte Kontrollmechanismen für die Sicherheit im Cyberspace gefunden werden. Vor allem darf es keine unkontrollierte Totalüberwachung unbescholtener Bürgerinnen und Bürger durch demokratisch nicht legitimierte Institutionen geben. >>

PARLAMENTSVOORBEHALT

Katja Keul: Wir Grüne haben große Zweifel, ob die Cyberstrategie der Bundesregierung und das neue Cyber-Abwehrzentrum geeignet sind, die Sicherheit des Cyber-Raums in Deutschland zu verbessern.

Einerseits fehlt es an technischer Expertise und Ressourcen, um komplexe und gefährliche Angriffe überhaupt zu erkennen und darauf zu reagieren. Andererseits setzt die Bundesregierung mit Vorratsdatenspeicherung und einer Datensammelwut, die das verfassungsrechtliche Trennungsgebot zwischen der Arbeit von Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr zu missachten droht, auf untaugliche Instrumente. Wir wollen ein Informationstechnik-Sicherheitsgesetz, das Cyberüberwachung grundrechtskonform einhegt und den Datenschutz stärkt.

Roderich Kiesewetter: Die »Cyberstrategie für Deutschland« ist eine sehr gute Grundlage. Allerdings zeigen nicht zuletzt die Enthüllungen um das Überwachungsprogramm PRISM, dass die

schützen. Die überregionalen »Königsbronner Gespräche« der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung des Bundeswehrverbandes und des Reservistenverbandes zur Sicherheitspolitik werden sich im Frühjahr 2014 diesem Thema widmen.

Paul Schäfer: Bei einer so neuen Art der Herausforderung kann jede Strategie immer nur eine Momentaufnahme sein. Wie geeignet sie ist, wird sich daran bemessen lassen, wie gut sie auf neue Entwicklungen anwendbar ist. Eine Bewertung der realen »Cyberspace«-Risiken fällt mangels verlässlicher empirischer Grundlagen, die eine Kausalität zwischen Cyberangriffen und sicherheitspolitischen Bedrohungen belegen, noch schwer.

Gefährlich ist allerdings die zunehmende Tendenz, offensive Kapazitäten für den Einsatz in fremden Netzen aufzubauen, diese vor allem bei den Streitkräften anzusiedeln und damit auch die Schwelle zu einer konventionellen Antwort zu überschreiten. In jedem Fall sollte die Bundesre-

»Wir wollen ein Informationstechnik-Sicherheitsgesetz, das Cyberüberwachung grundrechtskonform einhegt und den Datenschutz stärkt.« Katja Keul

Bundesrepublik hier noch Handlungsbedarf hat. Wir müssen mehr in unsere IT-Sicherheit investieren um unsere Bürger, Unternehmen und öffentliche Institutionen vor Spähangriffen zu

gierung nach Jahren des Herumlavierens endlich Klarheit darüber schaffen, wie und nach welchen Kriterien sie auf erfolgte Angriffe im »Cyberspace« reagieren wird. <<<<

Quellen und Links:

In ihren Programmen für die Bundestagswahl 2013 äußern sich die Parteien auch zur Sicherheitspolitik. Der »umfassende Sicherheitsbegriff« und parteiabhängig unterschiedliche Gewichtungen bewirken dabei, dass die sicherheitspolitisch relevanten Aspekte der Dokumente höchst unterschiedlich ausfallen. Ein direkter Vergleich fällt deswegen schwer. (d. Red.)

[Dossier des Monitoringbüros »Berliner Informationsdienst« vom 24. Juni 2013](#)

[»Regierungsprogramm« der CDU vom 23. Juni 2013](#)

[Wahlprogramm von Die Linke vom 16. Juni 2013](#)

[»Bürgerprogramm« der FDP vom 5. Mai 2013](#)

[Wahlprogramm der Bündnis 90/Die Grünen vom 28. April 2013](#)

[»Regierungsprogramm« der SPD vom 14. April 2013](#)

Zum allgemeinen Vergleich der Wahlprogramme empfiehlt ADLAS den

[Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für Politische Bildung für die Bundestagswahl 2013](#)

»Kein Gründungsthema«

Interview: Stefan Dölling



Wahlkampf auf der Spree. Foto: Piratenpartei Deutschlands / Stefan Berkner / CC BY 2.0

ADLAS: Frau Mahn-Gauseweg, welche Rolle spielen eigentlich außen- und sicherheitspolitische Fragen bei den Piraten? Wie viele Parteimitglieder befassen sich überhaupt mit dem Thema?

Carolin Mahn-Gauseweg: Das ist schwer genau zu sagen. Nimmt man den harten Kern der etwa 15 Piraten und Piratinnen, die sich einmal in der

Woche in der »Arbeitsgemeinschaft Außen und Sicherheitspolitik« zusammenschalten oder den erweiterten Kreis von etwa 50 bis 100 Leuten, die sich relativ regelmäßig bei der Arbeitsgruppe engagieren, dann wirkt das erst einmal recht überschaubar. Ein besserer Indikator für den Stellenwert solcher Themen in der Partei ist aber die Tatsache, dass unsere Anträge auf den Parteita-

Unter dem Slogan »Klarmachen zum Ändern« bringt die Piratenpartei seit 2006 den Politikbetrieb der Berliner Republik durcheinander und wirbt vor allem mit Netzthemen um die Wählergunst. Über Außen- und Sicherheitspolitik war bislang allerdings eher wenig von ihnen zu hören.

Grund für ADLAS, bei einer leitenden Expertin der Partei, **Carolin Mahn-Gauseweg**, einmal nachzuhaken. Das Gespräch zeigt: Die Piraten sind in der Bestimmung ihrer Positionen schon recht fortgeschritten.

gen bislang fast alle zur Behandlung angenommen wurden – üblicherweise schafft es nur ein Bruchteil der oft mehreren hundert Anträge überhaupt auf die Tagesordnung. Außen- und sicherheitspolitische Themen werden von der Partei also an prominenter Stelle rege diskutiert.

Und wie läuft die Diskussion?

>>

MEINUNGSBILDUNG

Kontrovers aber Konstruktiv, würde ich sagen. Weil Außen- und Sicherheitspolitik im engeren Sinne kein Gründungsthema der Piraten war und daher – im Gegensatz zu Themen wie etwa Transparenz und Netzpolitik – auch kein Grundkonsens besteht, müssen wir uns viele, auch grundsätzliche, Positionen eben erst erarbeiten.

Ist das auch der Grund, warum der dem Wahlprogramm zugrunde liegende Sicherheitsbegriff zwar wortreich umschrieben, aber nicht klar definiert wird?

Ja, genau das wäre so ein noch nicht abschließend geklärter Punkt. Wir haben im Vorfeld des Parteitages viel darüber diskutiert. Es geht ja klar aus unserem Programm hervor, dass Sicherheitspolitik nach unserem Verständnis weit über die klassische »Verteidigungspolitik« hinausgeht und insbesondere zivile Krisenpräventions und -bewältigungspolitik umfasst. Das wir uns nicht auf einen zentralen Begriff wie »vernetzte«, »erweiterte« oder »umfassende Sicherheit« einigen konnten, lag letztlich daran, dass diese Begriffe für einige Piraten Konnotationen hatten, die offenbar nicht mehrheitsfähig waren.

Welche anderen sicherheitspolitischen Themen haben die Piraten zuletzt besonders diskutiert?

Auslandseinsätze der Bundeswehr beispielsweise. Dazu haben wir Mitte Juli die dritte Potsdamer Konferenz der AG Außen- und Sicherheitspolitik veranstaltet, wo wir uns, unterstützt durch externe Fachleute, mit dieser Frage ausführlich beschäftigt haben.

Carolin Mahn-Gauseweg

studierte in Dresden Verkehrs und Ingenieurwesen mit Schwerpunkt auf Safety & Security im Luftverkehr und arbeitet seit 2009 als Sicherheitsingenieurin für Schienenfahrzeugtechnik. Sie ist seit 2011 Mitglied der Piratenpartei Deutschland und seit 2012 Hauptkordinatorin der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik.

Foto: Bartjez / [CC-BY-SA 3.0](#)

»Für uns ist
Europapolitik keine
Außenpolitik.«



Was kam dabei heraus?

Der derzeitige Konsens zu Auslandseinsätzen bei den Piraten ist der, dass wir grundsätzlich an der Vision einer Welt ohne Krieg festhalten und diesem Ziel aktiv entgegenarbeiten wollen. Gleichzeitig erkennen wir aber an, dass zwischenzeitlich militärische Interventionen nötig werden können – und dann, allerdings immer nur als »ultima ratio«, auch möglich sein sollten. Es gibt zwar auch Piraten, die mit durchaus guten Argumenten Auslandseinsätze, egal warum, rundheraus ablehnen, diese Position ist in der Partei derzeit aber nicht mehrheitsfähig.

Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass wir in diesem Zusammenhang noch einen Katalog mit Kriterien beschlossen hätten, der klar fest-

legt, wann und unter welchen Umständen für die Piraten eine militärische Intervention gegebenenfalls in Frage käme, und wann eben nicht.

Ein solcher Grund zum Eingreifen könnte ja beispielsweise die »Responsibility to Protect« sein. Wie stehen die Piraten dazu?

Die Frage R2P ist ein gutes Beispiel für die laufende Positionsbestimmung der Piraten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Anfangs haben wir die R2P überaus positiv aufgenommen, da sie insbesondere durch die Einbeziehung der »Responsibility to Prevent« und die »Responsibility to Rebuild« zunächst sehr kompatibel mit unseren Vorstellungen zu sein schien. Doch die Probleme, die bei der prakti- >>

MEINUNGSBILDUNG

schen Anwendung zu Tage traten, haben die Position der Partei dazu spürbar verändert.

Ohne hier vorgreifen zu wollen, denn auch dazu steht ein Beschluss noch aus, würde ich dennoch behaupten, dass durch die Realität des Einsatzes in Libyen unter dem Mantel der R2P das Konzept für uns nachhaltig beschädigt wurde. Denn was sind harte Kriterien für einen Einsatz?

Kontrollieren, nicht verbieten – einheitliche Parteiposition oder Kompromiss im Flügelkampf?

Wahlkampf der Piraten in Hannover im Sommer 2013 Foto: Piratenpartei Deutschland / Christian Szymanek / CC BY 2.0



Wie verhindert man ein Zweiklassensystem, bei dem in kleinen Ländern unter dem Vorwand der R2P interveniert wird, große Staaten aber trotz massiver Verstöße unbehelligt bleiben?

Wie positionieren sich die Piraten zur Einbindung Deutschlands in die Europäische Union und die Vereinten Nationen?

Für EU und UN gibt es dazu im Wahlprogramm klare Aussagen. Für uns ist Europapolitik keine Außenpolitik. Die Piratenbewegung ist ja auch insgesamt ein europaweites, eng vernetztes Politikprojekt. Daher macht für uns eine wirksame und demokratische Außen- und Sicherheitspolitik letztlich nur im europäischen Rahmen Sinn. Wir stehen daher für eine Stärkung der Rolle der EU in diesem Bereich – allerdings unter der Prämisse, dass die europäischen Entscheidungswege und -Gremien viel demokratischer und transparenter werden müssen. Ähnliches gilt für die Vereinten Nationen. Wir Piraten haben im aktuellen Programm mit großer Mehrheit ein klares Bekenntnis zur UN verankert, auch wenn wir – etwa bei der Rolle des Sicherheitsrates – dringenden Reformbedarf sehen.

Und wie halten die Piraten es mit der Nato?

Dazu gibt es derzeit noch keine offizielle, also ausdiskutierte und beschlossene Position der Partei. Die Diskussionen darüber laufen noch. Ich persönlich glaube aber die Tendenz ausmachen zu können, dass die Partei der Nato insgesamt eher kritisch gegenüber steht. Diese Skepsis hat meiner Beobachtung nach zum einen damit zu tun, dass sich für viele Piraten die Nato mit dem Ende des Kalten Krieges eigentlich überlebt hat, zum anderen weil wir Piraten wenig transparente Elitenprojekte grundsätzlich kritisch sehen. Die Nato manifestiert letztlich die problematische politische Kultur einer kleinen Elite von Staaten, die sich vor allem auf militärische Übermacht stützt – das steht im Ge- >>

MEINUNGSBILDUNG

gensatz zu unserer Vision einer Außen- und Sicherheitspolitik, in der sich die Akteure auf Augenhöhe begegnen.

Es fällt auf, dass Ihr Wahlprogramm der nuklearen Abrüstung vergleichsweise breiten Raum einräumt ...

Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle sind uns sehr wichtig. Wir wollen in der Außen- und Sicherheitspolitik weg von der Übermächtdynamik, die Kernwaffen geradezu ultimativ symbolisieren. Der Kalte Krieg ist vorbei – darum weg mit diesen Relikten der Politik der Übermacht! Die gesamte Problematik der nuklearen Proliferation zeigt klar, dass man diesen Schritt schon vor Jahren hätte gehen müssen.

Derzeit wird an verschiedenen Universitäten wieder verstärkt um die Einführung beziehungsweise Verhinderung von Zivilklauseln gerungen. Wie stehen die Piraten dazu?

Wenn ich richtig informiert bin, haben sich die Piraten in Sachsen-Anhalt auf Landesebene die Einführung einer Zivilklausel ins Programm geschrieben, auf Bundesebene gibt es dazu derzeit aber keinen Konsens. Mir persönlich ist die den Zivilklauseln zu Grunde liegende Idee einer dem Frieden verpflichteten Wissenschaft grundsätzlich sympathisch. Aber wann genau beginnt Militärfor- schung? Wie geht man mit dem Dual-Use-Problem um? Ich sehe daher nicht, wie Zivilklauseln praktisch umsetz- und anwendbar sein können.

Ein Slogan der Piraten in vergangenen Wahlen war

»Klarmachen zum Ändern!«. Was wollen Sie in Zukunft gern anders als die anderen Parteien machen?

Eine wichtige Forderung der Piraten ist beispielsweise die einer transparenten Außenpolitik. Damit meinen wir jedoch nicht, dass alle diplomatischen Drahtberichte veröffentlicht werden sollen. Vielmehr geht es darum, verbindlich und öffentlich zu klären, auf welcher Grundlage die Bundesrepublik sich außen- und sicherheitspolitisch betätigt. Wie wollen wir die nächsten zwei bis drei Jahre Sicherheits- und Außenpolitik betreiben? Mit welchen Mitteln? Veröffentlicht in einem Weißbuch könnte man die Handlungen der Bun-

»Wir wollen aktiv mitwirken, das Netz als Werkzeug zur Förderung globaler Sicherheit zu etablieren.«

desregierung jederzeit an ihren eigenen Ansprüchen und Zielen messen und bewerten. In anderen Ländern ist dies schon längst Usus. Warum nicht auch hierzulande?

Ein anderes Projekt stellt unser Bestreben dar, den Netzgedanken auch stärker auf die Außen- und Sicherheitspolitik zu beziehen. Denn gerade dieser Politikbereich ist trotz des vielfach vertretenen »umfassenden« Anspruches vielfach noch stark in klassischen, nationalstaatlichen Mustern hängengeblieben. Das Internet als globales und transnationales Gebilde wird in diesem Bereich derzeit häufig vor allem als Sicherheitsrisiko ge-

sehen. Die Möglichkeiten aber, welche das Netz für eine fortschrittliche, zivile und Krisen im Vorfeld verhindernde Sicherheitspolitik bietet – so beispielsweise für demokratische Grassroots-Bewegungen über Landes oder Kontinentgrenzen hinweg – werden vielfach überhaupt nicht gesehen. Die Initiative »Telecomix« stärkte zum Beispiel während des »Arabischen Frühlings« zivilgesellschaftliche Akteure, indem sie den Aktivisten half, der staatlichen Internetsensur zu entgehen. Hier wollen wir ansetzen und durch konzeptionelle Arbeit aktiv dabei mitwirken, das Netz endlich als Werkzeug zur Förderung globaler Sicherheit zu etablieren. <<<<

Quellen und Links:

[Webauftritt der 3. Potsdamer Konferenz zur Außen und Sicherheitspolitik der Piratenpartei vom 13./14. Juli 2013](#)

[Webauftritt der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik der Piratenpartei](#)

[Außen- und Sicherheitspolitisches Wahlprogramm der Piratenpartei zur Bundestagswahl 2013](#)

Insel der Vergessenen

von Heino Matzken



Vor zweieinhalb Jahren war der Funke des »Arabischen Frühlings« auch auf Bahrain übergelungen. König Hamad ließ die Proteste gewaltsam unterdrücken. Nach Kritik daran aber sollte die Polizei des Landes reformiert werden.

Die magere Bilanz eines extra engagierten Beraters aus den USA zeigt heute: Kaum jemand außer der schiitischen Bevölkerung des Landes hat Interesse an einer Veränderung des Status quo.

>> John Timoneys eindrucksvolle Polizeikarriere war den sunnitischen Herrschern Bahrains aufgefallen. Im Dezember 2011, zehn Monate nach Beginn des »Arabischen Frühlings« auf der ölreichen Golfinsel, erhielt der erfahrene amerikanische Polizist im Innenministerium der kleinen arabischen Monarchie einen Zweijahresvertrag als Berater. Der ehemalige oberste Ordnungshüter von Philadelphia und Miami sollte die Polizei Bahrains reformieren und die negative PR richten, die zu Beginn des Jahres die Schlagzeilen >>



Nach über zwei Jahren Demonstrationen ist das Interesse der westlichen Medien längst verebbt.

Verlorenes Paradies? Ausgerechnet während die Formel 1 im April 2012 gerade in Bahrain gastierte, kam es wieder zu Straßenschlachten.

Foto: 14FebTV (The Voice of Revolution)

Vorige Seite: Küstenpanorama von Manama Foto: UNWTO

über das Land beherrschte. »Bahrain ist ein wunderschönes Land, und ich glaube, die Ereignisse im März haben das Königreich sowie seine Herrscher geschockt«, befand Timoney denn auch prompt in einem Interview im Januar 2012 mit *NPR News*.

Indes »feierte« der Inselstaat 2013 ein trauriges Jubiläum. Am 14. Februar vor zwei Jahren waren Tausende erstmalig auf die Straße gegangen, um gegen die Politik des Königshauses zu demonstrieren. Der Friede auf der relativ liberalen und lebensfreudigen Insel im Arabischen Golf schien erst ein-

mal vorüber. Seither versucht der sunnitische Machthaber, König Hamad bin Issa Al Khalifa, das Aufbegehren seines schiitischen Volkes – auch mit externer Hilfe – zu unterdrücken. Seine Polizei reagierte energisch, zuweilen brutal. Im März 2011 verhängte die Regierung sogar das Kriegsrecht. Menschenrechtsorganisationen sprechen von über 80 Opfern und hunderten, wenn nicht tausenden Demonstranten, die in den Gefängnissen der Sicherheitskräfte ausharren. Keine gute Werbung für die Golfmonarchie und ihr Königshaus.

»Going out on the streets, carrying nothing but a flag and calling for democracy could cost you your life here«, beschrieb die bahrainische Aktivistin Zainab al-Khawaja die damalige Situation in der *New York Times*. »Chanting ›down with the dictator‹ could lead to your being subjected to electric shocks. Giving a speech about human rights and democracy can lead to life imprisonment. Infants have died after suffocating from toxic gases used by riot police. And teenage protesters have been shot and killed.« Al-Khawaja >>

POLIZEIMETHODEN

hatte bereits mehrfach mit der Polizei Bahrains zu tun gehabt und weiß, wovon sie spricht.

Bahrain ist das einzige Land der reichen Golfregion, in welchem die Aufstandsbewegung des »Arabischen Frühlings«, der mit der »Jasmin-Revolution« im Dezember 2010 in Tunesien begonnen hatte, fruchtbaren Boden zu finden scheint. Nach über zwei Jahren und wiederholten Massenkundgebungen stellt sich die Frage, ob das Herrscherhaus den Status quo auch in Zukunft bewahren kann. Oder ob der Samen der »Arabellion« doch noch aufgeht.

Der Funke der Revolution war im Februar 2011 auf Bahrain übergelungen, als am 14. jenes Monats erstmalig über 15.000 Demonstranten auf dem »Lulu-Platz« (»Lulu«, arabisch: »Perle«) der bahrainischen Hauptstadt Manama gegen die sunnitischen Machthaber aufbegehrten. Damit begann die Revolte in Bahrain drei Tage vor der in Libyen und einen Monat vor dem Bürgerkrieg in Syrien. Die Protestierenden, mehrheitlich An-

ist sunnitisch. In Bahrain herrscht somit eine Minderheit über die Bevölkerungsmehrheit. Dieser fundamentale Glaubensunterschied spielte dann auch im Februar und März 2011 eine wichtige Rolle in Bahrain.

Nicht allein aus Angst vor einer demokratischen Öffnung des Landes, sondern vor allem gegenüber einem möglichen Einflussgewinn des schiitischen Irans betrachten die Nachbarn Bahrains die Situation seither mit Argusaugen. Genau dieser Faktor macht neben dem Ölreichtum der Region die Lage auf der Insel im Arabischen Golf auch für die Weltgemeinschaft interessant.

Heute scheint die Revolte aber, zumindest in der westlichen Presse, vergessen. Maßgeblichen Anteil an ihrer Niederschlagung hatte auch der sunnitische Protagonist der Region, Saudi-Arabien. Hatte das Nachbarland doch am 14. März 2011 über 4.000 Soldaten seiner Nationalgarde entsandt, um den bedrängten König Hamad zu unterstützen. Letzterer hatte damals seine

Geht der saudisch-iranische Gegensatz auf Kosten Bahrains?

gehörige der schiitischen Glaubensrichtung des Islams, hielten den zentralen Ort – wie auch die Ägypter ihren Tahrir-Platz in Kairo – bis zur Räumung durch die Polizei drei Tage später besetzt. 80 Prozent der 1,3 Millionen Einwohner Bahrains gehören der muslimischen Glaubensrichtung der Schiiten an. Das Herrscherhaus Al Khalifa jedoch

Partner im Golf-Kooperationsrat – Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar und Oman – um Hilfe gebeten. Europäer und Amerikaner stimmten der Intervention insgeheim zu. Sie, wie auch die Golfstaaten, sahen das militärische Eingreifen als Schutz gegen einen iranisch-schiitischen Machtgewinn in der ölreichen Regi- >>

SUNNITEN UND SCHIITEN

Der Unterschied zwischen den islamischen Glaubensrichtungen Sunni und Schia ist weit mehr als eine marginale Differenz wie beispielsweise zwischen Protestanten und Katholiken. Seit dem Ableben des Propheten Mohammeds im Jahre 632 streiten die Glaubensbrüder um den wahren Glauben.

Geschichtlich gesehen ist die Abgrenzung zwischen Sunniten und Schiiten relativ eindeutig. Nach dem Tod Mohammeds wählte eine große Anzahl der Muslime (arabisch: »die sich Gott Unterwerfenden«) einen langjährigen und treuen Gefolgsmann Mohammeds, Abu Bakr, zum ersten Kalifen (arabisch: »Nachfolger des Gesandten Allahs«). Diese Form der Fortsetzung des Amtes setzte sich über verschiedene Kalifen-Geschlechter fort und endete erst 1924 mit der Beendigung des Kalifats durch die entstehende moderne Türkei.

Die Gruppe der Sunniten glaubt an den Koran (arabisch, wörtlich: »Lesung«), also die Worte Gottes, und zusätzlich an ein weiteres Dokument, die Sunna (arabisch: »Brauch, gewohnte Handlungsweise«) – daher ihr Name. Die ersten Sunniten waren zugleich die Gefolgsleute Abu Bakrs. Die zweite, kleinere Gruppe der Schiiten hingegen bevorzugte eine familiäre Nachfolge der Führung des Islam durch Mohammeds Cousin, Adoptiv- und Schwiegersohn, Ali. Nach dem arabischen Wort für Anhänger, »shia«, werden die Anhänger Alis Schiiten genannt. Religiös motiviert, sind sie von einer »unsichtbaren« spirituellen Übertragung von Allahs Willen auf die Nachfahren Mohammeds überzeugt. >>

on. Als Stützpunkt und Hauptquartier der 5. US-Flotte ist Bahrain von großer strategischer Bedeutung in der Region. Von hier aus sichern die Amerikaner die Straße von Hormuz, die den Indischen Ozean mit dem Gewässer verbindet, welches die Iraner »Persischer Golf« nennen, alle übrigen Anrainer »Arabischer Golf«.

Der Inselstaat Bahrain befindet sich geographisch gesehen nur 200 Kilometer entfernt von dem »rogue state« Iran. Ein Sturz der sunnitischen Monarchie könnte eine schiitisch dominierte Regierung in Manama zum potentiellen Alliierten Teherans machen. Saudi-Arabien widersetzt

Opposition jedoch den sozialen Charakter ihrer Ziele. Sie wehrt sich gegen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Diskriminierung durch die sunnitischen Machthaber. Die herrschende Klasse profitiert hauptsächlich von den Ölmilliarden, während die Bevölkerungsmehrheit so gut wie leer ausgeht.

Unter den Schiiten herrscht eine hohe Arbeitslosigkeit, sie werden systematisch vom öffentlichen Dienst und der Armee ausgeschlossen. Die Regierung begünstigt zudem offensiv ausländische, zumeist sunnitische und hinduistische, Arbeitskräfte, die seit den 1970er Jahren besonders in der Ölindustrie beschäftigt sind. Diese erhal-

Während der darauf folgenden enormen geographischen Expansion des Islam wechselten die Konfessionen in den unterschiedlichen Regionen in der Regel gemäß dem Motto »Cuius regio, eius religio – wessen das Land, dessen der Glaube«. Hier liegt der Grund für die heutige komplexe und nicht immer klar trennbare Verteilung von Sunniten und Schiiten in den verschiedenen muslimischen Ländern. Während Sunniten in den meisten Staaten die Mehrheit bilden, dominieren Schiiten im Iran, Aserbeidschan, Irak, Libanon und auch in Bahrain.

Ein Übergreifen der Proteste auf den Nachbarstaat wäre ein Horrorszenario für die Familie Al Saud.

sich quasi naturgemäß jeglichem iranischen Einflussgewinn. Darüber hinaus befürchtet Riad, dass ein »Umfallen« Bahrains auch negative Auswirkungen auf die schiitische Minderheit im eigenen Land haben könnte. Besonders im östlichen Osten des Wüstenstaats bilden Schiiten die bevölkerungsstärkste Gruppe. Ein Übergreifen der Proteste von den 33 Inseln Bahrains auf die Ostprovinz Saudi-Arabiens wäre ein Horrorszenario für die herrschende Familie Al Saud. Auch die Aussicht auf eine mögliche Demokratie in Bahrain stößt nicht gerade auf Jubelgesänge in Riad.

Auch wenn die Weltpresse weitgehend von politisch-religiösen Gründen der schiitischen Revolte im ehemaligen »Perlenparadies« spricht, betont die

ten dann auch schnell die bahrainische Staatsangehörigkeit. Fast schon ließe sich eine geplante Verschiebung der demographischen Verhältnisse zwischen den Glaubensrichtungen vermuten. In dem Aufstand geht es also nicht, wie auf den ersten Blick zu denken, allein um Religion, sondern um soziale Ziele wie Freiheit und Gleichberechtigung. Auch viele Sunniten nehmen an den Protesten teil. Vor zwei Jahren propagierten die Demonstranten sogar: »Keine Schiiten, keine Sunniten – nur Bahrainer!«

Bahrain ist zwar wohlhabend, aber die 1932 entdeckten Gas- und Ölvorkommen werden voraussichtlich in den nächsten 20 Jahren versiegen. Daher liberalisiert die Regierung die Wirt-

schaft und wandelt das Königreich zu einem Dienstleistungszentrum um. Schwerpunkt ist dabei der Bankensektor. Nachbar Saudi-Arabien ist der Haupthandelspartner und die Arabische Halbinsel durch den »King Fahd Causeway« mit dem Inselstaat verbunden.

Auf politischer Ebene muss man konstatieren, dass in Bahrain schon länger ein Hauch von Demokratie weht, weit stärker als in Saudi-Arabien etwa. Seit 2002 finden regelmäßig Parlamentswahlen statt. Frauen erhielten damals ebenfalls das Wahlrecht. Die stärkste Oppositionspartei, »el-Wefaq«, konnte 2010 sogar 64 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Leider reichte das Ergebnis aufgrund der für die Opposition »ungünstige« Wahlkreiseinteilung lediglich für 16 von 40 Mandaten in der Volksvertretung. Die königliche Familie dominiert weiterhin die entscheidenden Ministerien; der König ernennt sowohl die Regierung als auch die Mitglieder des Oberhauses. Auch das Parlament >>



John F. Timoney Foto: Miami Police Department

kann er jederzeit auflösen und Neuwahlen ansetzen. Regierungschef ist seit 40 Jahren der Onkel des Herrschers. Darüber hinaus sitzen acht weitere Familienangehörige im Kabinett. El-Wefaq und ihr Führer Scheich Ali Salman fordern eine konstitutionelle Monarchie, in der das Parlament die Exekutive bestimmt.

Bis zu einer echten Demokratie ist es für Bahrain also noch ein sehr langer Weg. Das unterstreicht auch die bahrainische Menschenrechtssituation. So hob ein Gericht im März 2013 in zweiter Instanz einen Freispruch für Aktivistin Zainab al-Khawaja auf. Die Tochter des zu lebenslanger Haft verurteilten Abdulhadi al-Khawaja muss nun für drei Monate wegen Beleidigung eines Staatsbediensteten ins Gefängnis. Ihr Vater hatte 2002 das mittlerweile verbotene, aber immer noch aktive »Bahrain Center for Human Rights« gegründet. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen klagt weiter unrechtmäßige Verfah-

tungen an, welche oft auf durch Folter erzwungenen Aussagen beruhen.

Nach zwei Jahre andauernden Demonstrationen dann erste bescheidene Öffnungen: Anfang 2013 suchte die Regierung den Dialog mit der »legalen« Opposition. Eine zunächst sehr bescheidene Annäherung, da das 2011 verhängte Kriegsrecht weiter in Kraft bleibt. Der Arabische Frühling ist damit auch in Bahrain noch nicht vorbei.

Zum zweiten Jahrestag der Unruhen gingen am 14. Februar 2013 wieder Tausende auf die Straßen. Zusammenstöße mit der Staatsmacht kosteten erneut Tote – auch auf Seiten der Polizei. Immer mehr junge und radikale Demonstranten mischen sich unter die Oppositionellen und erhöhen die Gewaltbereitschaft auf beiden Seiten.

Und welche Rolle spielt dabei Polizeiberater John Timoney? Nach Unterschreiben seines Vertrages machte er sich, gemeinsam mit seinem Kollegen John Yates, einem vorigen stellvertretenden Polizeichef Londons, sofort an die Arbeit und drängte auf notwendige Reformen: So stellte das Königreich weitere 500 Beamten ein, installierte Videokameras in den Polizeistationen, um Missbrauch zu verhindern, und gestaltete den Untersuchungsprozess neu. Die Polizei sollte nach einem neuen, moderateren Verhaltenskodex agieren.

In seiner über 40-jährigen Dienstzeit hatte Timoney ein Polizeimodell entwickelt, das be-

sonders das Einsatzverhalten der Ordnungshüter bei politischen Demonstrationen verbessert. Dabei sollen die Beamten unnötige Gewalt vermeiden, indem sie frühzeitig potentiell explosive Situationen bei Massenkundgebungen beenden und auf Deeskalation setzen.

In Bahrain lag das Hauptinteresse des vor 65 Jahren in Dublin geborenen Experten allerdings nicht darauf Konfrontationen zu verhindern.

Timoneys »Miami-Modell« gefällt König Hamad.

Dem *Philadelphia Inquirer* erklärte Timoney, sein vorrangiges Ziel sei zu vermeiden, »dass die Polizei nicht in den Sechs-Uhr-Nachrichten wild auf Demonstranten einschlagend zu sehen ist«. Andererseits verdeutlichte sein Einsatz bei Protesten gegen die »Free Trade Area of the two Americas«-Verhandlungen in Miami im November 2003 eindrucksvoll seine Durchsetzungsfähigkeit: Ein zeitlich begrenztes Versammlungsverbot, Schlagstock- und Tränengaseinsatz machten dem »Spuk« ein Ende – und das ohne großes Medienspektakel. Das »Miami-Modell« schien König Hamad wohl ideal auch für Bahrain.

Doch war der amerikanische Polizeiexperte wirklich erfolgreich? Heute, nach anderthalb Jahren Beratungstätigkeit, ist seine Erfolgsbilanz sehr mager – so zumindest Menschenrechtler. »Human rights abuses have continued unabated«, erklärt der US-Bürgerrechtsaktivist Kris Hermes in der *Huffington Post*. Auch Zainab al- >>

POLIZEIMETHODEN

Khawaja befand schon im Dezember 2012: »At present, the Bahraini government believes it has international immunity. It commits widespread human rights violations, and business continues as usual [...]. This is why the most prominent Bahraini human-rights defenders are languishing in prison.« Eine echte Verbesserung hat Timoney nicht erwirken können, so scheint es.

Trotz offizieller Angaben der Behörden, keine politisch motivierten Verhaftungen durchzuführen,

drei davon während Timoneys »Beraterzeit«. Seine Anweisungen, die Gaskanister nicht auf Kopfhöhe abzufeuern, schienen dann doch nicht jeden Polizisten erreicht zu haben.

Der Berater Timoney konnte die »Polizeikräfte« bislang nicht in einen »Polizeidienst« verwandeln und hat somit sein persönlich gestecktes Ziel nicht erreicht – auch wenn es ihm anscheinend gelungen ist, bahrainisches Polizeivorgehen gegen Demonstranten aus der internationalen

diese Passivität eine sowieso unaufhaltsame Entwicklung eher noch verschlimmert, werden die nächsten beiden Jahre von Demonstrationen auf dem Perlenplatz in Manama zeigen. <<<<

Heino Matzken *hat an der Universität der Bundeswehr München und an der Staffordshire University Informatik studiert, zudem besitzt er einen PhD in »International Relations« der Bircham International University.*

Der Berater Timoney konnte die »Polizeikräfte« bislang nicht in einen »Polizeidienst« verwandeln.

ren, sieht die Realität anders aus. Im Mai dieses Jahres erhielten sechs Aktivisten einjährige Haftstrafen, weil sie sich per *Twitter* negativ über den König geäußert hatten. Drei weitere erhielten sechs Monate Gefängnis wegen »illegaler Versammlung«. Obwohl UN-Kontrollen durch die Obrigkeit nicht erlaubt und selbst Journalisten Visas verweigert wurden, gibt es immer noch ausreichende Hinweise auf Folter in bahrainischen Gefängnissen. Democracy Now! berichtet, dass Bahrains Sicherheitskräfte seit Beginn der Proteste 87 Menschen getötet hätten, mehr als die Hälfte davon nach dem Dezember 2011, als Timoney seine Arbeit in Manama begann.

Selbst der höchst umstrittene, weil massive, Einsatz von Tränengas hat sich nicht vermindert und führte in den letzten beiden Jahren gemäß Amnesty International zu mindestens 13 Toten –

Presse weitgehend heraus zu halten. Ob seine sicherlich gut gemeinten Verbesserungsmaßnahmen trotzdem auf mittlere und lange Sicht Früchte im Königreich Bahrain tragen, werden die kommenden Monate zeigen müssen.

Der Westen und die Weltgemeinschaft halten sich mit der Kritik an den Menschenrechtsverletzungen des Regimes bewusst zurück. Trotz fortgesetzten brutalen Vorgehens gegen Demonstranten, Folter und einem zweifelhaften Rechtssystem drücken wir die Augen zu. Wie auch in Ägypten oder Syrien befindet sich Bahrain in der scheinbaren Zwickmühle – stabile Diktatur oder chaotische Demokratie? Das Gespenst einer regionalen Vorherrschaft des schiitischen Iran am »Persischen Golf« drängt sich immer weiter in den Vordergrund und liefert eine willkommene Entschuldigung für die eigene Untätigkeit. Ob

Quellen und Links:

[Webpräsenz des Bahrain Center for Human Rights](#)

[Hintergrundbericht »John Timoney and the Kingdom of Bahrain« in der *Huffington Post* vom 30. Mai 2013](#)

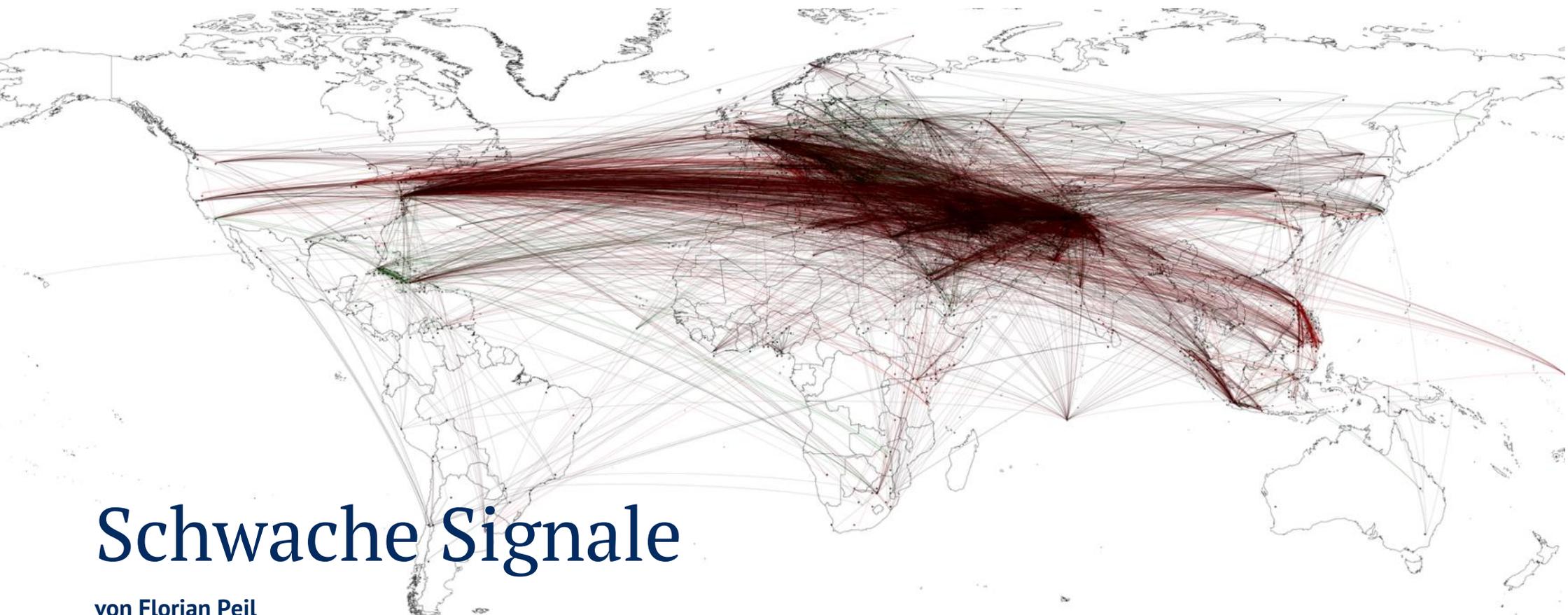
[Bericht »Bahrain: Reform, Security, and U.S. Policy« des Congressional Research Service vom 1. April 2013](#)

[Bericht »Bahreïn: la révolte oubliée des printemps arabes« des *Figaro* vom 15. Februar 2013](#)

[Kommentar »Bahrain, a brutal ally« von Zainab al-Khawaja in der *New York Times* vom 26. Dezember 2012](#)

[Forschungspapier »Bahrain: Beyond the Impasse« des Chatham House vom Juni 2012](#)

[Profil »John Timoney: A tough cop with a tougher job« in der *gulfnews.com* vom 10. Juni 2012](#)



Schwache Signale

von Florian Peil

Entführungen, mehr Terroranschläge, steigende Kriminalität – das ist die Kehrseite des Arabischen Frühlings. Diplomaten und Unternehmer vor Ort brauchen künftig ein Frühwarnsystem, um in unsicheren Verhältnissen erfolgreich zu agieren.

Hilfe könnten Mathematik und Algorithmen bringen: Big Data heißt das Stichwort.

>> Freiheit, Demokratie, Menschenrechte: Auch zwei Jahre nach dem Beginn der Revolutionen Anfang 2011 ruft der Arabische Frühling vor allem positive Assoziationen hervor. Die Bilder von Tunesiern, Jemeniten, Libyern oder Ägyptern, die teils unter Einsatz ihres Lebens auf die Straße gingen, um gegen ihre verhassten Unterdrücker zu demonstrieren, haben sich fest im kollektiven Gedächtnis des Westens verankert. Aus Europa fließen seither Gelder in Milliardenhöhe in die arabische Welt, um den Aufbau von >>

DATENANALYSE

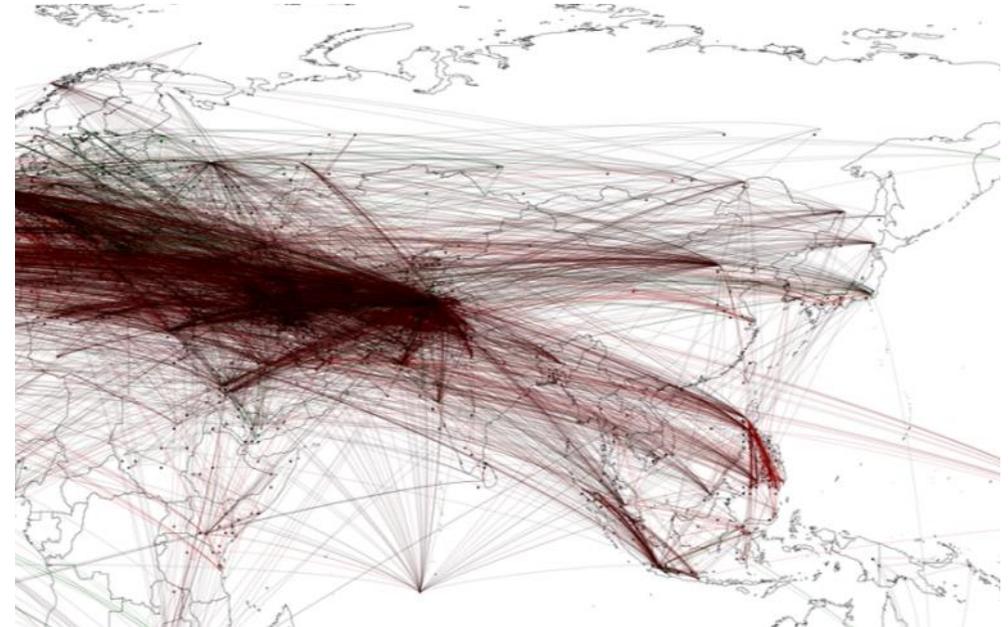
Zivilgesellschaften und einer unabhängigen Presse zu fördern.

Für viele in der Region tätige Organisationen und vor allem Unternehmen hingegen war der Arabische Frühling ein Schock. Seine Auswirkungen dürften für sie mit denen eines Vulkanausbruchs vergleichbar sein: Auf lange Sicht mag die Asche den Boden fruchtbar machen, kurzfristig jedoch zerstört sie alles Leben. Die starren Verhältnisse der einstigen Diktaturen sind Vergangenheit – heute bestimmen Instabilität und Unsicherheit den Alltag. Die politischen Umstürze haben die Machtverhältnisse kräftig durcheinandergewirbelt und gleichzeitig die Sicherheitskräfte geschwächt. In der Folge sind vielerorts die Kriminalitätsraten explodiert. Dschihadistische Gruppen breiten sich aus. Terroranschläge sind in Nordafrika zu einer ständigen konkreten Gefahr geworden – ebenso das Risiko, Opfer einer Entführung zu werden.

Bevorzugtes Ziel militanter Islamisten sind Ausländer aus dem Westen. Die bislang größte Operation dieser Art war der Angriff auf die Erdgasanlage im algerischen In Amenas. Die Angreifer, die der nordafrikanischen Filiale von Al-

Osamas Welt: Der geokodierte Inhalt globaler Nachrichten auf Grundlage des britischen »Summary of World Broadcasts« über den Namen »bin Laden« vom Januar 1979 bis April 2011.

Illustration: Kalev Leetaru



naahme und der anschließenden Intervention durch das algerische Militär starben 39 der ausländischen Arbeiter.

Auch die Attacke auf das US-Konsulat in Benghazi am 11. September 2012 zielte auf westliche Ausländer ab. Gedeckt von einem bewaffneten

Dschihadisten – Raketen und Granaten auf das Konsulat ab. Dabei kamen Botschafter Christopher Stevens, der sich gerade in der Vertretung aufgehalten hatte, und drei weitere amerikanische Mitarbeiter ums Leben. Die genaueren Umstände sind noch immer ungeklärt.

Angesichts solcher neuen Unsicherheiten stehen die in der Region aktiven Organisationen und Firmen vor der Frage, wie sie trotz erhöhten Risikos und Instabilität künftig handlungsfähig bleiben können. Was sie bräuchten, ist ein Frühwarnsystem, das sich abzeichnende Krisen und politischen Aufruhr zuverlässig erkennt, um beispielsweise rechtzeitige Evakuierungen zu ermöglichen.

Experten alter Schule scheiden als Krisendetektoren aus: Sie taugen zur Erklärung bereits >>

Für Unternehmen ist der Arabische Frühling mit einem Vulkanausbruch vergleichbar.

Qaida AQIM nahestanden, hatten dort im Januar 2013 mehr als 800 Geiseln genommen, unter ihnen rund 100 Ausländer. Im Verlauf der Geisel-

Mob, die gegen einen in den USA produzierten Schmähdokument über den Propheten Muhammad protestierten, feuerten die Angreifer – vermutlich

eingetretener Entwicklungen – nicht aber zur Vorhersage künftiger Ereignisse. Im Gegenteil können sie in letzterem Fall sogar hinderlich sein, neigen Experten doch dazu, von selbst Erlebtem auf die Zukunft zu schließen. Und: Sie schauen besonders gerne dorthin, wo sie sich auskennen. Das verzerrt die Analyse. Im Ergebnis liegen Fachleute statistisch gesehen denn auch tatsächlich häufiger daneben als Laien. Nicht ein einziger der so genannten Nahostexperten weltweit hat beispielsweise den Arabischen Frühling vorhergesagt.

Die Lösung könnte anderswo liegen: bei Statistik und Algorithmen. »Big Data« ist das Schlagwort der Stunde. Der Begriff beschreibt das gezielte Sammeln und Auswerten der ungeheuren



Datenmengen, die die Menschheit seit einigen Jahren im World Wide Web hinterlässt. Insbesondere in den »sozialen Medien« breiten die Menschen ihre Ängste, Sorgen und Hoffnungen aus. *Twitter, Facebook, Google+* und Co. fungieren wie ein riesiges Mikroskop, unter das sich immer mehr Menschen legen.

Die Analyse dieser Daten vereint unterschiedliche Disziplinen und methodische Ansätze: Mathematik, Computerwissenschaft und Informationstechnologie bilden die Grundlage für die Methoden, die sich »predictive modeling«, »information retrieval« oder »reality mining« nennen. Hinter den jeweiligen Methoden stecken Riesen der Computerbranche wie IBM, aber auch Start-Ups – bis hin zu einzelnen Wissenschaftlern.

Hätte die Macht der Algorithmen Botschafter Stevens Leben retten können?

Informatiker und Big-Data-Experte Kalev Leetaru.

Fotos: privat

Immer geht es darum, bislang unerkannte Muster und Zusammenhänge im Datenchaos aufzuspüren, um auf diese Weise zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Dahinter steht der Gedanke, die reale Welt in Form von Daten nachzumodellieren – um dann zu sehen, was passiert, wenn diese Welt sich verändert. Enthusiasten sind sich sicher, dass die Auswertung der Vergangenheit bald einen Blick in die Zukunft ermöglicht. Für sie sind Gesellschaften und Geschichte einfach wie ein großes Datenproblem zu behandeln.

Zu diesen Big-Data-Pionieren gehört Kalev H. Leetaru. Er forscht an der Universität Illinois und ist einer der Stars der neuen Disziplin. Für seine Studie »Culturomics 2.0« fütterte Leetaru einen Supercomputer mit mehr als 100 Millionen Nachrichtenartikeln aus den vergangenen 30 Jahren. Diese codierte er nach Orten und Tonalität, positiv oder negativ. Er schuf so ein Netz aus rund 100 Billionen Verknüpfungen – und gelangte zu überraschenden Ergebnissen.

Der Arabische Frühling wäre vorhersehbar gewesen, so lässt sich Leetarus Arbeit zusammenfassen. Er verweist auf eine Grafik seiner Studie, einem EKG nicht unähnlich, welche die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Stimmung in Ägypten abbildet. Diese fällt Mitte Januar 2011 steil nach unten ab – am 25. Januar begannen am Nil die Proteste. Eine ähnliche Entwicklung habe es zuvor in Tunesien und später auch in Libyen gegeben, so Leetaru.

Der Grundgedanke hinter seiner Methode: Politische Umstürze und ähnliche Krisen kommen nie aus heiterem Himmel. Sie kündigen sich vorher an: mittels sogenannter »schwacher >>

Signale«. Das sind Informationsbruchstücke, die auf Diskontinuitäten hinweisen, auf Phänomene, die erst mit einer zeitlichen Verzögerung eintreten. Ein schwaches Signal kann die Häufung gleichartiger Ereignisse sein, aber auch die Verbreitung neuer Ideen und Meinungen. Letzteres war im Falle des Arabischen Frühlings gut zu beobachten: Die signifikant gestiegene Zahl der An-

anderen Inhalten. Die Software erfasst dabei auch die Tonlage und das »momentum« – ein Maß für die Intensität, mit der die Medien über ein bestimmtes Thema berichten. Das Interesse an der Technologie ist groß: Die Firma erhielt Wagniskapital sowohl von Google als auch von der CIA.

Beim »predictive modeling« wiederum geht vor allem darum, einen Blick in die Zukunft zu

Florian Peil hat Islamwissenschaft in Göttingen, Kairo, Berlin studiert und ist *Sicherheitsberater* mit dem Schwerpunkt Nahost und Nordafrika. Er unterstützt Unternehmen, die in der Region operieren, im Hinblick auf politische und terroristische Risiken sowie in interkultureller Kommunikation. Bei der Unternehmensberatung *Riskworkers* in München fungiert er zudem als Head of Intelligence.

Kritiker bemängeln, dass die Daten ohne Expertenwissen wertlos sind.

meldungen von Nutzern bei *Twitter* und *Facebook* in Tunesien und Ägypten Anfang 2011 ist ein schwaches Signal.

Auch das Versteck von Osama Bin Laden im pakistanischen Abbottabad will Leetaru allein durch die Auswertung offen zugänglicher Quellen lokalisiert haben – zumindest konnte er den Radius auf 200 Kilometer eingrenzen. Der Zufluchtsort des Terroristen indes wurde erst nach seiner Tötung durch eine amerikanische Spezialeinheit im Mai 2011 bekannt. Aber vielleicht hätte man den Al-Qaida-Chef auf diese Weise tatsächlich schneller aufspüren können. Nur hatte eben niemand nachgesehen.

Einen anderen Ansatz als Leetaru verfolgt das amerikanische Start-Up Recorded Future. Die Methode der Firma nennt sich »information retrieval«. Sie bringt die Suchergebnisse in eine zeitliche Reihenfolge und verknüpft sie dabei mit

werfen. Diese Methode wird bereits seit 2005 von Polizeibehörden in den USA eingesetzt. Die Software »Blue CRUSH (Criminal Reduction Utilizing Statistical History)« von IBM ermöglicht Prognosen darüber, wann an welchem Ort Verbrechen verübt werden könnten. Straftaten lassen sich dadurch immer öfter bereits im Vorfeld vereiteln. Seit die Software in mehreren Städten zum Einsatz kommt, ist die Kriminalitätsrate dort gesunken, teilweise um bis zu 30 Prozent.

Kritiker von Big Data bemängeln, dass die Daten allein wertlos seien. Erst Experten könnten dem Chaos einen Sinn abringen. Denn bereits die Entscheidung, welche Daten man betrachte und für relevant erkläre, setze voraus, dass man weiß, wonach man sucht. Nur wer schwache Signale als solche erkennt, mag politische Unruhen vorhersehen – und sich rechtzeitig auf Ereignisse wie den Arabischen Frühling vorbereiten. <<<<

Quellen und Links:

[Soziale Netzwerkanalyse »Finding Paul Revere« des Soziologen Kieran Healey der Duke University, North Carolina, vom 9. Juli 2013](#)

[Website von Kalev Leetaru](#)

[Webpräsenz von Recorded Future](#)

[Hintergrundbericht »Big data and the death of the theorist« des Technologiemaßgebenden *Wired* vom 26. Januar 2013](#)

[Niels Boeing: »Tatort Zukunft« in der *Technology Review*, Ausgabe 3/2011](#)

[Kalev H. Leetaru: »Culturomics 2.0« im *Internet-Journal First Monday* vom 5. September 2011](#)

Dieser Text ist eine Übernahme mit freundlicher Genehmigung der *zenith – Zeitschrift für den Orient*.

zenith

Ein Herz für Realpolitik

»Kann Töten erlaubt sein?«, fragt der Afghanistanveteran Marc Lindemann. Sein zweites Buch ist eine angenehm sachliche Abhandlung darüber, warum Deutschland zu dem komplexen Problem Stellung nehmen muss. Vor allem die Praxis »gezielter Tötungen« will er in die Debatte über die Einführung bewaffneter Drohnen bei der Bundeswehr einordnen. Aus militärischen, politischen, juristischen und moralischen Blickwinkeln betrachtet er Chancen und Risiken des »targeted killing« – mit welchen Mitteln auch immer ausgeführt.

Kampfdrohnen sind für den Politologen und ehemaligen Nachrichtenoffizier eine militärische Entwicklung, bei der Überraschungseffekt und der Schutz der eigenen Soldaten wesentlich seien. Das Kernproblem bei ihrem Einsatz für gezielte Tötungen: die Rahmenbedingungen. Das Völkerrecht stoße längst an seine Grenzen, besonders bei der Unterscheidung zwischen Kämpfern und Zivilisten.

Zugleich prognostiziert Lindemann eine »Rückbesinnung auf die Realpolitik«: Konzepte wie die von der Bundesregierung offiziell vertretene »vernetzte Sicherheit« würden immer weniger Anhänger finden – eine diskussionswürdige Annahme. Anders als in den USA finde in Deutschland eine realpolitisch geleitete Diskussion maximal hinter verschlossenen Türen statt, öffentlich vertrete man hingegen eine illusorische Neutralität. Die sei nicht länger haltbar, trotz oder gerade wegen der Umstrittenheit des Sujets. Folglich appelliert Lindemann für eine Positionierung der deutschen Regierung: Eine klare Linie in der Frage zur Legitimität gezielter Tötungen wäre für die Glaubwürdigkeit ihrer Politik im In- und Ausland wichtig. Sehr lesenswert. **Sören Granzow**



Marc Lindemann

»Kann Töten erlaubt sein?
Ein Soldat auf der Suche nach Antworten«

Berlin (Econ) 2013, gebunden,
256 Seiten, 19,99 Euro

Kein Mitgefühl vom Monster

Edward Snowden ist schuld. Wer erst nach den Enthüllungen zu Prism, Tempora & Co. das aktuelle Buch von Frank Schirmmacher aufschlägt, wird dank dem NSA-Whistleblower ein anderes Leserlebnis haben als beim Ersterscheinen von »Ego. Das Spiel des Lebens« am 18. Februar. Die Zäsur lässt sich auch an den herben Kritiken über das Buch erkennen: Vor den Aussagen Snowdens zur Internetüberwachung rauschte Schirmmacher in den Blättern des deutschen Feuilleton der Vorwurf entgegen, apokalyptischer Verschwörungstheoretiker zu sein. Beschreibt doch der FAZ-Herausgeber, wie »Big Data« zu einem automatisierten Monster wurde und seinen Siegeszug ausgehend vom algorithmengesteuerten Finanzmarktgeschäft in alle Gesellschaftsbereiche fortsetzen wird. Inzwischen – in der Zeitrechnung nach Snowden – konnte sich selbst die Bundesregierung sehr detailliert in der Presse über Big Data informieren.

Die Verschwörungstheorie entfällt damit, doch die Lektüre lohnt weiterhin. Denn Schirmmacher geht der Frage nach, wie der Mensch sich selbst berechenbar machte. Kein Ausflug in die Statistikwüsten erwartet den Leser, sondern ein Rückgriff auf die Spieltheorie der 1950er Jahre. Um das Handeln des Gegners UdSSR im Kalten Krieg vorherzusagen, hätten Militärs und Ökonomen in den USA eigennütziges Verhalten als Maxime menschlichen Verhaltens angenommen. Diese Prämisse habe durch ihre Übernahme in der Wirtschaft nicht nur an Schlagkraft gewonnen – sie verselbständigte sich. Das Modell sei nicht länger nur ein mögliches Erklärungsmuster menschlichen Handelns. Das Handeln richte sich zunehmend nach dem Modell und erkläre es für alternativlos, so der Warnruf von Schirmmacher. **haw**



Frank Schirmmacher

»Ego. Das Spiel des Lebens«

München (Blessing) 2013,
gebunden, 352 Seiten, 19,99 Euro

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der ADLAS erscheint quartalsweise und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Björn Hawlitschka (haw), Sebastian Hoffmeister (hoff), Dieter Imme (dim), Christian Kollich (koll), Marcus Mohr (mmo) (V.i.S.d.P.), Sebastian Nieke (sn), Isabel-Marie Skierka (isk), Stefan Stahlberg (sts), Kerstin Voy (kv)

Layout: mmo

Autoren: Moritz Brake, Sebastian Bruns, Tobias Burgers, Robert Chatterjee, Lukas Fleischhauer, David Gierszewski, Sören Granzow, Markus Harder, Jana Klonikowski, Sven Kohlscheen, Caroline Mangold, Heino Matzken, Katharina Meyer, Winfried Nachtwei, Philipp Olbrich, Florian Peil, Franziska Plümmer, Tobias Schnell, Kai Peter Schönfeld, Tanja Schürmann, Helge Staff, Vanessa Tiede, Christoph Unrast, Tore Wethling

Danke: Toni, S.R.

Copyright: © ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. <<<<

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. <<<<

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

Foto: Crown Copyright / Alison Baskerville



Ausgabe 4/2013

Schwerpunkt
RELIGION UND SICHERHEIT
Der Faktor Glaube